

Prim.
177 th

Meyer
(Ginger)

E

<36622495270011

S

<36622495270011

Bayer. Staatsbibliothek

INTERNATIONALE
WISSENSCHAFTLICHE BIBLIOTHEK.
XXIX. BAND.

GRUNDZÜGE DES STRAFRECHTS

NACH

DER DEUTSCHEN GESETZGEBUNG

UNTER

BERÜCKSICHTIGUNG AUSLÄNDISCHER RECHTE.

VON

DR. HUGO MEYER,

PROFESSOR DER RECHTE AN DER UNIVERSITÄT ZU TÜBINGEN.



LEIPZIG:
F. A. BROCKHAUS.
—
1877.

Chem. 267
" 282 (g2)

INTERNATIONALE
WISSENSCHAFTLICHE BIBLIOTHEK.

XXIX. BAND.

INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE BIBLIOTHEK.

1. TYNDALL, J. Das Wasser in seinen Formen als Wolken und Flüsse, Eis und Gletscher. Mit 26 Abbildungen. 8. Geh. 4 M. Geb. 5 M.
 2. SCHMIDT, O. Descendenzlehre und Darwinismus. Mit 26 Abbildungen. 2. verbesserte Auflage. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
 3. BAIN, A. Geist und Körper. Die Theorien über ihre gegenseitigen Beziehungen. Mit 4 Abbildungen. Geh. 4 M. Geb. 5 M.
 4. BAGEHOT, W. Der Ursprung der Nationen. Betrachtungen über den Einfluss der natürlichen Zuchtwahl und der Vererbung auf die Bildung politischer Gemeinwesen. Geh. 4 M. Geb. 5 M.
 5. VOGEL, H. Die chemischen Wirkungen des Lichts und die Photographie in ihrer Anwendung in Kunst, Wissenschaft und Industrie. Mit 96 Abbildungen in Holzschnitt und 6 Tafeln, ausgeführt durch Lichtpausprocess, Reliefdruck, Lichtdruck, Heliographie und Photolithographie. Geh. 6 M. Geb. 7 M.
 6. 7. SMITH, E. Die Nahrungsmittel. Zwei Theile. I. Feste Nahrungsmittel aus dem Thier- und Pflanzenreich. II. Flüssige und gasige Nahrungsmittel. Mit 19 Abbildungen. Jeder Theil geh. 4 M., geb. 5 M.
 8. LOMMEL, E. Das Wesen des Lichts. Gemeinfassliche Darstellung der physikalischen Optik in fünfundzwanzig Vorlesungen. Mit 188 Abbildungen und einer farbigen Spectraltafel. Geh. 6 M. Geb. 7 M.
 9. STEWART, B. Die Erhaltung der Energie, das Grundgesetz der heutigen Naturlehre, gemeinfasslich dargestellt. Mit 14 Abbildungen. Geh. 4 M. Geb. 5 M.
 10. PETTIGREW, J. B. Die Ortsbewegung der Thiere. Nebst Bemerkungen über die Luftschiffahrt. Mit 131 Abbildungen. Geh. 4 M. Geb. 5 M.
 11. MAUDSLEY, H. Die Zurechnungsfähigkeit der Geisteskranken. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
 12. BERNSTEIN, J. Die fünf Sinne des Menschen. Mit 91 Abbildungen. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
 13. DRAPER, J. W. Geschichte der Conflicte zwischen Religion und Wissenschaft. Geh. 6 M. Geb. 7 M.
 14. 15. SPENCER, H. Einleitung in das Studium der Sociologie. Herausgegeben von Dr. Heinrich Marquardsen. Zwei Theile. Jeder Theil geh. 4 M., geb. 5 M.
 16. COOKE, J. Die Chemie der Gegenwart. Mit 31 Abbildungen. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
 17. FUCHS, K. Vulkane und Erdbeben. Mit 36 Abbildungen und einer lithographirten Karte. Geh. 6 M. Geb. 7 M.
 18. VAN BENEDEN, P. J. Die Schmarotzer des Thierreichs. Mit 83 Abbildungen. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
 19. PETERS, K. F. Die Donau und ihr Gebiet. Eine geologische Skizze. Mit 71 Abbildungen. Geh. 6 M. Geb. 7 M.
 20. WHITNEY, W. D. Leben und Wachsthum der Sprache. Uebersetzt von Prof. A. Leskien. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
 21. JEVONS, W. S. Geld und Geldverkehr. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
 22. DUMONT, L. Vergnügen und Schmerz. Zur Lehre von den Gefühlen. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
 23. SCHÜTZENBERGER, P. Die Gärungserscheinungen. Mit 28 Abbildungen. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
 24. BLASERNA, P. Die Theorie des Schalls in Beziehung zur Musik. Geh. 4 M. Geb. 5 M.
 25. BERTHELOT, M. Die chemische Synthese. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
 26. LUYSS, J. Das Gehirn, sein Bau und seine Verrichtungen. Mit 6 Abbildungen. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
 27. ROSENTHAL, I. Allgemeine Physiologie der Muskeln und Nerven. Mit 75 Abbildungen. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
 28. BRÜCKE, E. Bruchstücke aus der Theorie der bildenden Künste. Mit 39 Abbildungen. Geh. 4 M. Geb. 5 M.
-

C
GRUNDZÜGE DES STRAFRECHTS

NACH

DER DEUTSCHEN GESETZGEBUNG

UNTER

BERÜCKSICHTIGUNG AUSLÄNDISCHER RECHTE.

VON

DR. HUGO MEYER,

PROFESSOR DER RECHTE AN DER UNIVERSITÄT ZU TÜBINGEN.



LEIPZIG:

F. A. BROCKHAUS.

—
1877.



Das Recht der Uebersetzung ist vorbehalten.

VORWORT.

Die nachfolgende Darstellung des deutschen Strafrechts ist zu einem doppelten Zwecke unternommen worden, einmal um gebildeten Deutschen einen Ueberblick über diesen wichtigen Theil ihres eigenen Rechtszustandes zu gewähren, und sodann um auch den Ausländern eine bessere Möglichkeit des Einblicks in diesen Zweig der deutschen Gesetzgebung zu verschaffen.

Mit beiden Zwecken im Zusammenhange steht die Berücksichtigung des ausländischen Rechts, die in der Darstellung versucht wurde, die aber aus mehreren Gründen keine umfassende sein konnte, vielmehr in vielen Beziehungen eine nur gelegentliche geblieben ist. Schon der dem Verfasser zugemessene Raum, ferner der Stand der Vorarbeiten und nicht zum wenigsten die erwähnten Zwecke des Buchs selbst, sowie die Zeit des Verfassers waren in dieser Beziehung bestimmend.

Hinsichtlich der Anordnung des Stoffs konnte für den Verfasser auch bei dieser Darstellung (ebenso wie bei seinem Lehrbuch des Deutschen Strafrechts)

nicht davon die Rede sein, der Reihenfolge des Gesetzes selber zu folgen, da es nicht auf die Form des Gesetzes, sondern nur auf eine Mittheilung seines Inhalts, nach dessen innern Beziehungen, ankam. Doch ist das beigegebene Register bestimmt, das Auffinden der einzelnen Gegenstände sowol in der vorliegenden Darstellung, wie im Gesetze selbst zu erleichtern.

Möchte diese Darstellung Einiges dazu beitragen, die gegenseitige Bekanntschaft der verschiedenen Rechte zu fördern, damit schliesslich nur die auf wirklicher nationaler Verschiedenheit beruhenden Abweichungen bestehen bleiben und auch diese mehr und mehr in ihrer wahren Bedeutung erkannt und unter den Dienst einer allgemeinen Rechtsentwicklung gestellt werden.

Tübingen, 15. Mai 1877.

H. MEYER.

INHALT.

	Seite
Vorwort	V
Einleitung	1

ERSTER THEIL.

ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE.

ERSTES KAPITEL.

Der Wille oder die subjective Seite der strafbaren Handlung	14
---	----

ZWEITES KAPITEL.

Die That oder die objective Seite der strafbaren Handlung	30
---	----

DRITTES KAPITEL.

Die Rechtswidrigkeit der Handlung.	52
--	----

VIERTES KAPITEL.

Die einzelnen Strafarten	62
------------------------------------	----

FÜNFTES KAPITEL.

Die Grundsätze der Strafanwendung	85
---	----

ZWEITER THEIL.
DIE EINZELNEN VERGEHUNGEN.

ERSTES KAPITEL.

Vergehungen gegen die Person	123
--	-----

ZWEITES KAPITEL.

Vergehungen gegen das Vermögen	170
--	-----

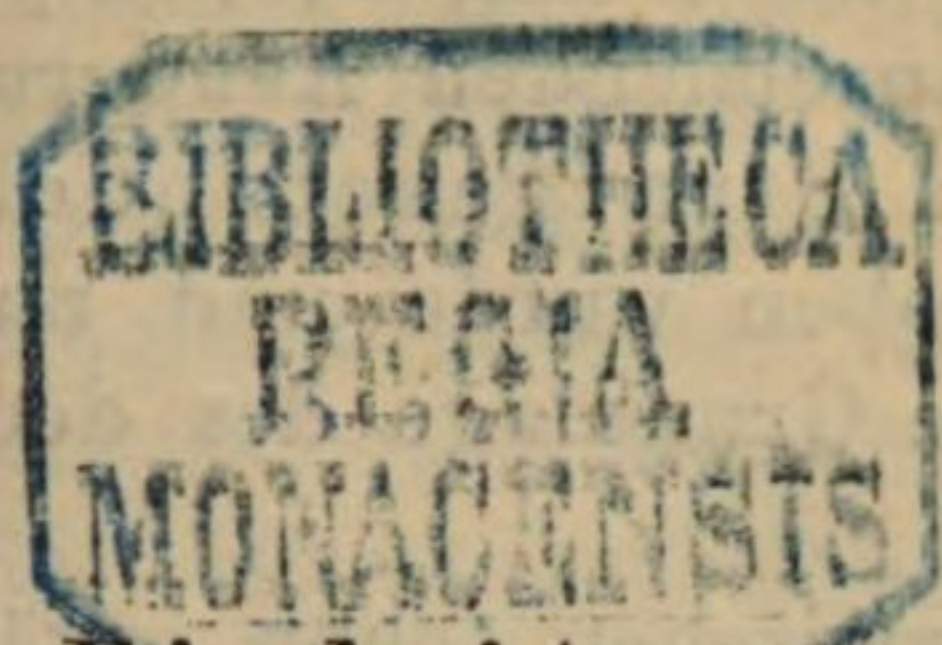
DRITTES KAPITEL.

Vergehungen gegen das öffentliche Wohl	206
--	-----

VIERTES KAPITEL.

Vergehungen gegen den Staat	247
---------------------------------------	-----

Anhang	271
Register	287



Einleitung.

Nach langer Zersplitterung gelangte Deutschland im Jahre 1870 wiederum zu einer einheitlichen Strafgesetzgebung, von der, insbesondere nach den inzwischen gethanen weitem Fortschritten, zu hoffen ist, dass sie nur den Vorläufer bildet zu einer umfassenden deutschen Gesetzgebung. Nachdem die frühere einheitliche Grundlage des deutschen Strafrechts, wohin hauptsächlich die sogenannte *Carolina* oder die *Peinliche Gerichtsordnung* Karl's V. aus dem 16. Jahrhundert gehörte, immer mehr in den Hintergrund getreten war, sodass das deutsche Strafrecht fast vollständig beherrscht wurde von den zum Theil sehr verschiedenartigen Strafgesetzbüchern der einzelnen deutschen Staaten, erklärte die Verfassung des Norddeutschen Bundes im Jahre 1867 neben andern Rechtstheilen auch das Strafrecht für einen Gegenstand der gemeinsamen Gesetzgebung. Und nachdem man gewissermassen die ersten Einrichtungen in dem neuen Hause getroffen hatte, ging die Bundesgesetzgebung sofort daran, ihre Aufgabe hinsichtlich des Strafrechts zu erfüllen. Im Laufe des Jahres 1869 kam es zur Aufstellung eines Entwurfs, und schon am 31. Mai 1870, nach verhältnissmässig kurzer Berathung im Reichstag, wurde das Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund im Gesetzblatt desselben verkündet und seine Wirksamkeit auf den 1. Januar 1871 festgesetzt.

Dieses Gesetzbuch ist es, welches sodann infolge des Kriegs mit Frankreich und der Errichtung des Deutschen Reichs, mit nur wenigen, den neuen Verfassungsverhältnissen entsprechenden Aenderungen, unter dem 15. Mai 1871 zum Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich erhoben wurde und nun die lange entbehnte einheitliche Grundlage des deutschen Strafrechts bildet.

Dasselbe ist inzwischen schon ergänzt (in einzelnen Punkten auch schon abgeändert) durch einige neuere Gesetze, insbesondere durch die viel erörterte Novelle von 1876, welche eine Abstellung verschiedener Missethate brachte. Es gelten ferner neben ihm eine ziemliche Anzahl sonstiger Strafbestimmungen, wie sie die übrigen Gesetze des Reichs als Sanction ihres mannichfachen Inhalts enthalten, und endlich ist für das Gebiet der einzelnen deutschen Staaten auch noch der Landesgesetzgebung eine, nunmehr jedoch beschränkte, Geltung geblieben, indem der Landesgesetzgebung überlassen ist, in Materien, welche die Reichsgesetzgebung nicht geregelt hat, Strafen bis zu einer bestimmten Höhe (bis zu zwei Jahren Gefängniss) zu verhängen.

Aus dieser Befugniss der Landesgesetzgebung ergibt sich, dass keineswegs der gesammte Umfang des deutschen Strafrechts einer einheitlichen Regelung unterliegt. Dennoch ist es der bei weitem grösste und wichtigste Theil desselben, der nun in einheitlicher Weise für ganz Deutschland feststeht. Es ist damit der unleidliche Zustand beseitigt, dass so vielfach in Deutschland mit verschiedenem Masse gemessen wurde und nach den bestehenden Gesetzen gemessen werden musste, dass z. B. in Leipzig straflos gelassen wurde, was in Berlin gestraft wurde, dass in München als schweres Verbrechen behandelt wurde, wofür in Stuttgart vielleicht nur eine geringe Strafe eintrat. Auch ist erst dadurch wieder eine wahrhaft fruchtbringende wissenschaftliche Behandlung des Strafrechts ermöglicht, welche allmählich verloren zu gehen schien oder wenigstens

schwer beeinträchtigt wurde durch die Zersplitterung der Gesetzgebung. Wir sind hinsichtlich des Strafrechts nun in derselben Lage, wie andere Länder, z. B. Frankreich, Belgien, Dänemark, Schweden, Russland, welche ein gemeinsames Strafgesetzbuch besitzen, und zu denen auch England gehören würde, wenn es sich entschlösse, sein Strafrecht in grösserm Umfange, als es bisjetzt der Fall ist, zu codificiren. Und wir haben unsers Erachtens einen grossen Vorzug erlangt vor der Schweiz und vor Nordamerika, wo noch immer die einzelnen Staaten an ihren besondern Strafgesetzbüchern festhalten, und nur wenige strafgesetzliche Bestimmungen bisjetzt Gegenstand der Bundesgesetzgebung geworden sind.

Gehen wir nun daran, in Kürze den Inhalt dieses gemeinsamen deutschen Strafrechts einer gedrängten Darstellung zu unterwerfen, so können wir voranschicken, dass derselbe keineswegs aus willkürlich gewählten und neu ersonnenen Bestimmungen besteht. Derselbe ist vielmehr, insbesondere was die Begriffsbestimmung oder den sogenannten Thatbestand der hauptsächlichsten Verbrechen betrifft, vielfach derselbe, wie er seit Jahrhunderten in Deutschland Bestand gehabt hatte, nur dass vieles, und darunter vor allem die verhängten Strafen, allerdings den Verhältnissen der Gegenwart gemäss verändert wurde und insbesondere mancherlei neue Strafbestimmungen hinzutraten. Dennoch ist nicht zu verkennen, dass auch das deutsche Strafrecht sich mancherlei früherer Eigenthümlichkeiten entkleidet hat, wie denn wol zu erwarten steht, dass sich das Strafrecht der civilisirten Staaten in manchen Stücken überhaupt einander mehr nähern wird, als dies bisjetzt der Fall ist. Betrifft doch das Strafrecht zum grossen Theil die allgemein menschlichen Verhältnisse, obwol sich in andern Beziehungen wieder sehr stark die nationalen Eigenthümlichkeiten einmischen.

Ueber den Rechtsgrund der Strafe wollen wir an dieser Stelle nicht streiten, vielmehr nur kurz anführen,

dass uns derselbe einfach in der Fürsorge des Staats für die allgemeine Wohlfahrt und Sittlichkeit, die ohne Strafmittel nicht durchgeführt werden könnte, zu bestehen scheint. Ebenso wollen wir hinsichtlich des Zwecks der Strafe nur bemerken, dass wir nicht umhin können, denselben, abgesehen von dem idealen Zwecke, einen Massstab für die Verwerflichkeit der Handlung vom Standpunkte des Staats zu bilden, vorzugsweise in der Abschreckung oder Abmahnung der Einzelnen von der Begehung verbrecherischer Handlungen zu erblicken, wobei aber auch noch andere praktische Zwecke, insbesondere der Zweck der Wiederherstellung des Gefühls der Rechtssicherheit bei allen Betheiligten, sowie die Zwecke der möglichsten Besserung des Thäters selbst einwirken. Von der gleichen Anschauung scheint uns das deutsche Strafgesetzbuch auszugehen, dessen Satzungen sich jedenfalls überwiegend aus dem Bestreben erklären, dem gesetzlichen Verbote gewisser Handlungen den hinreichenden Nachdruck zu verleihen, in welchem aber hier und da auch andere Zwecke der Strafe hervortreten, so insbesondere der Besserungszweck bei der Gestaltung der Freiheitsstrafe und vor allem bei der unten zu erwähnenden sogenannten vorläufigen Entlassung.

Als Quelle einer strafrechtlichen Bestimmung gilt nach nunmehriger Bestimmung des deutschen Rechts (Strafgesetzbuch §. 2) nur das Gesetz. Der Richter kann sich also für die Bestrafung einer Handlung in keiner Weise mehr auf blosses Herkommen, Gewohnheit oder Gerichtspraxis berufen. So schon die bisherigen Strafgesetzbücher der einzelnen deutschen Staaten, wogegen das frühere gemeine Recht Deutschlands eine Reihe von Strafbestimmungen enthielt, die sich nicht auf irgendein Gesetz, sondern auf altes Herkommen gründeten. Es stimmt die jetzige Anordnung, die durchaus nothwendig ist für die Sicherheit der Rechtspflege, wie für die Sicherheit der persönlichen Freiheit, überein mit dem französischen Rechte und überhaupt mit dem Rechte

der meisten Staaten, welche eine einheitliche Strafgesetzgebung haben, sie weicht aber ab von dem Strafrechte Englands und Nordamerikas, obwol auch hier das Gebiet des ungeschriebenen (nicht gesetzlich festgestellten) Rechts für das Strafrecht immer kleiner wird und, was Amerika betrifft, eine Reihe von Staaten ebenfalls umfassende Strafgesetzbücher besitzen, neben denen von der Bestrafung irgendwelcher Handlungen auf Grund des Herkommens meistens nicht mehr die Rede ist. Nur als Anomalie ist es zu bezeichnen, wenn dem höchsten schottischen Gerichtshof sogar die Befugniss zugeschrieben wird, auch ohne Anhalt in Gesetz oder Herkommen, einfach nach seinem Ermessen, auch solche Handlungen zu bestrafen, die eben nur ihm als strafwürdig erschienen. Es steht dies im geraden Gegensatz zu der Bestimmung jener modernen Gesetzbücher, dass keine Handlung bestraft werden dürfe, die nicht im Gesetz mit Strafe verknüpft ist, eine Bestimmung die mit Recht dahin verstanden wird, dass auch nicht einmal die analoge Ausdehnung eines Strafgesetzes als statthaft gilt. Um etwas zu bestrafen hat sich der Richter vielmehr auf das Gesetz selbst (natürlich nicht auf dessen Buchstaben, sondern auf dessen Sinn) zu berufen; er darf aber nicht eine Handlung, die unter die richtig aufgefasste Strafvorschrift nicht fällt, etwa deswegen mit Strafe belegen, weil der Gesetzgeber denselben Grund gehabt hätte, auch diese Handlung für strafbar zu erklären, wie die andern.

Ueber den zeitlichen und räumlichen Wirkungskreis eines Strafgesetzes gelten in Deutschland folgende Grundsätze.

Was zunächst den zeitlichen Wirkungskreis des Gesetzes anlangt, so gilt der Satz, dass nur diejenige Handlung bestraft werden darf, welche zur Zeit ihrer Begehung mit Strafe bedroht ist, es hat also ein jedes Strafgesetz Beziehung nur auf solche Handlungen, welche nach dem Eintritt seiner Gesetzeskraft begangen werden. So auch die meisten übrigen modernen Gesetz-

gebungen, wogegen im Alterthum andere Grundsätze galten und insbesondere zur Zeit der römischen Republik es nicht selten vorkam, dass eine Handlung erst nachträglich mit Strafe verknüpft wurde. Eine solche nachträgliche Bestrafung erscheint der neuern Gesetzgebung mit Recht anstössig, weil im Widerspruch mit der persönlichen Freiheit und mit der Bedeutung des Strafgesetzes als einer Richtschnur für die Handlungen der Staatsbürger. Damit ist aber nicht gesagt, dass dem erst nach der That ergangenen Gesetze gar kein Einfluss auf die Bestrafung der That eingeräumt würde. Uebereinstimmend mit den meisten übrigen Gesetzgebungen der Neuzeit ist vielmehr auch in dem deutschen Strafgesetzbuch bestimmt, dass auf eine strafbare Handlung das inzwischen erlassene neue Strafgesetz allerdings Anwendung findet, nämlich in dem Falle, wenn es das mildere ist. Es soll keine Handlung nach dem ältern härtern Gesetze bestraft werden, vielmehr die mildere Auffassung des neuern Gesetzes dem Thäter zugute kommen. Der Grund davon ist augenscheinlich der, dass der Staat nicht mehr Strafe verhängen will, als er auf seinem jetzigen Standpunkt für begründet erachtet, und dass er sich nicht zum Sklaven seiner eigenen frühern Auffassung macht. Die Frage, wie es dabei mit Zwischengesetzen, d. h. in dem Falle zu halten sei, wenn in der Zeit zwischen der That und der Aburtheilung die Gesetzgebung mehrmals gewechselt hat, ist im deutschen Strafgesetzbuch dahin beantwortet, dass diese Zwischengesetze ebenfalls zur Berücksichtigung gelangen sollen, sodass von sämmtlichen in dem genannten Zeitraum erlassenen Gesetzen dasjenige zur Anwendung kommen soll, welches das mildeste ist. Es ist damit diejenige Ansicht in Deutschland gesetzlich anerkannt, welche in Frankreich schon überwiegend aus allgemeinen Gründen von den Schriftstellern für richtig erachtet wurde; und in der That werden wir sagen müssen, dass es der Billigkeit entspricht, dem Angeklagten die Vortheile auch desjenigen Gesetzes zu-

zuwenden, unter dessen Herrschaft seine Aburtheilung sehr wohl hätte stattfinden können. Zweifel darüber, welches Gesetz das mildere sei, werden der Regel nach nicht stattfinden; soweit aber dergleichen auftauchen, werden selbstverständlich nicht einzelne Bestimmungen der zu vergleichenden Gesetze, vielmehr nur die nach dem einen, wie nach dem andern Gesetz sich ergebende schliessliche Beurtheilung der That massgebend sein können. Völlig verkehrt wäre es, die mildern Bestimmungen des einen mit den mildern Bestimmungen des andern Gesetzes zu combiniren; es wäre dies ein Verfahren, durch welches keines der zur Vergleichung stehenden Gesetze, vielmehr ein neues und zwar ein solches, welches niemals bestanden hat, zur Anwendung gelangen würde.

Während aber diese über den zeitlichen Wirkungskreis des Gesetzes geltenden Grundsätze sich im wesentlichen in unangefochtener Wirksamkeit befinden, ist keineswegs dasselbe der Fall mit denjenigen Grundsätzen, welche die deutsche Gesetzgebung über den räumlichen Wirkungskreis des Strafgesetzes aufstellt. Wie schon die Strafgesetzbücher der einzelnen deutschen Staaten in dieser Beziehung sehr stark voneinander abwichen, so ist auch jetzt viel Streit, ob das Reichsstrafgesetzbuch in dieser Beziehung das Richtige getroffen habe. Unbestritten jedoch ist zunächst der Grundsatz, dass den Strafgesetzen des Inlandes (des Deutschen Reichs) eine jede innerhalb des Deutschen Reichs selbst begangene strafbare Handlung unterliegt, mag dieselbe von einem Deutschen oder auch von einem Nichtdeutschen verübt sein. Ebenso wie die meisten übrigen Staaten (jedenfalls diejenigen, welche auf volle Selbstständigkeit Anspruch machen), so unterwirft auch das Deutsche Reich den Ausländer, der deutsches Gebiet betritt, sofort der Herrschaft seiner Gesetze. Mag auch der Ausländer nach den ihm geläufigen Anschauungen und Sitten die Handlung aus einem ganz andern Gesichtspunkte ansehen, so kommt doch auch auf seine

Handlung unser Strafgesetz zur Anwendung, dessen Durchführung eine sehr ungenügende wäre, wollten wir dieselbe von der Staatszugehörigkeit dessen, der dasselbe übertritt, für abhängig erklären. Sofort aber treten wir in den Kreis der bestrittensten Rechtssätze ein, wenn es sich um die Strafbarkeit derer handelt, welche ausserhalb des Deutschen Reichs eine nach den Gesetzen desselben strafbare Handlung begehen. Gewiss mit Recht hat sich Deutschland denjenigen Staaten nicht anschliessen wollen, welche sich grundsätzlich um die im Auslande begangenen strafbaren Handlungen nicht kümmern oder doch (wie England) nur einzelne wenige Ausnahmen von diesem Grundsatz aufstellen. Gewiss mit Recht ist in Deutschland anerkannt, dass auch ein von einem Deutschen im Auslande begangenes Verbrechen die heimische Rechtsordnung verletzt, und zwar nicht nur wenn eine Handlung gegen den inländischen Staat oder gegen inländische Personen und Verhältnisse in Frage kommt, sondern unabhängig von der Staatszugehörigkeit der betroffenen Objecte. Nur erleidet dieser Grundsatz von der Verantwortlichkeit des Inländers wegen im Auslande begangener strafbarer Handlungen gewisse, ihrerseits freilich keineswegs unbestrittene Beschränkungen. Hierhin gehört zunächst, dass nur sogenannte „Verbrechen“ und „Vergehen“ (also nur die schwerere und mittlere Klasse von Vergehungen), nicht aber auch blosse „Uebertretungen“ berücksichtigt werden sollen. Hierin gehört ferner, dass auch Verbrechen und Vergehen nicht unter allen Umständen bestraft werden sollen, sondern nur bestraft werden können dann nämlich, wenn die strafverfolgende Behörde (die Staatsanwaltschaft) findet, dass ein öffentliches Interesse gerade an der inländischen Bestrafung der im Auslande begangenen strafbaren Handlung haftet. Hierin gehört ferner die vielbestrittene Voraussetzung, welche das deutsche Strafgesetzbuch aufstellt, dass die Handlung zugleich am Orte der That strafbar sein müsse. Auf den ersten Blick könnte diese Voraus-

setzung als keineswegs angemessen erscheinen. Wird es nämlich einmal als richtig hingestellt, dass der Inländer auch durch im Auslande begangene strafbare Handlungen die heimische Rechtsordnung verletze, so ist es offenbar folgewidrig, dem zufälligen Umstande, dass die Handlung am Orte der That straflos ist, jene Bedeutung einzuräumen. Andererseits aber werden wir erwägen, dass die Strafwürdigkeit einer Handlung sich in gewisser Weise allerdings auch nach localen Verhältnissen richtet, und werden also geneigt sein die Straflosigkeit einer Handlung am Orte der That auch unserm Volksgenossen zugute kommen zu lassen; wir werden es nicht billigen, wenn der Entwurf der dem deutschen Reichstag 1876 vorgelegten Novelle jene Voraussetzung völlig beseitigen wollte. Das Richtige wird vielmehr hier wie in andern Fällen sein, dass die Gesetzgebung zwischen diesen widerstreitenden Gesichtspunkten vermittelt und gewisse Klassen von strafbaren Handlungen für unbedingt verfolgbar erklärt, bei den übrigen aber an jener Voraussetzung festhält. Während nun Frankreich (seit 1866) in dieser Hinsicht nach der Schwere der strafbaren Handlung unterscheidet und die sogenannten *crimes* für unbedingt, die sogenannten *délits* nur für in jener Weise bedingt strafbar erklärt, hat man in Deutschland einzelne Arten von strafbaren Handlungen ausgesondert, welche unbedingt verfolgbar sein sollen. Wenn wir jedoch erwägen, wie beschränkt der Kreis der in dieser Beziehung genannten Handlungen ist (das Strafgesetzbuch erwähnt nur Hochverrath und Landesverrath gegen das Inland, sowie Münzfälschung, wozu die Novelle von 1876 noch die im Ausland begangenen Amtsvergehungen hinzufügte), so werden wir uns mindestens für Erweiterung dieses Kreises auszusprechen haben. — Viel zweifelhafter ist es, ob die deutsche Gesetzgebung recht daran gethan hat, unter Umständen auch den Ausländer wegen einer im Auslande begangenen strafbaren Handlung unsern Gesetzen zu unterwerfen. Sehr nahe läge die Ansicht, dass wegen

einer im Auslande begangenen Handlung der Ausländer stets nur dem ausländischen Gesetz unterliege und dass, wenn unser Staat ein Interesse an seiner Bestrafung hat, ein solches Interesse im diplomatischen Wege geltend gemacht werden müsse. Dennoch werden wir es begreiflich finden, dass unser Staat den directen Weg vorzieht und den Ausländer in gewissen Fällen seiner eigenen Strafjustiz unterwirft, dies nämlich dann, wenn sich der Ausländer am diesseitigen Staate selber vergreift (Hochverrath gegen das Reich oder einen Bundesstaat), und selbst das wird erklärlich erscheinen, dass der Entwurf der mehr erwähnten Strafgesetznovelle den Angriffen auf den Staat selbst die Verletzung eines diesseitigen Staatsangehörigen hinzufügte, — eine Ausdehnung, welche der deutsche Reichstag ablehnte. Doch werden wir uns vergegenwärtigen müssen, dass hier immer eine Erweiterung der rein strafrechtlichen Grundsätze vorliegt. Eine solche ist schliesslich auch in der Bestimmung des deutschen Strafgesetzbuchs zu finden, dass ein Inländer wegen einer solchen strafbaren Handlung im Inlande zur Verantwortung gezogen werden kann, die er, bevor er die inländische Staatsangehörigkeit erlangte, im Auslande begangen hat.

Dass die wegen der betreffenden Handlung im Auslande etwa schon verbüsste Strafe in jedem Falle auf die im Inlande noch zu erkennende Strafe abgerechnet werde, ist eine sich von selbst erklärende Bestimmung. Weniger selbstverständlich ist, dass schon die im Auslande erfolgte Aburtheilung (beziehungsweise was ihr gleichsteht: Begnadigung, Verjährung, Nichtstellung des Antrags) die inländische Strafverfolgung ausschliessen soll, eine Bestimmung, welche das Gesetzbuch mit Recht auf dieselben Fälle beschränkt, in denen die inländische Strafverfolgung in der obengenannten Weise für abhängig erklärt wird von der auswärtigen Gesetzgebung.

Blicken wir zurück auf die Art, wie das deutsche Gesetz den räumlichen Wirkungskreis des Strafgesetzes

bestimmt hat, so müssen wir sagen, dass dieser Kreis zwar weiter als in England, in einzelnen Beziehungen auch weiter als in Frankreich, immerhin jedoch so bestimmt ist, wie es im wesentlichen der Aufgabe des Strafgesetzes entspricht. Viel weiter geht der neue österreichische Entwurf, der (ähnlich wie schon die frühern Gesetzbücher von Sachsen und Braunschweig) sich für das Princip einer sogenannten Weltstrafrechtspflege entscheidet, d. h. grundsätzlich eine jede von irgendwem im Auslande begangene strafbare Handlung für im Inlande verfolgbar erklärt, sobald die Auslieferung des Thäters an das Ausland nicht zulässig oder nicht ausführbar erscheint. Es soll dann freilich die Strafe keine strengere sein dürfen, als sie nach den Gesetzen des Auslandes zu verhängen gewesen wäre.

Nur mit wenigen Worten sind hier die staats- und völkerrechtlichen Ausnahmen zu erwähnen, welche hinsichtlich des Wirkungskreises des Strafgesetzes bestehen. Die hauptsächlichste staatsrechtliche Ausnahme ist die aus dem monarchischen Princip hervorgehende Unverantwortlichkeit des Staatsoberhauptes, in welcher Beziehung in Deutschland ausser dem Kaiser die Landesherren der einzelnen Staaten in Betracht kommen, wogegen die höchsten Beamten der drei sogenannten Freien Städte (Hamburg, Lübeck und Bremen) den Strafgesetzen unterliegen wie jeder andere. Es kommt hinzu die ihrem Umfange nach nur beschränkte Nichtverantwortlichkeit der Abgeordneten, und zwar der Mitglieder des deutschen Reichstages und der Landtage der einzelnen deutschen Staaten, nämlich für Aeusserungen, welche sie in Ausübung ihres Berufs gethan haben. Was aber die Einwirkung des Völkerrechts betrifft, so sind den hiesigen Strafgesetzen entzogen fremde regierende Fürsten, fremde Gesandten, die bei der diesseitigen Regierung beglaubigt sind, und unter Umständen fremde Truppenkörper, welche sich im diesseitigen Staatsgebiete befinden; es gelten ferner als der hiesigen Rechtspflege entzogen fremde Kriegsschiffe, die sich in diesseitigen

Häfen befinden, während sonstige Schiffe nur auf offener See als Gebietstheile ihres Landes angesehen, im fremden Hafen oder Küstenwasser aber nach feststehender deutscher Auffassung der Gerichtsbarkeit des betreffenden Küstenstaats unterliegen. Anders in letzterer Beziehung die englische Rechtsprechung, welche wenigstens neuerdings (Fall des Schiffes *Franconia*), die Aburtheilung eines nahe der englischen Küste angeblich begangenen Vergehens ablehnte.

Bevor wir nun aber uns zu dem Inhalte der strafgesetzlichen Bestimmungen wenden, d. h. zu den allgemeinen und besondern Vorschriften, die sie enthalten, ist es erforderlich, einer Eintheilung der strafbaren Handlungen zu gedenken, welche das deutsche Strafgesetzbuch gleich zu Eingang seiner Bestimmungen aufstellt und die es in mehrfacher Beziehung in dem weiteren Verlaufe seiner Vorschriften verwerthet. Es ist dies die gelegentlich schon berührte Eintheilung der strafbaren Handlungen nach ihrer Schwere. Und zwar ist es eine Dreitheilung, welche, in Uebereinstimmung mit dem französischen und den meisten modernen Strafgesetzbüchern, das deutsche Strafgesetzbuch in dieser Beziehung aufstellt. Wie das französische Gesetzbuch alle strafbaren Handlungen in *crimes*, *délits* und *contraventions* eintheilt, so werden im deutschen Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen unterschieden, wobei als Verbrechen alle diejenigen Handlungen gelten sollen, welche mit dem Tode oder schwerer Freiheitsstrafe (Zuchthaus oder Festungshaft von mehr als fünf Jahren), als Vergehen alle diejenigen, welche mit mittlern Strafen (Festungshaft bis zu fünf Jahren, Gefängniss oder Geldstrafe von mehr als 150 Mark), als Uebertretung endlich diejenigen, welche mit geringern Strafen (sogenannte Haft oder Geldstrafe bis zu 150 Mark) bedroht sind. Bemerkenswerth ist, dass der Kreis der Uebertretungen im französischen Gesetze erheblich enger als im deutschen bestimmt ist. Ebenfalls eine Dreitheilung stellt das englische Strafrecht auf, dessen erste

Klasse (*treason*) aber nur einzelne besonders schwere Verbrechen umfasst, sodass die zweite Klasse (*felonies*) und die dritte (*misdemeanors*) sich im übrigen in das strafrechtliche Gebiet theilen, und zwar nach neuern Vorschriften in der Art, dass die Masse der *felonies* aus den mit mehr als sieben Jahren Freiheitsstrafe bedrohten, die Masse der *misdemeanors* aus den geringern Delicten besteht.

ERSTER THEIL.

Allgemeine Grundsätze.

ERSTES KAPITEL.

Der Wille oder die subjective Seite der strafbaren Handlung.

Strafbar ist nicht die That als solche, sondern der Wille, der sich in der That ausspricht. Schon hiernach entscheidet sich die Streitfrage, welche uns an der Spitze des Strafrechts entgegentritt, die Frage nämlich, ob nur eine physische Person (der einzelne Mensch), oder ob auch eine juristische Person, insbesondere eine Corporation, Subject eines Verbrechens sein könne. Die Beantwortung dieser Frage ist nicht ganz so selbstverständlich als sie scheinen könnte. Selbstverständlich ist, dass eine juristische Person keinen Ehebruch, überhaupt kein derartiges Verbrechen begehen könne, für das die Leibhaftigkeit des Thäters eine wesentliche Voraussetzung bildet; wol aber könnte davon die Rede sein, ob nicht z. B. die Kasse einer Gesellschaft verantwortlich gemacht werden kann für solche Gesetzesverletzungen, welche nur mit Geldstrafe bedroht sind und im gegebenen Falle auf einem Gesellschaftsbeschluss oder auf einer Anordnung des Vorstandes beruhen; wie denn in der That sowol die englische als die amerikanische Rechtswissenschaft es für zulässig erklären, eine

Eisenbahngesellschaft wegen ungesetzlicher Anlagen nicht bloß zum Schadenersatz, sondern auch in die gesetzlichen Geldstrafen zu verurtheilen. Dennoch müssen wir es für richtiger erklären, wenn die deutsche Rechtswissenschaft sich übereinstimmend für die unbedingte Unzulässigkeit einer Bestrafung juristischer Personen ausspricht. Da nämlich das Verbrechen in einer Willensschuld beruht, so können auch in jenen Fällen immer nur diejenigen sich schuldig gemacht haben, von denen der gesetzwidrige Beschluss ausging, beziehungsweise diejenigen, welche ihn ausführten, und selbst Geldstrafen sollten deshalb nur ihnen, nicht auch der Kasse der Gesellschaft auferlegt werden. Unberührt bleibt dadurch natürlich die Frage, ob infolge gesetzwidrigen Vorgehens nicht etwa die der Gesellschaft ertheilte Ermächtigung zurückgezogen werden könne.

Was nun aber die physische Person angeht, so ist auch sie nicht unter allen Umständen in der Lage, als das mögliche Subject eines Verbrechens zu erscheinen; vielmehr kommt es darauf an, ob sie sich im zurechnungsfähigen Zustande befindet. Zurechnungsfähig nennen wir denjenigen, der mit Rücksicht auf seinen geistigen Zustand zur Zeit der That für dieselbe rechtlich verantwortlich gemacht werden kann, anders ausgedrückt: der sich zur Zeit der That in einem solchen geistigen Zustande befand, dass er für diese That rechtlich verantwortlich erscheint. Auf grosse Schwierigkeiten aber stossen wir, wenn es sich um die nähere gesetzliche Regelung der Zurechnungsfähigkeit, beziehungsweise darum handelt, den geistigen Zustand, auf den es bei ihr ankommt, näher zu bezeichnen. Insbesondere fragt es sich, ob die Zurechnungsfähigkeit positiv als Voraussetzung der Schuld hingestellt, oder ob die einzelnen Arten der Unzurechnungsfähigkeit als Schuld ausschließungsgrund behandelt werden sollen. In dieser Beziehung hat nun das deutsche Strafrecht in Uebereinstimmung mit den meisten Gesetzgebungen die verschiedenen Fälle unterschieden und die Fälle unent-

wickelter Geisteskraft anders als die Fälle aufgehobener Geisteskraft behandelt.

Was nun zunächst die Fälle unentwickelter Geisteskraft betrifft, so sollen nach dem deutschen Strafgesetzbuch Kinder unter zwölf Jahren in allen Fällen als unzurechnungsfähig behandelt werden; es hat sich also das deutsche Gesetz in dieser Beziehung nicht dem französischen Strafrecht, welches den Anfang des zurechnungsfähigen Alters dem richterlichen Ermessen überlässt, vielmehr denjenigen Gesetzen angeschlossen, welche eine feste Grenze in dieser Beziehung aufstellen, nur dass diese Gesetze zum Theil eine nicht unerheblich verschiedene Altersgrenze nennen. In Uebereinstimmung mit dem römischen und dem frühern Rechte in Deutschland gelten in England sieben Jahre, nach dem neuen italienischen Entwurf gelten neun Jahre, in Dänemark und nach dem holländischen Entwurfe zehn Jahre als entscheidend, und in Schweden endlich ist das vierzehnte, für schwerere Fälle sogar erst das funfzehnte Jahr als Grenze angenommen worden. Dabei ist aber durch die mehrgenannte Novelle von 1876 in Deutschland ausdrücklich für zulässig erklärt, dass auch gegen Personen unter zwölf Jahren amtliche Massregeln zur Besserung und Beaufsichtigung (nach Massgabe der landesgesetzlichen Vorschriften) getroffen werden können, dass insbesondere ihre Unterbringung in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt angeordnet werden kann. Es ist aber noch eine andere Altersgrenze, welche nach dem deutschen Gesetze und ähnlich nach den meisten übrigen Gesetzen für die Zurechnungsfähigkeit in Betracht kommt, indem nämlich vorgeschrieben ist, dass bei Personen unter einem gewissen Alter die Zurechnungsfähigkeit stets zum Gegenstand einer besondern Feststellung gemacht werden soll, und zwar ist es nach dem deutschen Strafgesetzbuch und ebenso nach dem österreichischen Entwurf das achtzehnte, nach dem französischen und dem belgischen Gesetz das sechzehnte Lebensjahr, welches in dieser Beziehung genannt

ist. „Ein Angeschuldigter, welcher zu einer Zeit, als er das zwölfte, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte, eine strafbare Handlung begangen hat, ist freizusprechen, wenn er bei Begehung derselben die zur Erkenntniss ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht nicht besass.“ Doch können letzternfalls auch solche Personen durch gerichtliches Urtheil einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt überwiesen und in derselben bis zum vollendeten zwanzigsten Jahre festgehalten werden. Es ist also für Personen dieses Alters die Zurechnungsfähigkeit als positive Voraussetzung der Verschuldung behandelt, während, wie wir sehen werden, in andern Fällen die Zurechnungsfähigkeit nur in der Art berücksichtigt ist, dass die Unzurechnungsfähigkeit einen Schuldausschliessungsgrund bilden solle. Vom principiellen Standpunkte aus muss augenscheinlich das Erstere als das Richtigere erscheinen. Von grösstem Interesse ist nun aber die Art und Weise, wie das Gesetz die Zurechnungsfähigkeit jener Personen bezeichnet, welches entscheidende Merkzeichen es für dieselbe aufstellt. Vergegenwärtigen wir uns, dass im geistigen Zustande des Menschen eine mehr theoretische Seite (das Moment der Einsicht oder Intelligenz) und eine mehr praktische Seite (das Moment des Willens) zu unterscheiden sind, so sehen wir, dass es die theoretische Seite ist, welche das deutsche Gesetz zur Kennzeichnung der Zurechnungsfähigkeit unerwachsener Personen (sowie der Taubstummen) benutzt: es soll darauf ankommen, ob die Einsicht des Individuums in einer bestimmten Weise entwickelt war, und zwar darauf ob dasselbe mit der zur Erkenntniss der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht handelte. Genauer zugesehen ist dies nicht ohne Bedenken, indem es für die Entwicklung des Individuums gewiss nicht allein auf den Grad seiner Einsicht, sondern auch auf die Stärke seiner Willenskraft ankommt; da jedoch in den bei weitem meisten Fällen beides Hand in Hand geht, so mag es an der Hervorhebung jenes theoretischen Momentes ge-

nügen, wie denn auch das französische und belgische Gesetz die Feststellung verlangen, ob der Angeklagte mit „Unterscheidungsvermögen“ (*discernement*) gehandelt habe oder nicht. Richtiger freilich würde es sein, überhaupt nur die „Zurechnungsfähigkeit“ derartiger Individuen feststellen zu lassen.

Ebenso fragt es sich, ob es genügt, wenn im deutschen Gesetz neben den Personen jugendlichen Alters nur noch Taubstumme als solche genannt sind, bei denen ein unentwickelter Geisteszustand vorkommt. Doch mag die Möglichkeit, dass ein geistig gesundes Individuum auch noch im erwachsenen Alter in seiner geistigen Entwicklung so weit zurückblieb, dass es strafrechtlich unzurechnungsfähig ist, eine zu entfernte sein, als dass dem Gesetze ein erheblicher Vorwurf aus der Nichtberücksichtigung dieser Verhältnisse gemacht werden könnte. In der That würden völlig abnorme Verhältnisse vorliegen müssen, unter denen das Individuum aufwuchs, wenn es auch nach zurückgelegtem achtzehnten Jahre, obwol geistig gesund, noch unzurechnungsfähig geblieben sein sollte.

Von grösserer praktischer Wichtigkeit ist die Art und Weise, wie die Gesetzgebung das Erforderniss geistiger Unversehrtheit berücksichtigt. In dieser Beziehung ist zunächst bemerkenswerth, dass, wie schon oben erwähnt wurde, dasselbe nicht als positive Voraussetzung der Strafbarkeit, vielmehr umgekehrt die hierin gehörigen Zustände der Unzurechnungsfähigkeit als Schuld-ausschlussgründe behandelt werden, ein Verfahren, welches keineswegs durchaus der Natur der Sache entspricht, sich vielmehr nur durch die Anforderungen des praktischen Rechtslebens rechtfertigt. Während nämlich an sich die geistige Unversehrtheit gerade so, wie die geistige Reife, als eine positive Voraussetzung der Strafbarkeit erscheint, ist es praktisch zulässig einen jeden Erwachsenen zunächst und bis auf weiteres als zurechnungsfähig zu behandeln und eine auf seinen geistigen Zustand gestützte Freisprechung nur eintreten

zu lassen, sofern eine geistige Störung erwiesen sein sollte. Das principiell Bedenkliche dieses Verfahrens wird gemildert, wenn hinsichtlich des betreffenden Schuld-ausschliessungsgrundes nicht voller Beweis verlangt, vielmehr schon eine gewisse Wahrscheinlichkeit oder erhebliche Möglichkeit als genügend betrachtet wird, und so möchten wir es nicht tadeln, wenn in Uebereinstimmung mit allen übrigen uns bekannten Gesetzgebungen auch im deutschen Strafgesetzbuch das Erforderniss der geistigen Unversehrtheit jene negative Art der Regelung gefunden hat.

Was nun aber die hier in Betracht kommenden Zustände im einzelnen betrifft, so treten uns zwei Klassen entgegen, einmal nämlich diejenigen Beeinträchtigungen des Geistes, welche auch bei völliger geistiger Gesundheit vorkommen, und sodann die Zustände geistiger Krankheit. Beide sind auch im deutschen Gesetze bestimmt unterschieden, nur fragt es sich, ob auch die richtigen Bezeichnungen für sie gewählt wurden.

Fast ist dies in Beziehung auf die erste Klasse zu verneinen. Wenn nämlich das Gesetz von Zuständen der Bewusstlosigkeit spricht, welche die Möglichkeit einer strafbaren Handlung ausschliessen, so fragt es sich, ob damit auch wirklich alle hierhin gehörigen Fälle umfasst sind. Es gehören hierhin aber ausser den Schlaf- und Traumzuständen alle Arten von eigentlicher Betäubung, ferner unzweifelhaft gewisse höhere Grade fieberhafter Erregung, und endlich der richtigen Ansicht nach auch ein gewisser sehr hoher Grad von Betrunkenheit und ebenso ein gewisser sehr hoher Grad von Gemüthserregung oder Affect. Aus allen diesen Anlässen kann Unzurechnungsfähigkeit vorliegen, und es fragt sich nur, ob dies erst bei wirklicher Bewusstlosigkeit oder auch schon bei einem höhern Grad von Sinnesverwirrung der Fall ist. Erwägen wir, dass selbst im Schläfe das Bewusstsein nicht immer völlig aufgehoben ist und insbesondere, dass es Fieberzustände gibt, in denen die Vorstellungen in fürchterlichster Weise

sich jagen, ohne dass schon das letzte Stadium, nämlich Bewusstlosigkeit, eintrat, so können wir die vom Gesetze gewählte Fassung nicht in jeder Beziehung billigen, würden vielmehr es für richtiger erachten, wenn neben der Bewusstlosigkeit auch noch höchste Sinnesverwirrung oder dergleichen als möglicher Anlass der Unzurechnungsfähigkeit genannt würde. Auch hier ist es das Bedürfniss einer bestimmten Abgrenzung, welches die Fassung des Gesetzes bestimmt hat. Immerhin handelt das deutsche Strafgesetzbuch richtiger als die meisten übrigen Gesetzgebungen, welche diese Fälle der Unzurechnungsfähigkeit überhaupt nicht erwähnen, vermuthlich indem sie ungenauerweise annehmen, es könne die Berücksichtigung solcher Fälle in hinreichender Weise bei der Feststellung des rechtswidrigen Vorsatzes erfolgen.

Eine besondere Erörterung erfordert noch die Betrunkenheit. Auf den ersten Blick kann es höchst bedenklich erscheinen, sie als einen auch nur möglichen Fall der Unzurechnungsfähigkeit aufzustellen. Wenn wir jedoch erwägen, in wie hohem Grade durch den Einfluss geistiger Getränke (gerade so wie durch narkotische Mittel) der geistige Zustand berührt und geradezu verkehrt werden kann, so werden wir die Möglichkeit der völligen Unzurechnungsfähigkeit eines Betrunkenen nicht leugnen, und zwar muss sich dies ebenso gut auf unverschuldete, wie auf verschuldete Betrunkenheit beziehen. Auch derjenige, der sich in unverantwortlicher Weise freiwillig betrank, ist, wenn er in sinnloser Betrunkenheit eine Tödtung verübt, wegen vorsätzlicher Tödtung nicht strafbar und kann nur wegen fahrlässiger (durch sein schuldhaftes Verhalten veranlasster) Herbeiführung des Todes des andern bestraft werden. Nur eine Verwechselung dieser verschiedenen Arten der Verschuldung kann es sein, wenn das englische Recht die im Zustande verschuldeter Betrunkenheit erfolgte Verübung jeder sonstigen Verübung gleichstellt. Es ist übrigens die Möglichkeit vorhanden,

dass sich jemand absichtlich in einen Zustand der Unzurechnungsfähigkeit versetzte, um in demselben einen strafrechtlichen Erfolg herbeizuführen, und in diesem Falle, wenn das von ihm Gewollte auf diesem etwas künstlichen Wege wirklich erreicht wurde, ist er selbstverständlich wegen vorsätzlicher Herbeiführung dieses Erfolgs zu bestrafen.

Eine besondere Erwähnung erfordert ferner der sogenannte Affect oder die Aufregung des Gemüthes. Augenscheinlich muss es auch hinsichtlich ihrer als auffallend erscheinen, sie als einen auch nur möglichen Grund der Unzurechnungsfähigkeit anzuerkennen. Wenn wir jedoch wiederum erwägen, in wie grosse Verwirrung durch die Affecte des Schreckens, der Furcht, des Zornes der geistige Zustand des Menschen gerathen kann, so werden wir die Möglichkeit zugeben müssen, dass auch einmal aus einem sehr hohen Grad von Affect Unzurechnungsfähigkeit hervorgehe, eine Möglichkeit, auf welche das deutsche Gesetz, wie gezeigt, allerdings nur insofern Rücksicht nimmt, als Bewusstlosigkeit durch den Affect bewirkt wurde, und welche nach den meisten übrigen Gesetzen nur insofern besteht, als es zulässig erscheinen kann, den höchsten Affect als eine vorübergehende Geisteskrankheit zu betrachten.

Gehen wir nun auf die Geisteskrankheiten über, so erheben sich hier vom Standpunkt des Gesetzgebers zwei Fragen: einmal nämlich die Frage, ob es Sache der Gesetzgebung ist, einzelne Arten der Geisteskrankheit aufzustellen und sie (und nur sie) als Gründe der Unzurechnungsfähigkeit zu bezeichnen, und sodann, wenn diese Frage verneint, es also für richtiger erklärt wird die Geisteskrankheit als solche als Schuld ausschliessungsgrund zu behandeln, — in welcher Weise die Geisteskrankheit bezeichnet und ob sie unbedingt oder nur bedingt als Grund der Unzurechnungsfähigkeit anerkannt werden soll.

Was nun die erste Frage betrifft, so ist sie von der neuern Gesetzgebung übereinstimmend verneint wor-

den, indem man mit Recht erkannte, dass es nicht Sache des Gesetzgebers ist, die einzelnen Arten der Geisteskrankheit mit Sicherheit zu unterscheiden, und dass er dabei in die grösste Gefahr geräth, nicht nur falsche, sondern auch unvollständige Aufstellungen zu treffen. Abweichend vom frühern preussischen Rechte, welches nur Wahnsinn und Blödsinn aufführte, in Uebereinstimmung dagegen mit dem französischen Gesetzbuch, hat darum das deutsche Strafgesetzbuch die Geisteskrankheit als solche genannt und damit anerkannt, dass es Sache der wissenschaftlichen Auffassung sei, die möglichen Arten der Geisteskrankheit voneinander zu sondern, und dass eine jede, vielleicht auch wissenschaftlich erst neu entdeckte Art der Geisteskrankheit Unzurechnungsfähigkeit begründe. Es erhob sich danach die schon erwähnte weitere Frage, wie die Geisteskrankheit vom Gesetze bezeichnet werden solle. In dieser Hinsicht hat nun die deutsche Gesetzgebung sich anders als die französische verhalten. Während nämlich in Frankreich einfach die „*démence*“ als solche als Schuld ausschliessungsgrund genannt wird, hat man es in Deutschland für richtiger gehalten, von einer „krankhaften Störung der Geistesthätigkeit“ zu sprechen, „durch welche die freie Willensbestimmung ausgeschlossen war“. Man hat also einerseits statt des Ausdrucks Geisteskrankheit schon die krankhafte Störung der Geistesthätigkeit genannt, andererseits aber jene weitere Voraussetzung, dass die freie Willensbestimmung ausgeschlossen gewesen sein müsse, hinzugefügt. Gegenüber dem einfachen Begriffe der „Geisteskrankheit“ ist hierin theils eine Erweiterung, theils eine Einschränkung zu erkennen, und es fragt sich, ob zu beiden eine genügende Veranlassung vorlag. Mit Bestimmtheit möchten wir dies hinsichtlich der Erweiterung verneinen. Wenn es nämlich auch richtig ist, nicht nur denjenigen als unzurechnungsfähig zu betrachten, der an einer völlig ausgebildeten, mit specifischen Merkmalen versehenen Geisteskrankheit leidet, vielmehr auch denjeni-

gen, der nur in unbestimmterer Weise geistig erkrankt ist, so ist doch von einer wissenschaftlich geleiteten richterlichen Auffassung nicht zu befürchten, dass sie den Begriff der Geisteskrankheit zu eng nehmen und nur jene, nicht auch diese Fälle darunter zusammenfassen werde. Was aber die früher erwähnte Einschränkung betrifft, so stellt sich nach näherer Erwägung das Ergebniss, wie wir glauben, nicht anders. Allerdings wird insbesondere in England Werth darauf gelegt, nicht schon die Geisteskrankheit als solche als Schuld ausschliessungsgrund zu behandeln, vielmehr für die Unzurechnungsfähigkeit Geisteskranker noch ein besonderes Merkmal aufzustellen. Wie schlimm wäre es, hat man gesagt, wenn die Bewohner einer Irrenanstalt schon als solche frei wären von jeder strafrechtlichen Verantwortung; wie leicht könnten sie, die oft sehr frei miteinander verkehren, einander alles mögliche Leid anzuthun versucht sein, wenn nicht auch für sie das Strafgesetz in seiner wirkungsvollen Bedeutung bestünde? Man hat deswegen vorgeschlagen (und in England verfährt danach die Praxis), nur denjenigen Geisteskranken freizusprechen, welcher nicht Recht und Unrecht voneinander zu unterscheiden im Stande war, dem insbesondere die Erkenntniss abging, dass durch die Handlung ein Unrecht begangen wurde. Und aus einer ähnlichen Erwägung ist die genannte Einschränkung des deutschen Gesetzes hervorgegangen. Genauer betrachtet sind aber beide Einschränkungen unrichtig oder wenigstens bedenklich. Und zwar wird jene von dem gelegentlich schon früher (beim jugendlichen Alter) erwähnten Vorwurf getroffen, dass sie nur das theoretische Moment der Zurechnungsfähigkeit hervorhebt, und dass es sehr wohl möglich ist, dass auch ein Geisteskranker die Strafbarkeit seiner Handlung einsieht, ohne dass er als strafrechtlich verantwortlich erscheint. Es kann sein, dass er unter einem solchen psychischen Zwange, insbesondere unter einem derartigen Drucke tief melancholischer Gemüthsstimmung leidet, dass seine Intelli-

genz im wesentlichen klar, sein Willensvermögen aber im höchsten Grade geschwächt ist. Was aber die deutsche Einschränkung betrifft, dass die geistige Störung einen Ausschluss der freien Willensbestimmung herbeigeführt haben müsse, so ist dieser Ausdruck insofern bedenklich, als ein vollständiger Ausschluss der freien Willensbestimmung gewiss selten ist und es meistens vielmehr auf die Qualität des gesamten geistigen Zustandes als auf das Vorhandensein irgendeiner Freiheit der Entschliessung ankommt. Nach genauer Erwägung aller Verhältnisse können wir uns also nur für die Anerkennung der Geisteskrankheit, und zwar für die unbedingte Anerkennung der Geisteskrankheit als eines Schuld ausschliessungsgrundes aussprechen. Wer nach sorgfältiger, nicht ängstlicher und nicht zu weiterherziger Feststellung „geisteskrank“ ist, ist dem Irrenhaus und nicht der Strafanstalt zu übergeben, und dass die Irren untereinander sich kein Leid thun, dafür hat die Irrenanstaltsverwaltung und nicht das Strafgesetzbuch zu sorgen.

Welches die verschiedenen Arten der Geisteskrankheit sind, ist nicht Sache der juristischen Darstellung; vielmehr kann nur die medicinische Wissenschaft, insbesondere die Psychiatrie, beurtheilen, was alles hierin zu rechnen. Im einzelnen Falle hat der Richter (beziehungsweise die Geschworenen) mit Hülfe der medicinischen Sachverständigen zu entscheiden, ob wirkliche Geisteskrankheit vorliegt. Derselbe hat sich zu vergegenwärtigen, dass es seine Entscheidung ist, welche feststellt, ob der Angeklagte geisteskrank war oder nicht, und dass er also weder dem Sachverständigen diese Entscheidung überlassen, noch auch selbst sich verleiten lassen darf, irgendwelchen unbegründeten Theorien zu folgen. Als eine solche unbegründete Theorie ist aber nach allem, was vorliegt, z. B. die Theorie von den unwiderstehlichen Trieben zu erachten, soweit nämlich behauptet wird, dass jemand bei sonstiger geistiger Gesundheit von einem unwiderstehlichen

• Triebe zu stehlen, zu morden u. s. w. beherrscht werden könne. Als unbegründete Theorie ist ferner mit grosser Wahrscheinlichkeit auch die Lehre vom sogenannten moralischen Irresein zu bezeichnen, d. h. von einer Art der Geisteskrankheit, die sich nur in einer Verschlechterung, in moralischer Depravation des Menschen bekunde. Vielmehr können wir mit Sicherheit annehmen, dass Triebe und Gelüste, welche sich des Menschen bemächtigen, unwiderstehlich werden nur dann, wenn es auch mit der sonstigen geistigen Gesundheit des Menschen vorüber ist, sowie dass die moralische Verschlechterung eines Menschen, falls sie auf krankhaften Einflüssen beruht, stets begleitet sein wird von einer Zerrüttung seines sonstigen geistigen Wesens. Nur das scheint richtig zu sein, dass es schwere Gemüthskrankheiten (Erkrankungen des Gefühlslebens infolge physischer oder psychischer Eindrücke) gibt, welche ohne eine wesentliche oder irgendwie besonders hervortretende Schwächung oder Veränderung der Verstandesthätigkeit auftreten. Insbesondere ist es irrig, ausgebildete Wahnvorstellungen als ausschliessliches Kennzeichen der Geisteskrankheit zu betrachten.

Unrichtig ferner wäre es, zur Annahme der Unzurechnungsfähigkeit einen nachweisbaren Zusammenhang der geistigen Erkrankung, insbesondere der vorhandenen Wahnvorstellungen mit der in Rede stehenden That zu verlangen. Bei blossen Hallucinationen oder Sinnestäuschungen mag es richtig sein, ihnen nur insofern strafausschliessende Wirkung beizulegen, als sie einen wesentlichen Irrthum auf seiten des Thäters veranlassten; sobald aber wirkliche Wahnvorstellungen vorliegen, ist das Individuum geisteskrank und muss freigesprochen werden, mag die That aus den Wahnvorstellungen hervorgegangen sein, beziehungsweise mit ihnen zusammenhängen oder nicht. Es scheint hiergegen insbesondere in England gefehlt zu werden, wo geradezu die Lehre aufgestellt wurde, dass bei nur „partiellen Irrsinn“ man sich auf den Standpunkt des Thäters zu

versetzen und anzunehmen habe, dass die betreffenden Thatsachen wahr seien, hiernach sei es dann zu beurtheilen, ob der Thäter schuldlos sei oder nicht. Es ist dies aber eine durchaus schiefe Unterscheidung, welche einen grossen Theil der Geisteskranken mit Unrecht der weltlichen Strafe überliefert.

Wenn wir nun aber im Vorgehenden sahen, welcher geistige Zustand gewissermassen der Boden ist, auf welchem der strafrechtliche Wille erwächst, so haben wir ferner zu sehen, in welcher Weise sich der strafrechtliche Wille selber bildet und hervortritt. Gestraft wird, wie schon gesagt, nicht die äussere That, sondern der Wille, welcher in der That sich ausspricht; das blosses Factum zu strafen, wäre ebenso ungerecht wie zwecklos. Fragen wir aber nach der Natur jenes Willens, so sehen wir sofort, dass derselbe uns in zwei verschiedenen Arten entgegentritt, einmal nämlich als Vorsatz (wofür die deutsche Sprache auch den Ausdruck Absicht verwendet) und sodann als Fahrlässigkeit, von denen man jene als die positive, diese als die negative Willensschuld bezeichnen kann. Während sich nämlich der Vorsatz gegen das vom Rechte geschätzte Gut angriffsweise richtet, eine Verletzung desselben erstrebend, so besteht bei der Fahrlässigkeit die Verschuldung des Thäters darin, dass derselbe seinen Willen nicht genügend auf die Vermeidung des betreffenden Erfolgs richtete: er führt den Erfolg herbei, obwol er ihn nicht herbeiführen sollte. Auch die Fahrlässigkeit ist danach eine Form der strafrechtlichen Verschuldung, obwol es natürlich durchaus falsch war, wenn die ältesten germanischen Rechte in manchen Fällen zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit nicht unterschieden, vielmehr gleichmässig z. B. die Wergeldszahlung eintreten liessen, mochte die Tödtung auf Vorsatz oder auf blosser Fahrlässigkeit beruhen. Andererseits ist es aber bei der viel geringern Strafwürdigkeit, sowie der unverkennbar geringern Deutlichkeit und Bestimmtheit,

mit welcher die Fahrlässigkeit auftritt, sehr begreiflich, wenn die Fahrlässigkeit nur in verhältnissmässig wenigen Fällen als strafbar anerkannt ist. Es erklärt sich ferner aus der Natur der einzelnen Rechtsgüter, welche den Gegenstand strafrechtlicher Verletzung bilden, wenn in den meisten Gesetzen nicht eine allgemeine Regel besteht, dass alle Delicte ebenso gut fahrlässig wie vorsätzlich begangen werden könnten (nur das spanische Strafgesetzbuch von 1870 soll eine derartige Bestimmung enthalten), wenn vielmehr nach ihnen die fahrlässige Verübung nur insofern strafbar ist, als eine besondere Strafbestimmung für sie vorhanden ist, sei es, dass das Gesetz die vorsätzliche und die fahrlässige Verübung (z. B. der Tödtung, der Körperverletzung) ausdrücklich unterscheidet, sei es, dass es beide (was in geringern Straffällen vorkommt) in einer und derselben Strafvorschrift zusammenfasst. Nach dem deutschen Strafgesetzbuch ergibt sich dies aus der Art und Weise, wie es seine Anordnungen trifft, von selbst, während der österreichische Entwurf eine besondere Vorschrift enthält, dass der Regel nach die Fahrlässigkeit nur in den Fällen gestraft werden solle, für welche dies aus Wortlaut und Zusammenhang des Gesetzes folgt, und dass nur bei den sogenannten Uebertretungen umgekehrt stets auch die Fahrlässigkeit gestraft werden solle, sofern nicht das Gesetz die Strafbarkeit der Handlung ausdrücklich auf vorsätzliche Begehung beschränkt.

Auf das tiefere Wesen des Vorsatzes, wie der Fahrlässigkeit im einzelnen wollen wir uns hier, wo es mehr auf den positiven Inhalt der Gesetzgebung ankommt, nicht näher einlassen, zumal die wissenschaftliche Auffassung jener Punkte, zumal in Deutschland, sich in vielerlei zum Theil unpraktische Streitigkeiten verloren hat. Nur die wichtigsten Punkte sind auch in unserer Darstellung zu berühren.

Hierher gehört zunächst die Frage, ob es für das Wesen des Vorsatzes genügt, dass der Wille sich auf die Verletzung desjenigen Gutes richtet, welches vom

Gesetze geschützt ist, oder ob sich der Thäter auch der gesetzlichen Vorschrift, wonach diese Verletzung verboten ist, bewusst gewesen sein müsse, eine Frage, die wir trotz aller Gegengründe, die in dieser Beziehung vorgebracht werden, verneinen. Wollte man nämlich nur denjenigen strafen, der sich des gesetzlichen Gebotes, beziehungsweise Verbotes bewusst war, so hiesse dies nichts anderes, als die Anwendung des Gesetzes abhängig machen von den schwankenden Meinungen des Einzelnen; von einer materiellen Ungerechtigkeit aber, die in dem Absehen von jener Kenntniss liegen soll, ist um deswillen nicht die Rede, weil die Verschuldung in der Qualität der That selbst und nicht in der Uebertretung der gesetzlichen Vorschrift zu finden ist. Nur wenn es sich um rein positive Bestimmungen handelt, um das Verbot solcher Handlungen, deren Strafwürdigkeit einem Unbefangenen keineswegs von selbst einleuchtet, kann in der Bestrafung des Nichtwissenden eine materielle Ungerechtigkeit liegen. Zur Vermeidung dieser Ungerechtigkeit dient, wie wir glauben, in sehr richtiger Weise die Bestimmung, welche sich in einer Reihe der frühern deutschen Strafgesetzbücher fand und welche sich auch im englischen Strafrecht findet, die wir aber im bestehenden deutschen Strafgesetzbuch vermissen, dass nämlich die unverschuldete Unkenntniss des strafrechtlichen Verbotes allerdings geeignet ist, von Strafe zu befreien. Etwas anderes ist es, das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit positiv zu erfordern, und etwas anderes, die unverschuldete Nichtkenntniss der rechtlichen Bestimmung als Schuldausschliessungsgrund zu behandeln.

Arten des strafrechtlichen Vorsatzes kann man unsers Erachtens nur insofern unterscheiden, als der Vorsatz ein mehr oder minder überlegter, auf Ueberlegung beruhender sein kann, und sodann insofern, als derselbe mehr oder weniger bestimmt oder direct auf den zu erreichenden Erfolg gerichtet ist. In letzterer Beziehung kann man von einem unbestimmten,

sowie von einem eventuellen und einem alternativen Vorsatze reden. Doch wird man sich zu vergegenwärtigen haben, dass ein verbrecherischer Erfolg immer nur dann als ein gewollter zugerechnet werden kann, wenn derselbe noch wirklich von dem Willen mit umfasst wurde.

Arten der Fahrlässigkeit gibt es zunächst nach dem Grade derselben, ohne dass in dieser Beziehung in den meisten Gesetzgebungen bestimmte Stufen unterschieden würden, und sodann auch insofern, als es möglich ist, die sogenannte bewusste und die unbewusste Fahrlässigkeit zu unterscheiden. Erstere liegt dann vor, wenn der Thäter an die Möglichkeit des Erfolgs dachte, ein Fall, welcher der Regel nach eine grössere Strafbarkeit begründet, als wenn ihm nicht einmal die Möglichkeit des Erfolgs vorschwebte.

Sehr wichtig sind endlich die Fälle, in welchen ein Zusammentreffen von vorsätzlicher und fahrlässiger Verübung vorliegt, Fälle nämlich, in welchen aus einer vorsätzlichen Handlung sich ein nichtgewollter, aber auf Fahrlässigkeit beruhender Erfolg ergibt. Es gehört hierhin unter andern der Fall, wenn sich der gewollte Erfolg an einem andern Objecte verwirklichte als an demjenigen, gegen welches der Thäter seine Handlung richtete, wenn derselbe also z. B. auf den *A* schiesst, durch den Schuss aber nicht der *A*, sondern der hinter dem *A* stehende *B* verletzt wird. Es liegt hier (abweichend von dem Falle eines Irrthums in der Person) nicht eine einheitliche vollendete Vergehung, sondern der Versuch einer vorsätzlichen Vergehung vor in Verbindung mit fahrlässiger Verübung. Es gehört hierhin ferner auch der Fall, wenn jemand eine vorsätzliche Körperverletzung verübt, welche an derselben Person einen schwerern Erfolg, insbesondere den Tod des Verletzten herbeiführt; doch haben die meisten Gesetzgebungen, insbesondere das deutsche Strafgesetzbuch, für diesen Fall, wie wir noch sehen werden, besondere Bestimmungen getroffen.

= Vorsatz

ZWEITES KAPITEL.

Die That oder die objective Seite der strafbaren Handlung.

Strafbar ist aber nicht der rechtswidrige Wille als solcher, sondern nur sofern er in einer äussern That hervortritt, und mit den Erfordernissen dieser äussern That (soweit sie auf allgemeinen Erwägungen beruhen, d. h. unabhängig sind von dem Begriff der einzelnen Vergehungen) haben wir uns in diesem zweiten Kapitel zu beschäftigen.

Hierher gehört nun zunächst die Frage: kann eine Vergehungen verübt werden nur durch eine positive Handlung oder auch durch eine Unterlassung? In dieser Beziehung ist nun zunächst selbstverständlich, dass es in allen Gesetzgebungen gewisse Vorschriften gibt, welche unter besondern Umständen ein bestimmtes Thun bei Strafe gebieten, wonach es unzweifelhaft ist, dass diese Vorschriften eben nur durch Unterlassungen verletzt werden können. Fraglich ist aber, ob und in welchen Fällen auch die übrigen Vergehungen, die sogenannten Commissivdelicte, durch Unterlassung verübt werden können, und in dieser Beziehung gehen die Ansichten der deutschen Rechtswissenschaft ebenso wie die der ausländischen Juristen sehr auseinander. Keine Bestimmung darüber pflegt die Gesetzgebung zu treffen, sodass es den Anschein gewinnen könnte, dass nach Auffassung des Gesetzes z. B. eine Tödtung allerdings nur durch positive Thätigkeit begangen werden könnte. Erwägen wir aber, wie gleichgültig es ist, ob eine Mutter, die ihr Kind tödten will, zu diesem Zwecke demselben eine schädliche Speise vorsetzt, oder ob sie es in der entsprechenden Weise zu ernähren unterlässt, so werden wir uns für die Möglichkeit der Verübung einer Vergehungen durch blosse Unterlassung erklären.

Freilich ist es äusserst schwierig, den Umfang der Fälle, in denen diese Möglichkeit vorliegt, in der richtigen Weise zu begrenzen; doch wird eine genaue Erwägung dahin führen, dass dahin nicht blos solche Fälle gehören, in denen eine specielle Rechtspflicht zum Handeln vorlag, sondern auch andere, insbesondere solche, in denen jemand durch sein eigenes, vorangegangenes Verhalten sich für den Nichteintritt eines bestimmten Erfolgs verantwortlich machte. Wegen vorsätzlicher Gefährdung des Bahntransportes z. B. ist nicht nur der Bahnwärter strafbar, der absichtlich die ihm obliegende Veränderung der Weichenstellung unterlässt, vielmehr auch jeder andere, der aus irgendeinem Grunde eine Schiene entfernt hatte und nun absichtlich unterlässt, sie rechtzeitig wieder an ihrem Orte zu befestigen. Es wird schliesslich vom richterlichen Ermessen abhängen, ob den Umständen nach die Unthätigkeit jemandes als die Ursache des Erfolgs betrachtet werden muss. Wer die Möglichkeit, dass die Unthätigkeit jemandes als Ursache eines Erfolgs erscheint, überhaupt leugnet, scheint das Wesen der Ursache zu verkennen.

Fragen wir nämlich, was im einzelnen Falle als Ursache eines Erfolgs zu betrachten ist, so mag man vom naturwissenschaftlichen oder auch vom philosophischen Standpunkte als Ursache eines Erfolgs die Gesammtheit der Bedingungen ansehen, welche den Eintritt eines Erfolgs ermöglichen; vom juristischen Standpunkte dagegen wird es sich stets darum handeln, ob eine bestimmte unter den Bedingungen des Erfolgs, nämlich das Verhalten eines Menschen als Ursache eines Erfolgs angesehen werden könne, und dass dies nur bei einer positiven Thätigkeit der Fall sein könne, nicht auch bei einer Unterlassung, ist eine unerwiesene Behauptung.

Ob durch das Verhalten des Menschen (wir wollen der Kürze wegen fortan stets den Ausdruck Handlung gebrauchen) der Erfolg unmittelbar oder nur mit-

telbar herbeigeführt wurde, ist gleichgültig. Den Tod des X verursacht hat der Angeklagte nicht nur dann, wenn er dem X einen tödlichen Stich ins Herz versetzte, sondern ebenso gut dann, wenn er den X derartig mishandelte, dass dieser die Nacht durch liegen blieb und bei der obwaltenden Kälte erfror. Ja, auch die Zeit, in welcher der Erfolg eintrat, ist gleichgültig, und es kann nur als ein Rest sehr veralteter Anschauungen angesehen werden, wenn in England auch noch in neuerer Zeit hier und da die Ansicht aufgestellt wurde, es liege eine Tödtung nur dann vor, wenn der Tod des Verletzten innerhalb Jahresfrist eintrat. Wie noch neuerdings ein preussischer Hauptmann einer Wunde erlag, die er im Feldzuge von 1866 erhalten, nachdem er inzwischen sich am Kriege von 1870 und 1871 betheiligt hatte, so wäre es sehr wohl möglich, jemand wegen einer soweit zurückliegenden Verletzung verantwortlich zu machen, — nur dass das Bedürfniss baldiger Aburtheilung in der Regel ein so langes Abwarten verbietet.

Gleichgültig ist ferner, ob der Erfolg unter allen Umständen eingetreten wäre oder nur unter den vorhandenen Umständen eintrat, ob er mit Nothwendigkeit eintreten musste oder hätte abgewendet werden können. Die Lehre, dass nur die sogenannte absolute oder abstracte Tödllichkeit der Verletzung eine Verantwortlichkeit wegen Tödtung begründe, ist, wenigstens in Deutschland, längst überwunden und wird auch in den ausländischen Rechten, soviel wir wissen, nicht im Ernste vertheidigt. Wohl aber ist, wie aus dem früher Gesagten hervorgeht, wesentlich, dass auch wirklich die Handlung selbst als Ursache des Erfolgs erscheint und dass derselbe nicht etwa erst durch ein nachträgliches Ereigniss herbeigeführt wurde. Es liegt keine Tödtung (wenigstens keine vollendete Tödtung) vor, wenn der Verletzte, bevor die Verletzung die tödliche Wirkung ausübte, von einem andern niedergestochen oder vom Blitze erschlagen wurde, und ebenso wenig ist es voll-

endete Tödtung, wenn der Verletzte selbst durch unvernünftiges Benehmen während der Krankheit, oder wenn etwa der ihn behandelnde Arzt durch positiv schädliche Behandlung des Verletzten als Ursache des tödlichen Erfolgs erscheinen sollte. Wo freilich die Grenze liegt zwischen der blossen Verstärkung einer vorhandenen Ursache und dem Eintritt einer neuen, ist oft schwer zu erkennen.

Als ein wesentlicher Theil der allgemeinen Lehren des Strafrechts in Beziehung auf die objective Seite der verbrecherischen Handlung erscheinen sodann die Lehre vom Versuch und diejenige von der Theilnahme.

Was zunächst den Versuch anlangt, so ist es zwar keineswegs selbstverständlich, dass das Gesetz neben dem vollendeten Verbrechen auch noch den Versuch nach allgemeiner Regel als strafbar hinstelle; vielmehr kann die Gesetzgebung auch den Weg wählen, dass nur einzelne Handlungen für strafbar erklärt werden, ein Weg, den insbesondere das ältere römische Recht einschlug. Allein jedenfalls für die Vollständigkeit, gewiss aber auch für die Gerechtigkeit der Strafrechtspflege wird besser gesorgt, wenn die Gesetzgebung zwischen dem vollendeten und dem versuchten Verbrechen unterscheidet, wenn dieselbe also z. B. nicht, wie das ältere römische Recht, einzelne bestimmte Handlungen hervorhebt, die als Ausführungshandlungen einer Tödtung erscheinen, sondern neben dem vollendeten Morde den Versuch des Mordes als solchen als strafbar behandelt. Es muss diese begriffliche Behandlung des Versuchs entschieden als ein Fortschritt des Strafrechts behandelt werden, der sich in Deutschland schon zur Zeit der *Carolina* vollzog, welche bestimmte, dass die „unterstandene Missethat“ bei allen eigentlichen Verbrechen gestraft werden solle. Dieselbe Behandlung des Versuchs findet sich auch in den meisten übrigen Gesetzgebungen, welche nur in der Begriffsbestimmung des Versuchs und in der Höhe seiner Bestrafung aus-

einander gehen. Eine Ausnahme macht das englische und amerikanische Strafrecht, in welchem sich jene ältere und, wie wir sagen können, casuistische Behandlung des Versuchs noch bis zum heutigen Tage erhalten hat und dessen specielle Bedrohung der einzelnen Tödtungshandlungen z. B. noch lebhaft an die Behandlungsweise des Versuchs im römischen Rechte erinnert. Doch steht auch hier, wie wir annehmen können, eine Aenderung bevor, indem nämlich bei einzelnen Vergehungen sich schon jetzt auch im englischen Strafrechte der Versuch als solcher bedroht findet. (Auch ist z. B. im englischen Strafgesetzbuch für Indien eine ganz allgemein gefasste Vorschrift für die Bestrafung des Versuchs enthalten.) Es ist aber auch im deutschen Recht der Versuch keineswegs bei allen strafbaren Handlungen für strafbar erklärt; vielmehr in Uebereinstimmung mit dem französischen Recht bestimmt worden, dass der Versuch einer Uebertretung niemals und der Versuch eines sogenannten Vergehens (*délit*) nur in denjenigen Fällen bestraft werden solle, in welchen das Gesetz dies besonders bestimmt hat, sodass die Regel von der grundsätzlichen Strafbarkeit des Versuchs auf die schwerste Klasse der Straffälle (die sogenannten Verbrechen) beschränkt bleibt.

Sehen wir nun aber genauer zu, was unter dem Versuche einer Vergehung zu verstehen ist, so fehlt es diesem Begriffe zwar nicht nach der Seite der Vollendung an der nöthigen Begrenzung, wol aber ist seine Abgrenzung von den dem Versuche vorausgehenden Handlungen nicht unerheblichen Zweifeln unterworfen. Der Streit freilich, der die frühere deutsche Rechtswissenschaft beschäftigte, ob auch die sogenannten Vorbereitungshandlungen mit zum Versuche zu rechnen seien, ist durch die Gesetzgebung beseitigt, indem zum Versuch ausdrücklich ein Anfang der Ausführung der Vergehung verlangt wird. Es sind danach Vorbereitungshandlungen straflos, soweit sie nicht ausnahmsweise bei der einzelnen Vergehung für strafbar

erklärt sind, was wiederum in verschiedener Weise vorkommt, theils nämlich so (wie beim Hochverrath), dass sämtliche Vorbereitungshandlungen, oder so (wie bei der Münzfälschung), dass nur bestimmte Arten von Vorbereitungshandlungen für strafbar erklärt sind. Gerade dadurch aber ergibt sich die Nothwendigkeit, die Versuchshandlungen von den Vorbereitungshandlungen zu unterscheiden, und diese Unterscheidung nun ist bekanntermassen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Ist es nämlich auch klar, dass die Anschaffung, sowie die Instandsetzung der Mittel zur Begehung des Verbrechens noch nicht zur Ausführung des Verbrechens selbst, vielmehr nur zur Vorbereitung desselben gerechnet werden können, sowie dass andererseits diejenige Handlung, von der den Umständen nach die Herbeiführung des Erfolgs erwartet wurde, eine (beziehungsweise die) Ausführungshandlung bildet, so gibt es doch auch ein mittleres Gebiet, auf welchem es sehr schwer ist, die fragliche Grenze zu ziehen. So fragt sich, ob es eine blossе Vorbereitung des Diebstahls ist oder schon zur Ausführung eines solchen gehört, wenn der Thäter die Leiter ansetzt, um in diebischer Absicht in das Fenster des Hauses zu steigen. So fragt sich, ob es eine blossе Vorbereitung des Mordes ist oder schon zur Ausführung gehört, wenn der Thäter sein Opfer fesselt, um ihm in diesem gebundenen Zustande den tödlichen Streich zu versetzen. Es ist nicht leicht, für die Entscheidung dieser Fragen vom theoretischen Standpunkt einen unbedingt massgebenden Gesichtspunkt zu finden. Doch darf man von der Theorie auch nicht mehr verlangen, als sie ihrer Natur nach zu leisten im Stande ist; hier muss aber genügen wenn sie sagt, dass es darauf ankommt, ob die betreffende Handlung schon zu dem Kreise derjenigen Handlungen gehört, welche das Gesetz in der betreffenden Vorschrift verbietet, ob also dort das Ansetzen der Leiter schon zu dem den Diebstahl erschwerenden „Einsteigen“, hier das Fesseln des Opfers schon zu dem den Begriff des Mor-

des erfüllenden „Tödteten“ gerechnet werden kann. Ob dies der Fall ist, kann sich nur durch das Ermessen des Richters bestimmen, welches letztere ja in so manchen andern Fragen den Ausschlag zu geben berufen ist. Nur eine spitzfindige Auffassung kann dazu kommen, den Unterschied zwischen Vorbereitung und Ausführung zu leugnen und würde ihrerseits zu nichts anderm führen, als dass entweder nur das vollendete Verbrechen bestraft oder bei allen Arten von Vergehungen zugleich auch sämtliche Vorbereitungshandlungen bestraft würden, und beides würde gleichmässig den Interessen der Rechtspflege widersprechen. — Ganz ähnlich verhält es sich mit einer andern Unterscheidung, welche für die Lehre vom strafbaren Versuche von Bedeutung ist, nämlich mit der Unterscheidung zwischen absolut untauglichen und nur relativ untauglichen Objecten, sowie zwischen absolut untauglichen und nur relativ untauglichen Mitteln der Verübung. Der richtigen Ansicht nach ist nämlich ein Versuch am absolut untauglichen Object, sowie mit absolut untauglichen Mitteln straflos zu lassen. Zwar könnte man dies vom ganz allgemeinen oder philosophischen Standpunkt bezweifeln, indem das eigentlich Strafbare am Verbrechen der verbrecherische Wille sei, dieser aber sich auch in einer gegen ein völlig untaugliches Object gerichteten, beziehungsweise mit völlig untauglichen Mitteln vollzogenen Handlung hinreichend und oft mit grösster Deutlichkeit auszusprechen vermöge. Doch wäre dies, wie zu vermuthen, gegen den Sinn des positiven Rechts, welches, indem es die Tödtung, die Entwendung für strafbar erklärt, wol nicht an objectiv völlig gleichgültige Handlungen gedacht hat. Wenn man nun aber auch hinsichtlich der Unterscheidung zwischen absoluter und relativer Untauglichkeit behauptet hat, dass eine solche Unterscheidung unmöglich sei, so muss auch dies für unrichtig erklärt werden, vielmehr wird eine natürliche Auffassung stets zwischen dem Falle unterscheiden, dass die Handlung z. B. an einem gegen den be-

treffenden Angriff geschützten Gegenstand vollzogen wurde, und dem Fall, dass ein solcher Gegenstand überhaupt nicht da war, ferner zwischen dem Falle, dass das angewendete Mittel nicht hinreichend war, den Erfolg zu bewirken, und demjenigen, dass ein ganz und gar ungeeignetes Mittel gewählt wurde. Auch kann es der richtigen Ansicht nicht darauf ankommen, ob das absolut ungeeignete Mittel aus Unverstand, etwa aus Aberglauben, gewählt wurde oder ob der Thäter es mit einem tauglichen Mittel verwechselte. Der richtigen Ansicht nach ist straflos, nicht nur wer durch vermeintliche Zauberkünste seinem Feinde zu schaden unternimmt, sondern auch derjenige, der aus einer zufälligen Verwechslung im entscheidenden Augenblick Zucker nimmt statt Arsenik. Es ist nicht richtig zwischen diesen beiden Fällen zu unterscheiden; straft man in dem einen, so muss man auch in dem andern strafen; lässt man den einen straflos ausgehen, so ist es nur folgerichtig, auch den andern mit Strafe zu verschonen. Freilich sind die Ansichten über alle diese Fragen auch in Deutschland sehr getheilt (und zwar ebenso auf Grund des Reichsstrafgesetzbuchs, welches dieselben der wissenschaftlichen Erörterung überlässt, wie auf Grund der frühern Gesetzgebungen, welche theilweise ausdrückliche Bestimmungen über diesen Punkt trafen), wie denn auch auf Grund der ausländischen Gesetzgebungen vielfach hierüber gestritten worden ist. Doch fehlt es nicht an Stimmen, insbesondere in Frankreich, welche sich mit Entschiedenheit für die Straflosigkeit des Versuchs am absolut untauglichen Object, sowie des Versuchs mit absolut untauglichen Mitteln aussprechen.

Eine nicht unbedeutende Verschiedenheit unter den Gesetzgebungen besteht hinsichtlich der Höhe der Versuchsstrafe, indem nämlich das französische Strafgesetzbuch und einige, die ihm gefolgt sind, Versuch und Vollendung mit derselben Strafe bedrohen, während das deutsche Strafgesetzbuch und die meisten übrigen

die Strafe des Versuchs gegenüber derjenigen der Vollendung herabsetzen. Bedeutung hat dies vor allem für diejenigen Fälle, in denen das vollendete Verbrechen mit der Todesstrafe oder mit lebenswieriger Freiheitsstrafe bedroht ist, wogegen die bei den meisten Vergehungen sehr weit gesteckten Grenzen der angedrohten Freiheitsstrafe oder Geldstrafe eine mildere Bestrafung des Versuchs schon von selbst in sehr bedeutendem Umfange ermöglichen. Richtig aber kann die Gleichstellung von Versuch und Vollendung auch nicht bei den mit zeitlicher Freiheitsstrafe bedrohten Vergehungen genannt werden, indem die Versuchshandlung ihrem Begriffe nach hinter dem vollendeten Verbrechen zurückbleibt und mithin sowol ein niedrigeres Höchstmass als ein niedrigeres Mindestmass gegenüber dem vollendeten Verbrechen erfordert. Und zwar ist dies selbst für den sogenannten beendigten Versuch, d. h. für den Fall zu behaupten, dass der Thäter die betreffende Handlung schon vollständig vollzogen hatte und nur der für die Vollendung wesentliche Erfolg nicht eintrat. Mag man nämlich auch vom allgemeinen oder philosophischen Standpunkte sagen, dass die Schuld des Thäters in dem letztern Falle sich sehr oft nicht von der im Falle der Vollendung vorhandenen Schuld unterscheidet, so entspricht es doch wiederum nicht dem Sinne des positiven Rechts, den Mangel des Erfolgs als etwas rechtlich Gleichgültiges zu erachten, und wir werden es darum als richtig anzuerkennen haben, wenn auch die Strafe des sogenannten beendigten Versuchs im Höchstmass hinter der Strafe der vollendeten Vergehung zurückbleibt. Der Unterschied freilich, welchen das deutsche Strafgesetzbuch abgesehen von den mit der Todesstrafe oder mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe bedrohten Vergehungen zwischen der höchsten Strafe des Versuchs und derjenigen der Vollendung aufstellt, ist sehr geringfügig, indem nämlich dasselbe bestimmt, dass statt der Todesstrafe oder lebenslänglichen Freiheitsstrafe im Falle des Versuchs zeitliche Freiheitsstrafe

eintreten soll, in den übrigen Fällen aber die Strafe des Versuchs bis unmittelbar an die Strafe des vollendeten Verbrechens hinaufsteigen kann, d. h. von derselben nur um dasjenige Mass von Strafe entfernt zu bleiben braucht, welches §. 19 des Strafgesetzbuchs als geringste Einheit der zeitlichen Freiheitsstrafe festsetzt (also nur um einen Tag, beziehungsweise um einen Monat). Mit Recht ist schon mehrfach dies eine nicht angemessene und jedenfalls inconsequente Anordnung genannt worden. Hält nämlich das Gesetz, wie das deutsche Gesetzbuch dies thut, es für richtig, das Mindestmass der Strafe des Versuchs als ein Viertel des Mindestmasses der Strafe des vollendeten Verbrechens zu bestimmen, so sollte man einen grössern Abstand auch hinsichtlich der obern Grenze erwarten, und mehr Billigung verdient darum der neue österreichische Entwurf, welcher den Versuch im Höchstmass mit drei Viertheilen, im Mindestmass mit einem Viertel der Strafe des vollendeten Verbrechens bestrafen lässt. Noch richtiger aber bestimmt der neue holländische Entwurf, dass die Strafe des Versuchs im Maximum und im Minimum gleichmässig um ein Dritttheil hinter der Strafe des vollendeten Verbrechens zurückbleibt. Dass der Versuch in dem Masse gelinder bestraft werden soll, als derselbe von der Vollendung weiter entfernt geblieben, hat im österreichischen Entwurf eine ausdrückliche Festsetzung gefunden.

Es ist aber, wer schon bis zu einem Anfange der Ausführung vorgeschritten ist, dennoch nicht unter allen Umständen strafbar; vielmehr kann er sich Straflosigkeit erwerben durch sogenannten freiwilligen Rücktritt, mit andern Worten, es hört die rechtliche Erheblichkeit des Versuchs auf, sobald der Thäter die Vollendung aufgibt. Anerkannt schon im frühern deutschen Recht, ist diese Bestimmung auch in das neue deutsche Strafgesetzbuch herübergenommen worden, und ebenso ist sie im französischen Rechte, sowie im österreichischen Entwurf und wol in den meisten übrigen Gesetzgebun-

gen enthalten, nur dass das französische Recht die Verhinderung des Thäters durch äussere Umstände als positive Voraussetzung der Strafbarkeit des Versuchs behandelt, während das deutsche Strafgesetzbuch und der österreichische Entwurf (wol zweckmässiger) den freiwilligen Rücktritt als Strafausschliessungsgrund behandeln. Völlig inconsequent gegenüber einer rein principiellen Auffassung (wie kann etwas, was einmal strafbar ist, sofort wieder straflos werden?) ist diese Bestimmung der richtigen Ansicht nach dadurch gerechtfertigt, dass im Falle eines freiwilligen Rücktritts ein ernsthaftes Interesse des Staats an der Bestrafung des Geschehenen nicht mehr vorliegt. Nicht ganz einfach freilich ist es, was unter freiwilligem Rücktritt zu verstehen sei, in welcher Beziehung sich das deutsche Strafgesetzbuch so ausdrückt, dass der Thäter die Ausführung der beabsichtigten Handlung aufgegeben haben müsse, ohne an dieser Ausführung durch Umstände gehindert zu sein, welche von seinem Willen unabhängig waren. Augenscheinlich ist damit nicht ein jeder Fall gemeint, wenn der Thäter überhaupt nur ungezwungen von der weitem Ausführung ablässt; vielmehr wird eine „Hinderung durch äussere Umstände“ im Sinne des Gesetzes auch dann vorliegen, wenn es die Erwägung entgegretender Hindernisse war, welche den Thäter zurückhielt. Andererseits ist ganz entschieden nicht moralische Reue zu erfordern, und am sichersten werden wir mithin den Sinn des Gesetzes treffen, wenn wir denjenigen Rücktritt als freiwilligen betrachten, dessen Motive wesentlich in dem Innern des Thäters selbst liegen, als nicht freiwilligen denjenigen, dessen Anlass an den Thäter von aussen herantrat. Dem Falle, dass der Thäter die weitere Ausführung der Handlung aufgibt, ist übrigens im deutschen Gesetzbuch mit Recht der Fall gleichgestellt, dass der Thäter nach schon vollzogener Handlung, zu einer Zeit, zu welcher dieselbe noch nicht entdeckt war, den Eintritt des zur Vollendung des Verbrechens gehörigen Erfolgs

durch eigene Thätigkeit abwendet (eine Bestimmung, welche, nebenbei bemerkt, zeigt, dass es nicht richtig ist, den sogenannten beendigten Versuch unter allen Umständen als den schwersten Fall des Versuchs zu behandeln).

Ebenfalls zu der Lehre von der verbrecherischen Handlung nach ihrer objectiven Seite gehört sodann die Lehre von der Theilnahme, und zwar um deswillen, weil die Eigenthümlichkeit der Theilnahme gegenüber der Thäterschaft keineswegs in irgendwelcher Besonderheit des Subjects, sondern ganz allein in der Unselbstständigkeit der That des Theilnehmers gegenüber derjenigen des Thäters liegt, in der eigenthümlichen Beziehung, welche zwischen beiden obwaltet. Auch in der Lehre von der Theilnahme finden wir nicht unerhebliche Verschiedenheiten in der modernen Gesetzgebung, Verschiedenheiten, welche sich sowol auf die Unterscheidung der Arten der Theilnahme, als auf die Behandlung dieser einzelnen Arten selber beziehen.

Nach deutschem Strafrecht sind es drei Formen, in welchen die Theilnahme auftritt, nämlich die Mitthäterschaft, die Anstiftung und die Beihülfe, wogegen die sogenannte Begünstigung, die man vom allgemeinen Standpunkt ebenfalls als Art der Theilnahme auffassen muss, im deutschen Strafgesetzbuch als eine besondere Vergehung behandelt ist, und im besondern Theil in der Reihe der einzelnen Vergehungen erscheint.

Was nun zunächst die Mitthäterschaft (oder wie sie vielfach genannt wird, Miturheberschaft) betrifft, so bestimmt das deutsche Strafgesetzbuch, dass, wenn mehrere eine strafbare Handlung gemeinschaftlich ausführen, jeder von ihnen als Thäter gestraft werden solle, wobei nur an den Fall einer bewussten Gemeinschaft gedacht, andererseits aber nicht nöthig ist, dass diese bewusste Gemeinschaft auf einer der That vorangehenden Verabredung beruhte; es genügt, dass die Thäter sich bei der Ausführung selber zusammenfanden und nun

zur Erreichung des verbrecherischen Erfolgs zusammenwirkten. Voraussetzung ist, dass ein jeder von ihnen die strafbare Handlung selbst begehen, also nicht nur diejenige eines andern unterstützen will, dass also die Absicht eines jeden auf Mishandlung, Tödtung gerichtet ist und nicht nur auf die Beförderung der Mishandlung seitens eines andern. Ist aber diese Absicht vorhanden und hat der Betreffende auch nur etwas gethan, was geeignet ist, auch objectiv als eine Ausführungshandlung zu erscheinen, so ist es gerechtfertigt, ihn wegen des gesammten, von allen gemeinschaftlich herbeigeführten Erfolgs verantwortlich zu machen, ihm auch dasjenige gewissermassen auf die Rechnung zu schreiben, was von den andern, die mit seinem Willen handelten, herrührt. So verkehrt es wäre, von drei solidarisch verpflichteten Civilschuldern einen jeden das Ganze zahlen zu lassen, so richtig ist es vom strafrechtlichen Standpunkt, vorkommendenfalls selbst hundert Personen wegen der Tödtung eines Einzigen mit der vollen Strafe des Mordes zu belegen. Und zwar ist es der richtigen Ansicht nach dabei durchaus gleichgültig, ob die Mitthäter sämmtlich „an Ort und Stelle“ mitwirkten, wie es denn überhaupt durchaus von den Umständen abhängt, ob auch nur irgendeiner von ihnen im eigentlichen Sinne „an Ort und Stelle“ zu sein braucht. Sie können sämmtlich weit weg sein von demjenigen Orte, an welchem die Wirkung der That eintreten soll, es kann der eine hier sein, der andere dort, und es muss als eine viel zu äusserliche und durchaus unrichtige Auffassung erscheinen, wenn man für die Würdigung der verschiedenen Arten der Theilnahme auf die „Anwesenheit am Orte der That“ irgendwie Werth legen wollte. Es kann jemand bei der Vollziehung der That unmittelbar zugegen sein und doch nur als Gehülfe und er kann hundert Meilen davon sein und dennoch als Miturheber des eingetretenen Erfolgs erscheinen.

Im wesentlichen stimmt nun mit dieser Behandlung, welche die Mitthäterschaft im deutschen Rechte gefun-

den hat, auch die Behandlung derselben in den übrigen Gesetzgebungen überein, nur dass dies nach den meisten mehr eine Uebereinstimmung im Ergebniss, als in der grundsätzlichen Auffassung genannt werden kann. Die meisten nämlich geben sich mit einer Begriffsbestimmung der Mitthäterschaft überhaupt nicht ab, sondern sehen es entweder (so auch der österreichische Entwurf) als selbstverständlich an, dass der Mitthäter ebenso verantwortlich ist als der Thäter, oder sie werfen den Mitthäter mit andern Arten der Theilnehmer in der Art zusammen, dass dadurch die oben genannte Behandlung der Mitthäterschaft herauskommt. Insbesondere ist dies letztere im französischen Recht der Fall, welches alle „*complices*“ mit derselben Strafe belegt, wie den Thäter; aber auch im englischen Recht, welches alle diejenigen, welche bei der Ausführung der That helfend zugegen sind, geradezu als „*principals*“ behandelt, ausserdem aber auch diejenigen, welche vor der That fördernd auf deren Begehung einwirken (wenigstens bei *felonies*) ebenfalls mit der Strafe der Thäterschaft belegt.

Die zweite Art der Theilnahme nach dem deutschen Strafgesetzbuch ist die Anstiftung, welche vom allgemeinen Standpunkt vielleicht als eine Art der Urheberschaft aufgefasst werden könnte, indem es für die nichtjuristische Betrachtung naheliegt, die Benutzung der verbrecherischen Thätigkeit eines andern nur als eine Form der eigenen Begehung des Verbrechens zu betrachten. Wenn wir jedoch erwägen, dass derjenige, der einen andern zu einer Vergehung anstiftet, die Verübung derselben dadurch immerhin noch abhängig macht von dem Entschlusse eines zurechnungsfähigen Menschen, so werden wir es begreiflich finden, dass das Gesetz die Anstiftung nicht als Urheberschaft, sondern als eine Form der Betheiligung an der Vergehung eines andern auffasst. Nicht im Widerspruch damit steht, dass bei einzelnen Vergehungen schon nach dem bisherigen Gesetz, in allgemeinerer Weise aber nach der

deutschen Strafgesetznovelle von 1876, schon die Anstiftung als solche gestraft werden soll, also ohne die Voraussetzung, dass es zur Verübung seitens des Angestifteten gekommen ist. Vielmehr ist die Bestimmung, dass, wer einen andern zur Begehung eines Verbrechens (Verbrechen im engeren Sinne) oder zur Theilnahme an einem Verbrechen auffordert (und ebenso wer eine solche Aufforderung annimmt, beziehungsweise sich zur Begehung er bietet) in einer vom Gesetz bestimmten Höhe (mit Gefängniss bis zu 5, beziehungsweise 2 Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer) bestraft werden soll, als eine für sich bestehende Strafvorschrift zu betrachten, welcher nicht entgegensteht, dass, wenn es zur Ausführung der That gekommen ist, die accessorische Bedeutung der Anstiftung hervortritt. Hinsichtlich der selbstständigen Bedrohung der Anstiftung, wie sie im jetzigen deutschen Gesetz enthalten, ist zu bemerken, dass sie vorbereitet war durch die Lehre älterer Criminalisten, welche die erfolglose Anstiftung vom Gesichtspunkte des Versuchs aus hatten für strafbar erklären wollen, sowie durch die damit übereinstimmenden Vorschriften einer grössern Zahl der Strafgesetzbücher der einzelnen deutschen Staaten; das unmittelbare Vorbild aber gab das belgische Gesetz vom 7. Juni 1875, welches seinerseits bekanntlich aus Anlass eines gegen den Fürsten von Bismarck gerichteten Unternehmens (Fall Duchesne) und auf Anregung der deutschen Reichsregierung zu Stande kam und die Aufforderung zur Begehung von Verbrechen unter gewissen Voraussetzungen für strafbar erklärte, wie denn unter anderm auch im englischen Recht die Aufforderung zur Begehung gewisser Verbrechen, insbesondere zur Ermordung einer bestimmten Person, mit Strafe bedroht ist. Als Voraussetzung der Strafbarkeit ist übrigens in das deutsche Strafgesetzbuch, ganz ähnlich wie im belgischen Gesetz, nach längern Verhandlungen des Reichstags aufgenommen worden, dass die Aufforderung entweder schriftlich erfolgt sein oder mit der Gewäh-

rung irgendwelcher Vorthelle verbunden sein müsse eine Beschränkung, welche ebenfalls die Singularität dieser besondern Bedrohung der Anstiftung als solcher kennzeichnet.

Was nämlich im übrigen die Anstiftung betrifft, so findet sich zwar im französischen Recht, nicht aber im deutschen und den meisten übrigen Gesetzen irgendwelche Beschränkung hinsichtlich der Mittel, durch welche sie bewirkt werden kann. Während das französische Gesetz allerdings nur Geschenke, Versprechen, Drohungen, Misbrauch des Ansehens oder der Gewalt, sowie listige Veranstaltungen als Mittel der Anstiftung erwähnt, lautet das deutsche Gesetz dahin, dass als Anstifter bestraft wird, wer einen andern zu der von demselben begangenen strafbaren Handlung durch Geschenke u. s. w. oder durch andere Mittel bestimmt hat, und in derselben Allgemeinheit äussert sich der österreichische Entwurf, der sogar eine Exemplification der Mittel der Anstiftung hinweglässt. Zu bemerken ist übrigens, dass, wenn sich unter den im deutschen Gesetzbuch aufgeführten Beispielen nach Vorgang des französischen Strafgesetzbuchs auch Drohungen und Täuschungen (absichtliche Herbeiführung oder Beförderung eines Irrthums) befinden, dies nicht von solchen Drohungen oder Täuschungen zu verstehen ist, welche Straflosigkeit auf seiten des Thäters begründen, vielmehr nur von solchen, welche ihm zur Verübung der That in einer für ihn selbst verantwortungsvollen Weise den Anlass geben; in jenen Fällen ist nämlich Selbstbegehung der That seitens des Drohenden oder Täuschenden vorhanden, nicht aber Anstiftung.

Die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen der Anstifter sich nachträglich noch Straflosigkeit erwerben könne, ist nach dem deutschen Strafgesetzbuch dahin zu beantworten, dass Straflosigkeit eintritt nur, wenn es dem Anstifter noch gelingt, die Wirkung seiner Anstiftung rechtzeitig zu beseitigen, rechtzeitig, d. h., bevor der Thäter zur Ausführung des

Verbrechens schreitet. Ist der Thäter, und zwar infolge der Anstiftung, zur Ausführung des Verbrechens geschritten, so bleibt der Anstifter strafbar, auch wenn er sich nachträglich noch so sehr bemüht hat, die Begehung des Verbrechens zu verhindern. Auch im Falle der rechtzeitigen Zurücknahme ferner bleibt der Anstifter strafbar in denjenigen Fällen, in welchen die anstiftende Thätigkeit, wie oben erwähnt, für selbstständig strafbar erklärt ist. Die sehr bestrittene Frage ferner, welchen Einfluss es auf die Strafbarkeit des Anstifters ausübt, wenn nach begonnener Ausführung der Thäter seinerseits noch von der weiteren Ausführung zurücktritt (beziehungsweise den Erfolg abwendet), ist unsers Erachtens dahin zu beantworten, dass ein rechtzeitiger Rücktritt des Thäters auch dem Anstifter zugute kommt, eine Ansicht für die freilich nur die accessorische Natur angeführt werden kann, welche die Gesetzgebung überhaupt der Anstiftung beilegt. Doch ergibt sich hier aus der selbstständigen Strafbarkeit der Anstiftung in jenen besondern vorhin angeführten Fällen eine sehr wesentliche Beschränkung.

Was aber die Bestrafung der Anstiftung angeht, so stimmen wol die allermeisten Gesetzgebungen darin überein, dass die Strafe der Anstiftung und die der Thäterschaft einander gleichstehen, — eine Gleichstellung, die sich unsers Erachtens nicht erklärt aus einer (nicht vorhandenen) Eigenschaft der Anstiftung als Urheberschaft, wol aber dadurch, dass, was dem Anstifter hinsichtlich der eigenen Begehung des Verbrechens abgeht, ersetzt wird durch die in der Verleitung des andern liegende besondere Verschuldung. Im französischen Recht ist die gleiche Strafbarkeit des Anstifters mit dem Thäter schon durch die allgemeine Gleichstellung der *complices* mit dem Thäter hinsichtlich der Strafbarkeit gegeben; im englischen Recht liegt sie darin, dass die „*accessories before the act*“ seit dem Gesetz von 1861 gleich dem Thäter bestraft werden sollen.

Die dritte Art der Theilnahme an einer Vergehung

nach der Auffassung des deutschen Strafgesetzbuchs ist die Beihülfe, d. h. die Beförderung oder Unterstützung einer fremden Vergehungs. Beihülfe begeht derjenige, welcher zwar nicht vorhat, selbst die That zu verüben, wol aber die eines andern zu befördern, und zu diesem Zwecke ihn auf geistigem Wege oder durch materielle Mittel — das deutsche Strafgesetzbuch sagt: durch Rath oder That, die Theorie spricht von intellectueller und physischer Beihülfe — unterstützt. Auch die Beihülfe ist in ihrer Strafbarkeit abhängig davon, dass die Ausführung der That selbst vorliegt, dass also der Thäter mindestens zu einer Versuchshandlung geschritten sei; ohne dass die Vergehungs selbst wenigstens versucht wurde, ist auch die Unterstützung derselben nicht strafbar; selbst von jenen Ausnahmefällen, in denen die Anstiftung selbstständig strafbar sein soll, ist hinsichtlich der Beihülfe nicht die Rede. Es stimmen in dieser Beziehung auch diejenigen Gesetzgebungen überein, welche in demselben Punkte hinsichtlich der Anstiftung auseinander gehen. Andererseits ist hinsichtlich der Bestrafung der Beihülfe eine nicht unerhebliche Verschiedenheit unter den Gesetzgebungen vorhanden, indem nämlich das französische Recht gemäss seinem allgemeinen Grundsatzes über die gleiche Bestrafung der *complices* mit dem Thäter und das englische Recht theils vermöge der schon erwähnten Behandlung der „*accessories before the act*“, theils vermöge des Grundsatzes, dass diejenigen, welche bei der That selbst als Helfer zugegen waren, als Urheber betrachtet werden sollen, den Gehülfen und den Thäter in der Strafbarkeit gleichstellen; wogegen das deutsche Strafgesetzbuch die Beihülfe in allen Fällen geringer straft, als die Thäterschaft, und zwar sollen für die Bestrafung der Beihülfe dieselben Grundsätze Anwendung finden, wie für die Bestrafung des Versuchs. Gewiss ist dies richtiger, als jene Gleichstellung, da die That des Gehülfen sich jedenfalls von der subjectiven Seite sehr wesentlich von derjenigen des Thäters

oder Mitthäters unterscheidet, eine Erwägung, welche auch diejenigen Gesetzbücher verkennen, welche, wie das geltende dänische und ebenso das frühere preussische Strafgesetzbuch, ja auch noch der erste Entwurf des deutschen Strafgesetzbuchs, wenigstens die sogenannte wesentliche Beihülfe der Thäterschaft gleichstellen.

Als vierte Art der Theilnahme ist nach der Natur der Sache die Begünstigung aufzufassen, d. h. die Beförderung einer strafbaren Handlung nach ihrer schon eingetretenen Vollendung, die freilich von dem gegenwärtigen deutschen Gesetz nicht als Art der Theilnahme, sondern als besondere Vergehung in der Reihe der übrigen Vergehungen (recht ungeschickterweise unter den Verletzungen des Vermögens) behandelt wird, — eine Behandlung, die wir in ihren praktischen Folgerungen in vollem Masse zu beachten haben, die uns aber nicht hindern darf, der Begünstigung die ihr wissenschaftlich zukommende Stelle zu bewahren.* Fragen wir aber, wie es möglich ist, eine strafbare Handlung noch nach ihrer Vollendung zu befördern, so kann dies in zweierlei Art geschehen, einmal nämlich durch Beförderung ihrer Wirkungen (in der freilich sehr leicht auch die Verübung einer selbstständigen Vergehung liegen kann), und sodann durch Verhinderung ihrer Bestrafung. In beiden Beziehungen aber ist die Begünstigung im deutschen Gesetzbuch (das überdies nur die Begünstigung von Verbrechen und Vergehen, nicht auch diejenige von Uebertretungen bestraft) nur in beschränkter Weise anerkannt. Was nämlich einmal die

* Dies um so weniger, als die Stellung der Begünstigung zu den Vergehungen gegen die Rechtspflege (die einzige, welche überhaupt wissenschaftlich denkbar wäre) doch nur für die eine Art der Begünstigung (nämlich die Hinderung der rechtlichen Tilgung) zutrifft. Es ist hiernach auch das in dem Lehrbuch des Verfassers eingeschlagene Verfahren zu berichtigen.

Beförderung der Wirkungen betrifft, so soll nur der Fall als Begünstigung gestraft werden, wenn jemand dem Schuldigen selbst Beistand leistet, um ihm die Vortheile der That zu sichern, wonach also solche Fälle der Beförderung einer strafbaren Handlung in ihren Nachwirkungen ausscheiden, welche unabhängig sind von einem Vortheile des Thäters. Was ferner die Verhinderung der Bestrafung betrifft, so soll in ganz ähnlicher Weise nur derjenige bestraft werden, der bemüht war, den Schuldigen selbst der verdienten Bestrafung zu entziehen, wonach also diejenigen Fälle ausscheiden, in welchen ohne Rücksicht auf die Person des Thäters die Bemühung darauf gerichtet war, etwa die Spuren des Verbrechens zu verwischen. — Die Strafe der Begünstigung ist nach dem deutschen Gesetz in geringern Fällen nur Geldstrafe, in andern Fällen Freiheitsstrafe, und stets soll auf Freiheitsstrafe erkannt werden, wenn jemand um seines eigenen Vortheils willen die Begünstigung verübte. Ausgenommen von der Strafbarkeit sind Angehörige des Thäters, sofern diese nur thätig wurden, um die Person desselben der Bestrafung zu entziehen. War die Begünstigung vor der That zugesagt worden, so soll nach der ausdrücklichen Bestimmung des deutschen Gesetzes (was sich für die meisten Fälle von selbst verstehen würde) der Fall als Beihülfe bestraft werden, und einer solchen Beihülfe sind dann, wie das Gesetz ebenfalls ausdrücklich hinzufügt, auch Angehörige in dem genannten Falle schuldig. — Eine allgemeine Bestimmung gegen die „*accessories after the act*“ enthält auch das englische Recht, welches in diesen Fällen der Regel nach Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren androht, wogegen das französische Recht nur einzelne Arten von Begünstigung herausgreift, diese aber (in dem allgemeinen Abschnitt von der Theilnahme) in gleicher Höhe mit den übrigen Arten der *complicité* bestraft. — Nur eine Abart von dem Begriff der Begünstigung ist die Hehlerei, welche wir unten bei den Vergehungen gegen das Vermögen besprechen.

Von einer allgemeinen Bestrafung des Complotes und der Bande ist im deutschen Gesetz nicht die Rede; vielmehr kommt es in jedem besondern Falle darauf an, ob der einzelne Complotant, beziehungsweise das einzelne Mitglied der Bande sich in Beziehung auf den vorliegenden Straffall einer der erwähnten Arten der Theilnahme schuldig gemacht habe. Nur bei einer einzelnen Art von Vergehungen erleidet dies eine Ausnahme, indem nämlich beim Hochverrath schon die Eingehung eines Complots als solche für strafbar erklärt ist; es ist ferner bei Diebstahl und Raub die bandenmässige Verübung als erschwerender Umstand behandelt. Anders verschiedene der frühern Landesgesetzgebungen in Deutschland und anders auch das französische und das englische Recht, welche in dieser Beziehung viel weiter gehen, das französische Recht insofern, als es eine jede „*association de malfaiteurs envers les personnes ou les propriétés*“ als Verbrechen behandelt, das englische Recht insofern, als es durch seine eigenthümliche Behandlung der „*conspiracy*“ die Möglichkeit bietet, nicht nur alle Fälle einer Bande, sondern auch diejenigen eines zur Begehung irgendeiner strafbaren Handlung geschlossenen Complots zu bestrafen. Ist doch dieser Begriff der *conspiracy* so umfassend, dass schon die Verabredung einer rechtswidrigen (nicht nothwendig strafbaren) Handlung danach bestraft wird.

Hinsichtlich der schwierigen Frage, welchen Einfluss es auf die Strafbarkeit des Theilnehmers habe, wenn ein persönlicher Umstand, welcher für den Begriff einer Vergehungen von Bedeutung ist, sich nur in der Person des Thäters, nicht auch des Theilnehmers, oder auch umgekehrt nur in der Person des Theilnehmers, nicht auch in der des Thäters findet (eine Schwierigkeit, über welche die meisten Gesetzgebungen schweigen), hat das deutsche Strafgesetzbuch eine ausdrücklich Bestimmung getroffen, indem es nämlich verordnet, dass persönliche Umstände, welche die Strafbarkeit einer Handlung „er-

höhen oder vermindern“, stets nur demjenigen zugerechnet werden sollen, bei welchem sie vorliegen; wobei es nach Lage des Gesetzes zweifelhaft ist, ob unter den Umständen, welche die Strafbarkeit erhöhen oder vermindern auch solche zu verstehen sind, welche die Strafbarkeit bedingen, d. h. die Handlung überhaupt erst als eine strafbare erscheinen lassen. Das an sich Angemessene wäre unzweifelhaft, in allen solchen Fällen dem betreffenden Umstande auch bei der Bestrafung desjenigen Theilnehmers, bei welchem er nicht zutrifft, eine verhältnissmässige Wirksamkeit zu gewähren; ist eine solche Anordnung im Gesetze nicht getroffen, so müssen wir annehmen, dass sich dasselbe dabei auf die ausgleichende Thätigkeit des Richters bei der Strafzumessung verlassen habe. Unmöglich aber kann es die Meinung des Gesetzes gewesen sein, einen Nichtbeamten, der einen Beamten zu einem Amtsvergehen angestiftet hat, überhaupt nicht zu bestrafen, und es ist darum die Ausdehnung jener Bestimmung auf Umstände, welche die Strafbarkeit bedingen, zu verneinen. Der Fremde, der einen Sohn anstiftet zur Entwendung von Sachen seines Vaters, wird wegen Anstiftung zu gemeinem Diebstahl, der Dritte, der einer Frauensperson hilft bei der Tödtung ihres neugeborenen unehelichen Kindes, wird wegen Beihülfe zu gemeinem Morde, jener Nichtbeamte aber, der einen Beamten anstiftet zur Begehung eines reinen Amtsvergehens, nach der Strafbestimmung über dieses Amtsvergehen zu bestrafen sein, wobei aber das Gericht bei der Strafzumessung in allen diesen Fällen in Anschlag zu bringen hat, dass der Theilnehmer in einem andern Verhältniss zur Sache steht als der Thäter, dass aber andererseits dieses Verhältniss des Thäters zur Sache auch wieder in gewisser Weise auf ihn (theils erschwerend, theils mildernd) zurückwirkt.

DRITTES KAPITEL.

Die Rechtswidrigkeit der Handlung.

Ist nun im Gesetz eine grosse Zahl Handlungen unter Strafe gestellt, so kann dies nicht heissen, dass diese Handlungen unter allen Umständen gestraft werden sollen; vielmehr sind bei einem jeden im Gesetze erwähnten Thatbestande gewisse Ausnahmen als selbstverständlich zu betrachten. Ausgenommen sind nämlich diejenigen Fälle, in denen sich die betreffende Handlung als rechtmässig darstellt. Ohne Rechtswidrigkeit der betreffenden Handlung ist eine Strafbarkeit derselben nicht zu denken, und nur davon kann die Rede sein, ob das Gesetz gut thut, die Rechtswidrigkeit der That als positives Erforderniss hinzustellen, oder ob es sich begnügen kann, die ausnahmsweise vorhandene Rechtmässigkeit der Handlung als Schuldausschliessungsgrund zu behandeln. Im deutschen Strafgesetzbuch ist der Regel nach letzteres geschehen, indem dasselbe nur in wenigen Fällen das Moment der Rechtswidrigkeit der That als ein wesentliches Merkmal hinstellt, hingegen im sogenannten allgemeinen Theil mehrere Schuldausschliessungsgründe erwähnt, bei deren Vorhandensein die sonstige Strafbarkeit der That hinwegfällt.

Der hauptsächlichste dieser Schuldausschliessungsgründe ist die Nothwehr. Nothwehr ist im allgemeinen diejenige Vertheidigung, welche erforderlich ist zur Abwehr eines rechtswidrigen Angriffs, und zwar gibt es dem rechtlichen Grundsatz nach keine Vergehung, bei welcher dieser Schuldausschliessungsgrund nicht platzgreifen könnte. Nur macht es die Natur der Sache undenkbar, dass einmal eine Diebstahlshandlung, ein Incest u. dgl. durch Nothwehr gerechtfertigt sei, und sie ist es mithin, welche den Wirkungskreis

der letztern auf Tödtung, Körperverletzung, Freiheitsentziehung, Sachbeschädigung u. dgl. beschränkt. Es ist darum nicht richtig, wenn das französische Gesetz die Nothwehr nur bei Tödtung und Körperverletzung als Schuld ausschließungsgrund erwähnt, vielmehr ist die Stellung, welche dieselbe unter anderm im deutschen Strafgesetzbuch einnimmt, d. h. im sogenannten allgemeinen Theil, die allein richtige. Ebenso wenig ergibt sich aus allgemeinen Grundsätzen eine Beschränkung hinsichtlich derjenigen Güter, zu deren Schutze man berechtigt ist Nothwehr zu üben; es gehört hierhin keineswegs nur das Leben, sondern ebenso gut auch die persönliche Freiheit, die Ehre und das Vermögen, überhaupt alle rechtlich geschützten Interessen, hinsichtlich deren es sich um Angriff und Vertheidigung der Natur der Sache nach handeln kann. Insbesondere kann Nothwehr zum Schutze eines Vermögensrechts geübt werden, auch ohne dass der Angriff sich zugleich gegen die Person richtet oder auch nur übergeht in einen gegen die letztere gerichteten Angriff, wobei aber freilich in Betracht kommt, dass von der Nothwendigkeit einer Vertheidigung der Regel nach erst die Rede sein wird, sobald in den gegen ein Vermögensobject gerichteten Angriff irgendwie auch die Person hineingezogen ist. Nothwendig ist dies letztere nicht; vielmehr wäre auch der Fall z. B. straflos, wenn ein an seinen Gliedern Gelähmter, der selbst keineswegs angegriffen ist, sich im Besitze seiner Sache durch Verletzung des andern behauptet, vorausgesetzt, dass er es an der entsprechenden und den Verhältnissen nach möglichen Warnung nicht fehlen liess. Richtiger als die Aufzählung der einzelnen durch Nothwehr zu schützenden Güter ist die Fassung des deutschen Gesetzbuchs, welches einfach von der Abwehr eines rechtswidrigen Angriffs redet. Dabei ist es nicht nöthig, dass der Angriff gegen die eigene Person oder gegen das eigene Recht des Thäters gerichtet sei; vielmehr ist, wie im deutschen Strafgesetzbuch ausdrücklich gesagt

ist, Nothwehr zulässig auch zum Schutze eines andern, und zwar ohne dass dieser andere (woran man denken könnte) in irgendwelchen nähern Beziehungen zum Thäter gestanden zu haben brauchte. Nothwehr ist zulässig auch für einen dem Thäter vollkommen fremden und unbekannten Menschen; wen immer man rechtswidrig angegriffen sieht, dem darf man nicht nur beistehen in seiner Vertheidigung, sondern man darf auch vollständig für ihn die Vertheidigung übernehmen. Anders theilweise das englische Recht oder wenigstens einzelne englische Schriftsteller, welche das Recht der Nothwehr beschränken auf den Fall, dass der Thäter selbst oder eine dem Thäter nahestehende Person angegriffen wurde, und demgemäss die Nothwehr zwar für zulässig erklären seitens der Aeltern für die Kinder und umgekehrt, sowie seitens des Herrn für den Diener und umgekehrt, nicht aber zu Gunsten Fremder. Nur ob der Einzelne befugt sei, auch zum Schutze allgemeiner Interessen, insbesondere des Staats selbst, Vertheidigung zu üben, wird auch nach dem deutschen Gesetz nicht völlig zweifellos genannt werden können; doch ist unsers Erachtens auch dies zu bejahen, soweit es sich um den Schutz des Staats selbst oder eines andern vom Thäter verschiedenen Rechtsobjects handelt. Nur den Schutz ganz unbestimmter allgemeiner Interessen, also z. B. des Interesses, dass keine unsittliche Handlung statffinde, wird der Einzelne nicht in der Weise zu übernehmen befugt sein, dass er mit Verletzungen anderer Personen vorgeht; er wird vielmehr in solchen Fällen in anderer Weise auf Abhülfe zu denken haben, und in der Beziehung kann man auch nach deutschem Rechte nicht sagen, dass hinsichtlich des angegriffenen Objects gar keine Schranke statffände.

Während aber hinsichtlich des Objects des Angriffs nach deutschem Rechte keine oder kaum eine Schranke des Nothwehrrechts gezogen ist, gibt es zwei andere Erfordernisse des Angriffs, an denen auch das geltende

deutsche Gesetz mit aller Bestimmtheit festhält. Es ist dies einmal die Rechtswidrigkeit und sodann die Unmittelbarkeit oder Gegenwärtigkeit des Angriffs.

Was insbesondere das Erforderniss der Rechtswidrigkeit des Angriffs anlangt, so ist Nothwehr z. B. nicht gestattet gegen einen Beamten, der sich in der rechtmässigen Ausübung seines Amts, und ebenso wenig gegen denjenigen, der sich in der rechtmässigen Ausübung eines ihm zustehenden Züchtigungsrechts befindet; es kann ferner Nothwehr nicht geübt werden gegen eine Handlung, welche ihrerseits durch Nothwehr gerechtfertigt ist, und nur wenn die rechtlichen Grenzen der amtlichen Befugniss, des Züchtigungsrechts oder der Nothwehr selbst überschritten wurden, so ist gegen diese Ueberschreitung allerdings eine Vertheidigung zulässig. Auch hinsichtlich des Beamten wird in dieser Beziehung keineswegs eine Ausnahme gemacht, vielmehr in §. 113 des Gesetzbuchs (gelegentlich des „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“) ausdrücklich bestätigt, dass nur die der rechtmässigen Amtsausübung entgegengesetzte Gewalt strafbar sein solle. Dabei ist aber zwischen der Rechtmässigkeit und der Angemessenheit des betreffenden Actes zu unterscheiden, indem nämlich eine Handlung noch so unangemessen und zweckwidrig sein und dennoch innerhalb der Befugniss des Beamten liegen kann, obwol es unrichtig wäre, alle diejenigen Handlungen, welche im allgemeinen in der Befugniss des Beamten liegen, deswegen stets auch im einzelnen Falle als rechtmässig zu betrachten. So kann ein Beamter sehr wohl im allgemeinen zu Verhaftungen berechtigt sein und eine von ihm im einzelnen Falle vorgenommene Verhaftung dennoch als völlig unrechtmässig erscheinen; es wird dies der Fall sein, wenn es im gegebenen Falle völlig an den wesentlichen Voraussetzungen zur Vornahme einer Verhaftung fehlte. Nicht blos gegen denjenigen Beamten darf man sich wehren, der nie und unter keinen Umständen eine Haussuchung vorzunehmen berechtigt ist, sondern auch gegen den-

jenigen, der hierzu zwar berechtigt ist, sie aber vornimmt unter Verhältnissen, unter denen in keiner Weise von ihr die Rede sein könnte, sodass ihre Vornahme als ein Misbrauch der amtlichen Befugnisse erscheint.

Wenn ferner Gegenwärtigkeit des Angriffs verlangt wird, so ist darunter zu verstehen einerseits, dass der Angriff nicht schon vorüber sein und andererseits, dass er nicht erst in der Zukunft bevorstehen darf. Vorüber aber ist der Angriff sowol, wenn der Angreifer von ihm absteht, als wenn derselbe schon zu der von dem Angreifer beabsichtigten Verletzung geführt hat. Liegt diese Verletzung schon vor, so wäre eine dem Angreifer zugefügte Verletzung nicht mehr als Nothwehr, sondern als Rache zu bezeichnen, wobei aber zweierlei in Betracht kommt. Einmal nämlich werden sehr häufig auch nach schon eingetretener Verletzung noch weitere Verletzungen zu befürchten sein, und gegen diese zu befürchtenden weiteren Verletzungen sind dann, sofern die sonstigen Voraussetzungen der Nothwehr zutreffen, sehr wol Acte der Nothwehr gestattet, und sodann bedarf die Frage der Vollendung der Verletzung noch einer nähern Untersuchung. Unrichtig wäre es nämlich in dieser Beziehung den auf den verbrecherischen Angriff zutreffenden strafrechtlichen Begriff entscheiden zu lassen, wonach Nothwehr z. B. gegen eine Entwendung nur zulässig wäre bis zu dem Augenblick, wo sich der Dieb der Sache bemächtigt hat; denn in diesem Augenblick ist der Diebstahl im juristischen Sinne vollendet. Das wäre verkehrt; Nothwehr muss nämlich zulässig sein, solange der Dieb mit der Sache sich noch im Bereiche des Bestohlenen befindet, und in der That werden wir von einer wirklich eingetretenen Verletzung erst reden, wenn es dem Bestohlenen nicht mehr möglich ist, sich sofort wiederum den Besitz der Sache zu verschaffen; es ist nicht nöthig, dass der in vielen Fällen engere strafrechtliche Begriff hier entscheide. Gegen erst in der Zukunft bevorstehende Angriffe ist es selbstverständlich gestattet,

schon jetzt Sicherungsmittel zu ergreifen; keineswegs aber wäre es zulässig, um einer für künftig drohenden Schädigung willen den andern schon jetzt zu verletzen. Mit dem letztern hat man vielmehr zu warten, bis der andere übergeht zu einem wirklichen Angriff, d. h. bis zu dem Augenblick, wo der andere im Begriffe ist, die Verletzung zu verüben, ohne dass es zu einer wirklichen Verletzung schon gekommen zu sein braucht.

Zu diesen Voraussetzungen der Nothwehr selbst muss nun als Voraussetzung der Straflosigkeit des Angegriffenen noch hinzukommen, dass sich derselbe bei der von ihm geübten Abwehr innerhalb der richtigen Grenze gehalten habe. Diese Grenze aber bestimmt sich danach, welche Art und welches Mass der Vertheidigung erforderlich war zur Abwehr des Angriffs. Keineswegs kann es in dieser Beziehung auf den Werth und die Beschaffenheit des angegriffenen Objects ankommen; steht vielmehr der Angreifer von seinem Angriffe nicht ab, so kann auch das gegen ein an sich geringfügiges Object gerichtete Unternehmen den Angegriffenen selbst zu den stärksten Abwehrmitteln und unter Umständen selbst zur Tödtung des Angreifers berechtigen. Vollkommen anerkannt durch die heutige deutsche Gesetzgebung (nicht so durch eine Anzahl der frühern Strafgesetzbücher der einzelnen deutschen Staaten) stehen diesem Grundsatz auch in den meisten ausländischen Rechten keine entscheidenden Bedenken entgegen, obwol es insbesondere im englisch-amerikanischen Rechte nicht an Stimmen fehlt, welche, ähnlich der ältern deutschen Doctrin, in dieser Beziehung unberechtigte Einschränkungen aufstellen.

Selbst aber die Ueberschreitung der Grenzen der Nothwehr wird unter Umständen noch als straflos behandelt und zwar sowol nach dem deutschen Gesetz, wie nach mehreren ausserdeutschen Gesetzgebungen, welche ebenfalls in dieser Beziehung eine ausdrückliche Bestimmung treffen. Straflos nämlich soll sein, wer nur

in „Bestürzung, Furcht oder Schrecken“ oder, wie der österreichische Entwurf sich etwas allgemeiner ausdrückt, nur „infolge des durch den Angriff herbeigeführten Mangels an Besonnenheit“ über die Grenzen der Vertheidigung hinausging — eine Bestimmung, welche sich offenbar nur aus einer weit gehenden Billigkeitsrücksicht, keineswegs aber aus allgemeinen Principien rechtfertigt.

Ein fernerer Schuldausschliessungsgrund von allgemeinerer Bedeutung ist der Nothstand, d. h. diejenige Zwangslage, in welche jemand abgesehen von einem gegen ihn verübten rechtswidrigen Angriffe gerieth, und durch welche er veranlasst wurde, eine in sonstigen Fällen strafbare Handlung zu begehen. Unzweifelhaft nämlich muss das Recht Rücksicht darauf nehmen, ob bei der Verübung einer strafbaren Handlung der Thäter in völlig freier Weise sich für das verbrecherische Thun entschieden hat, oder ob er durch äussere Nöthigung zur That gedrängt wurde. Unmöglich können auf gleiche Stufe der Strafbarkeit gestellt werden, wer aus Hass oder Gewinnsucht den andern verletzte, und derjenige, der nur unter dem Drucke eines vielleicht weitgehenden Zwangs gehandelt hat. Augenscheinlich vielmehr ist der letztere in geringerem Grade strafbar; und wie eine geringere Strafbarkeit, so kann selbst eine völlige Straflosigkeit in solchen Fällen als gerechtfertigt erscheinen. Sie wird dies nämlich dann, wenn das Recht vernünftigerweise dem Handelnden keinen Vorwurf mehr daraus machen kann, dass er jenem Zwange nachgab und sich lieber für die Begehung der verbrecherischen Handlung entschied, statt den ihm selbst drohenden Nachtheil zu erleiden. Offenbar kann dies in verschiedenster Weise der Fall sein. Es kann jemand sich in einer Gefahr für Leib oder Leben befinden und zur Rettung aus derselben sich an fremdem Eigenthum vergreifen; es kann jemand in der Lage sein, eine vielleicht bedeutende Gefahr für sein Eigenthum befürchten

zu müssen, aus der er sich nur durch Eingriffe in fremdes Eigenthum, ja vielleicht nur durch Verletzung der Person eines andern zu retten im Stande ist; es kann jemand ein Nachtheil für seine Ehre drohen, den er vielleicht abwenden kann durch die rücksichtslose Schädigung eines dritten, — wobei in allen diesen Beispielen der Fall der Nothwehr, bei welcher es sich um einen rechtswidrigen Angriff handelt, beiseite gelassen werden muss. Was aber jene Fälle des Nothstandes betrifft, so ist bei ihnen augenscheinlich weniger die Beschaffenheit der einander gegenüberstehenden Güter entscheidend, als das Uebergewicht, welches hierbei zu Gunsten des eigenen Gutes im Verhältniss zu dem fremden Gute vorhanden ist; und Sache der Gesetzgebung wäre es, das Mass, in welchem dieses Uebergewicht vorhanden sein muss, um Straflosigkeit zu begründen, zu bezeichnen oder wenigstens anzudeuten. Dem entspricht nun keineswegs die Lage der geltenden Gesetzgebung, die es vielmehr entweder vorzieht (so in eigenthümlicher Uebereinstimmung das französische Strafgesetzbuch und das englisch-amerikanische Recht), über diesen Schuldausschliessungsgrund überhaupt zu schweigen, oder demselben nur für einzelne bestimmte Fälle gesetzliche Anerkennung zu verleihen. Letzterer Weg ist es, den das deutsche Gesetzbuch einschlägt, welches in den beiden hierher gehörenden Paragraphen (§. 52 und §. 54) nur von einer Gefahr für Leib oder Leben spricht, die für den Thäter vorhanden gewesen sein muss, und welche die zur Rettung aus derselben unternommene Handlung als eine straflose solle erscheinen lassen können. Nur wer sich in Lebensgefahr befindet, soll befugt sein, sich auf Kosten anderer daraus zu befreien, während jede sonstige Gefahr nur durch solche Mittel soll abgewendet werden können, welche schon an sich nichts Strafwürdiges enthalten. Offenbar ist dies eine zu grosse Beschränkung, und richtiger verfährt der österreichische Entwurf, welcher von einer Gefahr für Leib, Freiheit oder Vermögen spricht,

welche als Nothstand soll in Betracht kommen können, ohne dass aber auch er es wagte, sich auf den Standpunkt völliger Allgemeinheit zu stellen. Ob der Nothstand übrigens veranlasst war, durch ein Naturereigniss (Zufall) oder durch einen von jemand auf den Thäter ausgeübten Zwang, ist auch nach dem deutschen Gesetzbuche gleichgültig, welches übrigens insofern ungenau verfährt, als dasselbe nur den erstern und nicht auch den letztern Fall als Nothstand bezeichnet. Offenbar nämlich ist ein innerer Unterschied zwischen dem Schiffbrüchigen, der um sich selbst zu retten den andern von der rettenden Planke hinunterstösst, und demjenigen, dem ein dritter die Pistole auf die Brust setzt und ihn dadurch zwingt, den andern zu tödten, nicht vorhanden; vielmehr sind beide nach demselben Grundsatz straflos, nach demjenigen nämlich, wonach der Staat nicht verlangt, dass jemand auf das eigene Dasein verzichte zu Gunsten eines andern. Selbstverständlich ist ferner, dass die Gefahr, aus der sich der Thäter retten wollte, nicht auf andere Weise abgewendet werden konnte. Wer es vorzieht, den andern in den Abgrund zu stossen, statt das rettende Seil, das ihm zugeworfen wird, zu ergreifen, ist natürlich strafbar. Voraussetzung ist ferner, dass der Thäter nicht etwa aus besondern Gründen verpflichtet war, die Gefahr, in welcher er sich befand, zu bestehen, indem unter anderm unmöglich ein Soldat straflos sein kann, der im Momente des feindlichen Angriffs einen Kameraden vorschiebt, ein Seemann, der bei Sturmgefahr einen Passagier opfert, um sich selbst das Leben zu erhalten. Nur wie weit diese Pflicht, das Leben der andern dem eigenen Leben voranzustellen, gehen soll, kann im einzelnen Falle zweifelhaft erscheinen, wie es denn insbesondere bei Seegefahr sicherlich Momente gibt, wo auch Matrose und Passagier sich nicht mehr als solche, sondern nur noch als Menschen einander gegenüberstehen. Nicht unbedenklich dagegen ist es, wenn das deutsche Strafgesetzbuch als weiteres

Erforderniss an den Nothstand noch aufstellt, dass derselbe auch ein von seiten desjenigen, der sich in ihm befindet, unverschuldeter gewesen sein müsse. Es ist dies wol ein zu weiter Ausdruck, an Stelle dessen der österreichische Entwurf wol richtiger das Erforderniss aufstellt, dass der Nothstand „nicht durch eine strafbare Handlung des Gefährdeten verursacht“ sein dürfe.

Erhebt sich aber schliesslich noch die Frage, ob und in welchen Fällen jemand auch durch die Gefahr, in welcher sich ein anderer befindet, in Nothstand versetzt sein kann, so ist im deutschen Strafgesetzbuch diese Frage dahin beantwortet, dass in dieser Beziehung allerdings auch die Gefahr eines andern, aber nur die Gefahr eines Angehörigen in Betracht kommt, wobei das Gesetz den Begriff der Angehörigkeit dadurch näher bestimmt hat, dass es den Kreis der hierher gehörigen Personen ausdrücklich im einzelnen feststellt.* Doch fragt es sich ob nicht auch hier das deutsche Gesetz eine gegenüber der Natur der Sache zu grosse Einschränkung verfügt hat. Allgemeiner drückt sich der österreichische Entwurf aus, der die Gefahr dem Thäter „nahestehender“ Personen der Gefahr des Thäters selbst gleichstellt, und wollte man völlig der Natur der Sache entsprechen, so müsste es sogar durchaus dem richterlichen Ermessen überlassen werden, ob durch die Gefährdung irgendeiner andern Person für den Thäter eine überwiegende Zwangslage herbeigeführt wurde; dass dies unter Umständen auch einmal durch die Gefährdung einer dem Thäter bis dahin völlig unbekannten Person geschehen könne, lässt sich nicht leugnen.

* Nebenbei bemerkt soll dieser Begriff der Angehörigkeit nicht nur für diesen Punkt, bei welchem er sich definirt findet, sondern für den ganzen Umfang des Strafgesetzbuchs gelten.

VIERTES KAPITEL.

Die einzelnen Strafarten.

Sehen wir nun, welche Strafen das deutsche Gesetzbuch verhängt und vergleichen dieselben mit denjenigen Strafmitteln, welche wir in den hauptsächlichsten Rechten des Auslandes vorfinden, so tritt uns dabei als schwerste Strafe die Todesstrafe entgegen, welche trotz vielfachen Widerspruchs und obwol sie in einzelnen der deutschen Landesgesetzgebungen schon abgeschafft war, dennoch Aufnahme in das deutsche Strafgesetzbuch gefunden hat. Während aber in einzelnen der ausländischen Gesetzgebungen die Todesstrafe noch für eine Reihe von Fällen gedroht ist, hat das deutsche Strafgesetzbuch dieselbe nur beibehalten für den vollendeten Mord, sowie für denjenigen versuchten Mord, welcher gegen den Kaiser oder gegen den Landesherrn (und zwar den eigenen Landesherrn des Thäters oder den Landesherrn desjenigen Staats, in welchem der Thäter sich aufhält) begangen ist. Anders insbesondere die englische Gesetzgebung, welche auch seit 1861 die Todesstrafe noch für solche Arten der Tödtung kennt, welche das deutsche Recht von dem Verbrechen des Mordes unterscheidet, sowie für den Hochverrath, der im deutschen Recht, abgesehen von den vorhin erwähnten Fällen des hochverrätherischen Mordversuchs, nur mit Freiheitsstrafe bedroht ist. Anders auch das französische Gesetz, welches zwar für politische Verbrechen die Todesstrafe seit dem Jahr 1848 aufgehoben hat, sie aber ebenfalls noch für mehrere Arten der Tödtung und ferner für einzelne Arten der sogenannten gemeingefährlichen Verbrechen androht. Anders ferner auch der italienische Entwurf von 1874, der ausser dem Morde ebenfalls noch gewisse Arten des Todtschlags als todeswürdig behandelt, wogegen der italienische Entwurf von 1868 sich ebenso wie der neue holländische Ent-

wurf überhaupt gegen die Todesstrafe erklärt hatte. Aufgehoben ist die Todesstrafe, was die europäischen Staaten betrifft, bisjetzt nur in der zum Königreich Italien gehörenden Provinz Toscana, sowie in einigen Cantonen der Schweiz, in Holland und in Portugal, ausserdem in einigen der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Von dem Gange der allgemeinen Cultur wird es abhängen, ob ihre Abschaffung eine allgemeinere werden wird, während sich vom wissenschaftlichen Standpunkt in der ganzen soviel erörterten Frage kaum etwas anderes sagen lässt, als dass natürlich dasjenige Strafrecht höher steht, welches seine Zwecke erfüllt, ohne das schuldige Individuum zu vernichten, und dass es deswegen im höchsten Grade wünschenswerth ist, es möchten die Verhältnisse ihre Abschaffung in immer weiterm Umfange gestatten. Nur der Ansicht, dass die Todesstrafe ohne Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse überall sofort abgeschafft werden müsste, können wir uns nicht anschliessen, verstehen es vielmehr vollkommen, dass unter anderm der italienische Senat sich vor kurzem mit bedeutender Mehrheit für die vorläufige Beibehaltung dieses Strafmittels aussprach.

Was die Art und Weise betrifft, wie die Todesstrafe im deutschen Strafgesetzbuch gedroht ist, so ist diese Androhung eine sogenannte absolute, d. h. es soll für einen jeden Fall des Mordes sowie des obengenannten hochverrätherischen Mordversuchs die Todesstrafe eintreten, ohne dass es dem Gericht gestattet wäre, in geringern Fällen statt der Todesstrafe auf eine andere Strafe zu erkennen. Erwägen wir aber, dass danach ebenso wie der gemeine Raubmörder, so auch derjenige mit dem Tode bestraft werden muss, der, ohne sich gerade in Nothwehr zu befinden, ein höchst gefährliches Individuum im öffentlichen Interesse getödtet hat, ferner derjenige, der etwa einem Sterbenden, um seine Qualen zu verkürzen, ein tödliches Mittel verabreicht, so muss diese Art der Regelung als sehr bedenklich erscheinen; dieselbe erklärt sich in der That nur dadurch, dass

das Gesetz die Anwendung der Todesstrafe nicht abhängig machen wollte von dem bei der Strafzumessung immer mehr oder weniger schwankenden richterlichen Ermessen, und sich noch weniger entschliessen konnte, mit dem französischen Gesetz die Anwendung oder Nichtanwendung der Todesstrafe in die Hand der Geschworenen zu legen, denen das französische Gesetz es hier wie in andern Fällen überlässt, durch Feststellung sogenannter mildernder Umstände die Zuerkennung der ordentlichen Strafe zu beseitigen. Anders zum Beispiel das schwedische Strafgesetzbuch, welches in einigen bestimmt herausgehobenen Fällen die Todesstrafe absolut androht, in andern dagegen ihre Anwendung dem richterlichen Ermessen überlässt.

Hinsichtlich der Vollstreckung der Todesstrafe bestimmte das deutsche Strafgesetzbuch nur, dass dieselbe durch Enthauptung erfolgen solle, ohne dass die Art und Weise der Enthauptung, sowie die Frage der Oeffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit der Hinrichtung näher bestimmt wäre. Es blieben also in diesen Beziehungen massgebend die Anordnungen der verschiedenen Landesgesetzgebungen, von denen einzelne eine Enthauptung durch das Beil, andere eine solche durch das Schwert vorschreiben und noch andere die Guillotine (als das unzweifelhaft sicherste Mittel der Vollstreckung der Todesstrafe) zur Anwendung kommen lassen. Die Frage der Oeffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit der Hinrichtung jedoch ist wie in den meisten bisherigen Landesgesetzgebungen, so auch in der Strafprocessordnung für das Deutsche Reich im Sinne der sogenannten Intramuranhinrichtung entschieden worden. Es sollen danach bei der Vollstreckung der Todesstrafe ausser den Mitgliedern des Gerichtes und den Gefängnissbeamten nur noch zwölf Personen zugegen sein, welche hierzu aus den Vertretern oder andern achtbaren Mitgliedern der Gemeinde abgeordnet werden, sowie solche Personen, denen der die Vollstreckung leitende Beamte aus besondern Gründen die Anwesenheit gestattet. Ausserdem

ist einem Geistlichen von dem Religionsbekenntniss des Verurtheilten sowie dem Vertheidiger desselben der Zutritt zu gewähren. Es weicht dies ab von der Bestimmung des französischen Rechts, welches, ebenso wie auch der neue italienische Entwurf, trotz aller der bekannten damit verbundenen Abscheulichkeiten an der Oeffentlichkeit der Hinrichtung festhält, wogegen in den nordamerikanischen Staaten sich mehrfach jene Intramuranhinrichtung findet, welche gerade nach amerikanischem Muster Eingang in die deutsche und vor einigen Jahren auch in die englische Gesetzgebung gefunden hat, und welche unstreitig die einzig mögliche Form bildet, in welcher noch in neuerer Zeit von der Vollstreckung der Todesstrafe die Rede sein kann. Der Leichnam des Hingerichteten soll, wie die deutsche Strafprozessordnung bestimmt, den Angehörigen auf ihr Verlangen „zur einfachen, ohne Feierlichkeiten vorzunehmenden Beerdigung“ verabfolgt werden.

Sehen wir aber ab von der Todesstrafe, deren Vollstreckung infolge der bekannten Häufigkeit der Begnadigung noch weit seltener zu sein pflegt als ihre Verhängung, so finden wir als regelmässige Strafe des heutigen deutschen Rechts, wie der übrigen civilisirten Staaten, die Freiheitsstrafe, welche dadurch grosse Vorzüge vor den meisten übrigen Strafmitteln besitzt, dass sie ungemein abgestuft werden kann und dass sich bei ihr in einer besonders nachhaltigen Weise die Macht des Gesetzes an dem Gemüthe des Verurtheilten bewährt. Dabei können wir unter Freiheitsstrafe im weitern Sinne auch die Verbannung verstehen, welche aber in der deutschen Gesetzgebung (abweichend von verschiedenen ausländischen Gesetzgebungen, insbesondere der französischen) im wesentlichen nur gegen verurtheilte Ausländer zur Anwendung kommt und nur in einem ganz besondern Falle neuerdings, und zwar mehr als politische Massregel, wie als Strafe, unter gewissen Voraussetzungen auch auf inländische Staatsangehörige (nämlich wegen ungesetzlichen Verfahrens

abgesetzte Geistliche) für anwendbar erklärt worden ist.

Im Gegensatz dazu ist unter Freiheitsstrafe im engeren Sinne die Festhaltung der Verurtheilten durch eine sogenannte Strafanstalt zu verstehen, d. h. durch eine Anstalt, der es obliegt, die persönlichen Verhältnisse und insbesondere die räumliche Bewegung des Verurtheilten zwangsweise zu regeln, und diese Art der Freiheitsstrafe ist es, welcher jene vorhin erwähnte ausgedehnte Anwendung in der Gegenwart zukommt, deren nähere Regelung aber noch keineswegs einen bestimmten Abschluss in der Gesetzgebung gefunden hat.

Je nach Umständen als Freiheitsstrafe nur im weitern oder auch als Freiheitsstrafe im engeren Sinne kann die sogenannte Deportation oder Transportation erscheinen, welche im englischen und französischen Rechte zu ausgedehnter Anwendung gelangte. Freiheitsstrafe nur im weitern Sinne ist sie, sofern sie nur in der Ansiedelung des Verurtheilten in einer überseeischen Provinz oder Colonie besteht, wie die Transportation nach Australien, welche das englische Recht seit den Tagen der Elisabeth als Strafmittel anwandte, die aber als richterlich zu erkennende Strafe mit dem Jahr 1857 aufgehört hat. Freiheitsstrafe auch im engeren Sinne ist sie, sofern der Verurtheilte, wie bei der französischen Deportation der Fall ist, nur in eine überseeische Strafanstalt überführt wird, mag seitens derselben vielleicht auch eine vorwiegende Beschäftigung der Sträflinge im Freien stattfinden.

Zunächst fragt es sich, ob die Freiheitsstrafe nur in der Entziehung der Freiheit zu bestehen habe oder auch mit einer bestimmten Art der Behandlung des Verurtheilten zu verbinden sei, eine Frage, welche die neuere Gesetzgebung übereinstimmend im letztern Sinne beantwortet. Nur für leichtere und gewisse besonders gestaltete Fälle kann die Freiheitsentziehung als solche genügen, während der Regel nach es angemessen sein wird, den Verurtheilten zugleich einer zwangsweisen

Beschäftigung zu unterwerfen, und zwar nicht blos deshalb, damit der Verurtheilte in der Strafanstalt nicht dem Müssiggang sich ergebe, sondern auch deshalb, weil dieser Zwang zur Beschäftigung selbst wiederum geeignet ist, als wirksames Strafmittel zu dienen.

Ist dies Letztere aber der Fall, so ergibt sich auch sofort die Möglichkeit, ja die Angemessenheit, innerhalb der Freiheitsstrafe wiederum verschiedene Arten derselben zu unterscheiden, indem es sich augenscheinlich empfiehlt, den schwerern Verbrecher einem andern Zwange zu unterwerfen als denjenigen, der sich nur eines leichtern Vergehens schuldig gemacht hatte. Dem entsprechend finden wir denn auch in der deutschen Gesetzgebung die Unterscheidung von Zuchthausstrafe, Gefängnisstrafe und Haftstrafe und die Bestimmung, dass *a)* bei der Zuchthausstrafe ein schwererer Arbeitszwang eintritt, indem nämlich der Verurtheilte zu den in der Strafanstalt eingeführten Arbeiten zwangsweise angehalten werden soll, wogegen *b)* bei der Gefängnisstrafe zwar auch ein Arbeitszwang eintritt, derselbe sich aber richtet nach den bisherigen Verhältnissen des Verurtheilten, und *c)* bei der sogenannten Haftstrafe der Regel nach kein Arbeitszwang stattfindet. Aehnlich die meisten übrigen Gesetzgebungen, nur dass diese zum Theil eine grössere, zum Theil eine kleinere Zahl von Abstufungen aufstellen, eine grössere z. B. Frankreich, welches fünf Arten von Freiheitsstrafe unterscheidet (*travaux forcés, deportation, detention, reclusion, emprisonnement*), eine kleinere England, welches innerhalb der eigentlichen Criminalstrafen nur zwischen der sogenannten *penal servitude* und dem *imprisonment* unterscheidet (wobei übrigens auch neben dem *imprisonment* eine Verurtheilung zu *hard labour* möglich ist). Aehnlich unter anderm auch der italienische Entwurf, der ebenfalls mehrere Arten der Freiheitsstrafe ihrer Schwere nach unterscheidet, und selbst der holländische Entwurf, der zwar Zuchthaus und Gefängnisstrafe (im Sinne des deutschen Rechts) zu einer einzigen Freiheitsstrafe

(unter dem Namen Gefängnisstrafe) vereinigt, andererseits aber die Haftstrafe ausdehnt bis zu einer Dauer von drei Jahren.

Die im deutschen Strafrecht ausserdem noch vorkommende sogenannte Festungshaft hat insofern Aehnlichkeit mit der Haftstrafe, als auch bei ihr keinerlei Arbeitszwang stattfindet, soll aber in besonders hierfür bestimmten Räumen (nicht nothwendig in einer Festung) vollzogen werden und dient zur Zeit als spezifische Strafe für eine Reihe von sogenannten politischen Verbrechen, bei welchen dieselbe alternativ mit der Zuchthausstrafe gedroht ist, sowie für den Zweikampf, bei welchem sie die ausschliesslich angedrohte Strafart bildet. Anders mehrere der frühern deutschen Strafgesetzbücher und anders unter anderm auch der österreichische Entwurf, welche, was neuerdings mehrfach wieder befürwortet worden ist, die Festungshaft als eine subsidiäre Strafe für sozusagen anständigere Fälle der Verübung hinstellen. Und zwar thut dies der österreichische Entwurf in der Art, dass er (jedoch nur in solchen Fällen, in welchen Gefängnisstrafe, und zwar Gefängnisstrafe allein, nicht wahlweise neben Zuchthaus, gedroht ist) die Verurtheilung zu Festungshaft (hier Staatsgefängniss genannt) zulässt, wenn sowol die That als die Persönlichkeit des Verurtheilten denselben als dessen bedürftig und würdig erscheinen lassen. Aehnlich die frühere Gesetzgebung für Baiern, wo in der praktischen Anwendung nicht immer daran festgehalten wurde, dass es sich um eine Eigenschaft des Thäters und der That selbst handle. Fragen wir nun, was richtig ist: die Behandlung, welche die Festungshaft im deutschen, oder diejenige, welche sie in den genannten andern Gesetzgebungen gefunden hat, so ist zunächst soviel klar, dass das Anwendungsgebiet der Festungsstrafe nach dem deutschen Gesetzbuch zu beschränkt ist; hält man nämlich bei politischen Vergehen, sowie bei dem Zweikampf eine derartige Berücksichtigung für nöthig, so können offenbar auch

andere Fälle, z. B. Körperverletzungen, Sachbeschädigungen u. dgl., unter Umständen denselben verhältnissmässig anständigen Charakter tragen. Ob nun aber deswegen auch in solchen Fällen die Festungshaft für zulässig erklärt werden soll, wird im wesentlichen von der Vorfrage abhängen, welche nähere Durchführung jene andere Arten der Freiheitsstrafe, nämlich Zuchthaus- und Gefängnisstrafe, gefunden haben, insbesondere davon, ob in ihnen die Einzelhaft eingeführt ist oder nicht, sowie auf welche Weise sich das Verhältniss von Zuchthaus- und Gefängnisstrafe zueinander gestaltet. Wäre der Richter befugt, denjenigen, welchen er hierzu für würdig erachtet, selbst bei einem schweren Verbrechen statt zur Zuchthausstrafe zur Gefängnisstrafe zu verurtheilen, und würde in solchen Fällen dem Verurtheilten das Recht gegeben, die Verbüssung seiner Strafe in Einzelhaft zu verlangen, so wäre die Behandlung der Festungshaft als einer subsidiären Strafart nicht nöthig.

Was nun die Dauer dieser Strafarten betrifft, so kommt sowol nach deutschem, wie nach den neuesten ausländischen Rechten neben der zeitlichen Freiheitsstrafe auch die lebenslängliche Freiheitsstrafe vor, indem nämlich das Recht in manchen Fällen eine so weit gehende Strafe für angemessen erachtet, dass ihre Dauer sich nicht mehr nach einer bestimmten Zahl von Lebensjahren bestimmen lässt. Jedenfalls sind alle Bedenken, welche gegen die Angemessenheit auch dieser Strafart erhoben worden sind, so lange unpraktisch, als im Rechte sogar noch die Todesstrafe besteht, zwischen der und der zeitlichen Freiheitsstrafe die lebenslängliche Freiheitsstrafe eine nothwendige Vermittelung bildet.

Als Höchstbetrag der zeitlichen Freiheitsstrafe aber sind (und zwar sowol bei der Zuchthausstrafe wie bei der Festungshaft) in der jetzigen deutschen Gesetzgebung funfzehn Jahre bestimmt, worüber die nicht-deutschen Gesetzgebungen theilweise hinausgehen, von

denen insbesondere Frankreich und der neue österreichische Entwurf den Höchstbetrag der zeitlichen Freiheitsstrafe auf zwanzig Jahre festsetzen. Und in der That scheint zwischen der funfzehnjährigen und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe, mindestens in allen denjenigen Fällen, in denen der Verurtheilte sich noch in einem verhältnissmässig jüngern Alter befindet, eine zu grosse Lücke vorhanden. Das Mindestmass der Zuchthausstrafe ist im jetzigen deutschen Strafrecht auf ein Jahr bestimmt; die Gefängnisstrafe kommt in der Ausdehnung von einem Tage bis zu fünf Jahren und die Haftstrafe in der Ausdehnung von einem Tage bis zu sechs Wochen vor; am weitesten ist die Spannung der Festungshaft, deren Mindestmass demjenigen der Gefängnisstrafe (ein Tag), deren Höchstmass demjenigen der Zuchthausstrafe (funfzehn Jahre) entspricht.

Von der grössten Bedeutung sodann für die Gestaltung der Freiheitsstrafe im einzelnen ist die Frage der Einzelhaft oder Gemeinschaftshaft, hinsichtlich deren die deutsche Gesetzgebung nur bestimmt, dass die Zuchthausstrafe und die Gefängnisstrafe sowol für die ganze Dauer, wie für einen Theil der erkannten Strafzeit in Einzelhaft vollzogen werden können, dass diese Einzelhaft aber nur mit Zustimmung des Gefangenen über die Dauer von drei Jahren ausgedehnt werden dürfe. Es ist damit weder den Wünschen derjenigen entsprochen, in deren Augen die Einzelhaft die einzig angemessene Form der Vollziehung der Freiheitsstrafe bildet, als auch den Wünschen derjenigen, welche die Einzelhaft als das nothwendige Anfangsstadium einer jeden längern Freiheitsstrafe betrachten, die ganze Frage der Anwendung der Einzelhaft vielmehr (abgesehen von jener Grenze von drei Jahren) vorläufig dem Ermessen der Strafanstaltsbehörde überlassen. Aehnlich bisjetzt noch die meisten nichtdeutschen Gesetzgebungen und unter anderm auch die englische, da auch das sogenannte irische oder Progressivsystem, welches bei einer jeden längern Freiheitsstrafe den Anfang macht mit

einer Periode der Einzelhaft, unsers Wissens ebenfalls nur gewissen Anordnungen der Verwaltungsbehörden und nicht dem Willen der Gesetzgebung seine Entstehung verdankt. Nur einzelne Gesetze sind es, welche in dieser Beziehung bisjetzt bestimmte Vorschriften getroffen haben, wie denn z. B. der neue holländische Entwurf vorschreibt, dass eine jede längere Freiheitsstrafe (abgesehen von bestimmten Ausnahmefällen) drei Jahre lang in Einzelhaft vollzogen werden müsse. Doch wird auch in Deutschland diese Frage voraussichtlich demnächst eine bestimmtere Beantwortung finden durch das Strafvollstreckungsgesetz, dessen Ausarbeitung schon im Jahre 1870 durch den Reichstag angeregt wurde und welches nach dem bevorstehenden Abschluss der Strafprocessordnung von der Reichsgesetzgebung bestimmter in Angriff genommen werden soll. Dass dies von dem Standpunkt geschehen möge, dass die Einzelhaft die an sich richtige Form des Strafvollzugs sei, die nur für länger dauernde Freiheitsstrafen aus äussern Gründen einer gewissen Modification durch die Gemeinschaftshaft bedarf, ist im Interesse eines wirksamen und gerechten Strafvollzugs zu wünschen; offenbar nämlich ist die Einzelhaft diejenige Art der Vollziehung der Freiheitsstrafe, welche ihrem Wesen am meisten entspricht, und bei welcher überdies die so überaus gefährliche moralische Ansteckung der Verurtheilten durch einander vermieden wird: nur die Gefahr einer physischen und geistigen Erschlaffung des Verurtheilten ist es, welche bei langzeitigen Freiheitsstrafen, ebenso wie in gewissen sonstigen Ausnahmefällen, eine fortgesetzte Anwendung der Einzelhaft verbietet.

Ebenso sind im deutschen Gesetzbuch alle weitem Bestimmungen über die Durchführung der Freiheitsstrafe im einzelnen bisjetzt dem Ermessen der Verwaltungsbehörden, beziehungsweise den Anordnungen der Landesgesetzgebung überlassen, und nur die Bestimmung findet sich noch im Reichsstrafgesetzbuch selbst, dass die zu einer Zuchthausstrafe oder Gefängnisstrafe und unter

Umständen selbst die zu einer Haftstrafe Verurtheilten unter gewissen Voraussetzungen auch zu Arbeiten ausserhalb der Anstalt, insbesondere zu öffentlichen oder doch von einer Staatsbehörde beaufsichtigten Arbeiten verwendet werden dürfen. Allgemeine Voraussetzung ist dabei, dass die Gefangenen von andern freien Arbeitern getrennt gehalten werden, sowie insbesondere bei der Gefängnisstrafe noch, dass der Gefangene zustimmt.

Wol aber findet sich in der deutschen Gesetzgebung noch eine auf die Freiheitsstrafe bezügliche Einrichtung, welcher eine grosse praktische Bedeutung beizuhohnt und an deren wissenschaftliche Rechtfertigung sich einige Zweifel anknüpfen.

Es ist dies die Einrichtung der sogenannten vorläufigen Entlassung, wie sie vor längerer Zeit zuerst in England zur Anwendung kam (System des *ticket of leave*) und in Deutschland zuerst Aufnahme fand im Königreich Sachsen, nach dessen Vorbild sie sodann Eingang in die Reichsgesetzgebung gefunden hat. Und zwar ist dieselbe in der deutschen Gesetzgebung in der Weise geregelt, dass die zu einer Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe Verurtheilten, wenn sie drei Viertheile, mindestens aber ein Jahr der ihnen auferlegten Strafe verbüsst haben, mit ihrer Zustimmung vorläufig entlassen werden können. Voraussetzung ist, dass der Gefangene sich während der Strafzeit gut geführt habe, wie denn andererseits bei schlechter Führung des Entlassenen, sowie wenn derselbe den ihm bei der Entlassung auferlegten Verpflichtungen zuwiderhandelt, die vorläufige Entlassung widerrufen werden kann. Ein solcher Widerruf kann bis zum Ende der festgesetzten Strafzeit erfolgen und hat die Wirkung, dass die seit der vorläufigen Entlassung bis zur Wiedereinlieferung verflossene Zeit auf die festgesetzte Strafdauer nicht angerechnet wird, wogegen die Freiheitsstrafe als verbüsst gilt, wenn innerhalb der festgesetzten Strafzeit kein Widerruf erfolgt ist. Der Beschluss über die vorläufige Entlassung und ebenso der über den

Widerruf ist Sache der obersten Justizaufsichtsbehörde (des Justizministeriums) des einzelnen deutschen Staats; doch soll in allen Fällen ein Gutachten der Gefängnisverwaltung vorangehen, auch kann die einstweilige Festnahme des vorläufig Entlassenen von der Polizeibehörde des betreffenden Ortes verfügt werden, worauf dann der Beschluss über den endgültigen Widerruf sofort nachgesucht werden soll. Aehnlich der neue österreichische und der holländische Entwurf, von denen jener ebenso wie Deutschland die vorangegangene Verbüßung von drei Viertheilen, dieser die vorangegangene Verbüßung von nur zwei Dritttheilen der Strafzeit voraussetzt. Doch findet sich andererseits im österreichischen Entwurfe die Abweichung, dass derselbe die Massregel auch auf die lebenslängliche Freiheitsstrafe anwendet, indem er dieselbe in einem solchen Falle für zulässig erklärt nach dem Verlauf von funfzehn Jahren. Ueber die praktische Wirksamkeit dieser Einrichtung sind in Deutschland überwiegend nur günstige Meinungen verbreitet, wie denn auch die theoretische Rechtfertigung derselben ziemlich nahe liegt, sobald man sich nur entschliesst, das Strafrecht nicht an den Folgerungen eines starren Wiedervergeltungs- oder Gerechtigkeitsprinzips zu messen, vielmehr zugesteht, dass diese Folgerungen einer vielfachen Einwirkung anderer Gesichtspunkte und Zwecke, hier dem Gesichtspunkt der vermuthlich eingetretenen Besserung, unterliegen.

Bei der Bestimmung des deutschen Gesetzes (§. 57 am Ende), dass die Freiheitsstrafe an jugendlichen Personen, nämlich solchen Personen, welche zur Zeit der That noch nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatten, in besondern hierfür bestimmten Anstalten oder doch in besondern hierfür bestimmten Räumen vollstreckt werden soll, ist übersehen, dass es für die Frage, ob der Gefangene seines Alters wegen mit andern Gefangenen zweckmässig zusammengebracht werden kann, keineswegs auf das Alter desselben zur Zeit der That,

vielmehr auf das Alter zur Zeit der Verbüßung der Strafe ankommt.

Nächst der Freiheitsstrafe ist es die Geldstrafe, welche, wie nach den meisten übrigen Gesetzgebungen, so auch nach dem deutschen Gesetz am häufigsten zur Anwendung gelangt, und zwar nicht als Confiscation des gesamten Vermögens oder eines Bruchtheils desselben, sondern (abgesehen von der Confiscation oder Einziehung einzelner Gegenstände) nur als sogenannte Geldstrafe, d. h. als Verpflichtung zur Zahlung einer bestimmten Geldsumme an die öffentliche Kasse. Dieselbe ist wohl zu unterscheiden von der Geldentschädigung, welche der Verletzte seitens des Thäters in allen Fällen zu verlangen befugt ist, und welche unter dem Namen Geldbusse unter bestimmten Voraussetzungen von ihm schon im Strafprocess selbst soll geltend gemacht werden können.* Und zwar findet sich die Geld-

* Die Fälle, in welchen neben der Strafe auf eine dem Verletzten zu zahlende Geldbusse erkannt werden kann, sind nach dem deutschen Strafgesetzbuch nur die Körperverletzung und die Verleumdung, wozu aber nach speciellen Gesetzen (so nach dem sogenannten Urhebergesetz und dem Gesetz über den Markenschutz) noch mehrere andere Fälle hinzukommen. Dabei ist bei der Verleumdung als Voraussetzung hingestellt, dass dieselbe nachtheilige Folgen für die Vermögensverhältnisse, den Erwerb oder das Fortkommen des Beleidigten mit sich gebracht habe, eine Voraussetzung, die bei der Körperverletzung hinwegfällt. Dennoch ist bei der Körperverletzung, sowie in allen vorhin erwähnten Fällen, die Geldbusse als Entschädigung zu betrachten und also nicht nach den Grundsätzen über die Strafe, sondern nach den civilrechtlichen Grundsätzen zu behandeln. Hinsichtlich des Verhältnisses etwaiger Theilnehmer zu dieser Entschädigung ist im Gesetze selbst (wenn auch nur bei der Körperverletzung) ausdrücklich bestimmt, dass dieselben als Gesamtschuldner haften, wonach also durch Zahlung des einen der andere befreit wird. Auch in andern Beziehungen, so hinsichtlich der Vererbung des Anspruchs, werden die civilrechtlichen Grundsätze entscheiden. — In Frankreich sind solche Bestimmungen überflüssig wegen des im dortigen Strafprocess

strafe im deutschen Strafgesetzbuch selbst angedroht nur bis zu einer Höhe von 6000 Mark, kommt aber in strafrechtlichen Nebengesetzen, so insbesondere in den Zoll- und Steuergesetzen des Reichs und der einzelnen deutschen Staaten, in viel beträchtlicherer Höhe vor; und zwar findet sie sich angedroht theils zusätzlich zu der Freiheitsstrafe (so bei verschiedenen Vergehungen, welche auf Gewinnsucht beruhen, wie Urkundenfälschung und Betrug), theils wahlweise neben der Freiheitsstrafe, wo dann in den leichtern Fällen auf Geldstrafe zu erkennen ist (so bei Körperverletzung und Beleidigung), theils endlich selbstständig, welches letztere bei einer grössern Zahl von geringern Vergehungen der Fall ist. Aehnlich die meisten nichtdeutschen Gesetze, von denen jedoch einzelne die Geldstrafe in grösserm Umfange als das deutsche Gesetzbuch verwenden, wie denn insbesondere der österreichische Entwurf weiter geht in der wahlweisen Androhung der Geldstrafe neben der Freiheitsstrafe. Ueberall aber unsers Wissens findet sich, dass im Falle des Unvermögens die Geldstrafe in Freiheitsstrafe verwandelt werden soll, wofür das deutsche Gesetzbuch insofern einen Massstab aufstellt, als es bei Verbrechen und Vergehen den Betrag von drei bis zu funfzehn, und bei Uebertretungen den Betrag von einer bis zu funfzehn Mark einer eintägigen Freiheitsstrafe gleichstellt. Mag man den Armen bedauern, dass er auf diese Weise mit seiner Freiheit büssen muss, wo der Vermögende mit einer Geldzahlung davon kommt, so wäre es andererseits eine Ungerechtigkeit gegen den letztern, ihn ebenfalls an der Freiheit zu strafen, wo an sich eine Geldzahlung ausreicht. Da übrigens das Einführungsgesetz zum Reichsstrafgesetzbuch auch Forst- oder Gemeinde-

allgemein zugelassenen Anschlusses des Verletzten an das Strafverfahren, den auch das frühere deutsche Recht gekannt hatte (Adhäsionsprocess), den aber die nunmehr zu Stande gekommene deutsche Strafprocessordnung verwirft.

arbeit an Stelle der Gefängniss- oder Geldstrafe zulässt (wo jene Strafmittel nämlich landesgesetzlich bestehen), so ist auch die landesgesetzlich eingeführte Ersetzung einer nicht beizutreibenden Geldstrafe durch Forst- oder Gemeindearbeit als zulässig zu betrachten. Auch nach Antritt der substituirten Freiheitsstrafe übrigens ist sowol im deutschen Gesetz wie nach dem österreichischen Entwurf der Verurtheilte für befugt erklärt, durch Erlegung des Strafbetrags, soweit dieser durch die erstandene Freiheitsstrafe noch nicht getilgt ist, sich von der letztern zu befreien. Weniger zu billigen ist es, wenn auch darin beide übereinstimmen, dass eine Geldstrafe auch in den Nachlass des Thäters soll vollstreckt werden können, falls nur bei Lebzeiten des Verurtheilten schon rechtskräftig auf die Strafe erkannt war, eine Bestimmung, welche nur dann richtig wäre, wenn die Verpflichtung zur Zahlung einer Geldstrafe einer Civilschuld gleichgestellt werden könnte. Dass dies letztere aber nicht der Fall ist, ist theils aus der allgemeinen Bedeutung von Strafe und Civilschuld zu folgern, theils zeigt es sich darin, dass z. B. für eine nicht rechtzeitig gezahlte Geldstrafe keine Verzugszinsen gezahlt werden. Ebenso ist, worüber allerdings gestritten wurde, das Gericht weder als berechtigt noch als verpflichtet zu betrachten, die von einem andern als dem Schuldigen selbst angebotene Zahlung der Geldstrafe anzunehmen.

Die vierte und letzte Hauptstrafe (d. h. Strafe, auf welche nicht nur als Zusatz zu einer andern Strafe, sondern selbstständig erkannt werden kann) nach deutschem Strafrecht ist der Verweis, der aber nur in sehr beschränkter Anwendung vorkommt, als Strafe nämlich nur für jugendliche Personen (siehe oben) in gewissen geringern Straffällen, wenn das Gericht findet, dass Geldstrafe und Freiheitsstrafe nicht angemessen sein würde. Anders das frühere sächsische Strafgesetzbuch, sowie insbesondere auch das englisch-amerikanische Recht, in welchem die Strafe des Verweises in

erheblich weitem Umfange, nämlich als geringere Strafe auch für Erwachsene zur Anwendung gelangt. Auch der Verweis ist übrigens, jedenfalls nach deutschem Strafrecht, wie wir ihn auch genannt haben, eine Strafe, und es dürfen somit bei seiner Ertheilung die Regeln über Urtheilsverkündung und Anfechtung des Urtheils keineswegs beiseite gesetzt werden.

Was aber sodann die Nebenstrafen betrifft, welche nach deutschem Strafrecht vorkommen, so gehört hierhin hauptsächlich der Verlust der sogenannten bürgerlichen Ehrenrechte, d. h. derjenigen rechtlichen Befugnisse, deren Ausübung das Gesetz für abhängig erklärt von der Nichtverübung schimpflicher Vergehungen. Und zwar wird nach dem deutschen Strafgesetzbuch hierhin (neben der Befugnis die sogenannte Landescocarde zu tragen) die Fähigkeit gerechnet in das deutsche Heer oder die deutsche Marine einzutreten, ferner die Fähigkeit öffentliche Aemter zu bekleiden, sowie öffentliche Würden, Titel, Orden und Ehrenzeichen zu besitzen, sodann die Fähigkeit, in öffentlichen Angelegenheiten zu stimmen, zu wählen oder gewählt zu werden oder sonstige politische Rechte auszuüben, sodann die Fähigkeit, Zeuge bei der Aufnahme von Urkunden zu sein (keineswegs die Zeugnisfähigkeit überhaupt) und endlich die Fähigkeit, Vormund oder Curator, gerichtlicher Beistand oder Mitglied eines Familienrathes zu sein, es sei denn, dass es sich um die eigenen Kinder oder Enkel handelt und ausnahmsweise die amtliche Genehmigung erteilt wird. Doch sollen diese Befugnisse in denjenigen Fällen, in denen es sich um den Verlust von Ehrenrechten handelt, keineswegs stets insgesamt abgesprochen werden, vielmehr handelt es sich unter Umständen nur um den Verlust einzelner von ihnen, nämlich solcher, bei denen es in besonderer Masse auf die Vertrauenswürdigkeit der Person ankommt. Es bezieht sich dies auf die Fähigkeit zum Wehrdienst und zur Bekleidung öffentlicher Aemter, deren Verlust unter gewissen Voraussetzungen gesondert eintritt, be-

ziehungsweise in gewissen Fällen gesondert von seiten des Gerichts ausgesprochen werden kann. Was aber die vielerörterte Frage angeht, ob der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte vom Gesetze selbst ein für alle mal an bestimmte Voraussetzungen (Verübung einer bestimmten Art von Vergehungen, Verurtheilung zu einer bestimmten Art von Strafen) geknüpft oder einer besondern Feststellung nach dem richterlichen Ermessen im einzelnen Fall überlassen werden soll, so hat sich das jetzige deutsche Recht dahin entschieden, dass abgesehen von einzelnen bestimmten Verbrechen, bei denen stets auf Verlust der Ehrenrechte erkannt werden soll, und abgesehen davon, dass die Amts- und Wehrdienstunfähigkeit die von selbst eintretende Folge einer jeden Verurtheilung zur Zuchthausstrafe sein soll, der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte an eine besondere Entschliessung des Gerichts geknüpft ist. Auch der zum Zuchthaus Verurtheilte kann also, abgesehen von der soeben erwähnten Amts- und Wehrdienstunfähigkeit, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte verbleiben, insbesondere fähig bleiben, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen und gewählt zu werden. Ob dies das Richtige sei, ist wol zu bezweifeln; vielmehr wäre es angemessener mit der Verurtheilung zur Zuchthausstrafe stets den Gesamtverlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu verbinden, zur Zuchthausstrafe selbst aber eben nur die eines entehrenden Verbrechens Schuldigen zu verurtheilen. Letzteres wird allerdings eine grössere Ausdehnung der Festungsstrafe oder der Gefängnisstrafe voraussetzen. Anders die meisten nichtdeutschen Gesetze und so auch der österreichische Entwurf, welche in der auch in Deutschland früher üblichen Weise mit der Verurtheilung zu einer gewissen Art von Strafe den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte ein für alle mal verbinden. Im einzelnen ist die Anordnung des deutschen Gesetzes die, dass neben der Todesstrafe und der Zuchthausstrafe stets, neben der Gefängnisstrafe nur dann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt wer-

den kann, wenn das Gesetz dies bei der betreffenden Vergehungs ausdrücklich zulässt oder wenn aus besondern Gründen statt der angedrohten Zuchthausstrafe auf Gefängnisstrafe erkannt wird. Weitere Voraussetzung in den letztern Fällen ist noch, dass das Strafurtheil im gegebenen Falle auf wenigstens drei Monate Gefängnisstrafe lautet. Eine fernere Neuerung des deutschen Strafgesetzbuchs ist die, dass der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte nach demselben niemals ein lebenslänglicher sein soll. Die Dauer desselben ist vielmehr, wenn derselbe neben einer Zuchthausstrafe ausgesprochen wird auf mindestens zwei und höchstens zehn Jahre, und, wenn er neben einer Gefängnisstrafe ausgesprochen wird, auf mindestens ein und höchstens fünf Jahre bestimmt. Nur wenn es sich um Todesstrafe und lebenslängliche Zuchthausstrafe handelt, erleidet dies eine (für den Fall der Begnadigung nicht völlig unpraktische) Ausnahme, und ferner ist als Ausnahme auch das zu betrachten, dass die mit der Verurtheilung zur Zuchthausstrafe eintretende Wehr- und Amtsunfähigkeit eine dauernde sein soll. Anders verschiedene der ausländischen Gesetze, welche auch mit der Verurtheilung zu langzeitiger Zuchthausstrafe den lebenslänglichen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verbinden, wogegen z. B. der österreichische Entwurf mit dem deutschen Strafgesetzbuch übereinstimmt. Die Wirkung der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte soll nach dem deutschen Strafgesetzbuch mit der Rechtskraft des Urtheils eintreten, ihre Zeitdauer aber erst von dem Tage berechnet werden, an dem die Freiheitsstrafe, neben welcher jene Aberkennung ausgesprochen worden, zur Erledigung gelangt.

Unfähigkeit zur Verfügung über das eigene Vermögen tritt nach dem deutschen Strafgesetzbuch nur insofern ein, als bei Hochverrath und Landesverrath eine Beschlagnahme des Vermögens während des Strafverfahrens für zulässig erklärt ist. Eine darüber hinaus-

gehende Unfähigkeit des Verurtheilten, wie sie z. B. im frühern preussischen Strafgesetzbuch enthalten war und auch im ausländischen Recht, hauptsächlich in Beziehung auf die zum Tode Verurtheilten, vorkommt, ist vom deutschen Strafgesetzbuch verworfen. Auch der zum Tode Verurtheilte kann also und zwar sowol unter Lebenden wie von Todes wegen, frei über sein Vermögen verfügen.

Weniger zweckmässig dürfte es sein, wenn auch die Unfähigkeit zur Betreibung eines bestimmten Gewerbes, beziehungsweise zur öffentlichen Ausübung eines bestimmten Berufes im deutschen Strafgesetzbuch nicht als Nebenstrafe genannt ist, und zwar infolge davon, dass die deutsche Gewerbeordnung von 1869 sich gegen eine derartige Rechtsfolge erklärt hatte. Anders z. B. der österreichische Entwurf, in welchem die Untersagung der Ausübung eines solchen Berufes, welcher nur gegen den Nachweis besonderer Kenntnisse und Fähigkeiten zugänglich ist, mit Recht in gewissen Fällen als Nebenstrafe auftritt, in denjenigen Fällen nämlich, wenn entweder ein Misbrauch jener Berufsausübung vorliegt oder der Thäter bei Ausübung seines Berufs durch eine strafbare Handlung einen gefährlichen Mangel an den erforderlichen Kenntnissen an den Tag gelegt hatte.

Eine auf die Freiheit des Verurtheilten bezügliche Nebenstrafe des deutschen Rechts, die sich ähnlich, jedoch theils in weitergehender, theils in weniger weitergehender Weise, in den ausländischen Gesetzen findet (vgl. insbesondere die „*mise sous la surveillance spéciale de la haute police*“ des französischen Rechts) ist die sogenannte Stellung unter Polizeiaufsicht oder, genauer gesagt, die durch das Gericht auszusprechende Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht, vermöge deren die Verwaltungsbehörden das Recht erhalten, den Verurtheilten gewissen Beschränkungen seiner persönlichen Freiheit zu unterwerfen. Diese Beschränkungen beziehen sich 1) darauf, dass dem Verurtheilten der Aufenthalt an einzelnen bestimmten Orten untersagt

werden kann, und 2) darauf, bei ihm Haussuchungen in unbeschränkterer Weise als bei andern stattfinden dürfen; es kann ferner 3) der Ausländer aus dem Bundesgebiete verwiesen werden. Viel angefochten in ihrer Zweckmässigkeit, ist diese Nebenstrafe auch im österreichischen, sowie im italienischen Entwurf aufgenommen, indem man nicht verzichten wollte auf eine besondere Controle der aus den Strafanstalten entlassenen gefährlichen Personen, und in der That wird vom strafrechtlichen Standpunkt nicht einzusehen sein, warum, wenn eine völlige Entziehung der Freiheit möglich ist, nicht auch jene Beschränkungen derselben als Strafmittel angemessen sein sollen. Was aber insbesondere jene Aufenthaltsbeschränkung betrifft, welche nach dem deutschen Strafgesetzbuch einen Theil der Stellung unter Polizeiaufsicht bildet, so gehen in dieser Beziehung die ausländischen Gesetze zum Theil erheblich weiter. Während nämlich das deutsche Strafgesetzbuch es nur für zulässig erklärt, dem Verurtheilten den Aufenthalt an einzelnen bestimmten Orten (Ortschaften und Localen) zu untersagen, ist es nach andern Gesetzen zulässig, denselben aus einem ganzen Bezirk oder gar aus einer ganzen Provinz zu verweisen, beziehungsweise ihm seinen Aufenthalt in einem bestimmten Gebiet oder selbst an einem bestimmten Orte anzuweisen. Die Zeitdauer, auf welche die Stellung unter Polizeiaufsicht nach dem deutschen Strafgesetzbuch erfolgen kann, sind fünf Jahre, deren Beginn sich ebenso berechnet, wie früher für den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bemerkt wurde.

Eine von der Zulässigkeit der Polizeiaufsicht getrennte Massregel ist nach dem deutschen Strafgesetzbuch die sogenannte Ueberweisung an die Landespolizeibehörde, vermöge deren die letztere die Befugniß erhält, die verurtheilte Person in ein sogenanntes Arbeitshaus unterzubringen oder zu gemeinnützigen Arbeiten zu verwenden, eine Massregel, welche, da es

sich hier um eine nöthigenfalls zwangsweise Festhaltung handelt, in ihrer Wirkung einer Freiheitsstrafe gleichsteht und deswegen auch wol „correctionelle Nachhaft“ genannt worden ist. Auch sie findet sich in der ausländischen Gesetzgebung, in der sie aber ähnlich wie in verschiedenen der frühern deutschen Gesetzgebungen häufig nicht den Charakter einer gerichtlich zu erkennenden Nebenstrafe, sondern den einer von gerichtlichem Ausspruch unabhängigen polizeilichen Massregel trägt. Die Dauer, auf welche sie nach dem deutschen Strafgesetzbuch ausgedehnt werden kann, sind zwei Jahre, sodass also diese Nebenstrafe (die sich hauptsächlich gegen Landstreicher und ähnliche Individuen gedroht findet) die Dauer der Hauptstrafe möglicherweise um ein Bedeutendes übersteigt. Ist gegen einen Ausländer auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt, so kann an Stelle der Unterbringung in ein Arbeitshaus Verweisung aus dem Bundesgebiete eintreten.

Als Nebenstrafen in Beziehung auf das Vermögen endlich erscheint nach dem deutschen Strafgesetzbuch die Einziehung, sowie die Unbrauchbarmachung einzelner Gegenstände, welche beide in mancher Beziehung einen vorwiegend polizeilichen Charakter tragen, darum aber nicht aufhören, zugleich Strafmittel zu sein. Und zwar kann die Einziehung ausgesprochen werden in Beziehung auf solche Gegenstände, welche durch gewisse Vergehungen hervorgebracht, sowie auf solche Gegenstände, welche zur Verübung gewisser Vergehungen gebraucht oder bestimmt waren. Das Gesetz beschränkt dies auf vorsätzliche Verbrechen und Vergehen (wodurch also bloß fahrlässige Vergehungen, sowie die sogenannten Uebertretungen ausgeschlossen sind) und fügt die allgemeine Voraussetzung hinzu, dass es sich um Gegenstände handelt, welche dem Thäter oder wenigstens einem Theilnehmer gehören, eine Voraussetzung, welche nur bei bestimmten Vergehungen hinwegfällt. Es sind dies dieselben Vergehungen, bei denen das Gesetz (wie bei Münzfälschung und Jagdvergehen)

auch insofern eine besondere Behandlung vorschreibt, als es hier die Einziehung vorschreibt und nicht, wie sonst, dem Ermessen des Gerichts überlässt. Die erwähnte Unbrauchbarmachung bezieht sich auf die Exemplare solcher Schriften oder Abbildungen, deren Inhalt sich als strafbar herausstellt, sowie auf die zu deren Herstellung bestimmten Platten und Formen, wobei, was die Exemplare betrifft, die Massregel auf diejenigen Exemplare beschränkt ist, welche sich noch im Besitze des Verfassers, Druckers, Herausgebers, Verlegers oder Buchhändlers befinden, oder öffentlich ausgelegt, beziehungsweise öffentlich angeboten wurden. Ist nur ein Theil der Schrift strafbar, so soll, sofern eine Ausscheidung möglich ist, ausgesprochen werden, dass nur die strafbaren Stellen und derjenige Theil der Platten und Formen, auf welchem sich diese Stellen befinden, unbrauchbar zu machen seien. Wenn ferner in Beziehung auf Einziehung und Unbrauchbarmachung gemeinschaftlich bestimmt wird, dass diese Massnahmen auch dann gerichtlich ausgesprochen werden sollen, wenn sich im einzelnen Falle die Verurtheilung oder auch nur die Verfolgung des Schuldigen als nicht ausführbar herausstellt, so ist allerdings in einem solchen Falle die betreffende Massregel möglicherweise jedes rein strafrechtlichen Charakters entkleidet. Auch hier aber kann nicht gesagt werden, dass sie desselben stets und unter allen Umständen entbehre; ist nämlich ein wirklich Schuldiger vorhanden, dessen Verfolgung sich nur aus thatsächlichen Gründen als unthunlich erweist, so kann ja auch jene Massregel ihn sehr wohl noch mit der Wirkung einer Strafe treffen. — Auch diese letztgenannten Massregeln finden sich ebenso oder doch ähnlich, wie in der deutschen, so auch in den ausländischen Gesetzgebungen; insbesondere ist auch in den meisten von diesen nunmehr die Einziehung, sowie die Unbrauchbarmachung von Presserzeugnissen an eine vorausgegangene gerichtliche Entscheidung ge-

knüpft, während früher auf diesem Gebiete ziemlich überall ein mehr oder weniger unbeschränktes polizeiliches Ermessen waltete.

Blicken wir hiernach auf das Strafsystem zurück, wie es sich nach dem deutschen Strafgesetzbuch darstellt, so ist eines gewiss, nämlich dies, dass man demselben im grossen und ganzen nicht den Vorwurf zu grosser Strenge zu machen hat. Mag man die Beibehaltung der Todesstrafe misbilligen und mag man dafür halten, dass die Zuchthausstrafe auf die Verübung schimpflicher Vergehungen beschränkt sein sollte, so steht dem gegenüber, dass selbst verhältnissmässig bedeutende Vergehungen nur mit mässigen Gefängnisstrafen bedroht sind und dass insbesondere das Mindestmass der angedrohten Strafe oft sehr weit herabreicht, in vielen Fällen bis zu dem Mindestmass der Strafe überhaupt. In letzterer Beziehung geht das deutsche Strafrecht allerdings nicht so weit als das englische, in welchem selbst bei den meisten schweren Vergehungen ein besonderes Mindestmass der angedrohten Strafe gar nicht vorhanden ist und es dem Richter nicht selten freisteht, zwischen einem Tage Gefängniss (oder gar einem blossen Verweis) auf der einen Seite und etwa vierzehn Jahre Strafarbeit auf der andern Seite zu wählen.

Immerhin aber ist auch im deutschen Strafgesetzbuch nicht selten dem Ermessen des Richters nach unten hin ein zu grosser Spielraum gelassen, ein grösserer, als sich mit der nothwendigen Bestimmtheit gesetzlicher Strafandrohungen verträgt, und es ist begreiflich, dass auch in dieser Beziehung die im Jahre 1876 ergangene sogenannte Strafgesetznovelle auf Abhülfe bedacht war, indem sie das Mindestmass wenigstens einzelner Strafandrohungen um etwas erhöhte. Sache des in Aussicht stehenden Strafvollzugsgesetzes wird es sodann sein, dem Vollzuge der Freiheitsstrafe den völligen Ernst und die völlige Strenge zu sichern. Ob es dann noch nöthig sein wird, auch zu jenem Strafmittel zurückzugreifen, welches früher allgemein eine grosse Rolle

spielte und neuerdings von manchen Seiten wieder mehr befürwortet worden ist, zur körperlichen Züchtigung nämlich, möchten wir bezweifeln, indem wir vielmehr der Ansicht sind, dass die Freiheitsstrafe ernst und streng genug gestaltet werden kann, um jenes immerhin würdlose und entwürdigende Strafmittel als entbehrlich erscheinen zu lassen.

FÜNFTES KAPITEL.

Die Grundsätze der Strafanwendung.

Gehen wir nun über zu den Rechtssätzen, welche sich theils aus der Natur der Sache, theils nach ausdrücklicher Bestimmung für die Anwendung der im Gesetze im allgemeinen gedrohten Strafe auf die im einzelnen Falle vorliegende Vergehung ergeben, so tritt uns zunächst und zwar ebenso gut in der deutschen wie in den meisten ausserdeutschen Gesetzgebungen entgegen, dass das Gesetz keineswegs in allen Fällen als ausschliessliche Voraussetzung der Bestrafung die begangene That hinstellt, vielmehr in einer Reihe von Fällen noch etwas Weiteres zur Verurtheilung erfordert. Es ist dies der Antrag, beziehungsweise die Ermächtigung des Verletzten, die in gewissen Ausnahmefällen nöthig sein soll zur Bestrafung. In sehr ausgedehnter Weise ist dies der Fall in England, wo bei allen Vergehungen gegen die Privatperson sogar die gesamte Strafverfolgung der Regel nach dem Verletzten überlassen bleibt und nur ausnahmsweise ein dritter, beziehungsweise ein Organ der Regierung als Ankläger einschreitet.

Sehr beschränkt dagegen findet sich die Einrichtung in Frankreich, wo nur in sehr wenigen und geringfügigen Fällen die amtliche Verfolgung in jener Weise beschränkt ist. Eine Art mittlerer Stellung nimmt die deutsche Gesetzgebung ein, welche aber hinsichtlich der Frage, in welchem Umfange sogenannte Antragsvergehungen anerkannt werden sollen, noch keineswegs zur Ruhe gekommen zu sein scheint. Während nämlich das deutsche Strafgesetzbuch in dieser Beziehung ziemlich weit ging und eine grosse Zahl von Antragsvergehungen aufstellte, hat die Strafgesetznovelle von 1876 diese Zahl nicht unerheblich vermindert und insbesondere in einigen schweren Straffällen, in welchen das Strafgesetzbuch das Antragserforderniss aufgestellt hatte, dasselbe beseitigt. Die Antragsvergehungen des jetzigen deutschen Rechts sind, in verschiedene Gruppen geordnet, die folgenden:

1) gewisse Handlungen gegen fremde Staaten, welche gegen den eigenen Staat verübt, von Amts wegen verfolgt werden, um die sich aber, wenn sie gegen einen andern Staat verübt sind, der hiesige Staat nur dann kümmert, wenn der fremde Staat ein Interesse an der Verfolgung äussert;

2) eine Reihe geringerer Vergehungen gegen Privatpersonen, und zwar gegen deren körperliche Existenz, Ehre oder Vermögen, Vergehungen, welche ebenfalls unverfolgt bleiben sollen, wenn nicht einmal der unmittelbar Betheiligte ihnen entschiedenes Gewicht beilegt;

3) eine Reihe selbst schwererer Fälle, bei denen durch eine ausnahmslose Verfolgung von Amts wegen leicht überwiegende Privat- oder Familieninteressen verletzt werden könnten.

Dabei ist es entweder die betreffende Vergehung als solche, welche das Gesetz als Antragsvergehung behandelt, oder nur eine besondere Art derselben, nämlich ihre Verübung unter solchen Umständen, welche die Aufstellung des Antragserfordernisses rechtfertigen,

wie letzteres insbesondere mit Diebstahl, Unterschlagung und Betrug der Fall ist, welche nur dann auf Antrag verfolgt werden sollen, wenn sie gegen gewisse dem Thäter nahestehende Personen, insbesondere Familienangehörige desselben, begangen wurden. Aufgabe der Zukunft wird es sein, in diese Anordnungen mehr Uebereinstimmung und Folgerichtigkeit zu bringen, als vorläufig der Fall ist; oder wie sollte es zu rechtfertigen sein, dass zwar vorsätzliche Körperverletzung (falls nur nicht gerade diejenigen Folgen vorliegen, bei denen das Gesetz eine schwere Körperverletzung im eigentlichen Sinne annimmt) als Antragsvergehen beibehalten ist, dass aber bei der Nöthigung und Bedrohung das Antragserforderniss gestrichen worden ist? Am richtigsten würde wol hinsichtlich der meisten dieser Vergehungen unterschieden, in welchem Grade sie vorliegen, wie denn z. B. der neueste italienische Entwurf diejenige vorsätzliche Körperverletzung als Antragsvergehen behandelt, welche eine nicht längere als vierzehntägige Krankheit und Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatte. Mag man für die gesetzliche Abstufung der Strafe eine derartige Unterscheidung nach einer genau bestimmten Dauer der Folgen nicht für zweckmässig erachten (siehe unten), so ist daraus noch nichts für die uns hier beschäftigende Abgrenzung zu folgern.

Fragen wir nun aber nach der nähern Behandlung, welche das Antragserforderniss in der geltenden deutschen Gesetzgebung gefunden hat, so findet sich zunächst hinsichtlich der Frage, wer zur Stellung des Antrags berechtigt sei, im Gesetz selbst keine allgemeine Bestimmung, vielmehr ist nur bei einigen wenigen Antragsvergehungen, hierüber eine besondere Angabe vorhanden. Es wird mithin, soweit letzteres nicht der Fall ist, zu prüfen sein, wen das Gesetz als derartig betheiligt ansieht, dass die Verfolgung von seinem Antrag abhängig gemacht werden sollte. Es unterliegt dies bei einigen Vergehungen nicht unerheblichen Zweifeln. Während es nämlich bei der Körperverletzung

völlig ausgemacht ist, wer hier allein als der Verletzte angesehen werden kann, fragt es sich bei einem Diebstahl oder einer Sachbeschädigung sehr, ob nur der Eigenthümer oder auch ein sonst an der Sache Berechtigter oder gar ein Jeder, der irgendwie an der Unversehrtheit der Sache interessirt ist, als antragsberechtigt angesehen werden solle, eine Frage, welche der richtigen Ansicht nach im erstern Sinne zu beantworten ist. Mögen nämlich ausser dem Eigenthümer auch noch eine ganze Reihe von weiteren Personen an der Erhaltung der Sache interessirt sein, so ist doch nur anzunehmen, dass dem Eigenthümer der Sache der Staat jenes weitgehende Recht der Hemmung der Strafjustiz habe einräumen wollen. Eine Folgerung, die sich gerade für den Diebstahl, der nur als Familiendiebstahl und in einigen ähnlichen Fällen eine Antragsvergehung bildet, hieraus ergibt, ist die, dass wenn jemand seinem Angehörigen eine Sache wegnimmt, die einem dritten gehört, er von Amts wegen, wenn er aber einem dritten eine Sache wegnimmt, die seinem Angehörigen gehört, er nur auf Antrag des letztern verfolgt werden kann.

Die Frist, innerhalb welcher der Antrag gestellt sein muss, beträgt nach dem deutschen Strafgesetzbuch drei Monat, wogegen das englische Recht und ebenso z. B. der neue italienische Entwurf der Regel nach keine besondere Antragsfrist festsetzen, sich vielmehr mit der (in den meisten Fällen hierfür zu ausgedehnten) Frist der Verjährung begnügen. Die Frist ist zu berechnen von dem Tage, an welchem die betreffende Handlung verübt wurde; hatte der Verletzte aber erst später Kenntniss von der Sache erlangt, von demjenigen Tage, seit welchem der Verletzte Kenntniss von der Handlung selbst, sowie von der Person des Thäters gehabt hat. Wenn von mehreren zum Antrage Berechtigten einer die dreimonatliche Frist versäumt hat, so wird hierdurch das Recht der übrigen zur Stellung des Antrags Befugten nicht ausgeschlossen.

Sehr bestritten ist der Einfluss eines innerhalb der

Antragsfrist etwa eingetretenen Verzichts. Während nämlich einzelne der frühern deutschen Gesetze und mit ihnen jetzt der österreichische Entwurf ausdrücklich es für wirksam erklären, wenn der zur Stellung des Antrags Berechtigte vor Ablauf der Antragsfrist auf die Stellung des Antrags verzichtet, ist im deutschen Strafgesetzbuch von einem solchen Verzicht nicht die Rede. Dennoch wollen manche ihn auch nach dem deutschen Strafgesetzbuch als wirksam betrachten, indem sie es für unangemessen erachten, den Antrag dessen, der sich mit dem Thäter vielleicht förmlich ausgesöhnt, vielleicht von ihm weitgehende Genugthuung erhalten hatte, als Grundlage einer Verurtheilung zu behandeln. Allein es möchte dabei eine Verwechselung dessen, was Rechtens sein sollte oder könnte, mit dem, was Rechtens ist, vorliegen, und richtiger ist es, da das Gesetz selbst nicht unterscheidet, dasselbe einfach so zu verstehen, wie es lautet, nämlich dahin, dass dem Verletzten unter allen Umständen freisteht, binnen drei Monaten den Antrag zu stellen. Der Verletzte soll sich nicht voreilig binden und der Thäter drei Monate hindurch der Möglichkeit der strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt bleiben.

Für den minderjährigen Verletzten ist auch hier, wie in andern Fällen, sein gesetzlicher Vertreter (Vater oder Vormund) zu handeln befugt, doch soll nach dem deutschen Strafgesetzbuch auch dem Minderjährigen selbst das Recht zur Stellung des Antrags zustehen, sofern er das achtzehnte Lebensjahr zurückgelegt hatte. Der Fall, dass der gesetzliche Vertreter selbst es ist, der die That gegen den Minderjährigen beging, ist dabei im deutschen Strafgesetzbuch nicht berücksichtigt, hat aber, wie auch in der Praxis überwiegend angenommen wird, seine Erledigung dahin zu finden, dass in einem solchen Falle (gerade wie bei einem sonstigen Widerstreit der beiderseitigen Interessen) es Sache der vormundschaftlichen Behörde ist, einen besondern Vertreter des Minderjährigen zum Zwecke der Stellung des An-

trags zu ernennen. So ausdrücklich auch der österreichische Entwurf, während der jüngste Entwurf für Holland in solchen Fällen den Verwandten des Minderjährigen die entsprechende Beschlussfassung überträgt und einzelne der frühern deutschen Gesetze (z. B. Württemberg 1839) in einem solchen Falle die Verfolgung von Amts wegen hatten eintreten lassen.

Wie aber, wenn der Verletzte, bevor er sich für die Stellung des Antrags entschieden, innerhalb der Antragsfrist stirbt? Soll in einem solchen Falle das Antragsrecht auf die Erben, beziehungsweise Verwandten des Verletzten übergehen oder die That unbedingt straflos gelassen werden? Beides hat offenbar seine Bedenken, da im erstern Falle nicht selten eine Verfolgung stattfinden wird, welche der Verletzte seinerseits nicht beantragt haben würde, und da umgekehrt im zweiten Fall nicht selten eine Verfolgung unterbleibt, die der Verletzte betrieben hätte, falls er am Leben geblieben wäre. Im Gegensatz zu andern Gesetzgebungen hat sich das deutsche Strafgesetzbuch für die letztere Art der Beantwortung entschieden, wonach es freilich möglich ist, dass jemand noch auf dem Sterbebett von einem seiner Angehörigen bestohlen wird, gegen den dann nach seinem Tode die übrigen Angehörigen nicht einschreiten können. Anders z. B. der österreichische Entwurf, welcher das Antragsrecht übergehen lässt auf die Erben, sowie auf die nächsten Angehörigen des Verletzten; ebenso der holländische Entwurf, welcher in dieser Beziehung nur die nächsten Angehörigen nennt. Dabei ist aber in diesem letztern Entwurfe hinzugefügt, dass eine Verfolgung nicht stattfinden solle, wenn aus irgendwelchen Umständen hervorgeht, dass der Verstorbene eine Verfolgung nicht gewollt habe. Richtiger wäre es, im Falle des Todes des Verletzten einfach wiederum die Verfolgung von Amts wegen eintreten zu lassen.

Wo und wie der Antrag gestellt werden soll, ist im deutschen Strafgesetzbuch nicht gesagt; es wird also

genügen, wenn der Antrag bei irgendeiner zur Verfolgung von strafbaren Handlungen verpflichteten Behörde, beziehungsweise bei einem einzelnen Beamten, welchem diese Pflicht (sei es ausschliesslich oder neben sonstigen Pflichten) obliegt, gestellt wird, beziehungsweise wenn irgendeine Aeusserung vorliegt, aus welcher der Wille des Verletzten, den Thäter zur Strafe zu ziehen, hervorgeht. Ehe dieser Antrag gestellt ist, wird das Gericht höchstens vorläufige Massregeln, und zwar solche vorläufige Massregeln, welche noch in niemandes Rechte eingreifen, vorzunehmen befugt sein, keineswegs aber die eigentliche Strafverfolgung selbst beginnen dürfen. So nach dem deutschen Gesetzbuch, welches ausdrücklich die Verfolgung (nicht blos die Bestrafung) für abhängig erklärt, von dem Antrag. Anders auch hier der österreichische Entwurf, welcher umgekehrt den Mangel des Antrags ausdrücklich nur als Hinderniss für die Erhebung der öffentlichen Anklage bezeichnet und dadurch also dem Gerichte unbeschränkt alle diejenigen Massregeln freistellt, welche in der Voruntersuchung angewendet werden können.

Viele Schwierigkeiten hatte im frühern Rechte ferner der Fall bereitet, wenn eine Mehrzahl von Personen an der Begehung des Verbrechens sich betheiligt hatte und der Antrag des Verletzten sich nur auf die Verfolgung Eines oder Einzelner von ihnen richtet oder derselbe vielleicht gar Einen oder den Andern von der beantragten Bestrafung ausnimmt. Soll in einem solchen Fall die Verfolgung auf die im Antrag genannten Personen beschränkt sein? soll niemand verfolgt werden? sollen alle der Verfolgung unterliegen? Für eine jede Art der Beantwortung lassen sich Gründe anführen, und zwar hat sich das deutsche Strafgesetzbuch im letztern Sinne entschieden. Ist der Sache durch den Willen der betheiligten Privatperson einmal der erforderliche Anstoss gegeben, so soll die Sache auch verfolgt, und zwar gegen alle Betheiligten verfolgt wer-

den. Ebenso ist die Frage auch in dem neuen österreichischen Entwurfe entschieden.

Sehr erheblich anders als im deutschen Strafgesetzbuch selbst ist durch die Novelle von 1876 die Möglichkeit einer Zurücknahme des Antrags geordnet, indem nämlich die Zahl der Fälle, in welchen eine Zurücknahme zulässig sein soll, gegenüber dem Strafgesetzbuch sehr beschränkt ist und ausserdem der Zeitpunkt, bis zu welchem die Zurücknahme möglich ist, anders bestimmt wurde. Was nun zunächst die Zahl der Fälle betrifft, so war nach dem Strafgesetzbuch selbst eine Zurücknahme zulässig bei allen Vergehungen, welche überhaupt als Antragsvergehungen behandelt wurden, wogegen fortan eine Zurücknahme zulässig sein soll nur in einzelnen wenigen Fällen, bei denen das Gesetz glaubt, dem Willen der betheiligten Privatperson einen besonders weitgehenden Einfluss auf die Bestrafung einräumen zu müssen; es sind dies ausser der Beleidigung vorwiegend solche Fälle, in denen das Antragserforderniss seine Begründung in einem zwischen dem Thäter und dem Verletzten vorhandenen Verhältnisse der Angehörigkeit findet. Was aber den Zeitpunkt angeht, bis zu welchem eine Zurücknahme zulässig sein soll, so hatte das Strafgesetzbuch eine Zurücknahme zugelassen unter Umständen noch bis zum Beginn der Vollstreckung, wogegen die Novelle diese Ausnahme streicht und die Zurücknahme (wohlgemerkt für die wenigen Fälle, in denen sie überhaupt eine Zurücknahme gestattet) allgemein nur für zulässig erklärt bis zur Verkündung des Urtheils. Erheblich weiter gehen verschiedene ausserdeutsche Gesetzgebungen, welche entweder (wie auch der österreichische und der italienische Entwurf) eine Zurücknahme gar nicht erwähnen (und mithin ausschliessen) oder (wie der holländische Entwurf) sie nur für zulässig erklären innerhalb einer kurzen Frist nach der Stellung des Antrags (z. B. in einer Frist von drei oder acht Tagen).

Neben den sogenannten Antragsvergehungen stehen

einige Fälle, deren Verfolgung zwar keinen eigentlichen Antrag auf Bestrafung seitens des Verletzten voraussetzt, wol aber eine seitens desselben zu ertheilende Ermächtigung, d. h. eine Erklärung, dass er der Verfolgung zustimmt. Es gehören hierhin nach dem deutschen Strafgesetzbuch nur wenige Fälle, nämlich die Beleidigung von Bundesfürsten, sowie die Beleidigung des Reichstags oder eines Landtags, sowie die Beleidigung einer andern politischen Körperschaft, — Fälle, welche zum grössern Theil wol richtiger als von Amts wegen verfolgbar erklärt würden. Unrichtig wäre es übrigens, die im deutschen Strafgesetzbuch für das Antragserforderniss aufgestellten Rechtssätze ohne weiteres auch auf das Erforderniss der Ermächtigung für anwendbar zu erklären; es wird dies vielmehr zulässig sein nur für diejenigen Sätze, welche sich aus der Natur einer derartigen Einwirkung des Privatwillens auf das amtliche Verfahren von selbst ergeben, keineswegs aber auch für diejenigen Sätze, welche (wie z. B. jene über die Untheilbarkeit des Antrags getroffene Bestimmung) eine rein positive Regelung dieses Verhältnisses enthalten.

Was nun aber die Strafanwendung selbst betrifft, d. h. die Thätigkeit des Richters, durch welche er, wie wir es schon oben ausdrückten, die vom Gesetze im allgemeinen gedrohte Strafe anwendet oder anpasst dem besondern von ihm zu beurtheilenden Fall, so ist dies unter Umständen eine sehr einfache, ja selbstverständliche Function, nämlich dann, wenn das Gesetz mit der betreffenden Vergehung eine sogenannte absolut bestimmte Strafe verbindet, wie im jetzigen Rechte das Verbrechen des Mordes ein für alle mal mit der Todesstrafe verknüpft ist. Es braucht dann der Richter, nach Feststellung des Verbrechens selbst, nur auszusprechen, dass der Angeklagte eben diese Strafe verdient habe, ohne dass irgendeine weitere Erwägung dabei stattzufinden brauchte.

Anders aber, wenn, was nach heutigem Recht fast

bei allen Vergehungen der Fall ist, das Gesetz nur gewisse Grenzen aufstellt (relativ bestimmte Strafe), innerhalb deren das Gericht die im einzelnen Falle angemessene Strafe zu finden hat. Es ist dann oft Sache der eingehendsten Erwägung, begreiflicherweise freilich auch vielfach nur Sache einer ungefähren Abschätzung, welche Strafe innerhalb jenes Strafmasses oder Strafrahmens der Angeklagte verdient habe. Dabei unterliegen die Gesichtspunkte, welche der Richter bei dieser Ausmessung der Strafe zu befolgen hat, jetzt durchaus dem richterlichen Ermessen, indem das Gesetz darauf verzichtet, hier nähere Vorschriften zu ertheilen. Es wird also der Richter sich alle diejenigen Umstände zu vergegenwärtigen haben, welche auf die grössere oder geringere Schwere des Falles von Einfluss sind, und zwar werden hierfür keineswegs nur die unmittelbaren Umstände der That selbst, sondern auch die weiter zurückliegenden Umstände, wie vor allem der Beweggrund des Thäters und alles, was damit zusammenhängt, und in gewisser Weise auch seine gesammte Persönlichkeit in Betracht kommen. In welchem Grade sich der Thäter als der Rechtsordnung feindlich gezeigt hat, hängt unter anderm auch davon ab, wie weit er durch seine gesammte Lebenslage und die Verhältnisse des einzelnen Falles zur That verführt wurde, beziehungsweise in welchem Masse die Voraussetzungen seines Entschlusses sich aus seinem eigenen Innern ergaben. Insbesondere wird denjenigen Momenten, welche, in vollem Masse vorhanden, sogar die Wirkung von Schuld-ausschliessungsgründen besitzen, wenn sie in geringerem Masse vorliegen, die Wirkung einer Herabsetzung der Strafe oder sogenannten Strafminderung zukommen. Es wird z. B. derjenige schwerer zu bestrafen sein, der aus völlig freiem Antrieb den andern verletzte, als wer sich von ihm bedroht glaubte, ohne dass gerade die Voraussetzungen der Nothwehr vorliegen. Es wird derjenige schwerer zu bestrafen sein, der einem andern eine Sache wegnahm, um sich ohne

Noth zu bereichern, als derjenige, der sich in Bedrängniss befand, ohne dass gerade die Voraussetzungen des sogenannten Nothstandes vorliegen. Und hier ist es auch, wo die sogenannte verminderte Zurechnungsfähigkeit ihre nächste und oft völlig ausreichende Berücksichtigung findet. Es ist schwerer strafbar, wer sich mit voller geistiger Klarheit zur That entschloss, als wer in einem mehr oder minder getrüben oder bedrückten geistigen Zustande handelte, ohne dass gerade Unzurechnungsfähigkeit selbst vorliegt. Dazu kommen dann als Strafzumessungsgründe die Grösse des Objects, beziehungsweise des angerichteten Schadens, sowie die Gefährlichkeit des angewendeten Mittels, welche eine grössere oder geringere Strafe rechtfertigen. Und zwar werden wol in keinem Falle nur Strafminderungsgründe oder andererseits nur Strafmehrungs- oder, wie man sich meistens ausdrückt, Straferhöhungsgründe vorliegen, vielmehr wird sich die Strafzumessung der Regel nach aus einer Vergleichung der vorhandenen Strafminderungsgründe mit den vorhandenen Straferhöhungsgründen ergeben. Ueberwiegen die erstern, so wird ein geringeres, überwiegen die letztern, so wird ein grösseres Strafquantum als angemessen erscheinen. Dabei kann als normales Ergebniss nur die mittlere Strafe zwischen dem Mindestmass und dem Höchstmass der angedrohten Strafe betrachtet werden, und nur der häufige Mangel an irgend bestimmtern Strafzumessungsgründen (der seinerseits meistens auf einer oberflächlichen Feststellung beruht) kann es erklären, wenn in der deutschen und wol auch in der ausländischen Strafpraxis die gerichtlich erkannten Strafen allzu häufig nach der Richtung des Mindestmasses ausfallen. Dass dem Gerichte nach deutschem Strafrecht, vor allem aber nach dem englischen Strafrecht meistens ein eher zu grosser, als zu geringer Spielraum der Bestrafung freisteht, ist schon früher erwähnt worden.

Dabei kommt aber noch eine Einrichtung in Betracht, welche das deutsche Strafrecht (zunächst das preussische

Strafgesetzbuch, aus welchem sie in das deutsche Strafgesetzbuch übergegangen ist) dem französischen Strafrecht entlehnte, die Aufstellung nämlich der sogenannten „mildernden Umstände“. Abgesehen davon nämlich, dass wol ein jedes Strafrecht gewissen, bestimmt angegebenen Umständen die Wirkung beilegt, dass bei ihrem Vorhandensein jene regelmässigen Grenzen der Strafzumessung überschritten werden dürfen (beziehungsweise überschritten werden sollen), wie z. B. der durch Einbruch oder Einsteigen verübte Diebstahl schwerer bestraft werden soll, als der einfache Diebstahl, der Todtschlag auf Anreiz weniger schwer als der nicht-provocirte Todtschlag (Strafschärfungsgründe oder erschwerende Umstände einerseits und Strafmilderungsgründe andererseits), so hat die neuere Gesetzgebung es für angemessen gehalten, für den Fall der Feststellung unbestimmter „mildernder Umstände“ ein von dem regelmässigen abweichendes, besonderes Mindestmass der Strafe festzusetzen. Zuerst geschah dies in Frankreich durch ein Gesetz von 1832, welches in der Absicht erging, die Härten des *Code pénal* auf diese Weise zu mildern, und zwar in der Weise, dass bei einem jeden schweren Straffall (*crime*) den Geschworenen freigestellt wurde, das Vorhandensein mildernder Umstände festzustellen, worauf dann das Gericht verpflichtet war, auf eine mildere Strafe zu erkennen. Aehnlich das preussische Strafgesetzbuch, nur dass dieses nicht in allen schweren Straffällen, sondern nur in einer gewissen Zahl von Fällen (darunter übrigens auch blosse Vergehen) die Annahme mildernder Umstände zuliess. Wie das preussische Strafgesetzbuch nun auch das deutsche, trotz mannichfachen Widerspruchs, welchen die Einrichtung inzwischen gefunden hatte. Und in der That wird man sagen müssen, dass sich dieselbe durch eine ganz bestimmte Rücksicht der Strafzumessung rechtfertigt. Offenbar allerdings ist in ihr nichts als eine erweiterte Strafzumessung enthalten; gerade mit Rücksicht darauf aber, dass die Grenzen der letztern oft

ziemlich weit sind, sowie darauf, dass sehr oft Strafzumessungsgründe in ausreichender Menge gar nicht zur Feststellung gelangen, möchte es sich rechtfertigen, ein regelmässiges und ein ausserordentliches Mindestmass der Strafe festzusetzen (dem dann freilich genau genommen auch ein regelmässiges und ein ausserordentliches Höchstmass der Strafe entsprechen müsste). Dazu kommt, dass es unsers Erachtens ganz richtig wäre, auch die Geschworenen (wenn man sich überhaupt für die Aufnahme des Geschworenengerichts entscheidet, wir unsererseits würden demselben, was aber nicht hierhin gehört, das sogenannte Schöffengericht vorziehen) in gewissem Masse an der Strafzumessung zu betheiligen, was dadurch möglich wird, dass man ihnen die Frage nach dem Vorhandensein mildernder Umstände vorlegt.

Von den bestimmten Strafmilderungsgründen bedürfen einer besondern Hervorhebung noch der Milderungsgrund des jugendlichen Alters (sowie derjenige der sogenannten verminderten Zurechnungsfähigkeit), von den bestimmten Strafschärfungsgründen derjenige des Rückfalls.

Was nun zunächst das jugendliche Alter betrifft, so ist, wie schon früher bemerkt wurde, das Alter bis zum 12. Lebensjahr im deutschen Rechte als Grund völliger Unzurechnungsfähigkeit behandelt und für das Alter zwischen dem 12. und dem 18. Lebensjahr bestimmt worden, dass die Zurechnungsfähigkeit des Thäters jedesmal den Gegenstand besonderer Feststellung zu bilden habe. Ist nun aber in einem einzelnen Falle die Zurechnungsfähigkeit eines zur Zeit der That noch nicht Achtzehnjährigen festgestellt, so sollen sehr erhebliche Milderungsgründe für ihn platzgreifen, welche das deutsche Strafgesetzbuch in §. 57 aufführt. Es soll danach gegen einen solchen niemals die Todesstrafe und überdies von Freiheitsstrafen niemals die Zuchthausstrafe verhängt, vielmehr auch das schwerste Verbrechen an ihm nur mit Gefängnisstrafe, deren



Dauer aber hier ausnahmsweise bis zu funfzehn Jahren ansteigt, bestraft werden. Es soll ferner in andern Fällen die Strafe nur bis zur Hälfte des sonstigen Höchstbetrages der Strafe hinaufgehen, und es kann endlich, was in einem andern Zusammenhange schon erwähnt wurde, in besonders leichten Fällen an die Stelle der Freiheitsstrafe sogar ein blosser Verweis gesetzt werden. Niemals ist gegen einen Angeklagten dieses Alters auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte (sei es überhaupt oder einzelner Ehrenrechte) und niemals auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht zu erkennen. Dass ferner die gegen derartige Angeklagte zu vollziehende Freiheitsstrafe in besondern zur Verbüßung von Strafen jugendlicher Personen bestimmten Anstalten oder Räumen vollzogen werden soll, ist ebenfalls schon früher erwähnt worden.

Aehnlich ist die Berücksichtigung des jugendlichen Alters auch in den meisten nichtdeutschen Gesetzgebungen, nur dass nicht überall gerade das achtzehnte, sondern mehrfach ein etwas geringeres oder ein etwas höheres Lebensalter (in Frankreich z. B. das sechzehnte Jahr) entscheidet, und dass sich nicht überall ein so schroffer Uebergang, wie im deutschen Gesetzbuche (von 15 Jahren Gefängniss zur Todesstrafe) findet, indem insbesondere auch gegen Angeklagte dieses Alters die lebenslängliche Freiheitsstrafe als zulässig anerkannt ist.

Ein dem jugendlichen Alter verwandter Milderungsgrund würde an sich der Milderungsgrund der verminderten Zurechnungsfähigkeit sein, ja es liesse sich jener als eine Unterart des letztern bezeichnen. Wie nämlich jugendliches Alter und sonstige Zustände geistiger Unreife (nebst den Zuständen geistiger Störung) als Zustände möglicher Unzurechnungsfähigkeit auftreten, so kann offenbar ebenso wie durch jugendliches Alter, so auch durch Zustände der letztern Art eine Verringerung der Schuld herbeigeführt werden, und es ist deshalb neben den Milderungsgrund des

jugendlichen Alters in verschiedenen Gesetzen auch der Milderungsgrund der verminderten Zurechnungsfähigkeit anerkannt worden. So seinerzeit in verschiedenen der frühern deutschen Gesetzbücher (Baiern, Würtemberg, Sachsen u. s. w.), neuerdings unter anderm im italienischen Entwurf von 1874, der ganz folgerichtig bestimmt, dass auch Individuen, bei denen dieser Milderungsgrund zutrifft, ebenso wie Individuen jugendlichen Alters, in einer besondern Art von Strafanstalt untergebracht werden sollen. Anders das deutsche Gesetzbuch, nachdem der erste Entwurf des Reichsstrafgesetzbuchs sich für die Aufnahme jenes Milderungsgrundes entschieden hatte. Es kann daher eine Berücksichtigung dieser Zustände nach dem deutschen Gesetz nur bei der Strafzumessung (beziehungsweise bei der Annahme jener unbestimmten mildernden Umstände, von denen oben die Rede war) stattfinden; wo das Gesetz mit der betreffenden Vergehungs eine absolut bestimmte Strafe verbindet, ist ihre Berücksichtigung unmöglich. Ist jemand wegen Mordes angeklagt, so kann es sich nach dem geltenden Recht nur handeln um Verurtheilung zum Tode oder Freisprechung, — während doch gerade auch hier mit Rücksicht auf den geistigen Zustand des Thäters zur Zeit der That die erheblichsten Milderungsgründe vorliegen können.

Während auf diese Weise das jugendliche Alter einen (wenn auch den einzigen) allgemeinen Strafmilderungsgrund bildet, ist im heutigen deutschen Strafrecht ein allgemeiner Strafschärfungsgrund überhaupt nicht vorhanden, indem nämlich der Rückfall, der früher einen solchen gebildet hatte, jetzt nur bei einzelnen Vergehungen mit dieser Wirkung anerkannt worden ist. Ob diese Einschränkung richtig sei, ist freilich sehr bestritten, indem von manchen Seiten gesagt wurde, dass dieselben Gründe, welche bei einzelnen Vergehungen für diese Anerkennung sprechen, auch bei den übrigen Delictsarten zutreffen. So einleuchtend dies aber zu sein scheint, so ist es andererseits doch möglich, dass

diese Gründe nur bei einzelnen Vergehungen in der Masse vorhanden sind, dass eine Strafschärfung als angemessen erscheint, und in Wahrheit wird es also als Sache gesetzgeberischer Ueberlegung angesehen werden müssen, bei welchen Vergehungen der Rückfall in jener Eigenschaft anerkannt werden solle. Aehnlich wie Deutschland auch der neue österreichische Entwurf, wogegen die französische Gesetzgebung dem Rückfall bei einer jeden Vergehung die Wirkung einer Strafschärfung einräumt. Einen besondern Weg geht England, welches es geradezu als einen besondern Straffall behandelt, wenn jemand nach Bestrafung wegen eines *felony* aufs neue ein *felony* begeht, während bei geringern Delicten, beziehungsweise wenn jemand nach der Verurtheilung wegen eines *felony* ein neues geringeres Delict begeht, die Berücksichtigung des Rückfalls der Regel nach der Strafzumessung überlassen bleibt.

Vergehungen, bei denen das deutsche Recht jene Ausnahme eintreten lässt, sind aber ausser dem Diebstahl, bei welchem schon die älteste Gesetzgebung diese Wirkung anerkannte, nur noch die dem Diebstahl verwandten Vergehungen des Raubes, der Hehlerei und des Betrugs, und zwar ist nur bei dem Raube schon dem ersten, bei den übrigen genannten Vergehungen erst dem zweiten oder wiederholten Rückfall, jene Wirkung beigelegt worden, — eine Unterscheidung, die sich wiederum aus dem bei den verschiedenen Vergehungen in verschiedener Stärke auftretenden Gewichte des Rückfalls rechtfertigt.

Rückfall ist aber nach dem deutschen Strafrechte der Fall, wenn jemand, nachdem er wegen einer jener erwähnten Vergehungen, und zwar im Inlande und vor nicht länger als zehn Jahren, bestraft wurde, eine Vergehung derselben (oder einer im Gesetze näher angegebenen ähnlichen) Art begeht, — eine Definition, wonach sich folgende Momente einer nähern Besprechung darbieten.

Zunächst die Gleichheit, beziehungsweise Aehnlichkeit

der früher und der neuerdings begangenen Vergehungen, ein Erforderniss, an welchem mit Recht die deutsche Gesetzgebung festhält. Wenngleich nämlich in gewisser Weise eine schwerere Verschuldung auch schon darin erblickt werden kann, dass der Thäter wegen irgend-einer Vergehungen schon früher einmal verurtheilt war, so ist diese grössere Schwere doch zu unbedeutend, um eine Strafschärfung zu veranlassen; es genügt vollkommen, sie bei der Strafzumessung zu berücksichtigen, eine Strafschärfung dagegen nur eintreten zu lassen, wo durch Verübung der gleichen oder ähnlichen Vergehungen der Thäter eine besondere Intensität des verbrecherischen Willens, beziehungsweise eine besondere Schwäche gegenüber dem verbrecherischen Anreiz bewährt hat. Und zwar stellt die jetzige deutsche Gesetzgebung der Regel nach das Erforderniss der Gleichheit auf, sich nur bei einer Art von Vergehungen mit der Aehnlichkeit der frühern und der jetzigen Vergehungen begnügend, welche Aehnlichkeit in der Art näher bestimmt wird, dass einzelne dem Diebstahl verwandte Vergehungen, darunter hauptsächlich Raub und Hehlerei, dem Diebstahl gleichgestellt werden. Aehnlich wie Deutschland der neue österreichische Entwurf, wogegen in Frankreich und ebenso in England es genügen soll, wenn der Thäter nach Begehung eines *crime* ein neues *crime*, beziehungsweise ein neues *délit*, nach Begehung eines *felony* irgendein neues *felony* begeht.

Das zweite Moment ist die Art und Weise, in welcher die frühere Vergehungen ihre rechtliche Erledigung gefunden habe, in welcher Beziehung sich das deutsche Gesetz nicht mit der Forderung früherer Verurtheilung begnügt, vielmehr, wie schon bemerkt wurde, die Anforderung stellt, dass es auch zur Bestrafung des Schuldigen gekommen sei, dies in der Annahme, dass durchschnittlich nicht schon die Verurtheilung, sondern erst die Bestrafung dem Thäter den Ernst der Strafjustiz in dem erforderlichen Masse zum Bewusstsein bringt.

Andererseits aber wird vom deutschen Gesetze keineswegs, wie etwa vom schwedischen Strafgesetzbuch völlige Verbüßung der früher erkannten Strafe vorausgesetzt, vielmehr soll es genügen, wenn es auch nur zu einem Beginn der Strafvollstreckung, insbesondere also zum Antritt der erkannten Freiheitsstrafe gekommen ist. Es ist ferner der Verbüßung der Strafe der im Gnadenwege erfolgte Erlass der Strafe gleichgestellt, sodass sich auch derjenige im Rückfall befindet, der sich hinsichtlich der frühern Vergehung einer (vielleicht vollständigen) Begnadigung erfreute, sich dieser ihm zutheil gewordenen Nachsicht aber nachträglich unwürdig zeigt durch die Verübung einer gleichen (oder ähnlichen) Vergehung.

Ein drittes Erforderniss, welches das deutsche Gesetz aufstellt, ist, dass die frühere Verurtheilung im Inlande erfolgt sei, ein besonderes Erforderniss, dessen Aufstellung zwar erklärlich ist durch die Abneigung des Inlandes, sich durch die auswärtige Strafjustiz zur Verhängung einer Strafe, beziehungsweise einer härtern Strafe bestimmen zu lassen, das aber insofern Bedenken erregt, als danach nicht selten sehr gefährliche Menschen einer zu milden Strafe zu unterwerfen sein werden.

10. Tafel Hinsichtlich der sogen. Rückfallsverjährung stimmt das deutsche Gesetz insofern mit mehreren ausländischen Gesetzen nicht überein, als einige von diesen, wie vor allem England und Frankreich, gar keine, andere dagegen, wie der neue österreichische Entwurf, eine kürzere oder auch wol, wie der italienische Entwurf (wenigstens für gewisse Fälle), eine längere Verjährungsfrist festsetzen. Ersteres ist folgewidrig gegenüber dem Verjährungsgedanken überhaupt und widerlegt sich überdies durch die Erwägung, dass es unnatürlich sein würde, der gegen eine Vergehung eintretenden strafrechtlichen Reaction über eine gewisse Zeitdauer hinaus eine abhaltende Wirkung beilegen zu wollen. Die Frage endlich, ob die bei Rückfall vorkommende Strafschärfung stets

eintreten oder nur nach Ermessen des Gerichts zur Anwendung kommen solle, hat das jetzige deutsche Gesetz in Uebereinstimmung mit dem englischen und französischen Recht im erstern Sinne beantwortet, womit aber nur eine durchschnittlich höhere Bestrafung der im Rückfall begangenen Vergehungen gemeint ist, sodass im einzelnen Falle die Bestrafung der im Rückfall verübten Vergehungen dennoch eine mildere sein kann als die einer sonstigen Vergehungen.

Von der Strafänderung im eigentlichen Sinne verschieden, wenn auch in ihrer Wirkung damit zusammen treffend, sind die Functionen der Strafumwandlung und der Strafanrechnung, welche aus besondern Gründen eintreten. Und zwar soll eine Strafumwandlung nach dem deutschen Strafgesetzbuch eintreten, einmal (was schon früher zur Sprache kam), wenn es sich um eine nichtbeizutreibende Geldstrafe handelt, die dann in verhältnissmässige Freiheitsstrafe verwandelt wird und sodann, wenn verschiedenartige Freiheitsstrafen hintereinander zur Verbüssung gelangen würden, in welchem Falle vorgeschrieben ist, dass die leichtere Freiheitsstrafe, unter verhältnissmässiger Verkürzung ihrer Dauer, in die schwerere verwandelt werden soll, eine Regel, von der jedoch wiederum Ausnahmen zu Gunsten gewisser Freiheitsstrafen, nämlich der sogenannten Haft und der Festungshaft gemacht werden.

Umwandlung aus andern Gründen kennt das deutsche Gesetzbuch nicht, während einzelne der frühern deutschen Strafgesetzbücher und so auch wol einzelne der ausländischen Gesetzgebungen dem Richter eine Strafumwandlung auch noch dann vorschreiben, wenn die eigentlich verwirkte Strafe den Verurtheilten aus besondern Gründen, z. B. Gebrechlichkeit, Geschlecht oder Alter, zu hart treffen würde, oder wenn etwa der, dem die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt werden sollten, dieselben nicht mehr besitzt u. s. w., — Fälle, welche sich nach der Auffassung des deutschen Strafgesetzbuchs dadurch erledigen, dass auf Alter, Geschlecht und kör-

perlichen Zustand auch bei der Vollziehung der regelmässigen Strafart genügende Rücksicht genommen werden kann, dass aber andererseits der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte nicht in dem Sinne als Strafe gilt, dass an seine Stelle in jenem Falle überhaupt etwas anderes zu treten brauchte. Was aber die erwähnte Strafanrechnung betrifft, so findet eine solche Anwendung auf die Untersuchungshaft, sofern der Angeklagte eine solche erlitten hat, und zwar ist nach dem deutschen Gesetze es dem Richter freigestellt, keineswegs auch geboten, dieselbe auf die demselben zuzuerkennende Strafe (welche als solche stets ausgesprochen werden muss) in Abrechnung zu bringen. Dass dies nur bei Freiheitsstrafe der Fall sein könne, ist im Gesetze nicht gesagt und mithin auch bei der Geldstrafe eine Abrechnung als möglich zu betrachten. Andererseits fällt dies hinweg bei der Todesstrafe, hinsichtlich deren ohne gesetzliche Anordnung keine Möglichkeit einer entsprechenden Verringerung vorliegt.

Haben wir auf diese Weise die Grundsätze kennen gelernt, welche für die Strafanwendung bei einem einfachen Straffalle, d. h. bei einer Verletzung der Strafrechtsordnung als solcher gelten, so bleibt uns noch zu erörtern, welche Modificationen jene Grundsätze etwa bei einem sogenannten zusammengesetzten Straffall, beziehungsweise bei der gemeinschaftlichen Bestrafung mehrerer Straffälle erleiden.

In dieser Beziehung kommen zunächst die sogenannte fortdauernde und die sogenannte fortgesetzte Vergehung in Betracht, welche beide nur eine Vergehung darstellen, aber eine solche, deren einzelne Bestandtheile ebenfalls Vergehungen sein würden, wenn sie nicht in jener Verbindung miteinander aufträten. Diese Verbindung besteht aber bei der fortdauernden Vergehung darin, dass der einmal bewirkte rechtswidrige Zustand in einer mit seiner Herbeiführung gleichartigen Weise aufrechterhalten, und bei der fortgesetzten Vergehung darin, dass die einmal begangene strafbare

Handlung in der Art wiederholt wird, dass diese verschiedenen Handlungen zusammen nur eine Verletzung des betreffenden strafrechtlich geschützten Verhältnisses darstellen. Ersteres ist z. B. bei dem rechtswidrigen Gefangenhalten, letzteres nicht selten bei Mishandlungen, Beleidigungen, ferner beim Diebstahl, bei verschiedenen Sittlichkeits- und sonstigen Vergehungen der Fall, wobei freilich insbesondere hinsichtlich der fortgesetzten Vergehung der Richter nicht allzu bereit sein darf mit der Annahme einer solchen. Falsch wäre es z. B. beim Diebstahl eine fortgesetzte Vergehung stets schon dann annehmen zu wollen, wenn der Thäter einige Zeit hindurch dieselbe Person in im wesentlichen gleichartiger Weise bestohlen hat. Es wird vielmehr hinzukommen müssen, dass die verschiedenen Entwendungen sich nur als fortschreitende Ausführung einer und derselben (entsprechend umfangreichern) Entwendung darstellen, was nur dann der Fall sein wird, wenn das jedesmal entwendete Object sich als Theil eines Sachcomplexes auffassen lässt, dem eine gewisse, wenn auch nur ideelle Eigenartigkeit zukommt und wenn überdies die einzelnen Entwendungen einander nach allen wesentlichen Umständen, insbesondere auch zeitlich, nahe stehen. Nicht zu leugnen ist, dass danach der Unterschied zwischen einem fortgesetzten Diebstahl und mehreren wiederholten Diebstählen schliesslich einer gewissen Abschätzung unterliegt; nur wäre es unrichtig hiernach an der begrifflichen Existenz der fortgesetzten Vergehung zu zweifeln. Wer ihn verwirft (wie das von manchen Seiten geschehen ist), müsste sich entschliessen, auch die einzelnen auf den Rücken des Mishandelten niedergefallenen Hiebe für eine wiederholte Mishandlung, die einzelnen gegen den Beleidigten ausgestossenen Schimpfworte für eine wiederholte Beleidigung zu erklären, was unsers Wissens von niemand geschehen ist. Schwankend ist nur, wie viel Zwischenraum zwischen den einzelnen Mishandlungen, Beleidigungen, Entwendungen liegen darf, ohne dass sie aufhören ein Gan-

zes zu bilden, und hinsichtlich dieser Frage wäre es zwar sehr wünschenswerth, scheint aber allerdings unmöglich, ein bestimmtes Kriterium, einen bestimmten Anhalt zu finden. — So zweifeln wir nicht, dass der im Gesetze selbst allerdings nirgends genannte Begriff der fortgesetzten Vergehungen dennoch seine stillschweigende Anerkennung im deutschen Strafrechte gefunden habe, ebenso wie derselbe anzuerkennen ist auf Grund der verschiedenen ausländischen Gesetzgebungen von denen nur wenige (wie z. B. der neue holländische Entwurf) eine ausdrückliche Andeutung des fortgesetzten Delicts aufweisen. — Was nun die Strafanwendung in diesen besondern Fällen betrifft, so ergibt sich aus dem Begriffe der fortdauernden und der fortgesetzten Vergehungen, dass auf einen derartigen Straffall die Strafe der betreffenden Vergehungen immer nur einmal zur Anwendung kommt, dass aber bei der Strafzumessung die mehrfache Verübung der einzelnen Acte als zumeist sehr bedeutender Straferhöhungsgrund in Betracht kommt. Damit ist aber nicht gesagt, dass die fortdauernde, beziehungsweise fortgesetzte Vergehungen immer mit einer besonders hohen Strafe belegt werden müsste; vielmehr kann unter Umständen für dieselbe sogar das Mindestmass der betreffenden Strafe als angemessen erscheinen, sofern nämlich dem in der Fortdauer, beziehungsweise Fortsetzung liegenden Straferhöhungsgrund entsprechende Strafminderungsgründe gegenüberstehen, welche ihm das Gleichgewicht halten.

Eine zweite Form des zusammengesetzten Straffalles ist die sogenannte gewohnheitsmässige, beziehungsweise geschäfts- oder gewerbsmässige Vergehungen, welche in der deutschen und ähnlich auch in der ausländischen Gesetzgebung vorkommt, sei es in der Art, dass in den betreffenden Fällen überhaupt nur die gewohnheitsmässige u. s. w. Verübung bestraft wird, sei es in der Art, dass es in dieser Verübung eine schwere Art der betreffenden Vergehungen erblickt wird. Ver-

gleiche für das Erstere die Verleitung zur Auswanderung, welche nach dem deutschen Gesetze nur bestraft wird, sofern sie geschäftsmässig, sowie die Unzucht von Frauenzimmern, welche nach dem deutschen Gesetze nur in Betracht kommt, sofern sie gewerbsmässig betrieben wird; vergleiche für das Zweite die Hehlerei und den sogenannten Jagdfrevel, welche auch schon als solche bestraft werden, aber erheblich strengern Strafen unterliegen, wenn sie in gewerbsmässiger Weise verübt werden. Dass in allen diesen Fällen schon die Feststellung eines Falles genüge (falls demselben nur der Charakter z. B. der Gewerbsmässigkeit beigelegt werden könne), wird sich nicht behaupten lassen, vielmehr der richtigen Ansicht nach immer eine Mehrzahl von Fällen festgestellt werden müssen. Ist eine Verurtheilung erfolgt, so sind damit alle diejenigen Fälle erledigt, welche zum Beweise der Gewohnheitsmässigkeit u. s. w. herangezogen wurden, und nicht nur diese, sondern auch alle diejenigen, welche zu demselben Zwecke hätten herangezogen werden können und aus irgendeinem Grunde beiseite gelassen worden sind. Für die Strafzumessung wird es natürlich sehr auf die Zahl der vorliegenden Fälle ankommen.

Wir kommen sodann an das eigentliche Zusammentreffen oder die sogenannte Concurrenz mehrerer Straffälle, hinsichtlich deren man eine sogenannte ideale und eine sogenannte reale Concurrenz unterscheidet. Erstere liegt vor, wenn in einer und derselben Handlung eine mehrfache Verletzung des Strafgesetzes enthalten ist, wenn z. B. dieselbe Anzündung einer Sache einerseits eine Brandstiftung, andererseits zugleich einen Mordversuch, dieselbe geschlechtliche Vereinigung einerseits einen Ehebruch, andererseits einen Incest darstellt; letzteres, wenn der Thäter mehrere voneinander unabhängige Vergehungen, z. B. verschiedene Diebstähle oder einen Diebstahl und eine Unterschlagung, einen Diebstahl und eine Körperverletzung begangen hat, welche gemeinschaftlicher Bestrafung harren. Es fragt sich,

ob in solchen Fällen die verschiedenen Strafrechtsverletzungen unabhängig voneinander in Betracht kommen und die für sie angemessenen Strafen also einfach gehäuft (cumulirt) werden sollen (wie dies im wesentlichen im römischen Recht der Fall war und noch im heutigen englischen Rechte stattfindet), oder ob wegen jenes Zusammentreffens irgendeine Modification der Strafanwendung, insbesondere eine Ermässigung gegenüber der Summe der Einzelstrafen platzgreift. In dieser Beziehung stimmt nun das deutsche Gesetz mit einer Reihe nichtdeutscher Gesetzgebungen darin überein, dass im Falle des sogenannten idealen Zusammentreffens es genügen solle, die Strafe des in der Handlung liegenden schwersten Straffalles zur Anwendung zu bringen und die übrigen in der Handlung liegenden Strafrechtsverletzungen nur bei der Strafzumessung zu berücksichtigen. Es wird dabei angenommen, dass das für das einzelne Verbrechen bestimmte Strafmass schon vom Gesetzgeber selbst mit für den Fall berechnet ist, dass das betreffende Verbrechen auch in jener Verbindung mit andern Strafrechtsverletzungen begangen werden könne. Allein gegen diese Annahme müssen sich die entschiedensten Bedenken erheben, und zwar um so mehr, wenn wir in Betracht ziehen, dass zu den Fällen der idealen Concurrenz keineswegs nur die Fälle gehören, wenn dieselbe Handlung nach verschiedenen Seiten hin eine Strafrechtsverletzung darstellt, sondern auch die Fälle, wenn durch eine und dieselbe Handlung eine Mehrzahl von gleichartigen Objecten verletzt wird, welche letztern Fälle wol als sogenannte gleichartige ideale Concurrenz den erstern als den Fällen einer ungleichartigen idealen Concurrenz gegenüber gestellt werden. Mag sich gegenüber diesen jene Behauptung noch mit einem Scheine rechtfertigen lassen (obwol sie auch hier nicht zutrifft, da in der Strafe des Ehebruchs nicht auch die des Incestes und umgekehrt enthalten sein kann), so hört jede Spur einer Rechtfertigung auf, wenn wir jene andern Fälle ins

Auge fassen. Vorsätzliche und überlegte Tödtung wird allerdings schon im Falle der Tödtung eines Einzelnen mit dem Tode bestraft, und es ist hier, wenn man nicht zu der längst verworfenen geschärften Todesstrafe zurückkehren wollte, die Möglichkeit einer Steigerung der Strafe im Falle der Tödtung mehrerer Personen nicht vorhanden; allein wie ist es mit der fahrlässigen Verübung? Fahrlässige Tödtung eines einzelnen Menschen soll mit Gefängniss bis zu drei Jahren bestraft werden. Wie, sollen nun diese drei Jahre auch genügen, wenn durch die Fahrlässigkeit jemandes vielleicht funfzig oder hundert oder noch mehr Personen getödtet wurden? Es ist schon mehrfach (unter anderm auch bei Gelegenheit des Falles Thomas, bei dem freilich keineswegs bloß fahrlässige Tödtung vorlag) gesagt worden, dass dies durchaus ungenügend sein würde. Mag man in solchen Fällen es für angemessen halten (wie man in der That muss) eine sehr bedeutende Ermässigung der Strafe eintreten zu lassen; auf keinen Fall kann es genügen, die fahrlässige Tödtung von funfzig Personen der Möglichkeit nach ganz auf dem Fusse der fahrlässigen Tödtung einer einzelnen Person zu behandeln. Es wird also in diesem Punkte sowol das deutsche, als die meisten übrigen Gesetze, welche, wie gesagt, mit ihm hierin übereinstimmen, einer Abänderung bedürfen, einer Abänderung, von der man sich nicht wundern wird, dass ihre Nothwendigkeit nicht schon früher hervorgetreten ist, sobald wir nun die sogenannte reale Concurrency und deren Behandlung in der Gesetzgebung betrachten. Hat es doch Gesetzgebungen gegeben und gibt es deren noch, welche auch hier die Absorption der einen Strafe durch die andere, beziehungsweise die Berücksichtigung der geringern Fälle bei der Strafzumessung für die schwerern für hinreichend erachteten. So vor allem die französische Gesetzgebung, welche (in der Strafprocessordnung) es ausspricht, dass wenn dem Schwurgerichtshof mehrere Verbrechen („*crimes*“) desselben Angeklagten zur Aburtheilung vorliegen, es ge-

nügen soll, wenn der Gerichtshof die schwerste der verwirkten Strafen ausspricht, eine Regel, welche dann von der französischen Praxis auch in andern als schwurgerichtlichen Fällen zur Anwendung gebracht worden ist. Aehnlich die frühere Strafgesetzgebung für Baiern und einige der andern deutschen Einzelstaaten, wogegen das jetzige deutsche Strafgesetzbuch eine andere Regelung befolgt, indem dasselbe bestimmt, dass auf eine **Gesamtstrafe** erkannt werden soll, welche in einer Erhöhung der verwirkten schwersten Strafe besteht, ohne dass die Summe der verwirkten Einzelstrafen erreicht werden darf. Es ist hier also ein mittlerer Weg gewählt, der, abgesehen von der Frage, ob er im Gesetze im einzelnen richtig durchgeführt ist, im wesentlichen als der richtige angesehen werden muss. Eine Ermässigung der Strafen nämlich rechtfertigt sich in solchen Fällen aus verschiedenen Gründen, wohin wol nicht nur die grössere Intensität der einzelnen Strafe im Falle einer Häufung der Strafen zu rechnen ist, sondern gewiss auch der Umstand, dass der Gesetzgeber die Strafe der einzelnen Vergehungen zu einem guten Theile als Strafe des allgemeinen Widerspruchs gemeint hat, in den sich der Thäter zu der Rechtsordnung gesetzt hat. Dieser Widerspruch ist aber im Falle der Verübung mehrerer noch unbestrafter Vergehungen nicht ebenfalls ein mehrfacher, vielmehr ist bei ihm nur von einer Steigerung die Rede. Andererseits wäre ein Verschwinden der einen Strafe vor der andern in diesen Fällen natürlich noch viel ungeeigneter als in jenen andern, und es kann sich also nur darum handeln, den hier angenommenen mittlern Weg in der richtigen Weise zu bezeichnen. In der Beziehung nun ist das deutsche Gesetz nicht glücklich, indem das Gebiet der Möglichkeiten, welches dem Richter überlassen wird, ein viel zu wenig begrenztes ist. Oder ist dies nicht der Fall, wenn ihm nur geboten wird, um einen Schritt von der Strafe der einzelnen Vergehungen und wiederum nur um einen Schritt von der Summe aller Strafen entfernt zu

bleiben? Es kann dabei an grossen Schwankungen nicht fehlen, obwol andererseits auch der Versuch des belgischen Gesetzes, welches eine Erhöhung der schwersten Strafe bis auf das Doppelte zulässt, ebenfalls nicht vorwurfsfrei genannt werden kann. Ebenso wenig derjenige des österreichischen Entwurfs, der eine Erhöhung bis um ein Viertel, und derjenige des italienischen Entwurfs, der ein für alle mal eine Erhöhung um ein bis fünf Jahre Freiheitsstrafe zulässt. Richtiger wäre es, ein Hinaufgehen bis zu einem bestimmten Bruchtheil der Summe aller Maxima und ein Hinabgehen bis zu einem bestimmten Bruchtheil der Summe aller Minima zu gestatten. Augenscheinlich unrichtig ferner ist es, wenn das deutsche Gesetz nur bei dem Zusammentreffen von Freiheitsstrafen miteinander und nicht auch bei dem Zusammentreffen von Geldstrafen, sei es untereinander oder mit Freiheitsstrafen, eine Ermässigung vorschreibt, und ebenso, wenn eine solche ausgeschlossen sein soll bei Uebertretungen, — Fehler, welche neuere Entwürfe wenigstens theilweise verbessern. Vergleiche insbesondere den österreichischen Entwurf, welcher eine Erhöhung auch der Geldstrafe nur bis zu dem doppelten Betrage der verwirkten Einzelstrafe zulässt, wogegen der italienische Entwurf sich mit einer absoluten Grenze für cumulirte Geldstrafen begnügt.

Bemerkenswerth ist noch, dass nach der ausdrücklichen Bestimmung des deutschen Gesetzes als Bedingung der erwähnten Ermässigung keineswegs, woran man denken könnte, die gemeinschaftliche Aburtheilung der verschiedenen Straffälle hingestellt, vielmehr gesagt ist, dass die betreffenden Vorschriften auch auf den Fall Anwendung finden, wenn nach erfolgter Verurtheilung wegen einer Handlung eine andere zur Aburtheilung gelangt, welche vor jener Verurtheilung begangen wurde, unter andern Umständen also mit der erstern zusammen hätte abgeurtheilt werden können. Es hat dann über die andere Handlung ein Erkenntniss zu ergehen, in welchem nur ein Nachtrag zu der früher erkannten

Strafe ausgesprochen wird, beziehungsweise es hat dieses Erkenntniss die Gesamtstrafe auszusprechen, welche für beide Fälle angemessen gewesen wäre und von dieser Gesamtstrafe dann die von dem frühern Richter schon erkannte Strafe in Abzug zu bringen. Eine Einschränkung soll dies erleiden in dem Fall, wenn die neue Aburtheilung erst erfolgt, nachdem die in dem frühern Erkenntniss ausgesprochene Strafe schon verbüsst, verjährt oder erlassen worden ist, sodass also nicht von einer hintereinander weg zu verbüssenden Strafe die Rede sein kann, eine Einschränkung, welche darauf hinweist, dass von den beiden oben angegebenen Gründen einer Strafermässigung im Falle realer Concurrency vom Gesetze selbst nur der erstere als massgebend angesehen wird, welche wir dem Obigen zufolge nicht theilen.

Als schliesslicher Gegenstand, mit welchem sich die Lehre von der Strafanwendung zu beschäftigen hat, erscheinen diejenigen Gründe, welche den Wegfall oder die Ausschliessung der Strafe bewirken und in gewissem Sinne mithin als Aequivalent der Strafe bezeichnet werden können. Es gehören hierin ausser dem Falle, wenn der Thäter stirbt (über die Frage der Vollstreckung rechtmässig erkannter Geldstrafen in das Vermögen eines Verstorbenen siehe das oben bei der Geldstrafe Bemerkte), die Verjährung und die Begnadigung, welche beide einer ausführlichen Erörterung bedürfen.

Was zunächst die Verjährung anlangt, so hat es zwar nicht an Solchen gefehlt, welche sie überhaupt für ungerechtfertigt erklärten, und in der That gibt es auch Gesetzgebungen, welche dieselbe wenigstens nicht als allgemeinen Strafausschliessungsgrund hinstellen, vielmehr ihrer nur bei einzelnen Delictsarten erwähnen. Allein für eine unbefangene Auffassung kann es kaum zweifelhaft sein, dass die Verjährung auf einem gesunden Boden beruht, indem das Strafrecht gewiss nicht

berufen ist, einem abstracten Principe zu Liebe auch solche Dinge zu strafen, welche dem Bereiche der Gegenwart völlig entrückt sind. Mag man in letzterer Beziehung mehr Werth legen auf die Unsicherheit des Beweises, welche sich im Laufe der Zeit einstellt, oder auf das allmähliche Schwinden des Interesses an der Bestrafung (in Wahrheit ist beides von Bedeutung), so ist soviel klar, dass es hiesse, die dem Leben der Gegenwart gewidmeten Kräfte des Staats zu vergeuden, wenn sich derselbe als verpflichtet ansehen müsste, auch weit zurückliegende Strafsachen nach seiner Ahndung zu unterwerfen.

Und zwar sind es mit Recht zwei Arten der Verjährung, welche in der neuern Gesetzgebung, und so auch im deutschen Strafgesetzbuch anerkannt werden, nachdem das frühere gemeine Recht in Deutschland und noch die Mehrzahl der Landesgesetzgebungen nur eine einzige Art der Verjährung, nämlich die Verjährung der Strafverfolgung (oder die sogenannte Verbrechenverjährung im engeren Sinne) gekannt hatten. Erst die französische Gesetzgebung, und zwar die französische Strafprocessordnung, war es, welche auch die Verjährung der rechtskräftig erkannten Strafe aufnahm, indem eingesehen wurde, dass auch die schon rechtskräftig erkannte Strafe mit einem gewissen Zeitablauf aufhöre, für die Gegenwart von praktischer Bedeutung zu sein, wozu noch hinzukommt, dass auch sie durch längern Zeitablauf einbüsst an der Zuverlässigkeit ihrer Grundlage; denn einem in früherer Zeit gesprochenen Urtheil pflegen wir nicht immer dasselbe Vertrauen wie einem gegenwärtigen entgegenzubringen. Nach diesem Vorgange der französischen Gesetzgebung bestehen dann in den meisten neuern Gesetzgebungen diese beiden Arten der Verjährung nebeneinander, wie sich dieselben denn auch in den meisten neuern Entwürfen vorfinden.

Sehr verschieden sind natürlich die Fristen, welche die neuern Gesetzgebungen für die beiden Arten der Verjährung festsetzen. Doch stimmen die meisten darin

überein, dass für die Verjährung der Strafvollstreckung etwas längere Fristen angeordnet sind, als für die Verjährung der Strafverfolgung, und dass ferner die Fristen beider abgestuft sind nach der Schwere der betreffenden Vergehungen. Ersteres rechtfertigt sich dadurch, dass die einmal erfolgte gerichtliche Feststellung der Vergehungen das Zurücktreten derselben in die Vergangenheit augenscheinlich in nicht unerheblichem Masse aufhält. Mit Recht ist also z. B. in der deutschen Gesetzgebung die längste Frist für die Verjährung der Strafverfolgung auf zwanzig und die längste Frist für die Verjährung der Strafvollstreckung auf dreissig Jahre bestimmt. Ebenso der österreichische Entwurf, nur dass derselbe im letztern Falle fünfundzwanzig Jahre festsetzt, während unter anderm Frankreich den Unterschied viel grösser fasst und dort zehn Jahre, hier zwanzig Jahre aufstellt. Was aber die Abstufung der Fristen betrifft, so geht in dieser Beziehung das deutsche Gesetz (und ähnlich mehrere andere) zwar etwas weit, indem dasselbe nach der verschiedenen Schwere der Vergehungen eine sechsfach verschiedene Verjährungsfrist aufstellt; es möchten aber andererseits einzelne andere Gesetzgebungen hierin nicht weit genug gehen, welche, wie insbesondere Frankreich, für die Verjährung der Strafverfolgung nur zwei Fristen, nämlich eine Frist von zehn und eine solche von drei Jahren unterscheiden. Die kürzeste Verjährungsfrist sind nach dem deutschen Gesetz (für Uebertretungen) drei Monat, wogegen unter anderm der österreichische Entwurf als kürzeste Frist sechs Monate hinstellt. Ueberhaupt sehr kurze Verjährungsfristen hat unter anderm das schwedische Strafgesetzbuch, das sogar schwerere Verbrechen schon in fünf Jahren verjähren lässt! Eigenthümlich ist ferner, dass die Fristen des holländischen Entwurfs nicht, wie die der meisten übrigen Gesetze durch fünf theilbar sind, vielmehr sechs, zwölf und achtzehn Jahre betragen. Unverjährbar ist nach den meisten neuern Gesetzen kein Verbrechen; selbst

das todeswürdige und das mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe bedrohte Verbrechen kann verjähren, und in der That wird man sagen müssen, dass, wenn hierin etwas Auffallendes liegt, darin nur eine jener mehrfachen Unebenheiten zu erblicken ist, welche sich aus der Natur jener Strafarten als unvermeidlich ergeben. Abweichend der österreichische Entwurf, nach welchem bei Verbrechen, die mit dem Tode bedroht sind, die Verjährung ausgeschlossen sein, wenn aber zwanzig Jahre verflossen sind, an Stelle der Todesstrafe funfzehn- bis zwanzigjähriges Zuchthaus treten soll. Aehnlich das frühere bairische Strafgesetzbuch, welches bestimmte, dass, wenn ein Erkenntniss auf Todesstrafe aus irgendeinem Grunde zwanzig Jahre unvollzogen geblieben sein sollte, eine solche Verwandlung stattfinden solle.

Ueber den Anfang der Verjährungsfrist gilt bei der Verjährung der Strafvollstreckung die selbstverständliche Bestimmung, dass diese beginnt mit dem Tage der Vollstreckbarkeit des Urtheils, beziehungsweise mit dem Tage, an welchem der schon begonnene Strafvollzug eine Unterbrechung erleidet. Was aber die Verjährung der Strafverfolgung betrifft, so hat das deutsche Gesetz und mit ihm der neue österreichische Entwurf in dieser Beziehung die vielangefeindete Bestimmung getroffen, dass hierfür der Tag massgebend sein soll, an welchem die betreffende Handlung vollzogen wurde, ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt des eingetretenen Erfolgs. Und so starke Bedenken auch gegen eine solche Bestimmung erhoben werden können (das stärkste ist, dass danach möglicherweise die Vergehung verjährt sein kann, bevor der Erfolg eingetreten ist), so werden wir dennoch sagen müssen, dass jene Bestimmung des deutschen Gesetzes der wahren Bedeutung des Strafrechts entspricht. Unstreitig ist nämlich das letztere eine Gegenwirkung gegen die verbrecherische Handlung, von der es sich nur fragt, in welchem Masse sie gestraft werden solle (in geringerem, wenn sie ohne Erfolg geblieben, in höherem, wenn dieser Erfolg ein-

trat) und ebenso, wie wir uns oben hinsichtlich der Frage, wo und wann eine Vergehung verübt sei, für die verbrecherische Handlung im Gegensatze zu dem verbrecherischen Erfolge als das Entscheidende aussprachen, so können wir mithin auch jener ausdrücklichen Bestimmung des Gesetzes hinsichtlich der Verjährung unsere Zustimmung nicht versagen. Von untergeordneter Bedeutung natürlich ist es, wenn im deutschen Gesetze der Begehungstag selbst, im holländischen Entwurfe dagegen erst der auf diesen folgende Tag als Anfang der Verjährungsfrist hingestellt wird. Dass übrigens erst der Zeitpunkt, an welchem die für die Verübung der betreffenden Vergehung wesentliche Thätigkeit aufhörte, massgebend sein solle, ist im österreichischen Entwurf ausdrücklich gesagt. Weniger selbstverständlich ist es, wenn hier überdies noch bemerkt wird, dass, sofern es sich um die Begründung eines fortdauernden gesetzwidrigen Verhältnisses handelt, die Verjährung erst mit dem Aufhören dieses Verhältnisses ihren Anfang nehmen solle, wogegen nach allgemeinen Grundsätzen unterschieden werden müsste, ob jene Fortdauer des gesetzwidrigen Verhältnisses auf einer fortdauernden Verschuldung des Thäters beruht oder nicht. Doch findet sich auch im deutschen Gesetzbuch die Specialbestimmung bei der Bigamie, dass deren Verjährung erst beginnen solle an dem Zeitpunkt, an welchem die beiden Ehen aufhören nebeneinander zu bestehen. — Die Verjährung soll nach dem deutschen Gesetz ruhen, wenn der Beginn oder die Fortsetzung des Strafverfahrens von einer Vorfrage abhängig ist, deren Entscheidung in einem andern Verfahren erfolgen muss, wie dies theils nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs selbst, theils nach sonstigen Rechtsvorschriften mehrfach der Fall ist, und wozu der österreichische Entwurf mit Recht noch die Fälle hinzufügt, wenn „vorübergehende Verhältnisse bestehen, vermöge welcher kraft gesetzlicher Vorschrift mit dem Strafverfahren innegehalten werden muss“. Ersteres ist z. B. der Fall

beim Ehebruch, dessen Verfolgung nicht eher stattfinden soll, bevor die betreffende Ehe wegen desselben rechtskräftig geschieden worden ist; letzteres, wenn die gegen einen Reichstags- oder Landtagsabgeordneten eingeleitete Untersuchung während der Sitzungen des Reichs- oder Landtags auf Beschluss dieser Versammlung vorübergehend eingestellt werden muss. Augenscheinlich darf dem Thäter aus einer solchen rechtlich unumgänglichen Verzögerung kein Vorthail erwachsen.

Abgesehen hiervon aber läuft die einmal begonnene Verjährung ohne Unterbrechung weiter, es sei denn, dass eine amtliche auf die Verfolgung oder Vollstreckung der Strafe gerichtete Thätigkeit dazwischentritt. Diese allerdings wird, wie schon nach älterm Recht, so auch nach den meisten (oder wol allen) neuern Gesetzen als eine Unterbrechung der Verjährung angesehen, und zwar (was im frühern deutschen Recht bestritten war) mit der Wirkung, dass nach der Unterbrechung eine neue Verjährung zu laufen beginnt. Was aber diese amtliche Thätigkeit selbst betrifft, so ist dieselbe, sofern die Verjährung der Strafverfolgung in Betracht kommt, im deutschen Recht wol zu eng gefasst worden, indem dasselbe dahin nur diejenige Thätigkeit rechnet, welche der Richter wegen der begangenen That gegen den Thäter ausübt, während andere Gesetze von allen Verfolgungs- oder Untersuchungsacten reden, welche nach Massgabe der Strafprocessordnung wegen der begangenen That gegen den Thäter gerichtet werden, wonach also auch die Handlungen der Staatsanwaltschaft hierin gehören. Es entspricht dies Letztere durchaus der richtigen Auffassung der Staatsanwaltschaft, deren verfolgende Thätigkeit der richtigen Ansicht nach einen wesentlichen Theil der auf dem Gebiete des Strafrechts stattfindenden Rechtsanwendung bildet. Als unterbrechende Thätigkeit in Bezug auf die Verjährung der Strafvollstreckung wird im deutschen Gesetze genannt eine jede auf Vollstreckung der Strafe gerichtete Handlung derjenigen Behörde, welcher die Vollstreckung

6

obliegt, sowie die zum Zwecke der Vollstreckung erfolgende Festnahme.

Mit der eingetretenen Verjährung der Strafverfolgung fällt natürlich auch die Möglichkeit weg, über den Thäter die mit der Hauptstrafe sonst zu verbindende Nebenstrafe zu verhängen; andererseits aber ist mit der eingetretenen Verjährung der rechtskräftig erkannten Hauptstrafe keineswegs auch die Verjährung der mit ihr ausgesprochenen Nebenstrafen verbunden; es wird vielmehr im Falle der Verjährung der Hauptstrafe die Zeitdauer, auf welche sich der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, beziehungsweise die Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erstreckt, unter anderm gerade erst von dem Zeitpunkt der Verjährung der Hauptstrafe berechnet.

Ein nur ausnahmsweise (bei einzelnen bestimmten Arten von Vergehungen) in der Gesetzgebung anerkannter Strafausschliessungsgrund ist der der sogenannten thätigen Reue, dessen Ausnahmenatur auch völlig auf der Hand liegt. Wodurch nämlich soll es sich rechtfertigen, dass das nachträgliche Benehmen jemandes, der sich einmal schuldig gemacht hat, seine Befreiung von Strafe herbeiführt? Mag er sich noch so sehr bemühen, den angerichteten Schaden wieder gut zu machen, ihm dies vielleicht auch im reichlichsten Masse gelingen, — was er wieder gut machen kann, ist doch immer nur der Schaden, den er äusserlich gestiftet hat, wogegen der Bruch der Rechtsordnung als solcher bestehen bleibt. Mag es daher auch gerechtfertigt sein, von der Bestrafung des Versuchs eines Verbrechens abzusehen, wenn es dem Thäter noch gelang, den Erfolg seiner Handlung rechtzeitig abzuwenden (siehe das oben in der Lehre vom Versuche Bemerkte), so sind wir nicht zweifelhaft, dass die entsprechenden Bestimmungen, welche sich in den neuern Gesetzgebungen bei mehreren vollendeten Vergehungen finden, keine Billigung verdienen. Es gehört hierhin die Bestimmung

des deutschen Gesetzbuchs, dass beim fahrlässigen Meineid der rechtzeitige Widerruf, bei der Herausforderung zum Zweikampf das Abstehen vom Kampfe selbst und bei der fahrlässigen oder vorsätzlichen Brandstiftung das rechtzeitige Auslöschen oder Ersticken des Feuers den Thäter von Strafe (wohlgemerkt von jeder Strafe) befreien soll. Viel weiter noch geht der österreichische Entwurf, der bei einer Reihe von Vergehungen gegen das Vermögen (der Entwurf erwähnt Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Sachbeschädigung und Besitzesentwendung) es als Strafausschliessungsgrund hinstellt, wenn der Thäter, bevor er dem Gerichte, der Staatsanwaltschaft oder einer Sicherheitsbehörde als verdächtig bekannt geworden ist, dem Beschädigten freiwillig vollen Ersatz leistet. Mit Recht wird diese (auch im frühern sächsischen Strafgesetzbuch enthaltene) Bestimmung des österreichischen Entwurfs in den Beurtheilungen desselben überwiegend getadelt.

Als allgemeiner und im wesentlichen unangefochtener Strafausschliessungsgrund dagegen ist schliesslich zu erwähnen die Begnadigung, die man wol mit Recht allgemein als eine unumgängliche Ergänzung oder Correctur des positiven Strafrechts betrachtet. Allerdings ist ja mit ihrem Bestehen unverkennbar eine grosse Gefahr für das Strafrecht verbunden, indem durch sie der Möglichkeit nach alle Grundsätze des Strafrechts nach der einen Seite hin, nämlich zu Gunsten des Schuldigen, über den Haufen geworfen werden können. Allein unerträglich wäre der Zustand, wenn der Staat, dem es bei der Strafrechtspflege doch wesentlich auf die Erhaltung und Förderung seines Zustandes ankommt, sich vor sich selbst zu einer absoluten und ausnahmslosen Durchführung seiner eigenen Grundsätze verpflichten wollte. Es würden Fälle genug eintreten, in denen alle Welt es für unnütz und grausam erachten würde, die praktische Folge eines Strafgesetzes zu ziehen, ja in denen der Staat als ein greulicher Pedant erschei-

nen würde, wenn er nicht von der Consequenz seiner Grundsätze nachliesse. Es muss insbesondere die Möglichkeit gegeben sein, zu Gunsten des materiellen Rechts von dem formellen, zu Gunsten des ideellen Rechts von dem positiven Recht abzuweichen; ja es entspricht der Natur des Staats als eines lebendigen Gemeinwesens, dass sogar die Möglichkeit gegeben sein muss, in Zeiten einer ausserordentlichen und allgemeinen Erhebung der Gemüther einmal überhaupt von den Anforderungen des Rechts abzusehen und das freie Walten der Gnade an ihre Stelle treten zu lassen. Und so kann es sich nur fragen, von wem und auf welchem Wege solle Gnade geübt werden können, ob nur im Wege der Gesetzgebung (in welchem Falle dann Gnade und Gesetz für den einzelnen Fall zusammenfällt) oder ob von seiten derjenigen Organe der Staatsgewalt, welche in den Schranken der Gesetze zur Vertretung und Durchführung des Staatswillens berufen sind, in welcher Beziehung im monarchischen Staat hauptsächlich derjenige in Betracht kommt, der als Träger der Staatsgewalt selbst gilt, nämlich der Landesherr. In dieser Beziehung hat sich nun die deutsche Rechtsentwicklung überwiegend dahin entschieden, dass die Begnadigung der Regel nach dem Landesherrn zukommt, dass aber gewisse Arten der Begnadigung nur im Wege der Gesetzgebung sollen ertheilt werden können. Doch ist in dieser Beziehung keine Gleichförmigkeit in den deutschen Staaten vorhanden. Während nämlich das Strafrecht selbst jetzt auf einer für ganz Deutschland gemeinsamen Grundlage beruht, ist die Zulässigkeit einer Abweichung von dem gemeinsamen Strafrecht im Wege der Gnade bis jetzt ganz den particularrechtlichen Anordnungen überlassen, und so kommt es, dass in einigen Staaten das Begnadigungsrecht unbeschränkt in den Händen des Landesherrn ruht, wogegen in andern Staaten mehr oder minder weitgehende Beschränkungen des landesherrlichen Begnadigungsrechts bestehen. Die hauptsächlichste dieser Beschränkungen ist die, dass, wie

z. B. in den Verfassungsurkunden von Preussen und Baiern bestimmt ist, die Niederschlagung einer schon anhängig gemachten Untersuchung nur im Wege der Gesetzgebung soll ausgesprochen werden dürfen. Eine grössere Uebereinstimmung unter den deutschen Staaten wäre in dieser Beziehung um so nöthiger, als die in dem einen Staate ertheilte Begnadigung von Wirksamkeit ist für den ganzen Umfang des Deutschen Reichs. Dies wenigstens unter einer Voraussetzung, unter der Voraussetzung nämlich, dass der betreffende Staat, in welchem Gnade ertheilt wurde, auch berechtigt gewesen wäre zur strafrechtlichen Aburtheilung und zur Bestrafung. Ist diese Voraussetzung vorhanden, so kann z. B. der Fürst von Reuss-Greiz mit völliger Wirkung auch für Preussen begnadigen und unter anderm die in Preussen untersagte Niederschlagung der Untersuchung im Wege der Gnade aussprechen, auch wenn der Thäter oder der Verletzte oder vielleicht Beide preussische Staatsangehörige sein sollten, die That aber vielleicht zufällig auf reussischem Boden verübt sein sollte. Dem deutschen Kaiser als solchem steht bisjetzt, abgesehen von Elsass-Lothringen, ein Begnadigungsrecht nicht zu, sondern nur in seiner Eigenschaft als König von Preussen, woran auch die deutsche Strafprocessordnung vorläufig nur in dem Punkte etwas ändert, dass in denjenigen Strafsachen, in welchen das Reichsgericht ausnahmsweise in erster Instanz zu erkennen hat, d. h. bei Hochverrath und Landesverrath gegen das Reich, die Vollstreckung der Todesstrafe abhängig sein soll von einer Entschliessung des Kaisers.

In den drei sogenannten Freien Städten Deutschlands (Hamburg, Lübeck und Bremen) liegt das Begnadigungsrecht im wesentlichen unbeschränkt in der Hand der obersten Regierungsbehörde oder des Senats. Ebenso ist dasselbe in England unbeschränkte Sache der Krone (die dasselbe auf Vortrag des sogenannten Staatssecretärs des Innern ausübt); wogegen in andern nichtdeutschen Staaten, z. B. in mehreren Gebieten der Schweiz

und Nordamerikas, in grösserm oder geringerem Umfange eine Mitwirkung der gesetzgebenden Versammlung stattfindet.

Ueber den Umfang der im einzelnen Falle ertheilten Gnade entscheidet im Zweifelsfalle die Auslegung des Richters, wobei sich aber von selbst versteht, dass der im Wege der Gnade erfolgte Erlass der Hauptstrafe noch nicht von selbst auch den Erlass der mit-erkannten Nebenstrafe, z. B. des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Zulässigkeit der Polizeiaufsicht, in sich schliesst; es wird vielmehr im Falle einer erfolgten Begnadigung die Zeitdauer dieser Nebenstrafe gerade von diesem Gnadenerlasse berechnet. Andererseits versteht es sich von selbst, dass auch diese Nebenstrafen im Wege der Gnade erlassen werden können. Abweichend hiervon der italienische Entwurf, welcher bestimmt, dass die Begnadigung sich niemals auf die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter, sowie auf die Ausübung politischer Rechte beziehen darf, was in Deutschland nur insofern eine Analogie findet, als hier mehrfach (so unter anderm in der preussischen und in der württembergischen Verfassungsurkunde) bestimmt ist, dass ein wegen Verfassungsverletzung zur Amtsunfähigkeit verurtheilter Minister nicht einseitig von der Regierung im Amte belassen oder wieder angestellt werden soll. Nur in Beziehung auf den Rückfall vermag auch nach dem deutschen Strafrecht die Gnade keine Einwirkung zu äussern, indem der Begriff des Rückfalls selbst derartig bestimmt ist, dass derselbe unter anderm auch dann vorliegt, wenn die früher erkannte Strafe im Wege der Gnade erlassen war.

ZWEITER THEIL.

Die einzelnen Vergehungen.

ERSTES KAPITEL.

Vergehungen gegen die Person.

Ist es nun nach Erörterung der für die Bestrafung massgebenden allgemeinen Grundsätze unsere Aufgabe, die einzelnen Arten der strafbaren Vergehungen (oder doch die hauptsächlichsten unter ihnen) zur Darstellung zu bringen, so wäre es unsers Erachtens nicht richtig, dabei der im deutschen Strafgesetzbuch beobachteten Ordnung zu folgen. Denn einestheils ist diese Ordnung überhaupt keine Ordnung im eigentlichen Sinne, sondern mehr eine aus äusserlichen Gründen gewählte Reihenfolge zu nennen, und sodann wäre es auch für diese Darstellung (ebenso wie z. B. für ein Lehrbuch) unzweckmässig, nach Art des deutschen Strafgesetzbuchs mit den zusammengesetzten Begriffen der Vergehungen gegen den Staat den Anfang zu machen. Beginnen wir vielmehr auch hier mit den einfachern Vergehungen, und zwar mit denjenigen gegen die Person, unter denen wiederum die gegen das Leben (trotz oder theilweise vielleicht wegen ihrer Schwere) als die verhältnissmässig einfachsten erscheinen.

Und zwar sind es, abgesehen von der fahrlässigen Tödtung, vier Arten der Tödtungsverbrechen, welche das deutsche Strafgesetzbuch unterscheidet, unter denen die Unterscheidung von Mord und von Todtschlag als Eintheilung allgemeinerer Art auftritt, wogegen die beiden übrigen Arten besondere Fälle betreffen.

Mord ist nach dem deutschen Strafgesetzbuch die vorsätzliche Tödtung eines Menschen, sofern dieselbe mit Ueberlegung ausgeführt wird, eine Definition, welche natürlich einer um so sorgsamern Erwägung bedarf, als der Mord (nebst einem einzelnen Falle des Hochverraths) das einzige Verbrechen ist, welches nach dem deutschen Strafgesetzbuch mit dem Tode bedroht ist. Doch können wir uns, was den Vorsatz betrifft, und ebenso hinsichtlich des für die vollendete Tödtung erforderlichen Causalzusammenhangs (zwischen Verletzung und Tod) auf die früher erörterten allgemeinen Grundsätze beziehen; einer nähern Erwägung an dieser Stelle bedarf nur das Moment der Ueberlegung, und zwar die Fragen, in welcher Art und zu welcher Zeit die Ueberlegung vorhanden gewesen sein muss, damit die That als Mord anzusehen sei. In dieser Beziehung steht nur fest, dass die Ueberlegung nicht gleichgestellt werden kann mit der Vorstellung, welche sich der Thäter von der That mit ihren Folgen bildet. Nicht schon, wer sich den Tod des Andern als seinen Zweck vorstellte und ihn getödtet hat, ist des Mordes schuldig — dann würde Vorsatz und Ueberlegung zusammenfallen —, sondern erst, wer sich dieses seines Zieles mit einer gewissen Deutlichkeit bewusst war und das Bild der That mit einer gewissen Vollständigkeit in seine Einzelheiten verfolgte. Fragen wir aber, welcher Grad von Deutlichkeit und Vollständigkeit der Vorstellung vorliegen müsse, damit von Ueberlegung die Rede sein könne, so wird wol keine andere Antwort möglich sein, als dass der Thäter mit einer der Grösse der That im ganzen entsprechenden Deutlichkeit und Voll-

ständigkeit sich die Sache vergegenwärtigt haben müsse. Wer sich vergegenwärtigt, was es heisst, einen Menschen tödten, wer sich vergegenwärtigt, was es heisst, ein Leben auslöschen, das sich und andern vielleicht noch vom grössten Werthe sein könnte, und sich dennoch für die Tödtung entscheidet, der soll mit dem Tode bestraft werden. Man wird nicht sagen können, dass hiermit gar keine Grenze nach der Seite des Todtschlags gegeben sei; aber dass es eine besonders sichere und feste Grenze sei, lässt sich nicht behaupten. Es ist ein Gradunterschied, der schliesslich zwischen Mord und Todtschlag, zwischen der Anwendung der Todesstrafe und blosser Freiheitsstrafe entscheidet. Auch wer in der Hitze der Leidenschaft den andern erschlägt, hat ein gewisses Bild seiner That vor Augen, und nur wenn dies Bild von einer solchen Klarheit und Deutlichkeit war, dass man von Ueberlegung sprechen kann, soll eine Verurtheilung wegen Mordes eintreten. Offenbar liegt hier eine Schwierigkeit vor, die mit der Festhaltung an der Todesstrafe verbunden ist, zwischen der und den übrigen Strafen stets eine grosse Kluft bleibt. Der grosse Sprung zwischen Freiheits- und Todesstrafe, der sonst zwischen den verschiedenen Verbrechen hervortrat, ist hier innerhalb zweier Arten desselben Verbrechens vorhanden, wo er natürlich um so greller hervortritt, und es ist begreiflich, dass man deswegen nach einer andern Art der Abgrenzung zwischen den Begriff des Mordes und des Todtschlags gesucht hat. So in dem österreichischen Entwurf, der sich dazu entschliesst, nicht mehr alle Fälle einer überlegten Tödtung mit dem Tode zu bestrafen, vielmehr nur einzelne besondere Fälle, mit denen dann andererseits auch einzelne Fälle nicht überlegter Tödtung zusammengestellt werden. Als todeswürdig stellt nämlich der österreichische Entwurf hin, wenn die vorsätzliche Tödtung entweder gegen den leiblichen Vater oder gegen die leibliche Mutter verübt wurde; wenn dem Schuldigen die Ermordung mehrerer Menschen oder neben

dem vollbrachten noch ein Mordversuch zur Last fällt; wenn er sich im Rückfall befindet oder bereits wegen eines andern Verbrechens zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurtheilt war, und endlich wenn der Mord auf grausame und mit besondern Qualen für den Ermordeten verbundene Art verübt wurde, sowie, wenn bandenmässige Verübung vorlag. Doch fragt es sich, ob denn wirklich die ohne Ueberlegung vollzogene Tödtung „mehrerer Menschen“ mit dem Tode bestraft werden soll, und noch mehr ist es fraglich, ob, wenn einmal die Todesstrafe besteht, es richtig ist, ihre Anwendung unter anderm davon abhängig zu machen, ob die Tödtung „auf grausame Weise“ verübt wurde; kann doch ein an sich völlig schmerzloses Hinwegschaffen des Opfers in anderer Beziehung die allerboshafteste Art der Tödtung darstellen. So werden wir wol der Unterscheidung zwischen Mord und Todtschlag, wie sie im deutschen Strafgesetzbuche aufgestellt ist, den Vorzug geben müssen, so manche Bedenken auch gegen sie obwalten. — Fehlerhaft übrigens erscheint, was das deutsche Gesetzbuch über die Zeit sagt, zu welcher die Ueberlegung vorhanden gewesen sein müsse. Wird nämlich alles, wie hier geschieht, auf die Zeit der Ausführung gestellt, so mag es ganz richtig sein, auch diejenige Tödtung als Mord anzusehen, welche auf einem plötzlichen Entschlusse beruhte, falls nur der Thäter bei der Ausführung selbst in bedachtsamer Weise vorgeht (ein wol sehr seltener Fall); andererseits aber wird es nicht gebilligt werden können, dass derjenige, dessen That auf einem wohlüberlegten Entschlusse beruht, sobald er nur bei der Ausführung selbst sich in einer die Ueberlegung ausschliessenden Aufregung befand, mit Freiheitsstrafe davon kommt.

Aehnlich bestimmt den Umfang der todeswürdigen Fälle der Tödtung die französische Gesetzgebung, nur dass diese denselben nach zwei verschiedenen Richtungen ausdehnt. Einmal nämlich soll eine jede mit Auflauern verbundene Tödtung als *assassinat* mit dem Tode

bestraft und dabei als Auflauern auch der Fall angesehen werde, wenn der Thäter nicht geradezu beabsichtigte den andern zu tödten, sondern gegen ihn nur irgendeine Gewaltthat zu begehen. Und sodann sollen auch die Fälle einer nicht überlegten Tödtung (*meurtre*) mit dem Tode bestraft werden, wenn die Tödtung gegen Ascendenten oder in Verbindung mit einem andern *crime*, beziehungsweise zur Ausführung eines *délit* begangen wurde. — Anders dagegen das englische Recht, welches zum Thatbestande der todeswürdigen Tödtung (*murder*) allerdings zwar Vorbedacht (*malice aforethought*), keineswegs aber durchaus den Vorsatz der Tödtung verlangt, sich vielmehr mit der Absicht des Thäters, gegen den andern eine strafbare Gewaltthat zu begehen, begnügt und ausserdem auch die durch Anwendung tödlicher Waffen verübte Tödtung zum *murder* hinzurechnet, — wogegen eine Commission von 1864 vorschlug, die Todesstrafe auf die Fälle einer überlegten Tödtung, sowie auf die zur Durchführung einzelner bestimmter Verbrechen verübte nichtüberlegte Tödtung zu beschränken. In letzterer Weise verfahren auch die Gesetzbücher der einzelnen amerikanischen Unionsstaaten, soweit sie nicht die Todesstrafe überhaupt abgeschafft haben. — Das dänische Strafgesetzbuch bedroht eine jede unter erschwerenden Umständen verübte vorsätzliche Tödtung mit dem Tode, wogegen das schwedische Strafgesetzbuch selbst auf die überlegte Tödtung die Todesstrafe nicht ausschliesslich, sondern nur wahlweise mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe gesetzt hat. Sehr bemerkenswerth ist endlich, dass Russland, welches die Todesstrafe für die schwersten Staatsverbrechen beibehalten hat, dieselbe schon seit längerer Zeit entbehren zu können glaubt für den Mord, der in Russland selbst in den schlimmsten Fällen nur mit Zwangsarbeit (in den Bergwerken) auf unbestimmte Zeit bedroht ist.

Todtschlag ist nach dem deutschen Gesetzbuch eine jede ohne Ueberlegung ausgeführte Tödtung, wohin also

keineswegs nur die in der Hitze des Affects verübte, sondern eine jede Tödtung gehört, hinsichtlich deren die überlegte Ausführung nicht nachgewiesen werden kann. Anders das frühere deutsche Recht (und zwar sowol das frühere gemeine Recht, als die meisten der particularen Gesetzbücher) und anders unter anderm auch der österreichische Entwurf, der nur den Fall zum Todtschlag rechnet, wenn der Vorsatz, einen Menschen zu tödten, „in einer und derselben heftigen Gemüthsbewegung gefasst und ausgeführt wurde“ (wobei übrigens zu beachten ist, dass, wie schon oben bemerkt worden, der österreichische Entwurf die übrigen Fälle vorsätzlicher Tödtung zwar Mord nennt, aber nur in Ausnahmefällen mit der Todesstrafe bedroht). Anders auch, jedoch in wesentlich anderer Beziehung, das englische Recht, nämlich insofern als dasselbe zum Begriffe des Todtschlags nicht den Vorsatz zu tödten erfordert, und zwar um so weniger, als, wie wir gesehen haben, dasselbe nicht einmal ein unumgängliches Erforderniss des Verbrechens des *murder* bildet. *Manslaughter* soll nämlich nach englischem Recht auch diejenige Tödtung sein, bei welcher der Vorsatz des Thäters nur auf Körperverletzung gerichtet war, aus der dann ohne seinen Willen sich der tödliche Erfolg ergab. Es ist dies ein Mangel an Unterscheidung, der auch in der frühern deutschen Gesetzgebung mehrfach hervortrat und augenscheinlich eine mehr äusserliche (den Erfolg in den Vordergrund stellende) Auffassung des Strafrechts bekundet. Aehnlich dagegen wie das deutsche Strafgesetzbuch das französische Recht, welches in correcter Weise die vorsätzliche Tödtung und die vorsätzliche Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge unterscheidet, wogegen die amerikanischen Gesetzgebungen zu den verschiedenen Fällen des *manslaughter*, ebenso wie das englische Recht auch Fälle nicht beabsichtigter Tödtung rechnen.

Die Strafe des Todtschlags ist nach dem deutschen Gesetzbuch zeitliche Freiheitsstrafe, und zwar kann im

höchsten Mass auf funfzehn Jahr Zuchthaus, im geringsten Mass (bei Feststellung mildernder Umstände) auf sechs Monate Gefängniss erkannt werden; es ist danach dem Gerichte gewiss ein mindestens hinreichender Spielraum für die Berücksichtigung der gerade hier so ausserordentlich verschiedenen Fälle gelassen (ja es fragt sich, ob dieser Spielraum nicht zu gross ist), und dadurch der Fehler anderer Gesetzgebungen, insbesondere der französischen und belgischen Gesetzgebung, sowie des frühern preussischen Strafgesetzbuchs vermieden, welche den Todtschlag ein für alle mal (oder doch abgesehen von gewissen besondern Ausnahmen) mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe bedrohen. Zu diesen Ausnahmen gehört der (auch im deutschen Strafgesetzbuch noch besonders berücksichtigte) Fall, wenn der Thäter durch eine ihm selbst oder einem Angehörigen zugefügte Mishandlung oder schwere Beleidigung von dem Getödteten gereizt und hierdurch auf der Stelle zur That hingerissen war, ein Fall, der sogar wol den häufigsten oder wenigstens einen sehr häufigen Fall des Todtschlags bildet.

Andererseits sind aber im deutschen, wie in den übrigen Gesetzbüchern auch gewisse schwerere Fälle des Todtschlags anerkannt, nur dass es nach dem deutschen Gesetzbuch keinen Fall des Todtschlags gibt, der mit dem Tode bedroht ist. Sowol der Todtschlag an Ascendenten, wie insbesondere der bei Begehung eines andern Verbrechens (und zur Durchführung desselben) begangene Todtschlag sind nach dem deutschen Strafgesetzbuch zwar mit zehnjähriger bis lebenslänglicher Zuchthausstrafe, nicht aber, wie im französischen Recht und im frühern preussischen Strafgesetzbuch der Fall war, mit dem Tode bedroht. Auch wenn der Todtschlag also unter anderm bei der Verübung eines Raubes zu dem Zwecke verübt wurde, um den Widerstand des zu Beraubenden zu brechen, kommt der Thäter mit Freiheitsstrafe davon, falls er nur nicht mit Ueberlegung gehandelt hat, während die unbefugte überlegte

Tödtung eines Todkranken, um ihn von seinen Qualen zu befreien, unabänderlich mit dem Tode bestraft wird.

Neben diesen beiden Hauptarten der Tödtung stehen nun nach dem deutschen Strafrecht noch zwei besondere Fälle, deren Eigenthümlichkeit sich durch das Verhältniss des Thäters zu dem Getödteten bestimmt, ohne dass es (wohlgemerkt für den Thatbestand) auf den Unterschied von Ueberlegung und Nichtüberlegung ankommt. Es ist dies einmal die Tödtung eines Einwilligenden und sodann der sogenannte Kindsmord. Was nun zunächst die Tödtung eines Einwilligenden betrifft, hinsichtlich deren das Strafgesetzbuch übrigens erfordert, dass das ernstliche und ausdrückliche Verlangen des Getödteten vorliegen muss, so ist ja soviel klar, dass dieser Fall der Tödtung, obwol auch er einen mit Recht verbotenen Eingriff in das menschliche Leben enthält, sehr viel geringer strafwürdig ist, als eine sonstige Tödtung; nur ob der Unterschied in der Strafbarkeit so gross sein soll, wie ihn das deutsche Gesetzbuch aufstellt (dort Todesstrafe, hier nur Gefängniss von drei bis zu fünf Jahren), ist zu bezweifeln, und zwar nicht nur, wenn wir erwägen, wie nahe das ausdrückliche und ernstliche Verlangen an ein nicht ausdrückliches und an ein nicht völlig ernstlich gemeintes Verlangen heranreicht, sondern auch wenn wir erwägen, dass bei einer rechtswidrigen Tödtung doch auch andere Milderungsgründe vorhanden sein können, welche eine Herabsetzung der Strafe in sehr bedeutendem Masse rechtfertigen können. Es müsste also entweder die Strafe der Tödtung eines Einwilligenden im Höchstmasse höher oder, was das Richtigste wäre, die Strafe auch des Mordes eine nur relativ bestimmte sein und im Mindestmasse nicht unerheblich herabgehen, — eine Anordnung, der freilich die Abneigung des Gesetzgebers entgegensteht, die Zuerkennung der Todesstrafe dem richterlichen Ermessen zu überlassen. Keine besondere Bestimmung über die Tödtung eines Einwilligenden finden wir im französischen Gesetzbuch, und ebenso wenig

scheint das englisch-amerikanische Recht eine besondere Bestimmung dieser Art zu besitzen. Anders der österreichische Entwurf, der sich ganz dem deutschen Gesetzbuch anschliesst und nur das Strafmass in unbedeutender Weise verändert.

Höher als die Strafe dieses Falles, immerhin aber ebenfalls viel geringer als diejenige der sonstigen Tödtung ist nach dem deutschen Gesetzbuche die des Kindsmordes, dessen Namen insofern nicht richtig ist, als derselbe keineswegs Mord im technischen Sinne zu sein braucht, vielmehr sowol Fälle nicht überlegter, wie überlegter Tödtung umfasst. Kindsmord ist aber die Tödtung eines unehelichen Kindes seitens der eigenen Mutter in oder gleich nach der Geburt, ein Fall, der auch in andern Gesetzgebungen einer mildern Beurtheilung unterliegt, wobei freilich bestritten ist, aus welchem Grunde dies der Fall ist. Durchschlagend ist nicht, dass die Gebärende sich immer in einem geistig besonders aufgeregten Zustande befinde, — denn auch der ehelich Gebärenden müsste sonst die gleiche Berücksichtigung zutheil werden; durchschlagend ist ferner nicht die Furcht vor Schande und Noth, welche die Thäterin immer zur That triebe, — denn Schande und Noth werden der Thäterin sehr häufig, aber keineswegs immer in Aussicht stehen; als durchschlagend ist unsers Erachtens vielmehr nur anzusehen, dass von der unehelich Gebärenden nicht in demselben Masse, wie von einer ehelich Gebärenden und wie von jedem andern, erwartet werden kann, dass sie das von ihr zur Welt Gebrachte sofort als ein lebendes Wesen mit selbstständiger Existenzberechtigung ihr selbst gegenüber respectire. Eine jede Gebärende bedarf einer gewissen Reflexion dazu, dass das von ihr Geborene ihr sofort als ein Mensch mit eigenen Rechten gegenübersteht; während aber bei der ehelich Gebärenden diese Reflexion durch das ganze eheliche Verhältniss, in dem sie steht, von Anfang an die kräftigste Unterstützung erhält, fehlt diese Unterstützung bei derjenigen,

die ein uneheliches Kind zur Welt bringt; und mag man sie darum auch mit strengen Strafen belegen, wenn sie ihr Kind tödtet, so wäre es doch nicht gerechtfertigt, ihre That mit den sonstigen Fällen der Tödtung auf gleiche Linie zu stellen. Die Strafe des Kindsmordes ist nach dem deutschen Strafrecht im höchsten Mass funfzehnjähriges Zuchthaus, es kann jedoch herabgegangen werden bis auf Gefängniss von zwei Jahren. Bei der Voraussetzung, dass das Kind in oder gleich nach der Geburt getödtet sein müsse, ist, wie man sieht, sehr vieles dem Ermessen des Gerichts überlassen, indem das deutsche Gesetzbuch sich nicht, mit verschiedenen frühern Gesetzgebungen, dafür entschied, als Grenze eine bestimmte Zahl von Tagen zu bestimmen. — Die Betheiligung seitens eines dritten soll nach dem in der Lehre von der Theilnahme ausgesprochenen allgemeinen Grundsatz des deutschen Gesetzbuchs als Theilnahme an einem gemeinen Morde (beziehungsweise Todtschlage) gestraft werden. — Anders das französische Recht, in welchem das Verbrechen des *infanticide* zwar als besonderes Tödtungsverbrechen erwähnt, darunter aber keineswegs bloß die Tödtung eines neugeborenen Kindes seitens der eigenen Mutter, geschweige nur seitens der unehelichen Mutter, verstanden wird, vielmehr die Tödtung eines neugeborenen Kindes überhaupt. Dementsprechend ist auch als Strafe die Todesstrafe genannt, von der auch zu Gunsten der die That vollbringenden unehelichen Mutter nur abgegangen werden kann, sobald die Geschworenen, was ihnen auch hier freisteht, die Annahme mildernder Umstände aussprechen. — Anders auch das englische Recht, in welchem es ebenfalls an einer besondern Vorschrift für diesen Fall fehlt, wobei aber berichtet wird, dass sich die Praxis scheut, in solchen Fällen wegen *murder* zu verurtheilen, sich der Regel nach vielmehr mit der Annahme von *manslaughter* begnügt. Anders unter anderm auch der neue italienische Entwurf, der ebenfalls keine besondere Bestimmung für die Gebärende selbst

aufnimmt, wol aber den allgemeineren Fall als einen geringer strafbaren behandelt, wenn jemand (auch eine männliche Person) ein Kind tödtet, um sich selbst (!) oder die Gattin, die Mutter, die Tochter oder auch die Schwester vor Schande zu bewahren.

Selbsttödtung (sogenannter Selbstmord), beziehungsweise der Versuch derselben ist nach dem heutigen deutschen Strafrechte straflos, während das frühere deutsche Recht Strafen verhängt hatte. Die Folge davon ist, in Ermangelung einer speciellen Bestimmung, dass nun auch die Theilnahme am Selbstmord straflos gelassen werden muss, was, wenigstens in vielen Fällen, wol kaum mit dem allgemeinen Rechtsgefühl übereinstimmt. Anders bekanntlich das englische Recht, welches das Gericht anweist, im Falle des versuchten Selbstmordes geradezu auf die Strafe des Mordversuchs zu erkennen, und welches auf diese Weise auch die Möglichkeit erhält, die etwaige Betheiligung eines Dritten am Selbstmorde zu bestrafen. So sehr man aber dieses letztere Resultat an sich billigen mag, so würde es doch gewiss besser durch eine specielle Bedrohung der Betheiligung am Selbstmorde eines andern (durch Anstiftung, beziehungsweise Beihülfe) erreicht werden; denn dass man den Selbstmord, beziehungsweise den Versuch desselben, straflos lässt, möchte sich dadurch rechtfertigen, dass es sich hier in der That nur um das rein persönliche Verhältniss des Einzelnen zu sich selbst handelt, in das es dem Rechte nicht ansteht sich einzumischen. Mag man, was gewiss richtig ist, vom moralischen und religiösen Standpunkt den Selbstmord auf das Schwerste tadeln, so muss doch eine über den, der sich selbst zu tödten versucht, verhängte bürgerliche Strafe auf das Peinlichste berühren. In mehreren amerikanischen Gesetzgebungen und ebenso im neuesten italienischen Entwurf ist ebenso, wie früher im sächsischen Strafgesetzbuch keine Strafbestimmung gegen den Selbstmord, wol aber eine solche gegen die Betheiligung am Selbstmord eines andern enthalten, eine

Strafbestimmung, welche derjenigen gegen die Tödtung eines Einwilligenden ganz parallel geht.

Von der Tödtung im Zweikampf ist unten in der Lehre vom Zweikampfe selbst zu handeln, über die fahrlässige Tödtung aber nur zu bemerken, dass sie nach dem deutschen Strafgesetzbuch mit Gefängniss bis zu drei Jahren, und wenn der Thäter zu der Aufmerksamkeit, welche er aus den Augen setzte, vermöge seines Amtes, Berufes und Gewerbes besonders verpflichtet war, mit Gefängniss bis zu fünf Jahren bestraft wird. Aehnlich unter anderm der österreichische Entwurf, der aber die Möglichkeit einer blossen Geldstrafe zugibt.

Der Tödtung verwandt ist die Körperverletzung, die in ihren schweren Formen überall als eine ebenfalls von Amts wegen zu verfolgende Vergehung anerkannt ist, deren geringere Fälle aber sowol nach der deutschen wie nach den meisten ausländischen Gesetzgebungen nur auf Antrag des Verletzten strafbar sein sollen. Dabei ist der Name Körperverletzung nach dem Sprachgebrauche des deutschen Strafgesetzbuchs die gemeinsame Bezeichnung für eine jede körperliche Mishandlung und eine jede Schädigung der Gesundheit, umfasst also ausser der äussern Verletzung des Körpers auch Störungen seines innern Zusammenhanges und seiner normalen Functionen. Selbst geistige Störungen werden dahin gehören, sofern sie eine Störung der „Gesundheit“ enthalten, wobei in Betracht kommt, dass der Fall einer durch Körperverletzung bewirkten Geisteskrankheit vom Gesetze als Fall der schweren Körperverletzung anerkannt wird. Was nun aber diese schwerern Arten der Körperverletzung betrifft, so werden in dieser Beziehung von den meisten Gesetzen mehrfache Abstufungen der Strafbarkeit aufgestellt und hierzu theils die Art der Verübung, theils die Verschiedenheit der eingetretenen Folgen benutzt. Nicht gehört hierhin nach dem deutschen Gesetz eine nach Tagen bemessene Dauer der etwa eingetretenen Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit, vielmehr hat man es für genügend

erachtet, bestimmte qualitativ bezeichnete Nachteile als Fälle der schweren Körperverletzung zu bezeichnen. Anders das französische Recht, in welchem eine zwanzigtägige Dauer der verursachten Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit einen wesentlichen Unterschied der Strafe begründet, eine Regelung, welche auch das frühere preussische Strafgesetzbuch aufgenommen hatte, aber bald als zu äusserlich wieder aufgab. Die Strafe der einfachen Körperverletzung ist nach dem deutschen Gesetzbuch Gefängniss bis zu drei Jahren, in geringern Fällen Geldstrafe, wogegen Frankreich auch hier, wie in sehr vielen andern Fällen, Freiheits- und Geldstrafe androht. (Ueber die nach dem deutschen Gesetzbuch mögliche Verurtheilung des Thäters zu einer an den Verletzten zu zahlenden Geldbusse ist schon oben gelegentlich der Geldstrafe das Nöthige bemerkt worden.) Dabei ist nun als schwererer Fall zunächst erwähnt, dass die Handlung gegen Verwandte aufsteigender Linie, also insbesondere gegen die Aeltern des Thäters, begangen wurde, in welchem Falle in der Strafe nicht herabgegangen werden soll unter einen Monat Gefängniss. Nach der Novelle von 1876 tritt sodann als nächstschwerer Fall hinzu, wenn die Körperverletzung mittels einer Waffe, insbesondere eines Messers oder eines andern gefährlichen Werkzeugs, — oder mittels eines hinterlistigen Ueberfalls, — oder von mehreren gemeinschaftlich, — oder mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung begangen wurde, in welchem Falle die Strafe nicht unter zwei Monaten Gefängniss sein soll. Dabei ist das an verschiedenen andern Stellen des Strafgesetzbuchs in seiner Bedeutung zweifelhafte Wort „Waffe“ jedenfalls hier, wie auch aus den Vorarbeiten des Gesetzes hervorgeht, in dem weitern Sinne zu verstehen, dass dahin nicht blos Waffen im engern (technischen) Sinne, sondern alle möglichen Gegenstände gehören, welche im allgemeinen geeignet sind zu einer gefährlichen Verletzung; es brauchen ferner die Mehrern, welche gemeinschaftlich handeln (auch

schon das Zusammenhandeln von Zweien ist genügend), keineswegs sich vorher verständigt haben, vielmehr ist nur nöthig, dass derjenige, der im einzelnen Fall gestraft werden soll, von der Mitwirkung des andern wusste. Der Hauptfall der schweren Körperverletzung, der nach dem deutschen Strafgesetzbuch auch schwere Körperverletzung im engeren Sinne genannt wird, ist aber der, wenn die Körperverletzung, wie schon oben erwähnt wurde, bestimmte schwere Folgen für die Existenz des Verletzten gehabt hat. Aehnlich dem französischen Gesetz, welches in dieser Beziehung Verstümmung, Blindheit, sowie „*autres infirmités permanentes*“ nennt, die durch die Verletzung bewirkt wurden, werden im deutschen Strafgesetzbuch aufgezählt der Verlust eines wichtigen Gliedes des Körpers (wobei das Nähere dem richterlichen Ermessen überlassen bleibt), ferner der Verlust des Sehvermögens auf einem oder beiden Augen, der Verlust des Gehörs (des Gehörs als solchen), der Verlust der Sprache oder der Zeugungsfähigkeit, sowie endlich dauernde Entstellung, Siechthum, Lähmung oder Geisteskrankheit. In allen diesen Fällen soll die Strafe bis zu fünfjährigem Zuchthaus hinaufgehen können, reicht aber auch hier (bei Feststellung mildernder Umstände) bis zu einem Monat Gefängniss herunter. Dabei stimmt das deutsche Gesetzbuch auch insofern mit dem französischen überein, als diese Folgen keineswegs auf einer besondern Verschuldung des Thäters zu beruhen brauchen. Sind sie (oder ist eine von ihnen) beabsichtigt, so treten gewisse im Gesetzbuch näher angegebene besondere Strafen ein; im übrigen aber brauchen sie nicht einmal auf Fahrlässigkeit des Thäters zu beruhen. Auch wer einem andern rechtswidrig eine Ohrfeige gibt und dadurch ganz unvermutheter und nicht zu vermuthender Weise eine Entzündung und Gehörsverlust des Betroffenen veranlasst, ist wegen schwerer Körperverletzung zu verurtheilen. Es genügt der Causalzusammenhang zwischen der Mishandlung und jenem Nachtheil, sodass also das

rein objective Verhältniss über die Höhe der Strafe entscheidet. Vielfach getadelt von seiten der strafrechtlichen Wissenschaft, ist diese Bestimmung aus der allgemeinen Bedeutung der objectiven Seite der strafbaren Handlung dennoch zu rechtfertigen, sofern nur dafür gesorgt ist, dass das Mindestmass der Strafe weit genug herabgeht, um auch den möglichen Mangel einer subjectiven Verschuldung genügend zu berücksichtigen. Eine besonders schwere Körperverletzung ist diejenige, durch welche der Tod des Verletzten verursacht wurde, wobei hinsichtlich der subjectiven Verschuldung dasselbe gilt, wie in den soeben genannten Fällen. Nur darf in diesem Falle der Vorsatz nicht auf Tödtung gerichtet sein, weil sonst das Verbrechen des Todtschlags vorliegt, von welchem das jetzige deutsche Recht, abweichend von frühern Bestimmungen und mehrfach vom ausländischen Recht (siehe oben) unsern Fall auf das Bestimmteste unterscheidet. Keine Unterscheidung trifft das deutsche Gesetzbuch nach dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein der Ueberlegung, soweit nicht der vorhin erwähnte erschwerende Umstand des hinterlistigen Auflauerns hierhin gehört. Anders das französische Gesetzbuch, welches auch bei den Fällen der schweren Körperverletzung wiederum das Moment der *préméditation* als Unterscheidungsmerkmal herbeizieht. Sehr casuistisch verfährt, wie bei der Regelung der einzelnen Vergehungsarten überhaupt, so auch bei der Körperverletzung das englische Recht, dessen Bestimmungen auch in dem Consolidationsgesetz von 1861 einen sehr grossen Raum einnehmen. Es werden da nicht nur dieselben oder ähnliche Unterschiede, wie im französischen und im deutschen Gesetzbuch aufgestellt, sondern vielfach auch unwesentliche Arten der Verübung einer Körperverletzung nacheinander aufgezählt. Oder ist es nicht überflüssig, wenn statt einer Bedrohung der Körperverletzung als solcher die Verletzung jemandes durch Schiessen, durch Stechen, durch Würgen, durch Ersticken, durch Chloroformiren u. s. w.

besonders hervorgehoben wird? Als besondere Art der Körperverletzung ist auch im englischen Recht begreiflicherweise hervorgehoben die Verstümmelung (*mayhem*), deren ursprünglicher, mit dem altgermanischen Recht zusammenhängender Begriff durch die Rücksicht auf die Wehrhaftigkeit des Verletzten bestimmt wurde. Da hierhin wol der Verlust eines Fingers, aber nicht der von Nase und Ohren gehörte, so hat dies mit Recht durch die neuere Gesetzgebung eine Aenderung gefunden. Specieller, als das deutsche Gesetzbuch, jedoch mehr nur mit Rücksicht auf die Hervorhebung der betroffenen Körpertheile, als mit Rücksicht auf die Hervorhebung der verschiedenen Arten der Verübung verfährt die amerikanische Gesetzgebung, z. B. das Strafgesetzbuch für Neuyork, in welchem neben der Verletzung des Auges auch die der Zunge, der Lippen, der Nase erwähnt wird. Aehnlich übrigens auch der österreichische Entwurf, der ebenfalls die einzelnen Glieder, deren Verlust als Verstümmelung gelten soll, aufzählt.

Mehr im Sinne der französischen Regelung verfährt der italienische Entwurf, der unter anderm eine mehrfache Unterscheidung nach der Dauer der Folgen der Verletzung aufstellt, der ferner neben dem Verluste eines Sinnes auch dessen dauernde Schwächung hervorhebt, und der endlich auch den Fall in der Strafbarkeit auszeichnet, wenn jemand sich an einem Zeugen oder Sachverständigen vergreift aus Anlass einer von diesem vor Gericht abgelegten Aussage. — Antragsvergehen ist die Körperverletzung, wie schon bemerkt wurde, in den geringern Fällen, wohin das deutsche Strafgesetzbuch sehr weitgehenderweise alle nicht im eigentlichen Sinne schweren Körperverletzungen (siehe oben) rechnet, sofern dieselben nicht mit Uebertretung einer Amts-, Berufs- oder Gewerbspflicht begangen wurden. Ist der Antrag einmal gestellt, so ist nach der neuen, durch die Novelle von 1876 mit Recht eingeführten Regel eine Zurücknahme derselben nicht möglich, wovon nur insofern eine Ausnahme gemacht ist,

als die Verletzung gegen einen Angehörigen verübt wurde; es soll der Angehörige, aber auch nur dieser, es noch während des Verfahrens in der Hand haben, den Thäter straffrei zu lassen. Sind Ehefrauen oder unter väterlicher Gewalt stehende Kinder verletzt worden, so haben sowol die Beleidigten, als deren Ehemänner und Väter das Recht, auf Bestrafung anzutragen. Wurde ein Beamter, ein Geistlicher oder sonstiger Religionsdiener, oder ein Mitglied der bewaffneten Macht bei Ausübung seines Berufs oder in Beziehung auf denselben verletzt, so soll ausser dem Verletzten selbst auch dem amtlichen Vorgesetzten desselben das Recht zur Stellung des Antrags zustehen. Eine schliessliche, sehr eigenthümliche Bestimmung, welche das deutsche Strafgesetzbuch in Beziehung auf die Bestrafung der Körperverletzung gibt, ist die, dass, wenn leichte Körperverletzungen mit solchen, Beleidigungen mit leichten Körperverletzungen oder letztere mit erstern auf der Stelle erwidert sind, der Richter ermächtigt sein soll, für beide Angeschuldigte oder für einen derselben eine der Art oder dem Masse nach mildere oder überhaupt keine Strafe zu verhängen. Es soll also die Thatsache, dass jemand, nachdem er selbst geschlagen wurde, seinerseits geschlagen hat, als möglicher Milderungsgrund, ja sogar unter Umständen als Schuld-ausschliessungsgrund für das gegen ihn begangene Vergehen in Betracht kommen, eine Anordnung, die, wie auf der Hand liegt, dem Bedürfniss der Praxis sehr entgegenkommt, deren theoretische Rechtfertigung aber nicht unerhebliche Schwierigkeit bereitet. Unsers Erachtens kann dieselbe, wenn sie überhaupt gerechtfertigt ist, nur dadurch gerechtfertigt sein, dass in solchen Fällen das zur Strafbarkeit eines Falles stets (vom Standpunkt des Gesetzgebers) erforderliche öffentliche Interesse zurücktritt. Mag der Staat auch ein Interesse daran haben, eine jede noch so geringfügige Körperverletzung, welche mir rechtswidrig zugefügt wird, zu strafen; sobald ich mich selbst auf den Stand-

punkt meines Gegners stelle und ihm Gleiches mit Gleichem vergelte, hat er es in vielen Fällen nicht mehr. Eine Bestimmung des ausländischen Rechts über eine derartige Compensation der Strafen bei Körperverletzung ist uns nicht bekannt, wie denn dieselbe auch in Deutschland mehrfach Anfechtung gefunden hat. /

An die Bestimmungen über Tödtung und Körperverletzung reihen sich logischerweise diejenigen, welche eine Gefährdung von Leib oder Leben enthalten. Und zwar gehört zu diesen in erster Linie die sogenannte Abtreibung (*procuratio abortus*), obwol dieselbe auf den ersten Blick als eine speciell gegen das Leben gerichtete Handlung erscheint, wonach sie auch ihre Stellung im deutschen Strafgesetzbuch erhalten hat. Strafbar ist nämlich nicht nur, wer die ungeborene Leibesfrucht, sei es im mütterlichen Schosse oder durch Abtreibung tödtet, sondern (jedenfalls nach dem deutschen Gesetzbuch, welches in dieser Beziehung enger zu deuten kein Anlass vorliegt) auch derjenige, der dieselbe rechtswidrig abtreibt, d. h. ihre vorzeitige Loslösung vom mütterlichen Schosse bewirkt. Auch dieser begeht einen eigenmächtigen und höchst bedenklichen Eingriff in das Werden des Menschen, der dem Rechte in keinem Fall gleichgültig sein darf, der aber straflos sein würde, wollten wir (was von den meisten geschieht) die Bestimmung des deutschen Strafgesetzbuchs auf den (allerdings bei weitem häufigsten) Fall einer durch Abtreibung beabsichtigten Tödtung beziehen. Dabei wird in der deutschen und ebenso auch in den meisten ausserdeutschen Gesetzgebungen, insbesondere auch in Frankreich und England, in der Strafbarkeit unterschieden, je nachdem die That von der Schwangern selbst oder von einem andern verübt wird, und im letztern Fall wiederum, ob dieser andere mit oder ohne die Zustimmung der Schwangern handelt. Der letzte Fall ist natürlich überall als der schwerste behandelt, und bei ihm insbesondere im deutschen Straf-

gesetzbuch noch der Fall wiederum ausgezeichnet, dass dadurch der Tod der Schwangern verübt wurde. Voraussetzung ist stets, dass es sich um eine wirkliche, nicht um eine blos vermeintliche Schwangerschaft handelt, in welchem letztern Falle es sich höchstens (und auch nur vom Standpunkt der Theorie des Versuchs am absolut untauglichen Object) um einen Versuch der Abtreibung handeln könnte. Anders einzelne der frühern deutschen Strafgesetzbücher und anders noch das jetzige englische Recht, welches ausdrücklich die That auch dann für strafbar erklärt, wenn sich die Person, an welcher dergleichen versucht wurde, in Wahrheit nicht im schwangern Zustand befand. Die grössere oder geringere Reife der Frucht kommt überall nur als Strafzumessungsgrund in Betracht, und längst ist der physiologische Irrthum des kanonischen Rechts überwunden, als müsse der Embryo bis zur Hälfte der Schwangerschaft noch als unbeseelt und von da ab plötzlich als beseelt betrachtet werden. Durch welche Mittel, insbesondere ob durch innere oder äussere Mittel, die Abtreibung begangen, beziehungsweise versucht wurde, ist rechtlich gleichgültig, sofern es sich nur überhaupt um ein Mittel handelt, welchem die Möglichkeit irgendeiner schädlichen Einwirkung in der betreffenden Richtung beiwohnt; gerade hier ist davor zu warnen, dass nicht etwa voreilig ein Mittel für ein absolut untaugliches erklärt werde. Selbst den Versuch einer Abtreibung würden wir allerdings verneinen, wenn der Thäter oder die Thäterin ein absolut ungeeignetes Mittel zu ihrem Zwecke gewählt haben sollten; sobald das gewählte Mittel aber auch nur ein derartiges ist, um irgendeine schädliche Einwirkung auf die Frucht, oder zunächst auf die Schwangere und mittelbar auf die Frucht, zu üben, würden wir nicht anstehen, dieselbe wegen Versuchs der Abtreibung zu verurtheilen. — Zu bemerken ist schliesslich noch, dass das deutsche Strafgesetzbuch eine besondere Strafbestimmung gegen denjenigen hat, der einer Schwangern, die ihre Frucht

abgetrieben oder getödtet hat, gegen Entgelt die Mittel hierzu verschafft, bei ihr angewendet oder ihr beigebracht hat, sowie dass sich im englischen Recht eine Strafbestimmung auch gegen den findet, der mit Kenntniss ihrer Bedeutung Mittel, welche zur Abtreibung geeignet sind, anfertigt. — Im Strafgesetzbuch für Neuyork findet sich die Abtreibung den Bestimmungen über *manslaughter* eingereiht, und zwar wird dieselbe als *manslaughter* zweiten Grades behandelt.

Unbestritten in diese Gruppe gehört die Aussetzung, eine Vergehung, welche im frühern deutschen Rechte nur an einem Kinde begangen werden konnte, deren Gegenstand aber nach jetzigem deutschen Strafrecht auch eine sonstige hilflose Person sein kann. Es soll nämlich wegen Aussetzung gestraft werden, wer eine wegen jugendlichen Alters, Gebrechlichkeit oder Krankheit (ob hierin auch Betrunkenheit gehöre, ist bestritten), hilflose Person aussetzt oder eine solche Person, wenn dieselbe unter seiner Obhut steht, in hilfloser Lage vorsätzlich verlässt; eine schwerere Strafe soll eintreten, wenn die Handlung von leiblichen Aeltern gegen ihr Kind begangen wurde, insbesondere aber, wenn infolge der Aussetzung eine schwere Körperverletzung oder gar der Tod der ausgesetzten Person eintrat. Im letztern Falle kann sogar die Strafe bis zu funfzehnjähriger Zuchthausstrafe aufsteigen. Anders Frankreich und England, welche nur von der Aussetzung von Kindern (jenes von solchen unter sieben, dieses von solchen unter zwei Jahren) reden, wogegen der österreichische Entwurf sich auch hier dem deutschen Gesetzbuch anschliesst. Die Unterscheidung des französischen Gesetzbuchs zwischen der Aussetzung an einem einsamen und an einem nicht einsamen Orte ist unnöthig, ja bedenklich, sofern es sich bei der Aussetzung ja stets um die Versetzung in eine hilflose Lage handelt. Letztere Einschränkung ist freilich nicht ganz dem Sprachgebrauche entsprechend, der unter Aussetzung auch den Fall versteht, wenn jemand ein Kind niederlegt und in steter

Bereitschaft, nöthigenfalls dem Kinde zu helfen, aufpasst, ob dasselbe nicht von einem andern werde aufgenommen werden, ein Fall, der strafrechtlich nicht dem Gesichtspunkt der Aussetzung, sondern nur dem der Vorbereitung und unter Umständen des Versuchs einer sogenannten Unterdrückung des Personenstandes (siehe unten) unterliegt.

Unbestritten gehört ferner in diese Gruppe die Vergiftung oder die rechtswidrige Beibringung von Gift, die von jeher in der Gesetzgebung als ein selbstständiges Verbrechen aufgefasst, aber ebenfalls keineswegs übereinstimmend definirt wurde. Während nämlich das jetzige deutsche Recht darunter den Fall versteht, dass jemand einem andern Gift beibringt in nicht-tödlicher Absicht (die Beibringung in tödlicher Absicht bleibt den Bestimmungen über Mordversuch überlassen), haben die meisten ausserdeutschen Gesetze (hierin ähnlich dem frühern deutschen Rechte, nämlich der *Carolina*, deren Bestimmung freilich bestritten war) die Vergiftung so definirt, dass darunter entweder ausschliesslich oder doch jedenfalls auch der Fall verstanden sein soll, wenn die That in tödlicher Absicht verübt wurde. So Frankreich, welches das *empoisonnement* ausschliesslich als ein *attentat à la vie* behandelt verübt durch die Beibringung von Stoffen, „*qui peuvent donner la mort plus ou moins promptement*“; so auch England, welches die Absicht zu tödten als Erforderniss hinstellt, wogegen der österreichische Entwurf auch hier wiederum dem Vorgange des deutschen Gesetzbuchs folgt. Es ist übrigens nach allen diesen Gesetzgebungen keineswegs allein das Gift (Gift im engern Sinn), womit dieses Verbrechen verübt wird; vielmehr trägt das letztere seinen Namen nur von dem Hauptfall, der hierhin gehört, oder man kann auch sagen, dass dabei ein weitergehender Begriff des Giftes zu Grunde gelegt worden. Wie nämlich im deutschen Strafgesetzbuch die Beibringung von Gift „oder andern Stoffen, welche die Gesundheit zu zerstören geeignet

sind“ genannt ist, so spricht auch das französische Gesetzbuch, wie schon gesagt wurde, von Stoffen, welche auf irgendeine Weise (nicht blos, wie man von eigentlichem Gift annehmen muss, auf chemischem Wege) jene Wirkung auszuüben im Stande sind, und ebenso nennt das englische Gesetz nebeneinander „*any poison or other destructiv thing*“, welche dem andern beigebracht werden. Auf welche Weise das betreffende Mittel beigebracht wurde, ob durch List oder etwa durch Gewalt, ob durch Trinkenlassen, Einflößen, Einspritzen oder etwa Einathmenlassen, ist für den Thatbestand gleichgültig. Dass auch der Versuch der Beibringung strafbar ist, ergibt sich in Frankreich und Deutschland aus allgemeiner Regel und ist im englischen Recht Sache einer besondern Bestimmung.

Eine dritte Vergehungsart, die in diesen Zusammenhang gehört, ist der Zweikampf oder das Duell, welches in Frankreich nach den gewöhnlichen Grundsätzen über Körperverletzung und Tödtung zu beurtheilen ist, in Deutschland aber und nach den meisten übrigen Gesetzgebungen (Oesterreich, Schweiz, Belgien, Holland, Italien u. s. w.) einen besondern Thatbestand bildet.* Die Veranlassung hierzu ist einerseits, dass Verletzungen im Zweikampf als durchschnittlich geringer strafbar erscheinen, als sonstige Tödtungen (schon das Darbieten der eigenen Person und die Gewährung einer regelrechten Vertheidigung ist hierfür entscheidend), und andererseits, dass es angemessen erschien, schon den Kampf als solchen, ja schon die Herausforderung zu demselben unter Strafe zu stellen. Nicht richtig freilich wäre es, den Zweikampf aus dem Gesichtspunkt der Friedensgefährdung, für strafbar zu erklären, indem derselbe eine Friedensgefährdung nicht mehr und

* Im englischen Recht kommt, wenn es bei dem Kampfe als solchen verblieben, der Begriff des „*affray*“ zur Anwendung, wogegen Tödtungen und Verletzungen im Zweikampf den gewöhnlichen Bestimmungen unterliegen.

nicht weniger enthält als jedes gewaltthätige Vergehen. Strafbar ist der Zweikampf vielmehr aus dem Gesichtspunkt einer rechtswidrigen Gefährdung von Leib oder Leben, eines unerlaubten Schaltens und Waltens mit dem Leben und der Gesundheit. — Voraussetzung der Strafbarkeit ist nicht, dass der Anlass des Kampfs in einem Ehrenstreite besteht; die besondern Bestimmungen über den Zweikampf kommen vielmehr (jedenfalls nach deutschem Gesetz) zur Anwendung auch wenn der Kampf nur zur Probe in der Geschicklichkeit unternommen sein sollte. Wol aber ist Voraussetzung, dass die Gegner zu einem persönlichen Kampfe einander entgegengetreten sind. Haben sie nur ausgemacht, dass je nach dem Ausfalle irgendeines Ereignisses sich der eine oder der andere von ihnen selbst das Leben zu nehmen habe (sogenanntes amerikanisches Duell), so kann dies eventuell nur als Theilnahme am Selbstmord angesehen werden, indem in der Eingehung eines solchen Vertrages eine Hervorrufung oder wenigstens eine Verstärkung des Entschlusses der Selbsttödtung liegt. Der Fall ist also nach englischem und amerikanischem Recht nach allgemeinen Grundsätzen (siehe oben) strafbar, könnte aber in Deutschland nur auf Grund einer besondern Bestimmung gestraft werden. An einer solchen fehlt es im deutschen Strafgesetzbuche bisjetzt, eine Lücke, welche der österreichische Entwurf ausfüllt. Vergleiche §. 321 desselben: „Wenn zwei Personen übereingekommen sind, dass ein vorausbestimmter Zufall zu entscheiden habe, welcher von beiden sich selbst tödten soll, so sind dieselben mit Zuchthaus oder Staatsgefängniss bis zu zehn Jahren zu bestrafen; hat sich infolge einer solchen Vereinbarung ein Theil selbst getödtet, so tritt Zuchthaus oder Staatsgefängniss von drei bis zu funfzehn Jahren ein; die Theilnehmer sind nach den Bestimmungen der §§. 50—52 (den gewöhnlichen Bestimmungen über die Theilnahme) zu behandeln.“ Ob eine solche Bestimmung nöthig, wenn allgemein die Theilnahme am Selbstmord bestraft wird, ist wol zu

bezweifeln. — Zum Begriffe des Zweikampfs ist aber nicht nur ein eigentlicher Kampf, sondern ein Kampf mit Waffen, und zwar mit tödlichen Waffen, wesentlich, wobei unter Waffen hier wol nur Waffen im engern, technischen Sinne gemeint sind, indem der Gesetzgeber ja überhaupt nur den normalen Kampf einer besondern Regelung unterziehen wollte. Was aber die Tödlichkeit der Waffe betrifft, so wird diese überall vorliegen, wo die Waffe nicht etwa nur unter ganz besondern Umständen, sondern ihrer bestimmungsgemässen Verwendung nach geeignet ist, zur Zufügung einer lebensgefährlichen Verletzung. — Sind nun diese Voraussetzungen vorhanden, so soll nach dem deutschen Gesetzbuch schon die Herausforderung zum Zweikampf, sowie die Annahme desselben bestraft werden, sofern die Betheiligten nicht etwa freiwillig die Vollziehung des Zweikampfs noch wieder aufgeben. Die Vollziehung des Zweikampfs selbst soll in allen Fällen (siehe darüber das früher in der Lehre von den Strafmitteln Bemerkte) nur mit Festungshaft, jedoch nie unter drei Monaten, bestraft werden, wobei als Vollziehung des Kampfs keineswegs nur der Fall gilt, wenn beide Theile ernstlich trachten, einander zu verwunden, sondern auch wenn dies nur auf der Seite des Einen der Fall ist, ja auch wenn der eine nur annimmt, dass der andere Ernst zu machen beabsichtigt. Nur wenn beide Theile wissen sollten, dass jeder von ihnen nur zum Scheine die Waffe erhebt, wäre in keinem Sinne von einem Kampfe zu reden. Ist es zu einer Verletzung gekommen, so kann diese nicht noch als solche gestraft werden, vielmehr nur noch als Strafzumessungsgrund für die Strafe des Zweikampfs selbst in Betracht kommen. Eine besondere Bestimmung ferner hat das Gesetzbuch für den Fall, dass jemand seinen Gegner in einem Zweikampf tödtet, sei es, dass er hierbei mit Ueberlegung oder mit blossem Vorsatz handelt, sei es ferner, wie anzunehmen, dass sich der Vorsatz auf die Tödtung selbst oder nur auf Körperverletzung richtet. Es soll die Strafe in einem

solchen Falle (also auch dann, wenn an sich Mord vorliegen würde) in Verfolg des einmal eingenommenen Standpunktes ebenfalls nur in Festungshaft (jedoch bis zu funfzehn Jahren) bestehen, — wobei natürlich der weite Abstand von der Strafe einer jeden sonstigen vorsätzlichen und überlegten Tödtung auffällt. Voraussetzung dieser Ermässigungen ist aber, dass die entweder vereinbarten oder hergebrachten Regeln des Zweikampfs von seiten des Thäters auch wirklich eingehalten wurden; war dies nicht der Fall, machte sich vielmehr derselbe einer vorsätzlichen Uebertretung dieser Regeln schuldig, so sollen auf ihn die gewöhnlichen Vorschriften über Tödtung und Körperverletzung zur Anwendung gelangen. — Anders, wie schon erwähnt, das englische und französische Recht, in welchem keine besondere Strafbestimmung gegen den Zweikampf vorkommt, und in welchem demgemäss Körperverletzung und Tödtung, welche im Zweikampf zugefügt werden, als solche bestraft werden müssen. Zweifel, welche hierüber früher in Frankreich herrschten (selbst die Rechtsprechung des höchsten Gerichtshofs hat in dieser Beziehung geschwankt), sind durchaus ohne Begründung, obwol es natürlich sehr begreiflich ist, dass in Ermangelung einer mildern Behandlung seitens des Gesetzes die Praxis nach Auswegen sucht, um dennoch zu einer solchen zu gelangen. Ein solcher Ausweg ist unter anderm der, dass man bei einer im Zweikampf verübten Tödtung nur äusserst selten die Absicht zu tödten als erwiesen annimmt. Aehnlich wie Deutschland dagegen der österreichische Entwurf und in der Hauptsache auch der italienische, welcher letztere in besonderer Ausführlichkeit von dem Zweikampfe handelt. Bemerkenswerth von den Bestimmungen des letztern ist unter anderm, dass schon wenn der Zweikampf ohne Secundanten stattfand, sowie wenn dem Zweikampf nicht die Entscheidung eines Ehrenrathes voranging, die gewöhnlichen Strafbestimmungen über Tödtung und Körperverletzung zur Anwendung kommen sollen; ebenso

wenn bei einem Pistolenduell die Entfernung auf weniger als sechzehn Meter bestimmt wurde. Die Secundanten sind nach dem deutschen Gesetzbuch, wie auch nach den beiden zuletzt genannten Entwürfen, straffrei (was sie nach allgemeinen Principien nicht sein würden), ebenso diejenigen, welche die Herausforderung und die Annahme derselben vermittelten oder die sogenannten Cartellträger, letztere nach dem deutschen Gesetz jedoch nur dann, wenn sie ernstlich bemüht waren, den Zweikampf zu verhindern. Strafflos sind nach dem deutschen Gesetz auch die etwa anwesenden Zeugen, sowie endlich die zum Beistande anwesenden Aerzte, — Bestimmungen, welche sich aus der überwiegenden Rücksicht erklären, nicht etwa durch Bestrafung dieser Personen den Zweikampf noch gefährlicher zu gestalten. Andererseits ist die Strafbestimmung des deutschen Gesetzes gegen denjenigen, der einen Andern zum Zweikampf mit einem Dritten absichtlich (insonderheit durch Bezeigung oder Androhung von Verachtung) anreizt, auch in den österreichischen Entwurf aufgenommen worden.

Die letzte hier zu erwähnende Vergehung ist der sogenannte Raufhandel, unter welchem Namen es zweckmässig erscheint, zwei verschiedene vom deutschen Strafgesetzbuch in dem Abschnitt von der Körperverletzung behandelte Fälle zusammenzufassen, einmal nämlich den Fall einer zwischen mehr als zwei Personen vorgekommenen Schlägerei und sodann den Fall eines von zwei oder mehr Personen auf einen Dritten verübten Angriffs. Und zwar sind es hauptsächlich die sehr leicht hier eintretenden Beweisschwierigkeiten, welche das deutsche Gesetz zu den betreffenden Bestimmungen veranlasst haben, wie denn auch schon die frühern deutschen Gesetzgebungen gewisse ähnliche Bestimmungen enthielten, wogegen sich gleiche Bestimmungen keineswegs überall in den ausserdeutschen Gesetzgebungen zu finden pflegen. Und allerdings liegt die Singularität (und, wie nicht verkannt werden kann, die

theilweise Ungerechtigkeit) dieser Bestimmung auf der Hand. Oder muss es vom Standpunkt strafrechtlicher Verschuldung nicht in der That auffallen, wenn derjenige, der an einer Schlägerei oder einem Angriff der genannten Art (wenn auch verschuldeter Weise) theilnahm, darum nun sofort mit Gefängniss bis zu drei Jahren bestraft werden soll, sobald jemand dabei eine Körperverletzung erhielt, die schwere Folgen nach sich zog? Weniger singulär ist die Bestimmung, dass, wenn eine dieser Folgen mehreren Verletzungen zuzuschreiben ist, welche dieselbe nicht einzeln, sondern nur durch ihr Zusammenwirken verursacht haben, jeder, welchem eine dieser Verletzungen zur Last fällt, mit einer bestimmten schwerern Strafe bestraft werden solle, obwol auch sie eine Anordnung trifft, welche sich nicht in jeder Beziehung aus allgemeinen Grundsätzen rechtfertigt. Anders die französische und englische Gesetzgebung, welche unsers Wissens keine Bestimmungen dieser Art kennen, wogegen die jetzige österreichische und italienische Gesetzgebung und ebenso der neue österreichische und italienische Entwurf theils ähnliche, theils noch weitergehende derartige Vorschriften enthalten. Weiter gehen die letztern z. B. insofern, als nach dem bestehenden österreichischen Gesetz der Urheber einer tödlichen Verletzung unter den genannten Voraussetzungen, wie dies auch nach der Anordnung der *Carolina* der Fall war, sogar der Strafe des Todtschlags schuldig sein soll.

Als zweite Gruppe der gegen die Person gerichteten Vergehungen erscheinen diejenigen gegen die Freiheit, d. h. gegen die Befugniss der Person, sich nicht nur im Raum frei zu bewegen, sondern überhaupt ihren Willen nach eigenen Motiven in der Aussenwelt zu betätigen. Doch sind nicht alle Fälle, welche gewöhnlich und so auch vom deutschen Strafgesetzbuch hierhin gerechnet werden, auch wirklich als Vergehungen gegen die Freiheit zu betrachten; vielmehr gehören nach Aus-

sonderung der sogenannten Entführung, welche nur in gewissen Fällen, und nach Aussonderung der Bedrohung, welche nur zufälligerweise eine Beeinträchtigung der Freiheit enthält, nur drei Delicte hierher, nämlich die sogenannte Nöthigung, die Freiheitsberaubung im engern Sinn und der sogenannte Menschenraub.

Von diesen besteht die Nöthigung nach dem deutschen Strafgesetzbuch darin, wenn jemand einen andern widerrechtlich durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung (das Gesetz nennt Verbrechen und Vergehen) zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung bestimmt, ein Thatbestand, den der neue österreichische Entwurf folgerichtig dahin ausdehnt, dass als Mittel der Verübung ausser der widerrechtlichen Gewalt die Bedrohung mit der widerrechtlichen Zufügung irgendwelcher Nachtheile genannt ist. Grundsätzlich jedenfalls steht nichts im Wege, schon die letztere Art der Bedrohung für ausreichend zu erachten, denn ein Zusammenhang zwischen der Strafbarkeit der angedrohten Handlung und der Strafbarkeit der Nöthigung selbst ist nicht vorhanden, und an sich nicht einzusehen, warum nicht die Drohung mit irgendwelchen Widerrechtlichkeiten als Mittel der widerrechtlichen Einwirkung auf den Willen eines andern genügend sein solle. Allerdings aber ist es begreiflich, dass das deutsche Gesetz Bedenken trug, dem Begriffe der Nöthigung eine so weite Ausdehnung zu geben; ist doch den meisten ausserdeutschen Gesetzen der Begriff überhaupt unbekannt, so insbesondere dem französischen und dem englischen Strafrecht, welche sich der Regel nach mit dem Begriffe der Erpressung (siehe unten) begnügen und ausserdem nur einzelne Fälle der Nöthigung strafen. Vergleiche in letzterer Beziehung ein neueres englisches Gesetz (von 1871), welches sich gegen jede Art von Zwang richtet, die jemand gegen einen Arbeiter oder Arbeitgeber in Beziehung auf das Arbeitsverhältniss richtet.

Grössere Uebereinstimmung besteht über den Begriff

der Freiheitsberaubung im engeren Sinne, der aber ebenfalls einer besondern Erläuterung bedarf. Es gehört dahin nämlich keineswegs nur der Fall des widerrechtlichen Einsperrens und Gefangenhaltens im eigentlichen Sinn, sondern unter anderm auch der Fall, wenn jemand den andern widerrechtlich fesselt, ihn zwangsweise mit sich herumführt u. s. w.; was aber insonderheit das Gefangenhalten betrifft, so ist darunter wiederum nicht nur die Einschliessung in feste Wände, sondern auch z. B. der Fall zu verstehen, wenn jemand einen andern, der sich auf dem Wasser befindet, dauernd am Landen verhindert. Dass der Raum, in welchem der andere eingesperrt wird, völlig und in jeder Beziehung umschlossen sei, ist nicht nöthig; auch werden andern in ein Zimmer im Erdgeschoss einschliesst, aus dessen vielleicht sogar niedrigen Fenstern derselbe ganz leicht zu entweichen im Stande ist, ist der Freiheitsberaubung schuldig. Ja auch der Fall wäre nicht anders zu beurtheilen, wenn der betreffende Raum gar nicht verschlossen sein sollte, der andere aber absichtlich in den Glauben versetzt wurde, dass dies der Fall sei, oder wenn der Thäter nur einen vorhandenen Glauben dieser Art zu seinen Zwecken benutzt. — Auch hinsichtlich dieser Vergehung sind die Bestimmungen des englischen und französischen Strafrechts nur unvollständig zu nennen, insbesondere spricht auch das französische Recht nur von demjenigen, der eine ungesetzliche Verhaftung oder Festnahme einer Person ausübt, während der österreichische Entwurf sich auch hier dem deutschen Gesetzbuch anschliesst. Erschwert ist die Freiheitsberaubung nach dem letztern in dem Fall, wenn durch dieselbe, beziehungsweise durch die dem Betreffenden während der Freiheitsberaubung widerfahrene Behandlung eine schwere Körperverletzung (im Sinne des Gesetzes) oder gar der Tod desselben verursacht sein sollte.

Ausführliche Bestimmungen dagegen enthält gerade das englische Recht über das Verbrechen des Menschen-

raubes, hinsichtlich dessen uns im deutschen Gesetzbuch zwei Unterarten entgegentreten, einmal nämlich die Entführung von Minderjährigen (von der eigentlichen Entführung wohl zu unterscheiden) und sodann der Menschenraub im engern Sinne, d. h. der Fall, wenn jemand sich eines Menschen (auch eines Erwachsenen) bemächtigt, um ihn in eine im Gesetze näher bestimmte abhängige oder hilflose Lage zu bringen. Und zwar ist jene Entführung von Minderjährigen im deutschen Gesetzbuch nicht wie im englischen auf die Entführung von Kindern beschränkt; vielmehr ist in der bezeichneten Bestimmung, gleichwie im französischen Recht, von der Entführung von Minderjährigen, mithin von Personen unter 21 Jahren die Rede, wobei unterschieden wird zwischen dem einfachen Fall, wenn eine solche Person überhaupt in rechtswidriger Weise ihren gesetzlichen Beschützern (Aeltern oder Vormund) entzogen wird, und dem Fall, wenn eine solche Entziehung zu bestimmten verwerflichen Zwecken erfolgt, in welcher Beziehung neben geschlechtlicher Unsittlichkeit auch Betteln und sonstige gewinnsüchtige Zwecke genannt sind. Ob die Entziehung durch List oder Gewalt, und in letzterm Falle ob sie durch unmittelbare Gewalt oder durch Drohung erfolgte, ist gleichgültig; auch sind hinsichtlich der Entziehung selbst im deutschen Gesetzbuch nicht wie im französischen bestimmte Arten von Wegführung (*enlever, detourner, déplacer des lieux, ou ils étaient mis*) genannt, vielmehr in dieser Beziehung dem richterlichen Ermessen in keiner Weise eine Schranke gezogen, sodass unter anderm auch der Fall hierhin gehört, wenn jemand auf irgendeine listige Weise umgekehrt die Entfernung der gesetzlichen Beschützer von der betreffenden Person bewirkt haben sollte. Ob das Kind oder die minderjährige Person ihrerseits zustimmt, ist gleichgültig, da das Wesen dieser Vergehung nicht in der Verletzung des Willens der Person, vielmehr in einer widerrechtlichen Bemächtigung derselben gegenüber dem Willen ihrer

Gewalthaber besteht. Was aber den Menschenraub im engeren Sinne angeht, so liegt derselbe nach deutschem Recht dann vor, wenn sich jemand eines andern bemächtigt, um ihn entweder in hilfloser Lage auszusetzen oder um ihn in Sklaverei oder Leibeigenschaft zu bringen oder um ihn in auswärtige Kriegs- oder Schiffsdienste zu bringen, eine Mehrzahl von Fällen, die unter sich ziemlich verschieden sind, die aber darin übereinstimmen, dass es sich in ihnen allen um die Verbringung in einen solchen Zustand handelt, in welchem auch ein Erwachsener nicht oder nur schwer im Stande ist seine Selbstständigkeit zu behaupten oder zu verwerthen. Für England kommen ältere Bestimmungen in Betracht, vermöge deren das gewaltsame Wegführen eines Menschen in eine andere Gegend sowie das gewaltsame Wegführen über die See und ferner solche Fälle bestraft werden, wenn ein Kapitän einen Schiffsmann zwingt, in der Fremde ans Ufer zu gehen oder sich weigert, ihn heimzunehmen u. dgl., Fälle, welche in Deutschland zum Theil nur den allgemeinen Bestimmungen über Freiheitsentziehung und Lebensgefährdung, zum Theil aber auch besondern Vorschriften in der sogenannten Seemannsordnung unterliegen.

Die dritte Gruppe der gegen die Person gerichteten Vergehungen erblicken wir in den Vergehungen gegen die Ehre, wobei natürlich nur diejenige Ehre gemeint ist, welche in dem Anspruch der Person auf eine gewisse äussere Achtung, beziehungsweise Nichtmisachtung seitens anderer besteht. Während nämlich der sittliche Werth des Menschen als solcher und die daraus hervorgehende Geltung des Menschen vor seinem eigenen Gewissen sich der Möglichkeit einer von aussen kommenden Verletzung entziehen, ist jener Anspruch sehr wohl einer Beeinträchtigung fähig, und des strafrechtlichen Schutzes bedarf diese Beeinträchtigung um so mehr, als eine ungesühnte Verletzung dieser Art nur zu leicht

eine gewisse Rückwirkung ausübt sogar auf die innere Ehre selbst, welche durch passives Verhalten einer Beleidigung gegenüber nicht selten leidet. Es haben deshalb unsers Wissens auch alle Gesetzgebungen, wenngleich in sehr verschiedenem Umfange, die Beleidigung als eine strafbare Handlung anerkannt, wobei nur die Verschiedenheit eintritt, dass in den einen schon die einfache Beleidigung, in andern dagegen erst die irgendwie erschwerte Beleidigung eine sogenannte öffentliche Strafe nach sich zieht. Privatstrafe, d. h. eine Strafe, welche nur in einer dem Beleidigten selbst zu zahlenden Geldsumme oder in einer ihm auf sonstige Art zu leistenden Genugthuung besteht, war Rechtsfolge der Beleidigung unter anderm nach dem frühern gemeinen Rechte in Deutschland, welches aber auch (nach Wahl des Verletzten) die Möglichkeit einer öffentlichen Bestrafung kannte. Privatstrafe ist ferner Rechtsfolge der einfachen Beleidigung in England, wo das sogenannte *slander* den Beleidigten nur zur Einklagung einer grössern oder geringern Geldsumme vor dem Civilgerichte berechtigt, eine einfache Beleidigung also gerichtlich ungesühnt bleibt, wenn sich der Beleidigte nicht zu einer derartigen Einklagung entschliesst. Öffentliche Strafe dagegen ist auch auf die einfache Beleidigung gesetzt in Deutschland und Frankreich, und zwar hat das deutsche Strafgesetzbuch bestimmt, dass auf Antrag des Beleidigten die Beleidigung entweder mit einer (an die öffentliche Kasse zu zahlenden) Geldstrafe oder mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahre bestraft werden soll; die Strafen der thätlichen Beleidigung, sowie der verschiedenen Arten der Verleumdung sind höher, in welchen letztern Fällen das deutsche Recht übrigens daneben jene vom Verletzten einzuklagende Geldbusse kennt, von welcher schon oben die Rede war.

Die Frage, ob Gegenstand der Beleidigung ausser der einzelnen Person auch eine Gesamtheit von Personen, beziehungsweise eine juristische Person sein

könne, ist unsers Erachtens sowol vom allgemeinen Standpunkt wie nach dem deutschen Strafgesetzbuch zu verneinen, indem nämlich nur für die einzelne Person jene sittliche Schätzung, von der oben die Rede war, in Betracht kommt. Anders freilich mehrfach die gerichtliche Praxis, und zwar sowol in wie ausserhalb Deutschlands, welche es bequemer findet, die gegen eine Personengesammtheit verübte Beleidigung sofort als solche zu bestrafen, als die darin möglicherweise liegenden Beleidigungen der einzelnen Personen aufzusuchen und voneinander zu sondern. Dieselbe findet für das deutsche Strafgesetzbuch allerdings einen gewissen Anhalt daran, dass das Gesetz selbst gelegentlich die Beleidigung einer Behörde erwähnt, also einer Institution, die über den Kreis der einzelnen Persönlichkeit hinausgeht; doch möchten wir es bei der Beleidigung einer Behörde mit einem besondern Fall, nämlich einer besondern Art von politischen Vergehungen, zu thun haben, deren Behandlung einen Schluss auf andere Fälle nicht zulässt. — Wann übrigens durch die gegen eine Gesammtheit gerichtete Aeusserung der zu dieser gehörige Einzelne mitbeleidigt sei, ist durchaus nach den Umständen verschieden; vor allem wird es darauf ankommen, ein wie genaues Verhältniss der Zugehörigkeit stattfindet, und ob bei der betreffenden Aussage Ausnahmen als selbstverständlich zu gelten hatten oder nicht. Durch die Schmähung der Bürger von Tübingen wird sich unsers Erachtens der einzelne Bürger noch nicht, wol aber wird sich durch die Schmähung der in Tübingen wohnhaften Anwälte der einzelne Anwalt als beleidigt ansehen können, einfach um deswillen, weil jener Kreis zu weit ist, als dass der Einzelne, der nicht mitgemeint war, ausdrücklich ausgenommen werden musste, wogegen dieser Kreis eng genug, um jeden dazu Gehörigen, der nicht ausdrücklich ausgenommen wurde, als mitgetroffen zu betrachten. — Es muss ferner immer eine bestimmte Person sein, welche durch die betreffende Handlung oder Aeusse-

rung betroffen wurde, mag übrigens der Thäter dieselbe ihren nähern Verhältnissen nach gekannt haben oder nicht; ja auch der Fall wäre unsers Erachtens als Beleidigung zu strafen, wenn jemand seine Aeusserung gegen „denjenigen“ richtet, der etwas Bestimmtes gethan habe, ohne diesen Jemand in irgendeiner Beziehung zu kennen. — Hinsichtlich der Frage, wie sich die Gesetzgebung zu der Beleidigung verstorbener Personen zu verhalten habe, hat sich das deutsche Gesetzbuch dahin entschieden, dass von demselben nur der schwerste Fall, nämlich der Fall der wissentlichen oder vorsätzlichen Verleumdung in dieser Beziehung für strafbar erklärt wird. Wer das Andenken eines Verstorbenen dadurch beschimpft, dass er wider besseres Wissen eine unwahre Thatsache behauptet oder verbreitet, welche denselben bei seinen Lebzeiten verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet gewesen wäre, soll, jedoch nur auf Antrag der Aeltern, der Kinder oder des Ehegatten des Verstorbenen, mit Gefängniss bis zu sechs Monaten bestraft werden. Anders verschiedene ausländische Gesetzgebungen, welche in gewissem Umfange auch die nichtverleumderische Schmähung Verstorbenen bestrafen.

Als Arten der Beleidigung unterscheidet die deutsche Rechtsauffassung zunächst die Beleidigung im engeren Sinne oder die sogenannte formelle Beleidigung, die in einer jeden unberechtigten Meinungsäusserung besteht, durch welche jemand als verächtlich dargestellt wird, mit andern Worten: durch welche ihm dasjenige Mass von Achtung versagt wird, welches er seinem sittlichen Verhalten nach mindestens zu beanspruchen berechtigt ist. Gleichgültig ist es dabei an sich, ob diese Meinungsäusserung durch mündliche oder schriftliche Worte oder durch Geberden und Handlungen erfolgte; nur ist die thätliche Beleidigung (unter welcher die durch rechtswidrige Einwirkung auf den Körper des andern verübte Beleidigung zu verstehen ist) als schwererer Fall im Gesetze hervorgehoben. Keine gesetz-

liche Abstufung bildet nach dem deutschen Gesetz bei der Beleidigung im engeren Sinn (anders bei der Verleumdung) die Oeffentlichkeit der Verübung, die aber selbstverständlich in jedem Falle als Strafzumessungsgrund in Betracht kommt.

Der formellen Beleidigung steht gegenüber die Verleumdung, welche das deutsche Gesetz insofern eigenthümlich behandelt, als dasselbe nur den Fall vorsätzlicher Verübung als Verleumdung (genauer: als verleumderische Beleidigung) bezeichnet, den Fall fahrlässiger Verübung (wenn man den Fall des §. 186 so nennen kann) dagegen ebenso wie die formelle Beleidigung als Beleidigung schlechthin, eine Benennung, durch welche der charakteristische Unterschied zwischen Beleidigung und Verleumdung verwischt wird. Unter Verleumdung ist nämlich die Behauptung unwahrer Thatsachen zu verstehen, welche geeignet sind einen andern verächtlich erscheinen zu lassen, ein Thatbestand, der deswegen durchschnittlich schwerer wiegt, als die Beleidigung, weil hier die Verachtung des andern nicht in subjectiver Weise ausgesprochen, vielmehr durch Anführung von Thatsachen motivirt wird. Dabei ist hinsichtlich der Verleumdung auch im deutschen Gesetz der Fall der öffentlichen Verübung qualificirt, wobei es gleichgültig ist, ob eine mündliche öffentliche Verübung oder eine Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen vorliegt. Uebrigens ist im deutschen Gesetze nicht gesagt, dass die private Verleumdung einem Dritten gegenüber erfolgt sein müsse, und es lässt sich deswegen manches dafür sagen, dass die Beschuldigung einer schimpflichen Handlung, auch wenn sie nur dem Betreffenden selbst gegenüber erfolgte, nach dem deutschen Gesetz nicht als blosse Beleidigung, sondern als Verleumdung bestraft werden müsse. Anders der österreichische Entwurf, der das ausdrückliche Erforderniss aufstellt, dass die bezügliche Aeusserung einem Dritten gegenüber gethan sei. Hinsichtlich der Art und Weise, wie die Aeusserung ge-

than sein muss, wird im deutschen Gesetz die Behauptung im engeren Sinn von der Verbreitung unterschieden, ein Unterschied, der dahin festzustellen sein möchte, dass bei der Behauptung die betreffende Thatsache als eigene Meinung des Thäters hingestellt wird, bei der Verbreitung dagegen es nur auf das Mittheilen der Thatsachen an andere ankommt.

Höchst bedeutsam ist nun die Art und Weise, wie sich das deutsche Gesetz bei den verschiedenen Fällen der Verleumdung zu dem Erforderniss der Unwahrheit der betreffenden Thatsache, sowie zu dem Erforderniss der subjectiven Verschuldung des Thäters verhält. Was nämlich zuerst jene Unwahrheit betrifft, so hat das deutsche Recht unsers Wissens niemals daran gezweifelt, dass die Behauptung wahrer Thatsachen (sofern sie nicht ihrer Form nach eine Beleidigung enthält) nicht strafbar sein könne, eine Anerkennung, der sich auch die neuere englische Libelgesetzgebung nicht entzieht, während allerdings früher in England die öffentliche Behauptung ehrenrühriger Thatsachen in einer Druckschrift auf Klage des Betroffenen unbedingt bestraft werden musste. Was nun aber die subjective Verschuldung betrifft, so ist auch nach deutschem Gesetz keineswegs nur derjenige strafbar, der wider besseres Wissen eine ehrenrührige Thatsache von einem andern behauptet (schwerster Fall, Fall des §. 187 des Gesetzbuchs), sowie derjenige, der dieses thut, ohne hinreichende Gründe für die Wahrheit seiner Behauptung zu besitzen (ein im §. 186 jedenfalls mitumfasster Fall), sondern es ist (nach demselben §. 186) auch derjenige strafbar, der zwar zur Zeit seiner Behauptung vollen Grund hatte, die betreffende Thatsache für wahr zu halten, dennoch aber etwas behauptet hat, dessen Wahrheit sich späterhin vor Gericht nicht erweisen lässt. Es geht dies offenbar weit hinaus über dasjenige, was die Grundsätze wahrer Gerechtigkeit zulassen, indem damit unter Umständen der reine Zufall (die spätere Beweisbarkeit oder Nichtbeweisbarkeit der betreffenden That-

sache) über die Strafbarkeit des Thäters entscheidet, eine Abweichung von dem Boden der Gerechtigkeit, die sich, wenn sie überhaupt gerechtfertigt ist, nur rechtfertigen lässt, durch die überwiegende Rücksicht auf den Verletzten, für dessen Ruf die Freisprechung desjenigen, den er wegen Verleumdung belangte, allerdings sehr leicht von nachtheiligen Folgen sein kann. Ueber den hier in Betracht kommenden Wahrheitsbeweis haben übrigens verschiedene neuere Gesetzgebungen und darunter auch das deutsche Gesetz, noch mehrere besondere Bestimmungen getroffen, darunter diejenige, dass, wenn die behauptete Thatsache eine strafbare Handlung ist, der Beweis der Wahrheit als erbracht angesehen werden solle, wenn der Beleidigte wegen dieser Handlung rechtskräftig verurtheilt wurde, sowie dass der Beweis der Wahrheit andererseits ausgeschlossen sein soll, wenn der Beleidigte wegen dieser Handlung rechtskräftig freigesprochen worden war, — Bestimmungen, welche sich ebenfalls nur aus einer besondern Rücksicht auf die Consequenz gerichtlicher Urtheile, sowie auf die Interessen des Freigesprochenen erklären, keineswegs aber an sich dem Wesen der Gerechtigkeit entsprechen.

Die Bestimmung des deutschen Gesetzbuchs, dass tadelnde Urtheile über Berufsleistungen (das Gesetz erwähnt wissenschaftliche, künstlerische oder gewerbliche Leistungen), sowie Aeusserungen zur Wahrnehmung berechtigter Interessen (das Gesetz spricht von Aeusserungen, welche zur Ausführung oder Vertheidigung von Rechten oder zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht wurden) und ebenso Vorhaltungen und Rügen der Vorgesetzten gegen ihre Untergebenen, dienstliche Anzeigen oder Urtheile von seiten eines Beamten und ähnliche Fälle nur insofern strafbar sein sollen, als das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Aeusserung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht, würde an sich nur etwas Selbstverständliches aussprechen, hat aber gegenüber jener

singulären Behandlung der fahrlässigen Verleumdung ihre nicht unerheblichen praktischen Bedenken, indem sie unverkennbar eine nicht geringe Einschränkung des Thatbestandes des §. 186 darstellt.

Hinsichtlich des zur Verfolgung der verschiedenen Arten von Beleidigung erforderlichen Antrags gilt dasselbe, was oben schon hinsichtlich der Körperverletzung bemerkt wurde; insbesondere also sollen auch hier neben der verletzten Ehefrau der Mann, neben dem verletzten in väterlicher Gewalt stehenden Kinde auch der Vater, neben dem Beamten auch der Vorgesetzte desselben befugt sein, den Antrag zu stellen. Wurde eine sogenannte politische Körperschaft, also insbesondere der Reichstag oder die Landesvertretung eines deutschen Einzelstaats, beleidigt, so soll es gar nicht eines Antrags, wol aber ebenfalls einer Ermächtigung seitens der Körperschaft bedürfen, worin sich eine, wie wir glauben, zu weit gehende privatrechtliche Auffassung der Beleidigung ausspricht. Richtiger wäre es unsers Erachtens, die Beleidigungen unter anderm des deutschen Reichstags von Amts wegen zu verfolgen, anstatt diese Verfolgung von politischen Streitigkeiten und von allerhand Erwägungen der Opportunität und der Grossmuth abhängig zu machen. — Vergleiche ferner die oben bei der Körperverletzung angegebene Bestimmung, dass im Falle sofortiger Erwiderung der Richter für beide Theile oder für einen derselben Strafflosigkeit eintreten lassen könne, eine Bestimmung, welche ebenso für Beleidigungen gilt, sowie für den ebenfalls schon erwähnten Fall, dass Beleidigungen mit leichten Körperverletzungen, oder letztere mit erstern erwidert worden sind.

Hinsichtlich der processualischen Behandlung hat übrigens der Entwurf der Reichsstrafprocessordnung sowohl für Beleidigungen als für leichte Körperverletzungen bestimmt, dass dieselben keineswegs (auf Antrag des Verletzten) amtlich verfolgt werden müssen; vielmehr soll dies nur dann nothwendig sein, wenn ein beson-

deres öffentliches Interesse an der Bestrafung des betreffenden Falles haftet. Es ist der Regel nach die Verfolgung eines solchen Falles (was ja in England in viel weiterm Umfange der Fall ist) der Privatklage des Verletzten überlassen.

Uebereinstimmend mit andern Gesetzen enthält endlich für öffentliche Beleidigungen auch das deutsche Gesetzbuch die Vorschrift, dass das Gericht dem Beleidigten die Befugniss zusprechen solle, die Verurtheilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen. Die Art der Bekanntmachung, sowie die Frist zu derselben soll in dem Urtheil bestimmt werden. Erfolgte die Beleidigung in einer Zeitung oder Zeitschrift, so ist der verfügende Theil des Urtheils auf Antrag des Beleidigten durch die öffentlichen Blätter bekannt zu machen, und zwar wenn möglich durch dieselbe Zeitung oder Zeitschrift, und in demselben Theile und mit derselben Schrift, wie der beleidigende Artikel selbst. Es soll ferner in allen Fällen dem Beleidigten auf Kosten des Schuldigen eine Abschrift oder sogenannte Ausfertigung des Urtheils ertheilt werden.

Unter den sonstigen Vergehungen gegen die Person nimmt einen nicht unerheblichen Platz ein die sogenannte Verletzung des Personenstandes, in welcher Beziehung das deutsche Strafgesetz sich in richtiger Allgemeinheit dahin erklärt, dass eine jede rechtswidrige Veränderung oder Unterdrückung des Personenstandes dahin gehört, also keineswegs blos die Unterschiebung oder Verwechselung eines Kindes (ein Fall, den sowol das französische als das englische Recht ausschliesslich hervorhebt, den aber das deutsche Gesetz nur beispielsweise nennt), sondern ebenso wol die gleiche Handlung in Beziehung auf einen Erwachsenen. Denkbar ist es nämlich gewiss und gar nicht so selten hat es sich ereignet, dass jemand täuschende Veranstaltungen trifft, um einen Erwachsenen um die Möglichkeit des Nachweises seiner Herkunft zu bringen, und es wäre nicht zu billigen, wenn ein derartiger Fall — nur sofern er

etwa einen Betrug oder eine Urkundenfälschung enthält, bestraft werden sollte. Nur wenn jemand sich selbst fälschlich als den Angehörigen einer fremden Familie darstellen sollte, so würde dieser Fall (also z. B. der Fall Tischborne) auch in Deutschland nicht als Verletzung des Personenstandes, sondern nur als Betrug oder Fälschung gestraft werden können. Nicht nöthig ist, dass der Thäter sich oder einem dritten einen Vortheil verschaffen, oder auch nur, dass er der betreffenden Person Schaden zufügen wollte; vielmehr ist der Fall der gewinnsüchtigen Absicht im Gesetz als schwererer Fall behandelt und für ihn Zuchthausstrafe gedroht, während die regelmässige Strafe dieser Vergehungen nur Gefängnisstrafe sein soll.

Eine sehr erhebliche Gefährdung der Person kann ferner in der sogenannten falschen Anschuldigung liegen. Dieselbe liegt vor, wenn jemand bei einer Behörde eine Anzeige macht, durch welche er eine andere Person fälschlich der Begehung einer strafbaren Handlung oder der Verletzung einer Amtspflicht beschuldigt; und zwar soll nach dem deutschen Gesetz — sogut wie nach dem englischen und französischen Recht — nur die wesentlich falsche Anzeige gestraft werden, indem man der Ansicht ist, dass die Bedrohung auch der Fahrlässigkeit in diesem Falle im Interesse der angeschuldigten Privatperson nicht nöthig und im öffentlichen Interesse sogar ausserordentlich nachtheilig sein würde. Dabei ist die Strafe der falschen Anschuldigung im deutschen Gesetz sogut wie in den meisten übrigen modernen Gesetzgebungen eine in der gewöhnlichen Art nach Mindest- und Höchstmass bestimmte, mithin die nur scheinbar gerechte in Wahrheit aber höchst äusserliche und rohe Art der Strafandrohung im ältern Rechte verlassen, wonach die Strafe der falschen Anschuldigung stets in der Strafe der dem andern schuldgegebenen Vergehungen bestehen sollte. Hinsichtlich des Verfahrens ist im deutschen

Gesetz noch bestimmt worden, dass dasselbe beruhen solle, solange nicht das infolge der gemachten Anzeige etwa eingeleitete Verfahren in endgültiger Weise entschieden wurde.

Strafbare Handlungen gegen die Person sind ferner der sogenannte Hausfriedensbruch und die Bedrohung, von denen jener vom Gesetz selbst in der sehr unbestimmten Kategorie der „Vergehen gegen die öffentliche Ordnung“, in den wissenschaftlichen Darstellungen dagegen meist unter den Vergehungen gegen die persönliche Freiheit erwähnt wird, wohin meistens auch die Bedrohung, und zwar diese übereinstimmend von Wissenschaft und Gesetzgebung gestellt wird.

Was nun den Hausfriedensbruch angeht, so hat auch in dieser Beziehung, wie in mancher andern, das deutsche und das englische Strafrecht eine gemeinschaftliche germanische Wurzel, nur sind auch hier (in England erst in neuester Zeit) an die Stelle der speciellern Begriffe des alten Rechts Bestimmungen von mehr begrifflicher Allgemeinheit getreten. Sehr eng freilich (und zugleich sehr bestritten) war bis vor kurzem der Thatbestand, welchen das englische Recht mit dem Ausdruck „*burglary*“ bezeichnet, indem dahin nur das widerrechtliche Eindringen in ein Wohnhaus, und zwar nur bei Nachtzeit und in der Absicht ein *felony* zu begehen, verstanden wurde. Erst in neuerer Zeit ist nicht nur das Erforderniss der Nachtzeit gestrichen, sondern es sind auch den Wohnhäusern gewisse sonstige (im Gesetz wiederum specialisirte) Baulichkeiten gleichgestellt und schliesslich neben dem Fall, dass die Absicht auf Begehung eines *felony* ging, auch der Fall unter Strafe gestellt, wenn das Eindringen überhaupt nur in widerrechtlicher Weise stattfand. Erheblich weiter in der begrifflichen Allgemeinheit geht auch hier die Bestimmung des deutschen Gesetzes, in welchem neben der Aufführung der hauptsächlichsten Beispiele ein jedes widerrechtliche Eindringen „in das befriedete Besitzthum eines andern“, sowie widerrecht-

liches Verweilen daselbst für Hausfriedensbruch erklärt wird. Es kommen also auch Hof und Garten und jedes Grundstück in Betracht, das mit irgendeiner Einfriedigung versehen ist. Und zwar ist strafbar nicht nur derjenige, der gegen den ausdrücklichen Willen des Berechtigten eindringt, sondern auch wer sich den Umständen nach sagen muss, dass er gegen den Willen des Berechtigten handelt, und dennoch das fremde Besitzthum nicht achtet. Nur hinsichtlich des widerrechtlichen Verweilens setzt das Recht allerdings eine seitens des Berechtigten ergangene Aufforderung, sich zu entfernen, voraus, offenbar, weil die Fälle des berechtigten und des unberechtigten Verweilens sonst nicht scharf genug voneinander unterschieden sein würden. Wenn ferner die Verübung mit Waffen als schwererer Fall behandelt wird, so ist der Begriff Waffe hier, ebenso wie bei der Körperverletzung (abweichend vom Zweikampf), wol nicht im rein technischen Sinne zu nehmen, vielmehr auch die Führung von Eisenstangen, Pflastersteinen u. dgl. als schwerer Fall zu betrachten. Hervorgehoben ist ausserdem die Verübung von seiten einer Mehrzahl von Personen, ganz besonders aber der Fall, wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammen rottet, und in der Absicht, Gewaltthatigkeiten gegen Personen oder Sachen zu begehen, in das befriedete Besitzthum jemandes eindringt, ein Fall, welcher schon den Uebergang des blossen Hausfriedensbruchs in den sogenannten Landesfriedensbruch darstellt. — Viel kürzer und weniger ernsthaft als im deutschen, geschweige denn als im englischen Recht ist der Hausfriedensbruch im französischen Gesetz behandelt, in welchem einfach gesagt wird, derselbe solle mit Freiheitsstrafe bis zu drei Monaten oder Geldstrafe bis zu 200 Frs. gestraft werden, ohne dass schwerere Fälle hervorgehoben würden. — Aehnlich dem deutschen Gesetz ist auch der österreichische Entwurf, der sich aber insofern dem englischen Gesetze annähert, als derselbe unter den schweren Fällen des Hausfriedensbruchs auch

den erwähnt, dass die Absicht des Thäters auf die Verübung von Gewalt gegen Personen oder Sachen gerichtet war.

Dass die Strafbarkeit der Bedrohung im deutschen Recht, wie nach den meisten übrigen Gesetzgebungen, auf gewisse schwerere Fälle beschränkt ist, ist begreiflich, indem die Bedrohung mit geringern Nachtheilen zwar auch rechtswidrig sein kann, der Regel nach aber keine Störung der Rechtssicherheit der Person darstellt. Und zwar ist es die Bedrohung der Person mit der Begehung eines Verbrechens (Verbrechen im engern und eigentlichen Sinne), welche im deutschen Gesetzbuche gestraft wird, wobei nur insofern unterschieden wird, ob es sich um die Androhung eines Verbrechens gegen den Einzelnen handelt (Gesetzbuch, §. 241) oder um die Androhung eines sogenannten gemeingefährlichen Verbrechens, welcher letzterer Fall zugleich den Charakter einer Störung des öffentlichen Friedens enthält und vom Gesetz darum abgesondert, unter den „Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Ordnung“ behandelt wird. Alle übrigen Unterscheidungen, also insbesondere ob die Drohung mündlich oder schriftlich, unter dem Namen des Drohenden oder etwa anonym, beziehungsweise pseudonym erfolgte, ist nach dem deutschen Gesetze der Strafzumessung überlassen, während andere Gesetze insbesondere für die Zusendung von Drohbrieffen besondere Bestimmungen enthalten, oder auch, wie das französische Recht (abgesehen vom Falle der Erpressung) nur die schriftliche Bedrohung bestrafen. Die bei dieser Vergehung besonders naheliegende Frage, ob nicht der Schuldige solle unter polizeiliche Aufsicht gestellt werden können, ist im deutschen Gesetzbuch verneint, wogegen das französische Recht wol mit Recht dem Gericht die Befugnis zuspricht, diese Nebenstrafe über den Schuldigen zu verhängen. Werden nämlich auch viele Fälle von Bedrohungen, insbesondere solche, die im Affect verübt wurden, ganz und gar keine Veranlassung zu der Ver-

hängung dieser immerhin schweren Massregel bieten, so wird es doch in andern Fällen als angemessen erscheinen, der persönlichen und allgemeinen Sicherheit jenen Schutz zu verleihen. Ebenso ist dem deutschen Gesetz bisjetzt unbekannt jene im englischen Recht für solche und andere Fälle vorhandene Einrichtung einer sogenannten Friedensbürgschaft, d. h. einer Bürgschaft für Wohlverhalten, welche von dem Verurtheilten verlangt werden kann. Vorgeschlagen in dem Entwurf der Novelle von 1876, gehört diese sogenannte Friedensbürgschaft zu denjenigen Bestimmungen, welche vom deutschen Reichstage abgelehnt wurden.

Zu den sonstigen Verletzungen der Person, welche hier noch zu erwähnen sein können (ganz geringfügige, dem Kreise der blossen „Uebertretungen“ angehörige, lassen wir beiseite), gehört unter anderm die Verletzung fremder Geheimnisse, in welcher Beziehung das deutsche Gesetz über den Kreis der vom französischen Gesetz berücksichtigten Fälle hinausgeht. Während nämlich das letztere unsers Wissens die Fälle straft, wenn ein Arzt oder eine sonstige ärztliche (zum Heilberuf öffentlich ermächtigte) Person Privatgeheimnisse unbefugt offenbart, die ihm Kraft seines Berufs anvertraut wurden, so erwähnt das deutsche Gesetz daneben nicht nur Rechtsanwälte und sonstige Rechtsbeistände, welche sich in dem gleichen Falle ebenfalls strafrechtlich verantwortlich machen sollen, sondern es stellt ausserdem einen völlig verschiedenen Fall von Geheimnissverletzung daneben. Strafbar soll nämlich sein (die Strafe ist aber möglicherweise nur eine Geldstrafe), wer einen verschlossenen Brief oder ein sonstiges verschlossenes Schriftstück, das nicht zu seiner Kenntnissnahme bestimmt ist, unbefugterweise vorsätzlich eröffnet, in welcher Beziehung das französische Recht nur die unbefugte Handlungsweise von Beamten, insbesondere von Postbeamten hervorhebt, einen Fall, den das deutsche Gesetzbuch unter den Amtsvergehungen noch besonders behandelt. Ein Vergehen der „Belauschung“ dagegen,

wie es in ältern Strafvorschriften Englands anerkannt ist (Vergehen desjenigen, der an einem Hause umherhorcht, um Unterredungen der darin Befindlichen zu behorchen und daraus verleumderische und boshafte Erzählungen zu bilden), ist weder der deutschen noch der französischen Gesetzgebung bekannt, und seine Aufnahme möchte auch wol niemand empfehlen.

Eine strafbare Gefährdung der Person kann sodann auch in der Verleitung der Staatsangehörigen zur Auswanderung liegen, welche das deutsche Gesetzbuch nur unter der Voraussetzung straft, dass eine betrügliche, und zwar eine geschäftsmässig verübte betrügliche Verleitung vorliegt, wobei hinsichtlich der Betrüglichkeit das Gesetz selbst neben der Vorspiegelung falscher Thatfachen und wissentlich unbegründeten Angaben auch alle sonstigen auf Täuschung berechneten Mittel erwähnt. Weiter ging das frühere preussische Recht und der Entwurf jener deutschen Novelle von 1876, in denen zwar nicht die Verleitung als solche, wol aber die geschäftsmässige Verleitung zur Auswanderung für strafbar erklärt war, ohne dass es auf den betrüglichen Charakter der Verleitung ankommen sollte. Andererseits sind derartige Bestimmungen unsers Wissens überhaupt nicht vorhanden im englischen und französischen Recht, welche derartige Fälle nur unter der Voraussetzung eines wirklich verübten Betrugs zu bestrafen scheinen.

Unter den Vergehungen gegen die Interessen der Person ist schliesslich zu erwähnen auch der Nachdruck nebst den sonstigen Verletzungen des sogenannten Urheberrechts, die das deutsche Recht nicht im Strafgesetzbuch selbst, sondern in mehreren selbstständigen Gesetzen behandelt, wohin hauptsächlich das Gesetz über das Urheberrecht an Schriftwerken, Abbildungen, musikalischen Compositionen und dramatischen Werken vom Jahre 1870 und ausserdem drei neuere Gesetze über das Urheberrecht an Werken der bildenden Kunst, über den Schutz der Photographien

gegen unbefugte Nachbildung, und über das Urheberrecht an Mustern und Modellen vom Jahre 1876 gehören. Es ist die Verletzung auch dieses Rechts der richtigen Ansicht nach keineswegs als eine Verletzung blosser Vermögensrechte zu betrachten, vielmehr als ein Eingriff in das gesetzlich geschützte Interesse des Autors, beziehungsweise seines Verlegers, dass nur mit seinem Willen eine Veröffentlichung, beziehungsweise Nachbildung des betreffenden Erzeugnisses erfolge. Dass dieses Interesse von der deutschen, wie von den ausserdeutschen Gesetzgebungen nur innerhalb gewisser Grenzen, insbesondere nur für einen gewissen, von der Veröffentlichung ab zu berechnenden Zeitraum, geschützt wird, ist ebenso bekannt wie gerechtfertigt; denn keineswegs kann es die Meinung der Gesetzgebung sein, dass das öffentliche Interesse an der allgemeinen Verwerthung des Products für immer vor dem Interesse des Autors oder Verlegers zurücktrete. Hinsichtlich des Abschlusses von internationalen Verträgen zum Schutze des Autorrechts ist die Rechtsbildung noch einigermaßen im Rückstande, für Deutschland insbesondere insofern, als in dieser Beziehung noch die ältern, seitens der einzelnen deutschen Staaten mit dem Ausland geschlossenen Verträge gelten und der Abschluss von Verträgen seitens des Deutschen Reichs noch bevorsteht. Zu den hauptsächlichsten Verträgen, welche gegenwärtig gelten, gehört der Vertrag zwischen Preussen und Grossbritannien von 1846 mit einem Zusatz von 1855, sowie der Vertrag zwischen Preussen und Frankreich von 1862 mit einem Zusatz von 1864; ferner zwischen dem Norddeutschen Bund und Italien von 1869, sowie zwischen dem Norddeutschen Bund und der Schweiz von 1869. In Betreff Oesterreichs sind die zur Zeit des Deutschen Bundes bestehenden Vorschriften durch die jetzige Reichsgesetzgebung aufrechterhalten. In allen jenen Verträgen ist den betreffenden ausländischen Werken derselbe Schutz wie den inländischen Werken gewährleistet, wovon je-

doch die Ausnahme stattfindet, dass das ausländische Werk im Inlande keine längere Schutzfrist, als in seinem Heimatsstaat, geniessen soll. Das Erforderniss der Eintragung in ein besonderes Register, festgehalten in den meisten jener Verträge, ist in dem erwähnten Vertrag des Norddeutschen Bundes mit Italien fallen gelassen worden. Dabei ist die besonders wichtige Frage des Uebersetzungsrechts so geordnet, dass ohne Genehmigung des Urhebers des Originalwerks veröffentlichte Uebersetzungen nur dann als Nachdruck gelten, wenn der Urheber sich das Recht der Uebersetzung auf dem Titelblatt oder an der Spitze des Werks vorbehält, und nur unter der Bedingung, dass die Veröffentlichung der vorbehaltenen Uebersetzung innerhalb eines Jahres begonnen und innerhalb dreier Jahre beendet wird. Es fehlt der deutschen Literatur und Kunst unter anderm noch an einem genügenden Rechtsschutz gegenüber Amerika und gegenüber Holland, wo dieselben theils durch Nachdruck, theils durch Uebersetzung gegenwärtig noch schutzlos ausgebeutet werden. — Auch dass die dem Nachdruck, beziehungsweise der unbefugten Nachbildung gedrohten Strafen nach den meisten andern Gesetzen, und so auch nach dem deutschen Gesetz, blosse Geldstrafen sind, möchte kaum Billigung verdienen. Denn, so richtig es ist, dass nicht ganz selten Fälle dieser Art vorkommen, welche auf der Grenze der Strafbarkeit liegen, so begegnen doch andererseits gerade auf diesem Gebiete eine Menge auffallend frecher Verübungen, die mit einer blossen Geldstrafe nicht hinreichend gesühnt sind. Dass nach dem deutschen Strafrecht auch hier, wie in einigen andern Fällen, dem Verletzten schon im Strafverfahren eine Geldbusse zuerkannt werden kann, ist schon oben erwähnt worden.

ZWEITES KAPITEL.

Vergehungen gegen das Vermögen.

Als zweite grosse Gruppe von Vergehungen können wir diejenigen in Beziehung auf das Vermögen hinstellen, die zwar ebenfalls Vergehungen gegen das einzelne Rechtssubject sind, sich aber von den Vergehungen gegen die Person dadurch unterscheiden, dass bei ihnen nicht nothwendigerweise ein einzelner Mensch, sondern möglicherweise ein nur gedachtes Subject (eine sogenannte juristische Person, darunter möglicherweise der Staat selbst) als Träger des angegriffenen Rechts erscheint.

Eine richtige Eintheilung dieser Vergehungen, die freilich noch sehr im Argen liegt, führt uns aber zunächst auf diejenigen Vergehungen, welche an Sachen, d. h. an körperlichen Dingen, also an möglichen Gegenständen des Eigenthumsrechts begangen werden, und zwar ist es hier die sogenannte Sachbeschädigung, welche uns zunächst entgegentritt, und welche insofern eine vereinzelte Erscheinung unter den gegen Sachen gerichteten Vergehungen einnimmt, als es sich bei ihr allein um eine Beschädigung, bei den übrigen dagegen um eine mehr oder weniger eigennützige Behandlung der Sache handelt.

Was nun die Sachbeschädigung anlangt, so ist die Methode der Behandlung auch in dieser Beziehung wiederum eine ungemein verschiedene im deutschen und unter anderm im englischen Recht, welches letztere auch hier mit einer grossen, und zwar hier ganz besonders grossen Specialisirung verfährt (die auch im englischen Recht nur noch von der Specialisirung beim Diebstahl erreicht wird), wogegen das deutsche Gesetzbuch sich in verhältnissmässig sehr grosser Allgemeinheit ausdrückt. Eine Art Mittelstellung nimmt hier,

wie auf manchen andern Punkten, das französische Recht ein, welches eine ziemlich grosse Anzahl besonderer Fälle unter den *crimes* und *délits* aufführt, und unter den sogenannten *contraventions* sodann eine Strafbestimmung gegen Sachbeschädigung im allgemeinen hinzufügt. Letzteres schien der deutschen Gesetzgebung nicht genügend, welche schon bei der Bedrohung der Sachbeschädigung als solcher bis zu einer Strafe von zwei Jahren Gefängniss hinaufsteigt, und dieser allgemeinen Vorschrift dann eine kleinere Anzahl schwererer Fälle hinzufügt. Strafbar ist aber nach allen drei grossen Gesetzgebungen nur die vorsätzliche Verübung, wie ja die Strafbarkeit der Fahrlässigkeit nach dem positiven Recht bisjetzt überhaupt in verhältnissmässig enge Grenzen geschlossen ist. Hierfür massgebend mag bei der Sachbeschädigung, sowie bei andern Vermögensvergehungen insbesondere das gewesen sein, dass die für den Thäter eintretende Verpflichtung zum Schadensersatz im Falle der Fahrlässigkeit eine im wesentlichen hinreichende Sühne der Verschuldung zu sein schien, was insofern freilich nicht folgerichtig ist, als ja im Falle vorsätzlicher Sachbeschädigung die Verpflichtung zum Schadensersatz neben der strafrechtlichen Verurtheilung eintritt. Keine wesentliche Beschränkung dagegen wird von den drei genannten Gesetzgebungen hinsichtlich der objectiven Seite des Thatbestandes gezogen. Insbesondere spricht das englische Gesetz, nachdem es eine über-grosse Zahl von Einzelfällen erwähnt hat, allgemein von demjenigen, der an irgendeinem Gegenstand des Eigenthums eine „*damage, injury or spoil*“ verübt, ferner das französische Gesetz von denjenigen, „*qui auront causé du dommage aux propriétés mobilières d'autrui*“ (die Beschädigung von Grundeigenthum ist unter den schwerern Fällen aufgeführt), und das deutsche Gesetz endlich redet von demjenigen, der eine fremde Sache beschädigt oder zerstört. Noch allgemeiner freilich fasst den Thatbestand der österreichische

Entwurf, welcher der Beschädigung und Zerstörung der Sache den Fall hinzufügt, wenn jemand eine Sache auf sonstigem Wege für den Eigenthümer werthlos macht, und in der That werden damit Fälle getroffen, welche in ihrer Wirkung der Zerstörung vollkommen gleich stehen können, wie wenn jemand die Uhr eines andern in einen tiefen Brunnen oder in einen Fluss wirft, wenn er den gefangenen Vogel des andern fliegen lässt u. dgl., Fälle, welche nach dem Wortlaut des deutschen Gesetzes nur durch sogenannte ausdehnende oder erweiternde Auslegung als in dem Thatbestand umfasst angesehen werden könnten. Die im deutschen Gesetz hervorgehobenen schwerern Fälle sind zunächst die, wenn jemand Gegenstände von religiöser Bedeutung (das Gesetz spricht von Gegenständen der Verehrung einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft, sowie von Sachen, die dem Gottesdienste gewidmet sind) oder Grabmäler und öffentliche Denkmäler, oder Gegenstände der Kunst, der Wissenschaft oder des Gewerbes, welche in öffentlichen Sammlungen aufbewahrt werden oder öffentlich aufgestellt sind, oder Gegenstände, welche zum öffentlichen Nutzen oder zur Verschönerung öffentlicher Wege, Plätze oder Anlagen dienen, beschädigt oder zerstört; in diesen Fällen kann die Strafe bis zu drei Jahren Gefängniss aufsteigen. Dazu kommen dann gewisse noch schwerere Fälle, wenn jemand ein Gebäude, ein Schiff, einen Brunnen, einen Damm, eine gebaute Strasse, eine Eisenbahn, oder ein anderes Bauwesen ganz oder theilweise zerstört, in welchem Falle die Strafe bis zu fünf Jahren beträgt. Eigenthümlich ist, dass das Gesetz bei der einfachen Sachbeschädigung, sowie bei dieser zweiten Klasse von schwerern Fällen an der Voraussetzung festhält, dass es sich um fremde Gegenstände oder um Sachen, die im Eigenthum eines andern stehen müssen, handelt, wogegen zu den in der ersten Klasse der schwerern Fälle genannten Sachen auch Sachen, die im Eigenthum des Thäters selbst stehen, gehören.

Richtiger wäre es wol gewesen, zu dem Vergehen der Sachbeschädigung nur die Beschädigung fremden Eigenthums zu rechnen, die Fälle aber, in denen ausnahmsweise auch durch eine Verletzung eigener Sachen das öffentliche Interesse gefährdet sein kann, unter besondern Gesichtspunkten (in Verbindung unter anderm mit den sogenannten gemeingefährlichen Vergehungen) zu behandeln. Als Beispiel von der unnöthig weit getriebenen Casuistik des englischen Rechts sei nur erwähnt, dass als besondere Objecte der Sachbeschädigung nicht nur Manufacturwaaren, sondern unter diesen wiederum Seide, Wolle, Leinen, Baumwolle, sowie Hair, Mohair und Alpaca aufgeführt werden, dass die Beschädigung verschiedener Arten von Maschinen genannt und neben der Beschädigung von Pflanzungen überhaupt noch die Beschädigung von Hopfenpflanzungen besonders hervorgehoben wird.

Gehen wir nun aber zu denjenigen Vergehungen an Sachen über, welche in der eigennützigen Behandlung von solchen und insbesondere zu denjenigen, welche in der rechtswidrigen Zueignung fremder Sachen bestehen, so ist die erste Vergehung, welche uns hier entgegentritt (und zugleich eine der häufigsten im ganzen Gebiete der strafbaren Handlungen), der Diebstahl. Diebstahl ist nach dem deutschen Gesetz die Wegnahme einer fremden beweglichen Sache in der Absicht der rechtswidrigen Zueignung. Aehnlich die meisten übrigen Gesetzgebungen, von denen jedoch das englische Recht, und ebenso das dänische und das schwedische Gesetzbuch, überhaupt keine Definition des Diebstahls aufstellen und einzelne andere, wie das französische Gesetzbuch in der Bezeichnung der zum Diebstahl erforderlichen Absicht, auch wol der zum Diebstahl wesentlichen Handlung, etwas abweichend vom deutschen Gesetzbuch verfahren.

Uebereinstimmend ist insbesondere anerkannt, dass ein Diebstahl nur an beweglichen Gegenständen begangen werden könne, indem in Beziehung auf den

Besitz von Grundstücken zwar ebenfalls allerhand strafbare Handlungen begangen werden können, nicht aber diejenige Vergehung, welche, wie der Diebstahl, gerade in der rechtswidrigen Entziehung einer fremden Sache besteht. Im übrigen aber unterliegt das Object des Diebstahls keinerlei Beschränkungen; insbesondere wäre es natürlich unrichtig, dass etwa nur feste oder flüssige Gegenstände Object eines Diebstahls sein könnten; auch an gasförmigen Gegenständen, beziehungsweise an dem, was man Gas im engern Sinne nennt, kann sehr wohl ein Diebstahl begangen werden, sofern die sonstigen Voraussetzungen des Diebstahls zutreffen. Ob übrigens der Gegenstand schon vorher beweglich war, oder erst durch den Thäter (vielleicht im Augenblicke der That) beweglich gemacht wurde, ist gleichgültig, und insofern kann auch an den einzelnen Bestandtheilen eines Hauses (nicht an dem Hause im ganzen, sofern es ausnahmsweise auch als Ganzes beweglich sein sollte) ein Diebstahl begangen werden. Ferner aber muss es sich um einen Gegenstand handeln, der sich im fremden Eigenthum befindet, der also weder zu denjenigen gehören darf, welche bisher noch von niemand occupirt wurden, noch auch zu denjenigen, die ihr bisheriger Eigenthümer preisgegeben hat. Kein Diebstahl kann unter anderm an solchen Thieren begangen werden, welche sich noch in der Freiheit bewegen, sofern nicht etwa von der Gesetzgebung, was weder im deutschen noch im französischen Recht der Fall ist, das in Freiheit befindliche Wild als im Eigenthum des Grundeigenthümers befindlich betrachtet werden sollte. Hat jemand ein Occupationsrecht auf diese Thiere (Jagdrecht), so ist die widerrechtliche Erlegung derselben als ein Eingriff in dieses Occupationsrecht oder Jagdrecht zu bestrafen. Kein Diebstahl ferner ist möglich an solchen Mineralien, welche die Gesetzgebung als ausgeschlossen vom Privateigenthum und ebenfalls als möglichen Gegenstand eines besondern, den Bestimmungen des sogenannten Berg-

rechts unterliegenden Anspruchs ansieht. Klar ausgebildet sind diese Unterschiede in der deutschen und der französischen Gesetzgebung, wogegen die englische Gesetzgebung die Strafvorschriften gegen die widerrechtliche Erlegung von Wild, sowie gegen die widerrechtliche Aneignung von Kohlen und Erzen unterschiedslos unter den zahlreichen Vorschriften über den Diebstahl aufführt. Auch nach deutschem und französischem Recht übrigens ist an diesen Sachen ein eigentlicher Diebstahl möglich, sobald die Thiere erlegt oder gefangen und die Mineralien durch Occupation in das Eigenthum des Berechtigten übergegangen sind. Insbesondere sind Thiere, die in einem Park eingeschlossen sind, als den übrigen Objecten des Diebstahls durchaus gleichstehend zu betrachten. — Ob die Sache im ausschliesslichen Eigenthum des Bestohlenen stand, oder ob mehrere Miteigenthum an der Sache haben, ist natürlich gleichgültig; zu erwähnen ist nur noch, dass es den Begriff des Diebstahls nicht hindert, wenn etwa dem Thäter selbst Miteigenthum an der Sache zusteht. Sofern die sonstigen Voraussetzungen des Diebstahlsbegriffs zutreffen, liegt auch in einem solchen Fall ein Eingriff in fremdes Eigenthumsrecht vor, der als Diebstahl zu bestrafen ist, bei dessen Bestrafung aber natürlich in Betracht kommt, dass der Thäter sich doch nicht das Ganze der Sache rechtswidrig zueignen wollte. — Darüber, dass die Sache sich im Besitze eines andern befunden haben müsse, ist des Nähern später (in Verbindung mit der zum Begriffe des Diebstahls gehörigen Handlung) zu sprechen.

Mannichfachen Streitigkeiten hat in Deutschland das subjective Erforderniss des Diebstahls unterlegen, welches im jetzigen Gesetz mit dem Ausdruck „Absicht der rechtswidrigen Zueignung“ bezeichnet wird, wogegen in einigen der früher geltenden Landesgesetze bisher dafür „gewinnsüchtige Absicht“ gesagt war, eine Art der Bezeichnung, welche auch bei den Vorarbeiten zu dem jetzigen deutschen Strafgesetzbuch in Frage

kam. Abweichend unter anderm das französische Gesetzbuch, welches das Wesen des Diebstahls in einem „*soustraire frauduleusement*“ erblickt, und abweichend unter anderm der neue italienische Entwurf, der die Absicht des Diebes als „*fine di lucro*“ bezeichnet.

Richtig will uns allein die im deutschen Gesetzbuch gewählte Bezeichnung „Absicht der rechtswidrigen Zueignung“ erscheinen. Einerseits nämlich wird durch sie vermieden, dass auch Fälle blosser Gebrauchs- anmassung zum Diebstahl gerechnet würden, und sodann ist durch sie das Misverständniss ausgeschlossen, dass der Thäter eine durch die Wegnahme zu erzielende pecuniäre Bereicherung beabsichtigt haben müsse. Auch derjenige nämlich begeht einen Diebstahl, dem es durchaus nicht auf den pecuniären Werth der Sache ankommt, wol aber darauf, die Sache zu haben; wollte man nur die durch Wegnahme bewirkte pecuniäre Bereicherung bestrafen, so würde man dadurch das Eigenthum allen Angriffen vermögender Leute preisgeben, ein Standpunkt, den die Gesetzgebung unmöglich einnehmen kann, der es vielmehr ebenso sehr darauf ankommen muss, den Eigenthümer gegen die Willkür der Besitzenden, wie gegen die Habgier der Besitzlosen zu schützen. Auch derjenige also begeht einen Diebstahl, der, wie der Fall vorgekommen ist, eine Sache entwendet, an der ihm viel liegt, indem er vielleicht den vollen Werth der Sache oder mehr am Orte der That hinterlegt. Auch hier liegt (sofern wir nur den Fall einer wirklichen Entwendung von dem der eigenmächtigen Einleitung eines Kaufgeschäfts unterscheiden) ein strafbarer Eingriff in das fremde Eigenthumsrecht vor, der begreiflich zum Diebstahl gehört und von dem es sich nur fragt, ob er unter der gleichen Strafdrohung mit den übrigen Fällen des Diebstahls zusammengefasst werden soll. Dass die Zugehörigkeit dieses Falles zum Diebstahl auch nach dem Wortlaut des deutschen Gesetzbuchs noch bezweifelt wird, ist zu bedauern. — Anerkanntermassen dagegen liegt in der

Absicht der rechtswidrigen Zueignung nicht, dass der Thäter die Sache, auch für sich habe behalten wollen; es genügt, dass er dieselbe nimmt, um sie sofort (sei es mit, sei es ohne Entgelt) einem Dritten zu überliefern, wofür als bekanntestes Schulbeispiel noch immer der Fall des heiligen Crispinus dienen kann, dessen That darum nicht aufhört ein Diebstahl zu sein, weil er das von ihm gestohlene Leder zu Schuhen für die Armen bestimmt hatte.

Worin nun die den Diebstahl bildende Handlung besteht, ist nach den Umständen natürlich tausendfach verschieden. — Gerade so, wie sich die Verschiedenheiten einer Ehrverletzung oder Körperverletzung nicht aufzählen lassen, gerade so verschieden kann sich das Moment der Handlung auch bei dem Diebstahl gestalten. Wesentlich ist nur, dass es sich um eine Wegnahme handelt, also um eine Entziehung der Sache aus fremdem Besitz wobei nicht nöthig ist, dass sich die Sache im Besitze des Eigenthümers selber befand, vielmehr genügt, dass sie sich bei irgendeinem Dritten befinde. Stimmt dieser Dritte zu (gibt er zu der Wegnahme der Sache seine Zustimmung), so kann eine Unterschlagung, nicht Diebstahl vorliegen. Nicht nöthig ist ferner, dass die Sache sich unmittelbar in den Händen des Besitzenden befindet; es genügt, dass sie auch nur im weitern Sinne mit seinem Willen in seinem Verfügungskreise ist, sodass der Besitzende, wenn auch nicht im Augenblick, im Stande ist darüber zu verfügen. So begeht nicht nur derjenige einen Diebstahl, der dem andern die Börse aus der Tasche zieht oder ihm die Uhr aus der Wohnnng entwendet, sondern auch derjenige, der ein Ackergeräth vom Felde nimmt, das der Bauer dort absichtlich stehen liess, ja auch derjenige, der in ein verschlossenes Haus dringt, dessen Besitzer sich seit Monaten auf Reisen befindet. Insbesondere kann durch die Art des Verschlusses dafür gesorgt werden, dass auch der entfernte Eigenthümer nicht nur Eigenthum, sondern — trotz seiner Entfernung —

auch Besitz an der Sache ausübt. Nicht nöthig ist ferner auch hier, dass sich die Sache im ausschliesslichen Besitze des andern befunden habe, vielmehr ist der richtigen Ansicht nach auch der Fall Diebstahl, wenn der Thäter in gewisser Weise selbst Besitz an der Sache hatte, nichtsdestoweniger aber erst durch seine Handlung sie dem — ebenfalls vorhandenen — Besitze des andern entzieht. So begeht der richtigen Ansicht nach Diebstahl (nicht blosse Unterschlagung) derjenige, der als Dienstbote Sachen der Herrschaft, als Arbeiter Sachen des Arbeitgebers, als Gast Sachen des Wirthes, als Gefangener Sachen der Gefängnissanstalt unter sich hat und sich dieselben rechtswidrig zueignet, sofern nämlich nicht blos er, sondern auch die Dienstherrschaft, auch der Arbeitgeber u. s. w. noch Besitz an der Sache ausüben. — Auf welche Weise die Wegnahme geschieht, ist wie schon gesagt, gleichgültig; auch ist der richtigen Ansicht nach keineswegs nöthig, dass der Thäter die Sache in seinen Besitz bringt, vielmehr ist auch das Diebstahl, wenn der Thäter durch Täuschung eines Dritten (etwa durch einen mit diesem über die fremde Sache abgeschlossenen Kaufvertrag) bewirkt, dass der Dritte sich die Sache zueignet.

Vollendet ist der Diebstahl nach deutschem Recht, sobald die Wegnahme geschehen ist, was keineswegs erst mit dem Hinausschaffen der Sache aus der Wohnung oder dem Hause des Besitzers der Fall ist, vielmehr auch sehr wohl schon in den Räumen desselben stattfinden kann, sobald nämlich der Thäter die Sache ergriffen und dadurch seine Herrschaft über die Sache als Hinderniss zwischen die Sache selbst und den Willen des Besitzers gestellt hat. Was aber zur Herstellung dieser thatsächlichen Bemächtigung erforderlich ist, ist nach den Umständen und insbesondere auch nach der Grösse und Eigenthümlichkeit des Gegenstandes verschieden. Während ein Geldstück, ein Ring schon dann im ausschliesslichen Besitz des Thäters sein wird,

wenn derselbe sie in der Absicht der Zueignung in der Hand hält, wird der Diebstahl an einem Pferd, einem Rind oder auch an einem schweren Geräthe noch nicht mit dem Anfassen dieser Objecte, sondern erst dann vollendet sein, wenn der Thäter mindestens angefangen hat, dieselben von dem Orte ihres Aufenthalts hinwegzubringen.

Die Strafe des einfachen Diebstahls ist nach dem deutschen Gesetzbuch Gefängniss von einem Tage bis zu fünf Jahren; ähnlich das französische Gesetz, nur dass dieses in der Strafe nicht soweit hinabgeht und neben der Freiheitsstrafe auch Geldstrafe zulässt. Ein geringeres Höchstmass (nur drei Jahre) bestimmt das englische Recht, für welches aber in Betracht kommt, dass dasselbe eine ganz ausserordentlich grosse Zahl von besondern Arten des Diebstahls aufführt, bei welchen eine viel höhere Strafe zur Anwendung kommen soll. Dass neben der Hauptstrafe auch auf Verlust der Ehrenrechte erkannt werden kann, bedarf kaum der Erwähnung, wol aber, dass die Zulässigkeit von Polizeiaufsicht im deutschen Recht nur bei den Fällen des schweren Diebstahls stattfindet, wogegen nach dem französischen Recht diese Nebenstrafe schon bei dem einfachen Diebstahl ausgesprochen werden kann.

Was nun diese Fälle des schweren Diebstahls betrifft, so ist auch in dieser Beziehung das Verfahren des deutschen Gesetzbuchs ziemlich einfach. Während nämlich das englische Gesetz mehrere Dutzend verschiedene Strafsätze für die Entwendung der verschiedensten Arten von Gegenständen, beziehungsweise für die verschiedenen Arten der Entwendung selbst aufstellt (auch hier werden unter anderm die verschiedenen Arten von Thieren unterschieden, Pferde, Kühe, Schafe, Hunde, an denen eine Entwendung verübt werden kann) und während das französische Recht doch immerhin eine grössere Zahl von verschiedenen erschwerenden Umständen und Combinationen derselben berücksichtigt, so sind im deutschen Gesetzbuch nur sieben

Arten des Diebstahls genannt, in welchen derselbe mit einer schweren Strafe soll belegt werden können, zu denen in einem folgenden Paragraphen noch der Diebstahl im wiederholten Rückfall als achter hinzutritt. Darunter sind zwei Fälle, in denen die besondere Natur des Objects des Diebstahls die Erschwerung begründet, wogegen in den übrigen Fällen es die Art und Weise der Entwendung ist, welche den erschwerenden Umstand bildet.

Nicht ist im deutschen Gesetz als erschwerender Umstand behandelt der höhere Werth des Objects, der mithin nur bei der Strafzumessung in Betracht kommt. Es stimmt dies überein unter anderm mit dem französischen Recht, dem sogar jenes Verfahren des deutschen Gesetzes mittelbar entlehnt ist, ist aber eine Abweichung von dem frühern gemeinen Recht Deutschlands, sowie von den Bestimmungen der deutschen Landesgesetzgebungen (mit Ausnahme der preussischen), deren Bestimmungen jetzt durch das deutsche Gesetzbuch ersetzt sind. Und in der That wird darin nicht ein Fortschritt der Gesetzgebung erkannt werden können. So unrichtig es nämlich auch wäre, an die Entwendung eines besonders werthvollen Objects sofort die Verhängung der Zuchthausstrafe zu knüpfen, so müsste doch für die Entwendung von Objecten eines besonders hohen Werthes ein anderes Höchstmass der Strafe, als für die Entwendung geringerer Objecte gesetzt sein; man brauchte damit noch keineswegs in die allzu minutiöse und rein äusserliche Abstufung verschiedener der frühern Gesetzbücher zu verfallen. Die durch die Besonderheit des Objects ausgezeichneten Fälle, welche das deutsche Gesetz hervorhebt, sind eigenthümlicherweise nur die, wenn entweder aus einem zum Gottesdienst bestimmten Gebäude ein Gegenstand gestohlen wird, welcher dem Gottesdienst gewidmet war, oder wenn auf einem öffentlichen Wege, einer Strasse, einem öffentlichen Platze, einer Wasserstrasse oder einer Eisenbahn oder in einem Postgebäude oder dem dazu

gehörigen Hofraume oder auf einem Eisenbahnhofe (auch das deutsche Gesetz lässt es, wie man sieht, hier an Casuistik nicht fehlen!) eine zum Reisegepäck oder zu andern Gegenständen der Beförderung gehörige Sache gestohlen wird, wobei das Gesetz in letzterer Beziehung noch eine besondere Art der Verübung voraussetzt.

Was nun aber die Arten der Verübung anlangt, in denen das deutsche Gesetzbuch schon an sich erschwerende Umstände anerkennt, so gehören dahin vor allem die Fälle des Einbruchs, des Einsteigens und des Erbrechens von Behältnissen, sofern dadurch „aus einem Gebäude oder einem umschlossenen Raume“ gestohlen wird. Auch hier hat eine gewisse, durch das preussische Strafgesetzbuch von 1851 vermittelte, Einwirkung des französischen Rechts stattgefunden, indem nämlich nach frühern deutschen Rechte (in allerdings nicht unbestrittener Weise) und jedenfalls nach den meisten der frühern deutschen Landesgesetzgebungen als Object des Einbruchs u. s. w. nicht schon ein jeder umschlossener Raum, sondern nur ein Gebäude, wenn nicht sogar nur ein Wohngebäude in Betracht kam. Die Gleichstellung des „umschlossenen Raumes“ (womit ein jeder umschlossene Theil der Bodenfläche gemeint ist) mit dem Gebäude hat eine gewisse Folgerichtigkeit für sich, nur muss dann auch das Mindestmass der Strafe des schweren Diebstahls noch weiter herabgehen, als dies schon im deutschen Gesetzbuch geschehen ist. Eine Definition des Einbruchs hat das deutsche Gesetzbuch abweichend von dem französischen nicht gegeben, insbesondere hat es dem sogenannten äussern Einbruch nicht ausdrücklich auch den sogenannten innern oder im Innern des Gebäudes erfolgenden Einbruch gleichgestellt und dadurch wenigstens in letzterer Beziehung gewisse Zweifel veranlasst. Ausdrücklich entschieden ist aber die im frühern deutschen Rechte hinsichtlich des Erbrechens von Behältnissen offengelassene Streitfrage, indem aus dem Zusammenhange des Gesetzes deutlich hervorgeht, dass nur wenn das Erbrechen der Behältnisse in dem Ge-

bäude, beziehungsweise in dem umschlossenen Raum selbst erfolgte, der Erschwerungsgrund vorliegt. Die Folge davon ist freilich die, dass die Entwendung des unerbrochenen Behältnisses sammt seinem Inhalt erheblich geringer gestraft werden kann, als der Fall, wenn das Behältniss im Gebäude selbst erbrochen und vielleicht nur ein geringer Theil seines Inhalts weggenommen wurde. Doch ist diese Folge keineswegs verkehrt zu nennen, und nur die Forderung muss auch hier erhoben werden, dass das Mindestmass des einen wie des andern Strafsatzes einander noch näher gerückt werden als schon geschehen ist. — In allen diesen Beziehungen stimmt das englische Recht, wie auch auf andern Punkten zu beobachten ist, insofern mit dem alten deutschen Recht überein, dass nur Wohngebäude oder doch jedenfalls nur Gebäude genannt sind. — Was das Einsteigen betrifft, so ist allgemein anerkannt, dass dazu keineswegs ein eigentliches Steigen erfordert wird, vielmehr darunter eine jede Art von Eingehen durch eine nicht zum ordnungsmässigen Eingang bestimmte Oeffnung zu verstehen ist, wobei erwähnt werden mag, dass die im einzelnen möglicherweise streitige Frage, wieweit der Thäter in das Innere des Gebäudes oder Raumes eingedrungen sein muss, im neuern italienischen Entwurf die wol kaum empfehlenswerthe rein äusserliche Lösung gefunden hat, dass dieses Eindringen oder Vordringen bis auf zwei Meter erfolgt sein müsse.

Gleichgestellt ist dem Einbruch und Einsteigen im deutschen Gesetz, wie auch unter anderm im französischen Rechte, der Gebrauch von Nachschlüsseln, und zwar nicht nur von falschen Schlüsseln im eigentlichen Sinne, sondern auch von andern zur ordnungsmässigen Eröffnung von Schlössern nicht bestimmten Werkzeugen. Die Streitfrage, ob dahin unter Umständen auch der richtige Schlüssel gehören könne, ist zu bejahen, nämlich für den Fall, dass der richtige Schlüssel verloren und durch einen andern ersetzt wurde, in wel-

chem Falle er einem nur zufällig passenden Schlüssel vollkommen gleichsteht.

Schwerer Diebstahl liegt nach dem deutschen Gesetz ferner dann vor, wenn der Dieb oder einer der Theilnehmer am Diebstahl bei Begehung der That Waffen bei sich führte, sodann in dem Falle, wenn zu dem Diebstahl mehrere mitwirkten, welche sich zu fortgesetzter Begehung von Raub oder Diebstahl verbunden hatten (bandenmässige Verübung) und endlich wenn der Diebstahl zur Nachtzeit in einem bewohnten Gebäude verübt wurde, wobei das Gesetz aber noch weitere Voraussetzungen aufstellt.

Die Streitfrage, was als Waffe zu betrachten, ist dabei auch hier vom Gesetze selbst nicht entschieden, im Sinne des Gesetzes aber auch hier (wie beim Hausfriedensbruch und abweichend von der hinsichtlich des Zweikampfs gegebenen Entscheidung) dahin zu beantworten, dass dahin nicht bloß Waffen im technischen Sinne, sondern auch sonstige Gegenstände gehören, welche geeignet sind, im Kampfe zu dienen, vorausgesetzt, dass der Thäter sich bewusst war, sie als solche zu führen. Die auch vom Verfasser früher vertretene engere Ansicht möchte hinter der Meinung des Gesetzgebers unnöthigerweise zurückbleiben. Vergleiche auch die Bestimmung des französischen Gesetzbuchs, welche in dieser Beziehung von *machines, instruments, utensiles tranchants, perçants ou contendants* spricht und nur eine Beschränkung hinsichtlich der gewöhnlichen Messer und Stöcke hinzufügt. Die Mehrern ferner, die sich zur fortgesetzten Verübung verbunden haben müssen, brauchen nicht mehr als zwei Personen zu sein; es braucht also nicht eine Bande im volksthümlichen Sinne vorhanden zu sein. Was aber den zuletzt erwähnten Erschwerungsgrund betrifft, so geht in dieser Beziehung zwar nicht das französische Gesetzbuch, welches hier ebenfalls eine Combination verschiedener Umstände aufstellt, wol aber das englische Gesetz sehr erheblich weiter, indem dasselbe schon die Verübung der That

in einem Wohnhaus (auch bei Tage) für ausreichend hält, eine Freiheitsstrafe bis zu vierzehn Jahren zu begründen. Es weicht dies vom deutschen Gesetz um so mehr ab, als dasselbe ja den Voraussetzungen „Nacht“ und „Wohnhaus“ noch das weitere Erforderniss hinzufügt, dass der Thäter sich in das Gebäude in diebischer Absicht eingeschlichen oder in der gleichen Absicht sich in demselben verborgen gehalten haben müsse. Dem bewohnten Gebäude ist hierin der zu einem solchen gehörige und verschlossene Raum, sowie die in demselben befindlichen Gebäude jeder Art gleichgestellt, ferner ist auch bestimmt, dass Schiffe, sofern sie bewohnt sind, solchen Gebäuden gleichgeachtet werden sollen. Was aber insbesondere noch den Begriff der Nachtzeit betrifft, so hat die deutsche Gesetzgebung es vorgezogen, die Abgrenzung derselben dem richterlichen Ermessen zu überlassen, wogegen unter anderm das englische Recht entsprechend auch hier seiner viel mehr casuistischen Methode eine ein für alle mal gültige rein äusserliche Abgrenzung aufstellt. Vergleiche die im Eingang des umfassenden Gesetzes über die Vermögensvergehungen vom Jahre 1871 befindliche Definition, wonach die Nachtzeit ein für alle mal auf die Zeit von abends 9 bis morgens 6 Uhr bestimmt ist. Der in Deutschland geführte Streit, ob unter Nachtzeit die Zeit der Dunkelheit oder die Zeit der eingetretenen Nachtruhe zu verstehen, ist gewiss im letztern Sinne zu beantworten, da nicht schon die Dunkelheit, sondern erst die eingetretene Nachtruhe den Diebstahl in dem Masse bedenklicher erscheinen lässt, wie dies bei der hier eintretenden bedeutenden Erhöhung der Strafe als im Sinne des Gesetzes liegend zu vermuthen ist. Fragt sich aber endlich, ob es auf die in der betreffenden Ortschaft oder auf die in den betreffenden Räumlichkeiten, in denen gestohlen worden, eingetretene Nachtzeit ankomme, so wird wol das Erstere als das Richtigere erscheinen, da der Diebstahl auch wenn in den betreffenden Räumlichkeiten die Nachtruhe noch

nicht eingetreten sein sollte, dennoch durch die allgemeine Nachtruhe immerhin noch in hinreichender Weise erleichtert wird, beziehungsweise deswegen in hinreichender Weise bedenklich erscheint.

Verhältnissmässig sehr strenge Strafen zieht nach dem deutschen Gesetzbuch der im Rückfall verübte Diebstahl nach sich. Während nämlich bei den meisten übrigen Vergehungen (vergleiche das oben über den Rückfall im allgemeinen Gesagte) nach dem deutschen Gesetz der Rückfall nur einen Strafzumessungsgrund bildet, soll beim Diebstahl nicht schon der erste, wol aber der zweite Rückfall die Wirkung haben, dass nun auch der einfache Diebstahl sofort mit Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren bestraft werden kann und auch der schwere Diebstahl (abgesehen von der Feststellung mildernder Umstände) nicht unter zwei Jahren Zuchthaus bestraft werden soll. Es mag dies durch die gerade bei dem Diebstahl beobachtete Hartnäckigkeit verbrecherischer Neigung in der Hauptsache gerechtfertigt sein, steht aber dennoch mit der sonstigen Behandlung des Rückfalls im deutschen Gesetzbuch nicht im richtigen Verhältniss. Ueber die Voraussetzungen, welche das deutsche Gesetz für das Vorhandensein des Rückfalls aufstellt, siehe ebenfalls das, was schon früher bemerkt wurde; erwähnt sei nur noch, dass die sogenannte Rückfallsverjährung in der Weise geregelt ist, dass seit der Verbüssung (beziehungsweise seit dem Erlass) der letzterkannten Strafe nicht mehr als zehn Jahre verflossen sein dürfen, wogegen es auf den Zwischenraum zwischen der ersten und zweiten Strafe, beziehungsweise zwischen der ersten Strafe und der neuen Aburtheilung nicht ankommt. Auch in England übrigens sind neben der dort anerkannten allgemeinen Bedeutung des Rückfalls noch besondere Bestimmungen über den rückfälligen Diebstahl vorhanden, wogegen das französische Gesetzbuch sich mit seiner allgemeinen (schon an sich sehr weitgehenden) Vorschrift über die erschwerende Wirkung des Rückfalls begnügt.

Andererseits sind auch im deutschen Gesetzbuch gewisse milder (und zwar gegenüber den Fällen des einfachen Diebstahls milder) behandelte Fälle des Diebstahls anerkannt. Dahin gehört zunächst der Fall, wenn jemand Nahrungs- oder Genussmittel von unbedeutendem Werthe oder in geringer Menge zum alsbaldigen Verbräuche entwendet, ein Fall, den man wol als sogenannten Mundraub bezeichnet (obwol der Rechtsbegriff des Raubes hier in keiner Weise Anwendung findet) und den das deutsche Gesetz sogar, ihn völlig von den Fällen des eigentlichen Diebstahls aussondernd, unter die blossen „Uebertretungen“ verwiesen hat, eine abgesonderte Behandlung, die soweit geht, dass selbst durch Einbruch, Einsteigen u. s. w. verübte Fälle dieser Art, sowie im wiederholten Rückfall verübte Fälle stets nur mit höchstens 150 Mark Geldbusse oder Freiheitsstrafe bis zu sechs Wochen (und zwar sogenannter Haft) bestraft werden sollen. — Es soll ferner die Entwendung von Erde, Rasen oder Steinen u. dgl. aus fremden Grundstücken ebenfalls nicht als „Diebstahl“, sondern als eine besondere geringere Vergehung (ebenfalls nur als „Uebertretung“) gestraft werden und für die Entwendung von Feldfrüchten, sowie von stehendem Holz und sonstigen Waldproducten diejenige Behandlung massgebend sein, welche diese Fälle in den mannichfachen hierüber bestehenden Landesgesetzen gefunden haben. Nicht von Amts wegen, sondern nur, sofern die bestohlene Person hierauf einen Antrag stellt, soll ferner zur Verantwortung gezogen werden, wer einen Diebstahl (dieselbe Bestimmung gilt für die Unterschlagung) gegen Angehörige, Vormünder oder Erzieher begangen hat, sowie ferner wer (wie dieser Fall nunmehr durch die Novelle von 1876 geregelt ist) einer Person, zu der er im Lehrlingsverhältniss steht oder in deren häuslicher Gemeinschaft er als Gesinde sich befindet, Sachen von unbedeutendem Werth entwendet, Fälle, in denen das Gesetz auf das zwischen dem Thäter und dem Verletzten

bestehende Familien- oder familienähnliche Verhältniss Rücksicht nimmt, welches durch ein unbedingtes Eingreifen der Strafjustiz allzu hart geschädigt werden würde. Dabei soll für den Kreis der „Angehörigen“ hier dieselbe Abgrenzung gelten, wie in den übrigen Fällen, wo dieser Begriff von Bedeutung ist. Noch weiter ist das deutsche Gesetz hinsichtlich gewisser besonders naher Verwandtschaftsverhältnisse gegangen, indem nämlich Entwendungen, welche Verwandte aufsteigender Linie (Ascendenten) gegen Verwandte absteigender Linie (Descendenten), sowie Entwendungen, welche ein Ehegatte gegen den andern begeht, unter allen Umständen nur Gegenstand einer civilrechtlichen Klage, nicht Gegenstand einer strafrechtlichen Verfolgung sein sollen. Noch weiter geht das französische Gesetzbuch, welches auch die Entwendungen, welche Descendenten gegen Ascendenten und selbst diejenigen, welche Geschwister und Verschwägte desselben Grades gegeneinander verüben, mit diesem, gewiss höchst bedenklichem Privilegium ausstattet. Keine derartigen Fälle von Straflosigkeit kennt, soviel uns bekannt, das englische Recht, und auch unter anderm der österreichische Entwurf lässt sie fallen, der überdies die Antragsnatur der unter Ehegatten verübten Entwendungen auf die während des ehelichen Beisammenlebens der Betheiligten verübten Entwendungen beschränkt.

Ein dem Diebstahl nahe verwandtes Verbrechen ist das des Raubes, der ebenfalls in der Wegnahme einer fremden beweglichen Sache in der Absicht der rechtswidrigen Zueignung besteht, sich aber dadurch vom Diebstahl unterscheidet, dass es sich bei ihm um eine gewaltsame, und zwar um eine durch Gewalt gegen eine Person begangene Entwendung handelt. Raub verübt nach dem deutschen Gesetzbuch derjenige, der mit unmittelbarer Gewalt gegen eine Person oder unter Anwendung gewisser Drohungen (sogenannter mittelbarer oder compulsiver Gewalt) eine fremde bewegliche Sache

einem andern wegnimmt. Dabei werden aber, was die Drohungen betrifft, hierhin nur Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben gerechnet, wogegen anderweitige Bedrohungen wol als Mittel einer Erpressung nicht aber als Mittel der Verübung eines Raubes angesehen werden. Aehnlich das französische Recht, nur das hier das Gesetz selbst nur von der Verübung von „*violence*“ spricht, wohin aber die Praxis ausser der Anwendung unmittelbarer Gewalt auch lebensgefährliche Bedrohung rechnet. Aehnlich auch das englische Recht, welches den Begriff des Raubes anscheinend viel weiter fasst, indem es denselben als „*stealing from the person*“ bezeichnet, ein Begriff, der aber dadurch seine Erläuterung erhält, dass die englische Doctrin den Raub (*robbery*) ausdrücklich als *forcible taking of property from the person of another* bezeichnet. Die Strafe des Raubes geht nach dem deutschen Gesetz bis zu funfzehn Jahren Zuchthaus, und zwar soll auf nicht weniger als fünf Jahre erkannt werden, wenn der Räuber oder einer der Theilnehmer am Raube Waffen bei sich führte, ferner wenn bandenmässige Verübung vorliegt, ferner wenn der Raub auf einem öffentlichen Wege begangen wurde, wenn derselbe zur Nachtzeit in einem bewohnten Gebäude verübt wurde und endlich, wenn sich der Thäter im Rückfall befindet, wobei hinsichtlich der nähern Bestimmung dieser erschwerenden Umstände das Gleiche gilt wie beim Diebstahl. Insbesondere wird, was die nächtliche Verübung in einem bewohnten Gebäude betrifft, erfordert, dass der Thäter sich zur Begehung eines Raubes oder Diebstahls in das Gebäude eingeschlichen oder in gleicher Absicht daselbst verborgen gehalten habe, wozu hier nur noch das gewaltsame Eindringen hinzugefügt wird. Der Verübung auf einem öffentlichen Wege ist die Verübung auf einer Eisenbahn (in einem Eisenbahnwagen), sowie auf offener See und auf einer sonstigen Wasserstrasse gleichgestellt. Lebenslängliches Zuchthaus kann eintreten, wenn der Person, gegen welche Gewalt geübt wurde, Martern

oder eine schwerere Körperverletzung zugefügt wurden oder ihr Tod herbeigeführt worden ist. Wer, bei einem Diebstahl auf frischer That betroffen, Gewalt übt, um sich im Besitz des gestohlenen Gutes zu erhalten, soll nach dem deutschen Gesetz gleich einem Räuber bestraft werden, während an sich ein Diebstahl in Verbindung mit Mishandlung vorliegen würde.

Nach einer andern Seite dem Diebstahl verwandt ist die Unterschlagung, deren Thatbestand sich sogar als ein Theil des Thatbestandes des Diebstahls darstellt, und die deshalb vor dem Diebstahl zu behandeln gewesen wäre, wenn nicht gerade durch das, was ihr gegenüber dem Diebstahlsbegriff fehlt, eine besondere Schwierigkeit des Begriffs der Unterschlagung veranlasst würde. Unterschlagung ist nach dem deutschen Gesetzbuch die rechtswidrige Zueignung einer fremden beweglichen Sache, welche sich schon im Besitz oder Gewahrsam des Thäters befindet. Mit dem Diebstahl gemeinsam ist ihr also das Object und die Absicht der rechtswidrigen Zueignung; das ihr gegenüber dem Diebstahl fehlende Moment ist das der Wegnahme. Während der Dieb die Sache dem Besitze des andern entzieht, besteht die Unterschlagung in denjenigen mannichfachen Handlungen, durch die sich die rechtswidrige Zueignung einer Sache bekundet. Dahin gehört das Verbrauchen der Sache, dahin gehört ihre Veräusserung, dahin kann auch schon ihre Zurückhaltung (nämlich unter solchen Umständen, welche die Absicht des endgültigen Nichtherausgebens bekunden) gehören. Die vielfach erörterte Frage, ob auch schon die Verpfändung einer fremden Sache als Unterschlagung betrachtet werden könne, ist dahin zu entscheiden, dass allerdings auch die Verpfändung eine Unterschlagung darstellt, sofern nicht die Absicht des Thäters mit Bestimmtheit auf rechtzeitige Einlösung der Sache gerichtet war. — Recht aber hat die deutsche Gesetzgebung gethan, dem Thatbestand der Unterschlagung die Allgemeinheit zu geben, die aus der obigen Definition der Unter-

schlagung hervorgeht, die Unterschlagung anvertrauter Sachen mithin nicht als einzigen Fall, vielmehr nur als schwerern Fall der Unterschlagung zu behandeln; denn augenscheinlich müssen auch diejenigen Fälle bestraft werden, wenn jemand sich durch Zufall im Besitz einer fremden Sache befindet, und sie durch sein Thun dem Eigenthumsrechte des andern entfremdet. Nur als eine Unvollkommenheit kann es angesehen werden, wenn das frühere deutsche Recht (die *Carolina*) und wenn ähnlich auch noch das jetzige französische und das englische Recht den Begriff der Unterschlagung auf die Unterschlagung anvertrauter Sachen beschränken. Vergleiche das französische Gesetzbuch, Artikel 408 (in der jetzigen Fassung), wo nur von denjenigen die Rede ist, welche die betreffende Sache „à titre de louage, de dépôt, de mandat, de nantissement, de prêt-à-usage ou pour un travail salarié ou non salarié à la charge de les rendre ou représenter ou d'en faire un usage ou un emploi déterminé“ erhalten hatten. Vergleiche ferner die oft genannten englischen Gesetze von 1871, in denen verschiedene Strafbestimmungen gegen Diener, Angestellte u. s. w., welche ihnen überlassene Sachen unterschlagen, und sodann eine Strafbestimmung gegen Personen überhaupt vorkommt, welchen an den ihnen überlassenen fremden Sachen kein Dispositionsrecht zusteht. Dabei kommt aber in Betracht, dass der Begriff des *vol* im französischen Recht weit genug ist (er ist nicht auf eigentliche Wegnahme beschränkt), um auch noch die rechtswidrige Zueignung einer gefundenen Sache mit zu umfassen, die in Deutschland wol der gewöhnliche Sprachgebrauch (der von „Funddiebstahl“ spricht), nicht aber die juristische Theorie zum Begriffe des Diebstahls rechnet, die vielmehr nach der letztern einen Fall der Unterschlagung bildet. Auch hiernach bleibt immer noch eine erhebliche Lücke, indem eine bedeutende Zahl von Fällen, die strafbar sein sollten, die aber nach jener Regelung nur den Gegenstand civilrechtlicher Verfolgung bilden. Aus-

drücklich berücksichtigt ist im englischen Rechte unter anderm der Fall, wenn ein Bankier, der Geld oder andere Sachen zu einem bestimmten Zwecke erhalten hat, dasselbe in anderer Weise verwendet, ein Fall der nach deutschem Gesetz verschieden zu beurtheilen ist, je nachdem die Sachen nach Absicht der Betheiligten als vertretbare oder als nicht vertretbare gelten sollten, wie denn auch in andern Fällen für die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Sache als vertretbare behandelt werden durfte, nur die vermuthliche Absicht der Parteien massgebend sein kann. — Die Strafe der einfachen Unterschlagung ist nicht unerheblich geringer, als die des Diebstahls, die Strafe der Unterschlagung anvertrauter Sachen dagegen soll derjenigen des Diebstahls gleichkommen. Hinsichtlich der Verübung gegen Angehörige sollen dieselben Grundsätze wie bei dem Diebstahl gelten, unter anderm ist also auch die von Ehegatten gegeneinander, sowie von Ascendenten gegen Descendenten begangene Unterschlagung straflos.

Nur in einem besondern Falle ist nach dem deutschen Strafgesetzbuch auch die rechtswidrige Benutzung fremder Sachen für strafbar erklärt, von der man annimmt, dass für sie der Regel nach die civilrechtlichen Folgen genügen. Jener eine Fall, der augenscheinlich einen mehr polizeilichen Charakter zeigt, ist der, wenn ein öffentlicher Pfandleiher einen von ihm in Pfand genommenen Gegenstand unbefugt in Gebrauch nimmt.

Dass die Verletzungen fremden Occupationsrechts in Deutschland als besondere Vergehungen gestraft werden, ist schon oben erwähnt worden. Und zwar gehören hierhin theils die Strafbestimmungen des sogenannten Bergrechts über die rechtswidrige Zueignung noch nicht gewonnener Mineralien, theils die im deutschen Strafgesetzbuch selbst (und zwar in dem Abschnitt „vom strafbaren Eigennutz“) enthaltenen Vorschriften über die Verletzung eines fremden Jagd- und Fischerei-

rechts. Wer an Orten, an denen er zu jagen nicht berechtigt ist, die Jagd ausübt, soll mit Geldstrafe bis zu 300 Mark oder mit Gefängniss bis zu drei Monaten bestraft werden; nicht unerheblich höher, wenn dem Wild nicht mit Schiessgewehr oder Hunden, sondern mit Schlingen u. dgl. oder etwa zur gesetzlichen Schonzeit nachgestellt wurde. Auch ist die Verübung im Walde gegenüber derjenigen auf offenem Felde ausgezeichnet worden, ebenso die Verübung zur Nachtzeit und seitens mehrerer; noch höhere Strafe ist auch hier, wie in mehrern andern Fällen auf die gewerbsmässige Verübung gesetzt. Nur unter den sogenannten „Uebertretungen“ erscheint nach deutschem Gesetz das unberechtigte Fischen oder Krebsen als solches; höher strafbar ist aber auch hier die Verübung zur Nachtzeit, sowie gewisse besondere Arten der Verübung, in welcher Beziehung die Verübung bei Fackellicht oder unter Anwendung schädlicher oder explodirender Stoffe genannt werden. Ausländer, welche in den deutschen Küstengewässern unbefugt fischen, sollen nach der Novelle von 1876 mit Geldstrafe oder mit Gefängniss bis zu sechs Monaten bestraft werden, woneben auch hier, wie in den übrigen Fällen, auf Einziehung der Geräthe u. s. w. zu erkennen ist, und zwar ohne Unterschied, ob sie den Verurtheilten gehören oder nicht.

Sodann ist an dieser Stelle noch zu erwähnen, dass nach dem deutschen Gesetz auch der Fall gestraft wird, wenn jemand seine eigene bewegliche Sache demjenigen, dem ein Nutzniessungsrecht, Pfandrecht, Gebrauchsrecht oder Zurückhaltungsrecht an derselben zusteht, in rechtswidriger Absicht wegnimmt, ein Fall, den das römische Recht mit zum *furtum* gerechnet hatte, und der in den jetzigen ausserdeutschen Gesetzen, soviel wir sehen, meistens überhaupt keine Berücksichtigung gefunden hat. Gleichgestellt ist dabei der Fall, wenn jemand die gleiche Handlung an einer fremden Sache zu Gunsten des Eigenthümers derselben begeht.

Nur die Bestimmung möchte noch hierher gehören,

welche das deutsche Strafgesetzbuch hinsichtlich der rechtswidrigen Zueignung verschossener Munition für nöthig gehalten hat, dass nämlich wer die bei den Uebungen der Artillerie verschossene Munition, oder wer Bleikugeln aus den Kugelfängen der Schiessstände der Truppen sich widerrechtlich zueignet, mit Gefängniss- oder Geldstrafe gestraft werden soll, eine Bestimmung, welche aber augenscheinlich ebenso wie die oben-erwähnte hinsichtlich der Pfandleiher schon zu dem sogenannten polizeilichen Unrecht überleitet, welches wir im allgemeinen von dem Kreise unserer Betrachtungen ausschliessen.

Nächst den an fremden Sachen begangenen Vermögensvergehungen sind es sodann diejenigen, die durch rechtswidrige Einwirkung auf den Willen eines andern begangen werden, welche unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, und zwar sind es hier zwei sehr häufige Vergehungen, welche uns entgegentreten, nämlich einerseits der Betrug, den das deutsche Gesetz in demselben Abschnitt mit der sogenannten Untreue, und sodann die Erpressung, den das deutsche Gesetz in demselben Abschnitt mit dem Raube behandelt.

Was zunächst den Betrug betrifft, so kann man im Sinne des deutschen Strafgesetzbuchs denselben als die durch Täuschung bewirkte Vermögensbeschädigung eines andern bezeichnen, und zwar muss diese Täuschung in gewinnsüchtiger Absicht erfolgt sein. Möglich ist aber eine solche Vermögensbeschädigung nur dadurch, dass der Thäter jemand durch Täuschung veranlasst, selbst irgendeine Verfügung zu seinem eigenen Nachtheil oder zu demjenigen eines Dritten zu treffen, mag diese Verfügung nun darin bestehen, dass er Geld zahlt, welches er sonst nicht gezahlt haben würde, dass er eine Sache hergibt, welche er sonst nicht hergegeben haben würde, dass er eine Verpflichtung übernimmt, die er sonst nicht übernommen haben würde, oder auf einen Anspruch verzichtet, auf den er

sonst nicht verzichtet hätte. Dabei ist die zum Betrüge wesentliche Absicht näher dahin bestimmt, dass der Thäter die Absicht gehabt haben müsse, sich selbst oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, wonach also der Betrug im deutschen Strafrecht nur als Bereicherungsvergehen und nicht auch in der Form vorkommt, dass die Absicht des Thäters auf blosse Beschädigung des andern gerichtet gewesen sein könnte. Dabei ist ferner die zum Betrüge wesentliche Täuschung im Gesetz selbst dahin specialisirt, dass der Thäter durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Thatfachen einen Irrthum erregt, beziehungsweise einen Irrthum unterhalten haben müsse, eine Regelung, an die sich einige nicht unerhebliche Streitfragen anschliessen. Wenn es sich aber zunächst fragt, ob eine Täuschung über Thatfachen auch dann vorliegt, wenn der andere nur über die Absicht des Thäters (z. B. über dessen Absicht künftig zu zahlen) getäuscht wurde, so ist dies der richtigen Absicht nach zu verneinen, indem das Bestehen einer Absicht kaum als Thatfache im Sinne des Gesetzes wird angesehen werden können, und indem man überdies sagen kann, dass, wenn in solchen Fällen der andere einen Vermögensschaden erlitt, dieser wol eher ihn selbst, als jenem zur Last zu legen sein wird. Wenn ferner das Gesetz von der Erregung oder Unterhaltung eines Irrthums spricht, so wird darunter noch nicht die blosse Benutzung eines fremden Irrthums verstanden werden können, vielmehr erfordert werden müssen, dass irgendetwas seitens des Thäters geschah, um den vorhandenen Irrthum zu verstärken oder aufrecht zu erhalten, dass dies letztere aber unter Umständen auch durch eine blosse Unterlassung geschehen könne, ist nicht zu bezweifeln, und zwar nach denselben Grundsätzen, welche früher für die Möglichkeit der Begehung eines Verbrechens durch Unterlassung überhaupt aufgeführt wurden. Die früher im deutschen Strafrecht erörterte Streitfrage, ob Iden-

tität zwischen der Person des Getäuschten und des Beschädigten vorhanden sein müsse, mit andern Worten: ob Betrug nur dann vorliegt, wenn jemand durch Täuschung veranlasst wird, zu seinem eigenen Nachtheil zu verfügen, oder ob derselbe auch dann vorhanden ist, wenn jener veranlasst wird, dasselbe zum Nachtheil irgendeines andern zu thun, ist nach dem deutschen Gesetz, wie schon angedeutet wurde, im letztern Sinne zu entscheiden. Es genügt, dass eine Vermögensbeschädigung vorliegt, und dass die Täuschung das Mittel zu dieser Vermögensbeschädigung bildet. Es ist also Betrug, wenn jemand durch Täuschung des *A* bewirkt, dass dieser eine Sache des *B* an den Thäter herausgibt. Keine ausdrückliche Bestimmung ist im deutschen Gesetzbuch darüber enthalten, ob Täuschungen jeglicher Art genügen oder ob es Täuschungen einer besonders arglistigen Art sein müssen, welche den Betrug darstellen; ebendarum aber wird anzunehmen sein, dass es im einzelnen Fall ganz allein darauf ankommen wird, ob der Täuschende sich bewusst war, durch sein Verhalten den andern wirklich zu bestimmen. Auch die falsche Anpreisung einer Waare wird also allerdings einen Betrug enthalten können, jedoch nur dann, wenn die Umstände so liegen, dass der andere dadurch, nicht etwa durch eigenen Leichtsinn und Unvorsichtigkeit bestimmt wurde, so oder so zu handeln. Anders verfährt in mehrfacher Hinsicht das ausländische Recht, welches augenscheinlich Scheu trägt, den Betrug in demselben allgemeinen Umfang wie das deutsche Gesetz für strafbar zu erklären. Insbesondere ist es das französische Gesetzbuch, welches in den der sogenannten „*escroquerie*“ und dem „*abus de confiance*“ gewidmeten Artikeln nur eine Anzahl bestimmter Fälle des Betrugs für strafbar erklärt, die übrigen Fälle aber als „*dol civil*“ dem Civilrecht überlässt. Vor allem sind es die Fälle des *escroquerie*, welche ein allgemeines Interesse in Anspruch nehmen. Vergleiche Art. 405 des *Code pénal*, wo von denjenigen die Rede ist, welche „*soit*

en faisant usage de faux noms ou de fausses qualités, soit en employant des manœuvres frauduleuses pour persuader l'existence de fausses entreprises, d'un pouvoir ou d'un crédit imaginaire, ou pour faire naître l'espérance ou la crainte d'un succès, d'un accident ou de tout autre événement chimérique, se sera fait remettre ou délivrer ou aura tenté de se faire remettre ou délivrer des fonds, des meubles ou des obligations, dispositions, billets, promesses, quittances ou décharges, et aura, par un de ces moyens, escroqué ou tenté d'escroquer la totalité ou partie de la fortune d'autrui."

Aehnlich, wenn auch in diesem Punkte ausnahmsweise weniger specialisirt als das französische Recht, verfährt die englische Gesetzgebung, welche mehrere Strafbestimmungen enthält gegen diejenigen, welche durch falsches Vorgeben („*by any false pretence*“) die Herausgabe von Geld oder Sachen widerrechtlich von einem andern erlangen oder denselben zur Vollziehung einer Urkunde veranlassen. Dabei wird von der englischen Theorie ausdrücklich betont, dass nicht schon die Täuschungen, gegen welche die gewöhnliche Aufmerksamkeit und Vorsicht ausreicht, genügen, dass vielmehr Täuschungen erfordert werden, — „*against which common prudence could not have guarded.*“ „*Shall we indict a man for making a fool of another?*“ ist die praktische Frage, welche in dieser Hinsicht die englischen Juristen erheben. — Die Strafe des Betrugs ist nach dem deutschen Gesetz Gefängniss bis zu fünf Jahren, neben welchem auf Geldstrafe bis zu 3000 Mark (für viele Fälle zu niedrig) erkannt werden kann; bei mildernden Umständen kann ausschliesslich auf Geldstrafe erkannt werden. — Neben dem vollendeten Betrug bildet den Gegenstand einer besondern Strafbestimmung im deutschen Gesetzbuch ein besonderer Fall der Vorbereitung des Betrugs, indem nämlich die Anzündung einer Sache, sowie das Sinkenmachen eines Schiffs mit Strafe bedroht ist (auch wenn die Bestimmungen über Brandstiftung u. s. w. nicht zu-

treffen würden), sofern nämlich die Sache, beziehungsweise das Schiff (letzteres als solches oder in seiner Ladung, oder in seinem Frachtlohn) versichert waren und die Absicht des Thäters darauf ging, den Versicherer um die Versicherungssumme zu betrügen. Die Strafe kann in diesem Falle bis zu zehn Jahren Zuchthaus aufsteigen.

Während nun beim Betrug sich der Thäter der List bedient um sich den verbrecherischen Vortheil zu verschaffen, ist es bei der Erpressung ein Zwang, welchen der Thäter zu gleichem Zweck anwendet. Und zwar begeht nach dem deutschen Gesetzbuch derjenige eine Erpressung, der zum Zwecke eines rechtswidrigen Vermögensvorthells einen andern durch Gewalt oder Drohung zu irgendeiner Willensäußerung (das Gesetz spricht von Handlung, Duldung oder Unterlassung) nöthigt. Es ist danach der Thatbestand der Erpressung ein bemerkenswerth allgemeiner, indem nämlich als Mittel der Erpressung neben der physischen oder unmittelbaren Gewalt keineswegs nur (wie bei der Nöthigung) die Bedrohung mit einer strafbaren Handlung, auch nicht etwa nur die Bedrohung mit rechtswidrigen Nachtheilen, vielmehr die Bedrohung als solche angeführt wird, also auch die Bedrohung mit solchen Nachtheilen, die der Thäter an sich durchaus berechtigt wäre, über den andern zu verhängen. In der That ist diese Allgemeinheit gerechtfertigt, und zwar liegt die Rechtfertigung darin, dass jemand ein auch an sich berechtigtes Thun nicht misbrauchen soll zur Erlangung widerrechtlicher Vorthelle. Es ist hiernach der in andern Gesetzgebungen besonders bedrohte Fall, der im Leben so besonders häufig vorkommt, der Fall nämlich einer durch Bedrohung mit einer an sich begründeten Anzeige begangenen Erpressung, nach dem deutschen Gesetz schon von selbst in dem Thatbestand der Erpressung enthalten. Anders das französische Strafgesetzbuch, welches als Mittel der Erpressung theils nur die Androhung gewisser schwerer Verbrechen, theils

doch jedenfalls die Androhung von „*vois de fait ou violences*“ hinstellt. Aehnlich dagegen die englische Gesetzgebung, welche ebenfalls allgemein von der Verübung einer Erpressung „*with menaces or by force*“ spricht und nur daneben noch den Fall der Bedrohung mit einer Criminalanklage als einen besonders schweren hervorhebt. Die Strafe soll bemerkenswerther (aber gewiss unrichtiger) Weise in einem solchen Falle sogar bis zu lebenslänglichem Zuchthaus aufsteigen, während die äusserste Strafe der Erpressung nach deutschem Recht für solche Fälle in fünf Jahren Gefängniss besteht. Ausgezeichnet sind aber auch nach dem deutschen Gesetz die Fälle, wenn die Erpressung durch Bedrohung mit gewissen, besonders schweren Verbrechen oder unter Anwendung von Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben verübt wurde. Im letztern Fall soll der Thäter „gleich einem Räuber“ gestraft werden und mithin die Verübung dieser That, auch hinsichtlich des Rückfalls der Verübung eines Raubes gleichstehen.

Eine fernere Unterabtheilung der Vergehungen gegen das Vermögen müssen wir sodann in denjenigen strafbaren Handlungen erblicken, welche eine Beziehung haben auf ein bestehendes Schuldverhältniss zwischen Gläubiger und Schuldner.

In dieser Hinsicht finden wir nun zunächst, dass die blosse Nichterfüllung einer dem Schuldner obliegenden Leistung wol in keiner der modernen Gesetzgebungen in irgend grösserm Umfang gestraft wird. Ueberall sind es vielmehr nur gewisse Ausnahmefälle, welche einer solchen Behandlung unterliegen, sei es, dass hierhin der Schiffsmann gezählt wird, welcher den Dienst auf dem Schiffe nicht antritt oder den übernommenen Dienst rechtswidrig verlässt, sei es, dass die Gesetzgebung gewisse Strafvorschriften enthält gegen Dienstboten, welche sich der gleichen Vertragswidrigkeit schuldig machen u. dgl. Vergleiche in dieser Hinsicht für Deutsch-

land §. 298 des Strafgesetzbuchs, der von dem mit der sogenannten Heuer (dem ihm ausbedungenen Lohn) entweichenden Schiffsmann redet, sowie die Bestimmungen der deutschen Seemannsordnung von 1872, ferner der landesgesetzlichen Gesindeordnungen u. dgl. Nicht zu Stande gekommen sind bisjetzt in Deutschland, wenn auch nach und nach von immer mehr Seiten vorgeschlagen, Strafbestimmungen gegen Fabrikarbeiter und Handwerksgesellen oder wenigstens Lehrlinge (vgl. neuerdings beim Deutschen Reich gestellte Anträge), welche durch vertragswidrige Einstellung der Arbeit das Interesse ihrer Arbeitgeber gefährden, wie auch in Frankreich derartige Strafbestimmungen bisjetzt nicht bestehen. Wol bestanden ähnliche Vorschriften in England, wo aber gerade neuerdings dieselben bis auf wenige Ausnahmen aufgehoben sein sollen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass in England das Institut der sogenannten Schuldhaft weiter besteht, welches in Deutschland vor einiger Zeit aufgehoben wurde und geeignet ist, sowol die verschuldete, wie die nichtverschuldete Nichtleistung zu treffen. Dass ein jeder schuldhafte Vertragsbruch bestraft werde, wird sich allerdings kaum befürworten lassen, indem aus ihm in den meisten Fällen die subjective Verschuldung nicht mit der hinreichenden Bestimmtheit hervorgeht; anders aber ist es in dem Fall, wenn der Schuldner sich bewusst ist, durch seinen Rechtsbruch die ökonomische Existenz oder den Geschäftsbetrieb seines Gläubigers zu zerstören, und es käme unserer Ansicht nach nur darauf an, den Kreis der hierhergehörigen Fälle richtig zu begrenzen. Eine Erörterung der Wege, wie dies geschehen kann, würde hier zu weit führen.

Dass aber eine Ausdehnung des Criminalgebietes nach dieser Seite bevorsteht, zeigt sich auch an dem Vergehen der Untreue, das erst nach und nach in der deutschen Gesetzgebung hervortrat und seine Anerkennung im jetzigen Umfange erst ganz vor kurzem erlangt hat. Es sollen nämlich nach dem deutschen Gesetzbuch gestraft werden, theils Vormünder und Cu-

ratoren, welche (auch abgesehen von den Fällen von Betrug und Unterschlagung) absichtlich zum Nachtheil der ihrer Aufsicht anvertrauten Personen oder Sachen handeln, theils solche Personen, welche zur Betreibung eines Gewerbes von der Obrigkeit verpflichtet sind, wenn sie bei den ihnen übertragenen Geschäften diejenigen benachtheiligen, deren Geschäfte sie besorgen, theils endlich solche, welche als Bevollmächtigte über Vermögensstücke anderer zu verfügen haben, und hierin absichtlich zum Nachtheile ihrer Auftraggeber verfahren. Dabei sind in ersterer Beziehung den eigentlichen Vormündern und Curatoren auch die sogenannten Güterpfleger, Sequester, Masseverwalter, Vollstrecker letztwilliger Verfügungen und Verwalter von Stiftungen genannt, wogegen hinsichtlich der zweiten Klasse von Personen Feldmesser, Versteigerer, Mäkler, Güterbestätiger und noch eine ganze Anzahl anderer Geschäftstreibender vom Gesetz beispielsweise genannt werden. Von besonderer Wichtigkeit ist unter anderm auch die von uns an dritter Stelle genannte Klasse, indem nämlich die Untreue der Bevollmächtigten eine Ergänzung bildet zu dem Vergehen der Unterschlagung. Es werden dadurch sehr wichtige Fälle getroffen, in denen jemand auch ohne rechtswidrige Zueignung von Eigenthumsobjecten zum Nachtheile eines andern, insbesondere seines Geschäftsherrn, verfahren kann. Die Strafe der Untreue ist nach dem deutschen Gesetz Gefängniss bis zu fünf Jahren, woneben in Fällen der gewinnsüchtigen Absicht auch auf Geldstrafe erkannt werden kann.

Es gehört ferner in diesen Zusammenhang die sogenannte Vollstreckungsverweigerung, die das deutsche Gesetz in dem Abschnitt vom sogenannten strafbaren Eigennutz behandelt und wonach bestraft werden soll, wer bei einer ihm drohenden gerichtlichen Vollstreckung in der Absicht, die Befriedigung des Gläubigers zu vereiteln, Bestandtheile seines Vermögens veräussert oder beiseite schafft. Eine solche Bestimmung, nicht

enthalten in den meisten ausländischen Gesetzen und auch noch im ersten Entwurf des deutschen Gesetzbuchs abgelehnt, wurde in das letztere nach dem Vorgang einzelner der deutschen Bundesgesetzgebungen aufgenommen, um schon dem einzelnen Gläubiger eine gewisse Sicherheit gegen die Treulosigkeit des Schuldners zu gewähren.

Allen modernen Gesetzgebungen gemeinsam dagegen sind Bestimmungen über den Bankerott*, d. h. die Vergehung desjenigen Schuldners, der durch rechtswidrige Einwirkung auf sein eigenes Vermögen das Interesse seiner Gläubiger gefährdet, wobei das deutsche Gesetz in ganz ähnlicher Weise wie das französische zwischen dem betrüglichen Bankerott und dem sogenannten einfachen Bankerott unterscheidet. Dabeifolgt dasselbe dem französischen Recht auch darin, dass als Subject dieser strafbaren Handlungen nur Kaufleute genannt werden, eine Beschränkung, die aber sachlich keine Bedeutung hat, nachdem die deutsche Concursordnung von 1877 nunmehr wesentlich dieselben Handlungen auch in Beziehung auf Nichtkaufleute für strafbar erklärt. Auch die Fälle, welche das deutsche Gesetz zum betrüglichen Bankerott einerseits, zum einfachen Bankerott andererseits zählt, stimmen im wesentlichen mit denjenigen Fällen überein, welche das französische Gesetz nennt, und zwar das französische Handelsgesetzbuch, auf dessen Vorschriften in dieser Beziehung das französische Strafgesetzbuch verweist. Wegen betrüglichen Bankerotts soll nämlich bestraft werden, wer seine Zahlungen eingestellt hat, wenn er in der Absicht seine

* Im Anschluss an den französischen Sprachgebrauch bedient sich das deutsche Gesetzbuch des Ausdrucks „Bankerutt“; da aber der sonstige deutsche Sprachgebrauch unserer Beobachtung nach ziemlich einstimmig sich für die ursprüngliche, italienische Form „Bankerott“ entscheidet, so glaubten auch wir die letztere Form brauchen zu dürfen; denn nicht der Ausdruck, sondern nur der Inhalt des Gesetzes ist es, dem wir zu folgen verpflichtet sind.

Gläubiger zu benachtheiligen, entweder seine Activa scheinbar verringert (Vermögensstücke verheimlicht oder beiseite schafft) oder seine Passiva scheinbar erhöht hat (Schulden oder Rechtsgeschäfte anerkannt oder aufgestellt hat, welche ganz oder theilweise erdichtet waren), Fälle, denen dann noch gewisse betrügliche Handlungen in Beziehung auf die von Kaufleuten zu führenden Handelsbücher gleichgestellt sind. Die Strafe des betrüglichen Bankerotts kann bis zu funfzehn Jahren Zuchthaus aufsteigen. Wegen einfachen Bankerotts andererseits soll (nur mit Gefängniss) bestraft werden, wer seine Zahlungen einstellte, wenn derselbe entweder durch Aufwand, Spiel oder unzulässige Speculationen (das Gesetz nennt Differenzhandel mit Waaren oder Börsenpapieren) übermässige Summen verbraucht hat oder schuldig geworden ist, Fälle, denen wiederum gewisse, nicht in betrüglicher Absicht verübte Handlungen in Beziehung auf die Handelsbücher, sowie in Beziehung auf die von Kaufleuten zu ziehende Vermögensbilanz gleichgestellt sind. Ausserdem ist für strafbar erklärt, wer im Interesse eines Kaufmanns, der seine Zahlungen eingestellt hat, Vermögensstücke desselben verheimlicht oder beiseite geschafft oder in gewinnsüchtiger Absicht erdichtete Forderungen (sei es im eigenen Namen oder durch vorgeschobene Personen gegen ihn geltend gemacht hat; auch dieser Fall soll, ähnlich dem betrüglichen Bankerott selber, mit Zuchthaus bestraft werden. — Aehnlich wie im deutschen und französischen Strafrecht sind die Bankerottfälle auch im englischen Recht behandelt, nur dass hier noch eine Reihe von Fällen hereingezogen sind, welche das französische und das deutsche Recht aus andern Gesichtspunkten (unter anderm als Meineid oder Fälschung) bestrafen, und dass mehrfach nach der Höhe der betreffenden Summe oder Werthgegenstände unterschieden wird, wo das deutsche Gesetz das Nähere dem Ermessen des Richters bei der Strafzumessung überlässt. — Eine fernere Handlung, welche die deutsche Concursordnung

für strafbar erklärt, besteht darin, dass ein Schuldner, der seine Zahlungen einstellte oder über dessen Vermögen das Concursverfahren eröffnet wurde, trotz der Kenntniss seiner Zahlungsunfähigkeit einen seiner Gläubiger vor dem andern begünstigt, indem er ihm eine Befriedigung oder eine Sicherheit gewährt, welche derselbe entweder überhaupt nicht oder doch nicht in der Art oder in der Zeit zu beanspruchen hatte. — Strafbar ist endlich nach demselben Gesetz derjenige Gläubiger, der sich von dem Gemeinschuldner oder von andern Personen besondere Vortheile dafür hat gewähren oder versprechen lassen, dass er bei den Abstimmungen der Concursgläubiger in einem gewissen Sinne stimme. Die Strafe kann auch im letztern Falle bis zu einem Jahr Gefängniss aufsteigen. — Ausdrücklich ist in allen diesen Beziehungen erklärt worden, dass als Subject dieser Handlungen nicht nur der Einzelne für sich allein in Betracht kommt, sondern dass sich dergleichen Handlungen schuldig machen können auch die Mitglieder des Vorstandes einer Actiengesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft, welche ihre Zahlungen eingestellt hat oder über deren Vermögen das Concursverfahren eröffnet worden ist, wenn sie in dieser Eigenschaft gehandelt haben. Hinzugefügt sind noch die Liquidatoren einer eingetragenen Genossenschaft oder Handelsgesellschaft, die ihre Zahlungen einstellte, beziehungsweise über deren Vermögen das Concursverfahren eröffnet wurde.

Eine schliessliche Unterabtheilung der Vergehungen gegen das Vermögen bilden gewisse Gefährdungen vermögensrechtlicher Interessen, welche das deutsche Strafgesetz in verschiedenem Zusammenhang behandelt. Nicht gehört dazu der Zinswucher, der in Deutschland seit dem Jahre 1867, beziehentlich 1872 aufgehört hat, zu den strafbaren Handlungen zu zählen, ebenso wie seine Strafbarkeit in den meisten übrigen modernen Gesetzgebungen aufgehoben ist. Wol aber ist im deutschen Strafgesetzbuch ebenso wie unter anderm in der

französischen Gesetzgebung für strafbar erklärt, wer gewerbsmässige Glücksspiele oder Hazardspiele betreibt, sowie der Inhaber eines öffentlichen Versammlungsortes, welcher Glücksspiele daselbst gestattet oder zur Verheimlichung solcher Spiele mitwirkt. — Es ist ferner für strafbar erklärt, die Ausbeutung von Minderjährigen, nämlich die Handlungsweise desjenigen, der in gewinnsüchtiger Absicht und unter Benutzung des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines Minderjährigen von demselben eidlich oder auf Ehrenwort oder unter ähnlichen Versicherungen sich Zahlungen oder Leistungen versprechen lässt. Vergleiche die entsprechende Bestimmung des französischen Gesetzbuchs (Art. 406), wo die angedrohte Strafe sogar bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe hinaufsteigt, obwol der Thatbestand nach dem französischen Gesetz insofern weiter ist, als dasselbe keineswegs nur von Verpflichtungen auf Ehrenwort u. dgl., sondern überhaupt von Verpflichtungen redet, welche dem Minderjährigen unter Benutzung seiner „*besoins, faiblesses ou passions*“ auferlegt wurden. — Es ist ferner derjenige für strafbar erklärt, der in Beziehung auf einen andern eine unwahre Thatsache behauptet oder verbreitet, welche dessen Credit zu gefährden geeignet ist, ein Fall, den das deutsche Strafgesetzbuch in Verbindung mit der Verleumdung behandelt, die an sich einem ganz andern Kreise strafbarer Handlungen angehört, deren nähere Regelung aber (insbesondere hat dies Bedeutung für den Wahrheitsbeweis) nicht unpassend auch auf jenen Fall für anwendbar erklärt ist. — Erwähnen wir schliesslich noch, dass das deutsche Gesetz auch den Fall als strafbar behandelt, wenn jemand unbefugterweise Sachen an Bord eines Schiffs nimmt, welche die Beschlagnahme oder gar die Einziehung des Schiffs oder der Ladung veranlassen können, so hätten wir im ganzen den Kreis derjenigen Vergehungen gegen das Vermögen erschöpft, welche das deutsche Recht als strafbar behandelt.

Nur die Hehlerei bedarf noch einer Erwähnung,

die wir hier an den Schluss stellen, wegen ihrer Beziehung zu einer grössern Zahl von Vermögensvergehungen, hinsichtlich deren sie eine besondere Art von Begünstigung bildet. Dabei wird nach dem deutschen Gesetzbuch in nicht sehr glücklicher Weise zwischen Hehlerei im engern Sinne und der sogenannten Partirerei unterschieden, wobei sich der Hehlerei im engern Sinne derjenige schuldig macht, der einen Diebstahl oder eine Unterschlagung, einen Raub oder ein dem Raube gleich zu bestrafendes Verbrechen (siehe oben) in eigennütziger Absicht begünstigt, der Partirerei dagegen derjenige, welcher Sachen, die mittels einer strafbaren Handlung erlangt sind, bei sich aufnimmt oder an sich bringt, oder auch zu ihrem Absatz bei andern mitwirkt. Anders das französische und englische Gesetz, welche nur den letztern Fall als selbstständiges Vermögensvergehen behandeln. Dabei sind im deutschen Gesetz besonders hohe Strafen auf die sogenannte gewerbmässige oder gewohnheitsmässige Hehlerei, sowie auf die im Rückfall verübte Hehlerei gesetzt, die mit Zuchthaus bis zu zehn, ja bis zu funfzehn Jahren bestraft werden sollen. Streng ist auch das französische Recht, das denjenigen, der wissentlich Sachen, die durch eine strafbare Handlung erlangt wurden, verbirgt, als Theilnehmer (also nach dem französischen Grundsatz ebenso hoch wie den Thäter) bestraft. Weniger weit geht das französische Gesetz gegenüber dem deutschen insofern, als jenes nur den Fall straft, wenn der Thäter weiss, dass es sich um eine in strafbarer Weise erlangte Sache handelt, während dieses von Sachen spricht, von denen der Thäter weiss oder den Umständen nach annehmen muss, dass sie mittels einer strafbaren Handlung erlangt sind. — Auch das englische Recht begnügt sich, denjenigen zu strafen, der Sachen, von denen er weiss, dass sie aus einer strafbaren Handlung herrühren, bei sich aufnimmt.

DRITTES KAPITEL.

Vergehungen gegen das öffentliche Wohl.

An die Vergehungen gegen die Person und gegen das Vermögen schliessen sich als dritte Gruppe diejenigen an, welche allgemeinere Interessen rechtlich geschützter Art oder, wie man sagen kann, allgemeinere Güter der Rechtsordnung verletzen, ohne gerade gegen den Staat selbst gerichtet zu sein, dessen Verletzung vielmehr den Gegenstand einer vierten Gruppe von Vergehungen bildet. Dabei ist aber hinsichtlich jener dritten Gruppe zweierlei zu bemerken, einmal nämlich, dass es sich hier keineswegs nur um Vergehungen handelt, welche die materiellen Interessen verletzen, vielmehr ebenso gut, um solche Vergehungen, durch welche die idealen Güter des Gemeinwesens, insbesondere Sittlichkeit und Religion, berührt werden, und sodann, dass hier keineswegs lauter Vergehungen in Frage stehen, welche nur das öffentliche Wohl angehen, dass vielmehr eine grössere Zahl von ihnen zugleich eine Schädigung der Person darstellt, die unter Umständen sogar von schwerwiegender Bedeutung ist und die Einreihung der betreffenden Vergehung unter die Vergehungen gegen die Person rechtfertigen würde, wenn nicht der der betreffenden Klasse von Vergehungen zu Grunde liegende Hauptgesichtspunkt auch ihre Stellung beherrscht.

Als erster Gegenstand des öffentlichen Wohls muss aber die öffentliche Sicherheit erscheinen, und zwar ist es zunächst die Sicherheit von Personen und Eigenthum gegen Gefahren allgemeiner Art, sowie die Sicherheit öffentlicher Einrichtungen gegen Gefährdungen und Verletzungen, welche hier in Betracht kommt. Es ergibt sich daraus die Klasse der sogenannten ge-

meingefährlichen Vergehungen, welche im einzelnen einer ziemlich verschiedenen Regelung in der Gesetzgebung unterliegt. Letzteres insofern, als bei den einzelnen hier in Betracht kommenden Thatbeständen entweder das Moment der Gemeingefahr als ein besonders festzustellendes behandelt wird oder der Gesetzgeber diejenigen Objecte aufzählt, deren Verletzung nach seiner Auffassung stets eine Gemeingefahr enthält. Welcher von beiden Wegen der richtige sei, wird sich schwerlich mit allgemeiner Gültigkeit entscheiden lassen, vielmehr wird mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Thatbestände der eine oder der andere Weg als der richtige erscheinen. Während es dem Staate nicht verwehrt sein kann, die Verletzung gewisser Objecte um ihrer Gemeingefährlichkeit ein für allemal unter Strafe zu stellen, wäre dasselbe Verfahren ungerechtfertigt bei denjenigen Objecten, deren Verletzung gemeingefährlich sein kann, dies aber nicht unter allen Umständen zu sein braucht.

Und zwar ist es der erstere Weg, welchen die deutsche wie die meisten ausserdeutschen Gesetzgebungen bei demjenigen Verbrechen einschlägt, welches gewissermassen den Normalfall der gemeingefährlichen Vergehungen bildet, nämlich bei der Brandstiftung, hinsichtlich deren zwar früher mehrfach die Ansicht herrschte, man könne darunter die Anzündung irgend-einer Sache verstehen, welche im einzelnen Falle mit Gemeingefahr verbunden sei, hinsichtlich deren aber jetzt ziemlich allgemein anerkannt wird, dass es besser sei, die rechtswidrige Anzündung gewisser Gegenstände ein für allemal mit Strafe zu bedrohen. Was aber den Kreis dieser Gegenstände betrifft, so werden dahin nach dem deutschen Gesetz in wesentlicher Uebereinstimmung mit dem französischen und englischen Recht einmal die verschiedenen Arten von Gebäuden und gebäudeähnlichen Gegenstände (insbesondere Hütten und Schiffe), sodann Bergwerke und Magazine, ferner Waarenvorräthe, Vorräthe von landwirthschaftlichen Erzeug-

nissen, sowie von Bau- oder Brennmaterialien und Früchte auf dem Felde, und endlich Waldungen und Torfmoore gerechnet, eine Aufzählung, welche das französische Gesetzbuch noch durch die Erwähnung von Wagen, insbesondere von solchen, welche einen Theil eines ganzen Wagenzuges (*convoy*) bilden, erweitert, und welche sich im englischen Recht nur insofern noch etwas mehr casuistisch gestaltet, als hier auch die Strafsätze detaillirter als im deutschen Gesetzbuch durchgeführt werden. Dabei ist die schwierige Frage, ob die Anzündung dieser Objecte unbedingt strafbar sein solle oder nur dann, wenn sie sich im fremden Eigenthum befinden, im deutschen Gesetzbuch dahin beantwortet, dass die Anzündung von Wohngebäuden und ähnlichen Räumlichkeiten unbedingt, die Anzündung der vorhin erwähnten sonstigen Gegenstände aber nur unter der Voraussetzung strafbar sein solle, dass sich der betreffende Gegenstand entweder im fremden Eigenthum befand oder seiner Lage und Beschaffenheit nach geeignet war, einem Wohnhaus oder einer jener ähnlichen Räumlichkeiten das Feuer mitzutheilen. Anders das französische und auch das englische Recht, welche wesentlich übereinstimmend es genügen lassen, dass die Anzündung der eigenen Sache geeignet war, einen andern irgendwie in Schaden zu bringen, eine Regelung, welche sich wol um deswillen nicht empfiehlt, weil damit der Kreis der Brandstiftung weit über den Kreis einer gemeingefährlichen Vergehung ausgedehnt wird. — Die der Brandstiftung gedrohte Strafe kann nach dem deutschen Gesetzbuch theils bis zu funfzehn Jahren, theils nur bis zu zehn Jahren Zuchthaus hinaufsteigen, wogegen das englische Recht bei der Anzündung eines Wohngebäudes bis zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe hinaufgeht und das französische Gesetzbuch für den gleichen Fall unter Umständen selbst Todesstrafe androht. Auch nach dem deutschen Strafgesetzbuch kann aber auf lebenslängliches Zuchthaus erkannt werden, einmal wenn durch den

Brand der Tod eines Menschen verursacht wurde, sodann wenn die That vollführt wurde, um unter dem Schutze derselben gewisse andere Verbrechen (Mord, Raub, Aufruhr) zu begehen, und endlich wenn der Thäter Löschgeräthschaften absichtlich entfernt oder unbrauchbar gemacht hat, Fälle, deren erster unter anderm im frühern preussischen Strafgesetzbuch mit dem Tode bedroht war. — Ausser der vorsätzlichen ist natürlich überall auch die fahrlässige Brandstiftung (oder, falls der Ausdruck Brandstiftung hier nicht zutreffen sollte, Branderregung) mit Strafe bedroht, die aber nach dem deutschen Gesetzbuch nicht höher als bis zu einem Jahre, in einem besondern Falle bis zu drei Jahren Gefängniss hinaufgeht. — Vollendung der Brandstiftung tritt, wie schon nach früherer Lehre, so auch nach dem jetzigen Strafgesetzbuch ein, sobald der betreffende Gegenstand vom Feuer ergriffen wurde, wobei keineswegs nöthig ist, dass eine Flamme zum Ausbruch gelangte oder dass ein grösserer Theil des Gegenstandes vom Feuer ergriffen wurde. Dass nach dem deutschen Gesetzbuch nicht blos Strafmilderung, sondern sogar völlige Straflosigkeit eintreten soll, wenn der Thäter den Brand, bevor derselbe entdeckt und ein weiterer als der durch die blosse Inbrandsetzung bewirkte Schaden entstanden war, wieder gelöscht hat, ist schon oben erwähnt und als bedenklich gerügt worden.

An die Brandstiftung selbst reiht sich nach dem deutschen Strafgesetzbuch die Zerstörung einer Sache durch explodirende Stoffe, die der Inbrandsetzung einer Sache gleichgeachtet, also mit denselben Strafen wie die Brandstiftung bestraft werden soll, vorausgesetzt dass es sich um die früher erwähnten Gegenstände (und nach denselben früher erwähnten Unterscheidungen) handelt. Aehnlich auch hier das französische und das englische Recht, welche insbesondere auch darin mit dem deutschen Gesetz übereinstimmen, dass sie ebenfalls nur die Zerstörung von Gegenständen nennen,

die durch explodirende Stoffe bewirkte unmittelbare Gefährdung von Personen dagegen den gewöhnlichen Grundsätzen über Körperverletzung und Tödtung überlassen, worin in Deutschland vor kurzem aus Anlass des Falles Thomas wol mit Recht eine Lücke erblickt wurde. Nur darin ist das englische Gesetz vollständiger als das deutsche, dass dasselbe mit Recht schon das Anbringen von explosiven Stoffen „in, auf, unter oder nahe bei einem Gebäude“ mit schweren Strafen bedroht, wogegen das deutsche Gesetzbuch für solche und ähnliche Fälle nur ganz geringe Strafdrohungen (in dem Abschnitt von den Uebertretungen) kennt.

Anders dagegen als die Brandstiftung wird im deutschen Strafgesetzbuch die Verursachung einer Ueberschwemmung behandelt, indem hier nicht die Handlung als solche, sondern nur unter der Voraussetzung unter Strafe gestellt wird, dass dadurch eine bestimmte Art von Gefahr entstand, wobei dann wieder unterschieden wird, ob es sich um eine gemeine Gefahr für Menschenleben oder um eine gemeine Gefahr für das Eigenthum handelt. War die Gefahr auf einen Kreis bestimmter Personen oder auf ein einzelnes oder selbst auf mehrere einzelne Grundstücke beschränkt, so können auch nach dem deutschen Strafgesetzbuch nur die Vorschriften über Sachbeschädigung, sowie über Körperverletzung und Tödtung und etwa diejenigen über die Verletzung von Dämmen und Deichen zur Anwendung kommen, Vorschriften, welche im englischen und im französischen Recht auf die Verursachung einer Ueberschwemmung überhaupt als die allein anwendbaren erscheinen, soweit nicht derartige besondere Strafvorschriften, wie das Hineinleiten von Wasser in ein Bergwerk oder die französische Bestimmung gegen Mühlenbesitzer, die das Grundstück eines andern rechtswidrig unter Wasser setzen, zur Anwendung gelangen. Dabei ist im deutschen Gesetzbuch, sofern es sich nur um eine gemeine Gefahr für das Eigenthum handelt, als Milderungsgrund hingestellt, wenn die Absicht des

Thäters nur auf den Schutz seines eigenen Grundstücks gerichtet war. — Fahrlässige Herbeiführung einer Ueberschwemmung soll mit Gefängniss nur bis zu einem, in einem besondern Falle bis zu drei Jahren bestraft werden. — Es versteht sich übrigens von selbst, dass auch das deutsche Strafgesetzbuch daneben noch besondere Bestimmungen über die Verletzung von Wasserbauten und Wasserleitungen aufweist, indem theils die vorsätzliche, theils die fahrlässige Verletzung von „Wasserleitungen, Schleusen, Wehren, Deichen, Dämmen und andern Wasserbauten“ unter Strafe gestellt ist, und zwar unter eine die Bestimmung über gewöhnliche Sachbeschädigung übersteigende Strafe, sofern dadurch eine Gefahr für das Leben oder die Gesundheit anderer herbeigeführt wurde.

Es folgt unter den sogenannten gemeingefährlichen Vergehungen die Verletzung von Verkehrsmitteln, wobei theils schon die Gefährdung gewöhnlicher Wege, theils die den vorhin erwähnten Fällen benachbarte Gefährdung der Schifffahrt, theils die Gefährdung des Eisenbahn- und Telegraphenverkehrs gehören. Und zwar soll die vorsätzliche Beschädigung eines Weges, sowie einer Brücke, einer Fähre oder einer Schutzwehr, sofern dadurch Gefahr für das Leben oder die Gesundheit anderer herbeigeführt wurde, nach dem deutschen Strafgesetzbuch mit Gefängniss und unter Umständen selbst mit Zuchthaus bestraft werden; entsprechend geringer die fahrlässige Verübung. — Als Gefährdungen der Schifffahrt werden im deutschen Gesetzbuch ganz ähnlich wie im englischen Gesetz und in kaum weniger weit getriebener Specialisirung, abgesehen von der schon erwähnten Verletzung von Uferbauten, die Fälle genannt wenn jemand das Fahrwasser in schiffbaren Strömen, Flüssen oder Kanälen stört oder vorsätzlich ein zur Sicherung der Schifffahrt bestimmtes Feuerzeichen oder ein anderes zu diesem Zwecke aufgestelltes Zeichen zerstört, wegschafft oder unbrauchbar macht, oder ein sol-

ches Feuerzeichen auslöscht oder seiner Dienstpflicht zuwider nicht aufstellt, oder ein solches Zeichen, welches geeignet ist, die Schifffahrt unsicher zu machen, aufstellt, insbesondere zur Nachtzeit auf der Strandhöhe ein Feuer anzündet, welches die Schifffahrt zu gefährden geeignet ist; es ist endlich das Stranden- oder Sinkenmachen eines Schiffs unter hohe Strafe gestellt, sofern dabei das Leben eines andern in Gefahr kam. — Auch die Gefährdung des Eisenbahn- und Telegraphenverkehrs ist im deutschen Gesetz sehr casuistisch behandelt, indem hier eine Reihe einzelner Fälle mit Strafe bedroht wird. Und zwar soll derjenige, der vorsätzlich eine Eisenbahnanlage, Beförderungsmittel oder sonstiges Zubehör derselben dergestalt beschädigt oder auf der Fahrbahn durch falsche Zeichen oder Signale oder auf andere Weise solche Hindernisse bereitet, dass dadurch der Transport in Gefahr gesetzt wird, mit Zuchthaus, wer dergleichen fahrlässig verübt, mit Gefängniss bestraft werden. Es soll ferner, wer gegen eine zu öffentlichen Zwecken dienende Telegraphenanstalt Handlungen begeht, welche die Benutzung dieser Anstalt verhindern oder stören, mit Gefängniss bestraft werden, wobei auch hier der entsprechende Unterschied zwischen vorsätzlicher und fahrlässiger Verübung gemacht wird, nur dass hier auch im Falle vorsätzlicher Verübung nur Gefängniss gedroht ist. Hinzugefügt sind besondere Bestimmungen über die Nachlässigkeiten der für den Betrieb und die Beaufsichtigung der Bahn angestellten Personen, sowie gegen die Vorsteher einer Eisenbahn- oder Telegraphenanstalt, welche nicht sofort nach Mittheilung des verurtheilenden Erkenntnisses die Entfernung des Betreffenden aus dem Eisenbahn- oder Telegraphendienste bewirken. — Ganz ähnlich das englische Recht, welches in der Reihe der in den Gesetzen von 1861 behandelten Vergehungen auch die genannten Fälle zusammenstellt, wogegen die französische Gesetzgebung (das französische Strafgesetzbuch ist ja vom Jahre 1810) diese Vergehungen in Special-

gesetzen über den Eisenbahn- und Telegraphenbetrieb abhandelt.

Strafbar ist ferner, wer Brunnen oder Wasserbehälter, welche zum Gebrauche anderer dienen, durch Beimischung gesundheitsgefährlicher Stoffe verdirbt, sowie wer Gegenstände des öffentlichen Verbrauchs oder Gegenstände, welche zum öffentlichen Verkaufe bestimmt sind, in der gleichen Weise behandelt, Bestimmungen, welche durch verschiedene Strafvorschriften mehr polizeilichen Charakters, und zwar theils in dem Abschnitt von den Uebertretungen, theils in besondern Gesetzen und Verordnungen ihre Ergänzung finden. Vergleiche in dieser Beziehung hauptsächlich §. 367, Nr. 7 des deutschen Strafgesetzbuchs, der von dem Feilhalten und Verkaufen verdorbener Esswaaren und Getränke, insbesondere auch von dem Feilhalten und Verkaufen trichinenhaltigen Fleisches handelt. Letzteres ist strafbar, sofern den Thäter irgendeine Verschuldung trifft, und zwar ist diese Verschuldung an sich unabhängig von dem Bestehen einer polizeilichen Vorschrift, welche die Veranstaltung einer sachverständigen Untersuchung des Fleisches vorschreibt; doch wird das Bestehen einer solchen Vorschrift, wie sie in Beziehung auf gewisse Arten von Fleisch und Fleischwaaren jetzt wol überall bestehen, den Beweis der Fahrlässigkeit wesentlich unterstützen. Aehnlich die auswärtige Gesetzgebung, in der hier ebenfalls theils Bestimmungen der Strafgesetzgebung, theils polizeiliche Vorschriften zusammenwirken.

Ebenso ist es mit den Gefährdungen in Beziehung auf ansteckende Krankheiten, welche das deutsche Gesetzbuch in den §§. 327 und 328 behandelt, wonach derjenige, der die Absperrungs- oder Aufsichtsmassregeln, sowie die Einfuhrverbote, welche von der zuständigen Behörde zur Verhütung des Einführens oder Verbreitens einer ansteckenden Krankheit, beziehungsweise von Viehseuchen getroffen worden sind, wissentlich verletzt, mit Gefängniss bis zu einem Jahre bestraft wird.

Strafbar ist ferner, wer bei der Leitung oder Ausführung eines Baues wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst handelt, und zwar dergestalt, dass hieraus für andere Gefahr entsteht; und strafbar ist endlich, wer die mit einer Behörde geschlossenen Lieferungsverträge über Bedürfnisse des Heeres oder der Marine zur Zeit eines Kriegs oder über Lebensmittel zur Abwendung oder Beseitigung eines Nothstandes nicht oder nicht gehörig erfüllt, ein Fall, der sich den früher erwähnten wenigen Fällen anschliesst, in welchen die Nichterfüllung einer Leistung im jetzigen Rechte mit Strafe bedroht ist. Vergleiche in letzterer Beziehung Art. 430 des französischen Gesetzbuchs, der zunächst der entsprechenden Bestimmung des preussischen und mittelbar jener Bestimmung des deutschen Strafgesetzbuchs zum Vorbild gedient hat (übrigens sowol seinem Thatbestande wie seiner Strafe nach nicht soweit geht wie diese).

Nächst den sogenannten gemeingefährlichen Vergehungen sind es sodann die Vergehungen gegen die Sicherheit des rechtlichen Verkehrs, welche hier in Betracht kommen und unter denen hauptsächlich die sogenannten Münzvergehungen, ferner die Vergehungen in Beziehung auf den Eid und endlich die Vergehungen in Beziehung auf Urkunden in Betracht kommen.

Was nun zunächst die Münzvergehungen betrifft, so könnte es naheliegen, dieselben als Verletzungen des Staats zu behandeln, wie denn dieselben in der That im deutschen Strafgesetzbuch wenigstens in der Nachbarschaft der gegen den Staat verübten Vergehungen vorkommen. Dennoch ist es richtiger, sie dem hier befolgten Gesichtspunkt unterzuordnen, da es sich bei ihnen keineswegs ausschliesslich um Fälle handelt, in welchen Rechte des Staats verletzt werden, vielmehr auch um solche Fälle, in denen nur das Interesse des Publikums an der Unversehrtheit der ökonomischen Umlaufsmittel in Betracht kommt. Deutlicher als im englischen Recht tritt dies in der französischen und

in der deutschen Gesetzgebung hervor, welche hinsichtlich der Strafbarkeit die Fälschung von inländischem und ausländischem Geld einander völlig gleichstellen, wogegen im englischen Recht der Höchstbetrag der Strafe in beiden Fällen ein ausserordentlich verschiedener ist. — Keineswegs aber ist es nur das gemünzte Geld, welches hier in Betracht kommt, worauf der immer noch übliche Name der Münzvergehungen hinzuweisen scheint; vielmehr ist in allen neuern Gesetzgebungen ausser der Fälschung von Metallgeld auch diejenige von Papiergeld für strafbar erklärt, wobei nur die Verschiedenheit stattfindet, dass die deutsche Gesetzgebung einfach Metallgeld und Papiergeld als Objecte der Münzvergehungen einander gleichstellt, wogegen die englische und französische Gesetzgebung bei den Münzvergehungen selbst nur das Metallgeld erwähnen, sodann aber besondere Strafbestimmungen auch gegen die Fälschung von Papiergeld enthalten. Fragen wir aber, was unter Metallgeld, beziehungsweise Papiergeld zu verstehen ist, so wird es sich hier um eine Sache handeln, welche vom Staate bestimmt ist, als gesetzliches Zahlungsmittel zu dienen; es werden dahin also nicht Gegenstände gehören, welche blos thatsächlich im Verkehre als Tauschmittel oder Zahlungsmittel benutzt werden, sondern nur Gegenstände, welche das Recht mit dieser Eigenschaft versehen hat. Es wird ferner nöthig sein, dass diese Gegenstände nicht irgend einmal als gesetzliches Zahlungsmittel gegolten haben, sondern dass ihnen noch jetzt diese Eigenschaft beiwohnt. Ausgeschlossen sind also jedenfalls solche Geldstücke, welche von der Gesetzgebung selbst zurückgezogen wurden (denen der Charakter eines gesetzlichen Zahlungsmittels wieder entzogen wurde), und ausgeschlossen sind ferner Geldstücke, welche nur noch als ethnographische oder historische Merkwürdigkeit in Betracht kommen. Selbstverständlich nach dem deutschen Gesetz, ist dieses Erforderniss in andern Gesetzgebungen, wie z. B. der französischen,

ausdrücklich erwähnt worden, indem dieselbe von *monnaies „ayant cours légal en France“* redet. — Nicht viel mehr als eine formelle Verschiedenheit ferner ist es, wenn das deutsche Gesetzbuch auch die Fälschung von Banknoten und ähnlichen sogenannten Inhaberpapieren völlig der Münzfälschung gleichstellt, wogegen nach andern Gesetzgebungen in dieser Beziehung die Bestimmungen über Urkundenfälschung in Betracht kommen. Vergleiche in dieser Beziehung §. 149 des deutschen Strafgesetzbuchs, wo gesagt ist, dass dem Papiergeld gleichgeachtet werden die auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen, Banknoten, Actien oder deren Stelle vertretenden Interimsscheine oder Quittungen, sowie die zu diesen Papieren gehörenden Scheine, mögen diese Papiere von dem Deutschen Reich oder einem der deutschen Einzelstaaten, von einem fremden Staate oder von einer hierzu berechtigten Corporation oder einzelnen Person ausgegangen sein. Völlig correct freilich wird es nicht genannt werden können, dass solche Papiere einem vom Staate ausgehenden Zahlungsmittel hinsichtlich des ihnen ertheilten strafrechtlichen Schutzes durchaus gleichgestellt sein sollen.

71. Hinsichtlich der einzelnen Handlungen nun, deren Strafbarkeit hier in Betracht kommt, finden wir wieder, dass das englische Gesetz (es ist auch hier eines der Gesetze von 1861 zu bemerken) dieselbe in höchst casuistischer Weise behandelt (es sind in jenem Gesetze von 1861 nicht weniger als 43 Artikel enthalten), wogegen die französische und die deutsche Gesetzgebung sich auch in dieser Beziehung viel einfacher verhalten. — Strafbar ist nach allen Gesetzen zunächst die eigentliche Münzfälschung selbst, wohin sowol der Fall gehört, wenn jemand unechte Stücke herstellt, als auch der Fall, wenn jemand echten Stücken den Schein eines höhern Werthes verleiht, wozu das deutsche Gesetz ausdrücklich auch noch den Fall hinzufügt, wenn jemand sogenanntem verrufenen Gelde durch Veränderung an demselben das Ansehen noch geltender Stücke verleiht,

ein Fall, der begreiflich der ersterwähnten Klasse von Fällen angehört. Nicht unterschieden wird dabei im deutschen und französischen Rechte, wie schon erwähnt wurde, ob es sich um inländisches oder ausländisches Geld handelt, während das englische Gesetz die Fälschung von inländischem Geld im Höchstbetrag mit lebenslänglicher, die von ausländischem Geld nur mit siebenjähriger, Freiheitsstrafe bestraft. Nicht unterschieden wird ferner im deutschen Gesetz danach, ob eine Goldmünze, eine Silbermünze oder eine Münze aus geringerm Metall, insbesondere aus Kupfer gefälscht wurde, während das englische Gesetz und hierin übereinstimmend auch das französische gerade auch auf diesen Unterschied einen erheblichen Unterschied der Strafe begründen. Es ist also nach dem deutschen Gesetz nur Sache der Strafzumessung, diesem Unterschied die erforderliche Berücksichtigung zutheil werden zu lassen. Auf welche Art die Fälschung hergestellt wurde, ist ebenfalls für den Thatbestand gleichgültig, und auch der Grad der Aehnlichkeit, welcher dem gefälschten Erzeugniss gegeben wurde, kann nur bei der Strafzumessung in Betracht kommen; auch ziemlich rohe Versuche der Nachahmung werden noch als Fälschung gestraft werden müssen (das englische Gesetz spricht von Stücken „*resembling or apparently intended to resemble or pass for any of the queen's current coin*“), und nur da wird der Begriff der Münzfälschung fern zu halten sein und vielmehr der des Betrugs Anwendung finden, wo überhaupt keine Nachahmung im eigentlichen Sinne vorliegt, vielmehr nur unter ganz aussergewöhnlichen Umständen die Täuschung einer einzelnen Person mit dem betreffenden Stücke versucht wurde. Dass die Absicht des Thäters darauf gerichtet sein müsse, das gefälschte Geld auszugeben, ist im deutschen Gesetzbuch ausdrücklich bemerkt, welches in dieser Beziehung den nicht ganz genauen Ausdruck „Absicht, das nachgemachte Geld als echtes zu gebrauchen oder sonst in Verkehr zu bringen“, gebraucht. Vollendet

ist die Münzfälschung nicht erst, wie einige andere Arten der Fälschung, mit dem Gebrauchmachen von dem gefälschten Erzeugniss, vielmehr, und zwar übereinstimmend nach dem englischen, dem französischen und dem deutschen Gesetz, mit der fälschenden Handlung als solcher, eine Regelung, welche insofern eine gewisse Gefahr in sich schliesst, als es sich danach unter Umständen nur nach der Willensbestimmung des Thäters richtet, ob eine und dieselbe Handlung als blosse Vorbereitungshandlung oder schon als vollendetes Verbrechen erscheint, eine Regelung, die aber augenscheinlich zur Erhöhung des strafrechtlichen Schutzes des hier in Rede stehenden Verkehrsmittels beiträgt. Andererseits ist aber auch strafbar das Gebrauchmachen von dem gefälschten Objecte als solches, in welcher Beziehung das englische Gesetz von „*buy, sell, pay or put off*“ spricht, das französische Gesetz eine jede Art von „*émission*“ oder „*exposition*“ der gefälschten Stücke erwähnt und das deutsche Gesetz die Fälle unterscheidet, dass der Thäter ein von ihm selbst hergestelltes (aber ohne die für die Münzfälschung wesentliche Absicht hergestelltes) Stück ausgibt, und dass jemand sich von andern gefälschte Stücke verschafft und in Verkehr bringt. Dabei ist in allen drei Gesetzgebungen dem Inverkehrbringen selbst um seiner besondern Gefährlichkeit willen der Fall gleichgestellt, dass jemand gefälschtes Geld aus dem Auslande einführt oder, wie die englische Gesetzgebung es ausdrückt, „*importet into the united kingdom from beyond the sea*“. Eigenthümlich aber ist dem englischen Recht, dass nicht blos das Ausgeben, sondern auch schon das wissentliche Empfangen oder Sichgebenlassen von gefälschtem Gelde für strafbar erklärt ist, welches nach dem deutschen Gesetz strafbar wird nur, sofern das Wiederausgeben hinzutritt. Ebenso hat sich die deutsche Gesetzgebung bisjetzt nicht entschlossen, schon den Besitz falschen Geldes für strafbar zu erklären, der im englischen Recht mit Freiheitsstrafe bis zu drei

Jahren bestraft wird (freilich nur unter der Voraussetzung, dass die Absicht des Ausgebens dabei vorlag). Eine besondere Berücksichtigung des Falles, dass jemand falsches Geld als echtes empfing und nach erkannter Unechtheit es als echtes in Verkehr bringt, ist im englischen Gesetz nicht vorhanden, wie dasselbe sich überhaupt gerade bei dieser Art von Vergehungen durch besondere Strenge auszeichnet. — Letztere zeigt sich denn auch in der Behandlung derjenigen Münzvergehen, welche noch ausser den genannten bestraft werden, nämlich der Werthverringering von Metallgeld nebst dem Inverkehrbringen verringerter Münzen und dem Besitze der zur Verübung von Münzvergehungen dienlichen Werkzeuge. Während nämlich das deutsche Gesetz denjenigen, der echte Metallgeldstücke durch Beschneiden, Abfeilen oder auf andere Art verringert, nur unter der Voraussetzung straft, dass er die verringerten Münzen auch wirklich als vollgültig in Verkehr bringt, und auch in diesem Falle nur Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren verhängt, soll nach englischem Recht schon die Verringerung als solche strafbar sein (unter der Voraussetzung, dass die verringerte Münze als vollwichtige ausgegeben werden sollte) und die Strafe bis zu vierzehn Jahren hinaufsteigen. Es ist ferner schon der Besitz des durch Abfeilen oder Auflösung gewonnenen Productes für strafbar erklärt, und was endlich den Besitz von Werkzeugen betrifft, so ist nach dem deutschen Gesetz nur der Besitz (beziehungsweise die Anschaffung oder Anfertigung) solcher Werkzeuge strafbar, welche zur Ausführung einer Münzfälschung zu dienen bestimmt waren, wogegen das englische Gesetz auch diejenigen Werkzeuge hereinzieht, welche zu der erwähnten Münzverringering dienen sollten. Der Unterschied der Strafe ferner ist in diesem Falle noch grösser, als in dem vorhin erwähnten, indem nämlich das deutsche Gesetz Gefängniss bis zu zwei Jahren, das englische Recht dagegen im Höchstbetrage sogar lebenslängliche Freiheitsstrafe androht,

eine Weite des Strafmasses, bei der sich die Frage erhebt, ob es sich denn überhaupt noch lohnt, Unterschiede in der Strafbarkeit der einzelnen Vergehungen zu machen.

Als zweite Klasse der gegen die Sicherheit des rechtlichen Verkehrs gerichteten Vergehungen müssen diejenigen erscheinen, welche in einer Verletzung der Pflicht zur Wahrheit bestehen, soweit eine solche in Beziehung auf rechtliche Dinge besteht. Lügen im Privatverkehr sind allerdings nur insofern strafbar, als sie das Mittel bilden zur Verübung eines Betrugs; wer aber vom Staate selbst aufgerufen wurde, über irgendeine rechtlich bedeutsame Thatsache eine Aussage zu erstatten, macht sich durch die blosse Unwahrheit seiner Aussage strafbar. Dies freilich nach den meisten bestehenden Gesetzen, nur in beschränkter Weise, indem nämlich nach den meisten Gesetzen nicht schon die unwahre Aussage an sich, sondern erst die in feierlicher Form erstattete unwahre Aussage bestraft wird. So insbesondere auch nach dem Strafgesetzbuch des Deutschen Reichs, welches aber in dieser Beziehung ergänzende Bestimmungen seitens der Landesgesetze nicht ausschliesst. Wenigstens scheint uns nicht erwiesen, dass die deutsche Reichsgesetzgebung, indem sie den Meineid und die falsche eidesstattliche Versicherung unter Strafe stellte, damit stillschweigend die Straflosigkeit anderer falscher Aussagen als ihrem Willen entsprechend habe hinstellen wollen. Entschieden nur die beeidigte falsche Aussage straft das französische Recht und die meisten übrigen ausländischen Gesetze, wogegen das englische Recht durch gewisse in die Hand der Gerichte gelegte allgemeinere Befugnisse die Möglichkeit zu bieten scheint, auch die unbeeidigte falsche Aussage unter Umständen zu strafen. Eine ausdrückliche Strafbestimmung auch gegen nicht-beeidigte falsche Zeugenaussagen enthält der neue österreichische Entwurf, der in dieser Beziehung Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren verhängt.

Die Hauptvergehung, welche danach hier in Betracht kommt, ist der Meineid, d. h. die Vergehung desjenigen, der einen ihm von einer öffentlichen Behörde auferlegten oder nachgelassenen Eid falsch schwört, ein Thatbestand, der aber auch im deutschen Gesetzbuch des Nähern specialisirt wird, nämlich in der Art, dass die einzelnen Arten von Eiden, welche hier in Betracht kommen sollen, besonders genannt werden. Dahin gehört zunächst der Parteieneid im Civilprocess, und zwar sowol der sogenannte zugeschobene und zurückgeschobene, wie der vom Richter auferlegte Eid, hierher gehören ferner (wie im Sinne des Gesetzes anzunehmen ist) auferlegte Eide überhaupt, hierhin gehört endlich der Zeugen- und Sachverständigeneid, mag derselbe im Civil- oder im Strafprocess oder in irgendeinem sonstigen rechtsgültigen Verfahren abgeleistet werden. Dabei wird zum falschen Zeugen- und Sachverständigeneide auch der Fall gerechnet, wenn jemand als Zeuge oder Sachverständiger auf die Angabe der Wahrheit vereidet ist und diese Verpflichtung durch eine falsche Aussage verletzt, ein Fall, der an sich nicht zu den Fällen des Meineides selber, sondern zu den Fällen des Eidesbruchs (Bruch eines eidlichen Versprechens) gehören würde, der aber wegen seiner so nahen Verwandtschaft mit den andern Fällen der gleichen Strafbestimmung wie sie unterstellt wird. Die Strafe des Meineides in allen diesen Fällen ist nach dem deutschen Gesetz Zuchthaus, und zwar bis zu zehn Jahren; ist das falsche Zeugniß oder Gutachten in einer Strafsache und zwar zum Nachtheil des Angeschuldigten abgegeben und dieser zu einer schweren Strafe verurtheilt worden (das Gesetz nennt Todesstrafe, Zuchthaus und sonstige Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren), so soll Zuchthausstrafe bis zu funfzehn Jahren und nicht unter drei Jahren verhängt werden. Der im ältern deutschen Recht in diesem letztern Fall eintretende Grundsatz der Talion, wonach der Thäter die gleiche Strafe leiden sollte, in welche er den andern gebracht hat (beziehungsweise

in die er ihn hatte bringen wollen), ist also in der geltenden deutschen Gesetzgebung verlassen. Anders noch das französische Gesetz, welches in diesem Falle dem Thäter, falls der Angeschuldigte in eine die Strafe des sonstigen Meineides übersteigende Strafe verurtheilt wurde, die gleiche Strafe androht. Der Ableistung eines Eides wird nach dem deutschen Gesetze gleichgeachtet, wenn ein Mitglied einer Religionsgemeinschaft, welcher das Gesetz (wohlgemerkt, das Gesetz) den Gebrauch gewisser Betheuerungsformeln an Stelle des Eides gestattet, eine Erklärung unter Anwendung dieser Formel abgibt*; ferner die Berufung auf den seitens eines Zeugen oder Sachverständigen bereits früher in derselben Angelegenheit geleisteten Eid, sowie die Berufung eines Sachverständigen auf den von ihm als solcher ein für alle mal geleisteten Eid und endlich die amtliche Versicherung eines Beamten unter Berufung auf seinen Diensteid, welcher letztern Art der Versicherung übrigens nach den jüngst zu Stande gekommenen deutschen Processgesetzen fernerhin nur noch ein beschränktes Gebiet der Anwendung verbleibt. — Ausser dem Meineide selbst ist nach dem deutschen Gesetz (wenn auch in geringerem Grade) auch die falsche Versicherung an Eides statt strafbar, sofern dieselbe vor einer zur Abnahme einer solchen Versicherung zuständigen Behörde abgegeben wurde, und dem entsprechend auch die unter Berufung auf eine solche Versicherung abgegebene falsche Aussage. In beiden Fällen soll es ein erheblicher Milderungsgrund sein, wenn die Angabe

* Ein im deutschen Reichstag gestellter Antrag, in der Eidesformel die Anrufung Gottes zu beseitigen (sodass der Eid ebenso wie im französischen Recht auf die Worte „ich schwöre es“ beschränkt wäre), ist von der Mehrheit abgelehnt worden. Ein anderes Ergebniss wäre vielleicht eingetreten, wenn der Antrag dahin gegangen wäre, es in das Ermessen des Einzelnen zu stellen, ob er statt der Anrufung Gottes sich jener einfachen Formel bedienen wolle.

der Wahrheit gegen den Schwörenden selbst eine strafrechtliche Verfolgung hätte nach sich ziehen können, sowie wenn die falsche Aussage zu Gunsten einer Person erfolgte, rücksichtlich welcher der Aussagende die Aussage hätte ablehnen dürfen, sofern er über sein Recht, die Aussage ablehnen zu dürfen, nicht belehrt worden war. Gleiche Strafermässigung soll (wie schon in einem andern Zusammenhange erwähnt wurde) eintreten, wenn der Thäter, bevor eine Anzeige gegen ihn erfolgte oder eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet wurde und bevor ein Rechtsnachtheil für einen andern aus der falschen Aussage entstand, diese widerruft, und zwar bei derselben Behörde, bei welcher die Aussage erfolgte. In beiden Fällen soll ferner ausser der vorsätzlichen in geringerem Grade auch die fahrlässige Verübung bestraft werden oder, sofern man den Ausdruck „fahrlässiger Meineid“ nicht für sprachlich genau halten sollte: es soll ausser dem Meineide und der vorsichtlich falschen Versicherung an Eidesstatt auch die fahrlässige falsche eidliche, beziehungsweise eidesstattliche Versicherung bestraft werden. Keineswegs ist dies so nach dem englischen und nach französischem Recht, sowie nach den meisten übrigen ausländischen Gesetzen, welche, ebenso wie das frühere deutsche Recht, nur den wissentlichen oder vorsätzlichen falschen Eid für strafbar erklären, und auch in Deutschland ist die Angemessenheit jener Bestimmung starken Bedenken unterzogen worden; doch wird man es als einen Vorzug der deutschen Gesetzgebung anzusehen haben, dass dieselbe nicht verschmäht, die bei andern Vergehungen auch von ihr noch vielfach vernachlässigte Fahrlässigkeit auf diesem Punkte zu berücksichtigen.

Eine sehr wichtige Bestimmung der deutschen Gesetzgebung (eine Bestimmung übrigens, mit welcher dieselbe nicht allein steht, die sich vielmehr in ähnlicher Weise auch in nichtdeutschen, unter anderm in der französischen Gesetzgebung findet) ist die, dass schon die Verleitung zum Meineid und nicht nur diese (die nach

den nunmehr aufgenommenen Bestimmungen über die Anstiftung schon ohnedies strafbar sein würde), sondern auch die Verleitung zum falschen (nur thatsächlich falschen) Eide mit Gefängniss bestraft wird, ebenso die Verleitung zu einer wissentlich (beziehungsweise nur thatsächlich) falschen Versicherung an Eidesstatt. Auch die Verleitung jemandes, der seinerseits völlig guten Glaubens sein sollte, ist als ein strafbares Unternehmen gegen die Eideseinrichtung als solche zu erachten.

Wie schon oben bemerkt wurde, ist endlich auch der sogenannte Eidesbruch oder der Bruch eines eidlich gegebenen Versprechens (noch abgesehen von dem schon erwähnten Falle eines promissorischen Zeugen- und Sachverständigeneides) in gewissen besondern Fällen für strafbar erklärt, in den Fällen nämlich, in welchen in der deutschen Gesetzgebung ein eidliches Versprechen überhaupt vorkommt; in welcher Beziehung das Gesetz selbst die durch eidliches Angelöbniss vor Gericht bestellte Sicherheit nennt, sowie das in einem sogenannten Offenbarungseide gegebene Versprechen.

Bei jeder Verurtheilung wegen Meineides, ausser wenn die früher erwähnten Milderungsgründe zutreffen, soll auch nach dem deutschen Gesetz (obwol dasselbe in sonstigen Fällen dies dem richterlichen Ermessen überlässt) unbedingt auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Ausserdem ist die Unfähigkeit des Verurtheilten auszusprechen, künftighin als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden.

Eine dritte Klasse der gegen die Sicherheit des rechtlichen Verkehrs gerichteten Vergehungen besteht in denjenigen Handlungen, welche sich gegen die Unversehrtheit beweiserheblicher Gegenstände richten, in welcher Beziehung hauptsächlich die rechtswidrigen Handlungen in Beziehung auf Urkunden und unter diesen wiederum hauptsächlich die Urkundenfälschung in Betracht kommt. Auch in diesem Abschnitte sind die

Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuchs verhältnissmässig einfach, und zwar nicht nur im Vergleich mit dem englischen Recht, dessen Forgeryacte von 1861 eine Reihe von 56 Artikeln umfasst, sondern auch im Vergleich mit dem französischen Gesetzbuch, das wenigstens hinsichtlich der Fälschung öffentlicher Urkunden und hinsichtlich der sogenannten intellectuellen Urkundenfälschung ziemlich mannichfaltige Bestimmungen aufweist, übrigens in manchen Beziehungen von sachlichem Einfluss auf die deutsche Behandlung der Urkundenvergehungen gewesen ist.

Dabei ist grossen Schwankungen ebenso wie nach andern, so auch nach der deutschen Gesetzgebung der Begriff der Urkunde unterworfen, indem es sich nämlich fragt, ob dahin alle diejenigen Gegenstände gehören, aus denen (und sofern aus ihnen) auf irgendeine Thatsache geschlossen werden kann oder nur diejenigen, *a)* aus denen auf eine rechtlich erhebliche Thatsache geschlossen werden kann, beziehungsweise *b)* welche zum Beweise der betreffenden Thatsache bestimmt sind. Sieht man aber die Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuchs näher an, so wird es zweifellos, dass dasselbe bei dem Begriffe der Urkunde auf die rechtliche Erheblichkeit der darin bekundeten Thatsache keinen Werth legte, dass aber andererseits im Sinne des deutschen Gesetzbuchs daran wird festgehalten werden müssen, dass der betreffende Gegenstand in irgendeiner Art zum Beweise einer Thatsache bestimmt war. Ersteres ergibt sich daraus, dass eine Fälschung von Privaturkunden nach dem deutschen Gesetzbuch nur dann strafbar sein soll, wenn die betreffende Urkunde zum Beweise von Rechten oder Rechtsverhältnissen von Erheblichkeit war, woraus folgt, dass diese letztere Eigenschaft nicht zu dem Begriffe der Urkunde gehören kann und dass mithin (eine sehr wesentliche praktische Folge) eine Fälschung oder Unterdrückung öffentlicher Aktenstücke (vgl. den Fall Arnim) strafbar ist, auch wenn nicht gerade nachge-

wiesen werden kann, dass der Inhalt des betreffenden Actenstücks von rechtlicher Erheblichkeit war. An dem zweiten Erforderniss aber wird um deswillen festgehalten werden müssen, weil sonst jegliche Besonderheit des Begriffs der Urkunde aufhören und sie in keiner Weise von einem Gegenstande, aus dessen Beschaffenheit nur ein Indicium für eine Thatsache entnommen werden kann, unterschieden sein würde. Dabei darf es aber mit diesem letztern Erforderniss andererseits nicht zu streng genommen werden, vielmehr wird es genügen, wenn derjenige, von dem die betreffende Notiz ausging (z. B. bei der Niederschrift eines Briefs), sich auch nur bewusst war, dass dieselbe eintretenden Falles zum Beweise des darin Bekundeten werde benutzt werden können. Dass die Urkunde übrigens ein Schriftstück sei, ist nach dem deutschen Strafgesetzbuch nicht unumgänglich, vielmehr werden auch Zeichen, die an irgendeinem Gegenstande angebracht wurden, genügen, wenn sie bestimmt sind eine Thatsache zu erweisen; noch weniger ist erforderlich, dass die Urkunde auf Papier oder dergleichen geschrieben sei.

Strafbar ist nun in Beziehung auf Urkunden zunächst die Fälschung, wohin, wie bei der Münzfälschung, sowohl die Anfertigung einer unechten, wie die Verfälschung einer echten Urkunde zu rechnen ist. Beides soll, wie schon bemerkt wurde, wenn es sich um eine sogenannte öffentliche Urkunde handelt, unbedingt, wenn es sich um eine sogenannte Privaturkunde handelt, nur dann strafbar sein, wenn die Urkunde zum Beweise von Rechten oder Rechtsverhältnissen von Erheblichkeit war. Dabei ist der Begriff der öffentlichen Urkunde dahin zu bestimmen, dass dahin alle diejenigen Urkunden gehören, welche von einer öffentlichen Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Amtsbefugnisse oder von einer mit der Befugnis zu öffentlichen Beglaubigungen versehenen Person innerhalb des ihr zugewiesenen Geschäftskreises aufgenommen wurden. Dass hinsichtlich der

Verfälschung nicht eine jede Abänderung an dem Texte der Urkunde, welche jemand rechtswidrig vornimmt, genügt, vielmehr nur eine solche, welche einen irgendwie wesentlichen Theil des Inhalts der Urkunde betrifft, bedarf wol kaum der Erwähnung. Hinsichtlich der Absicht des Thäters ist übereinstimmend nach dem deutschen, wie nach dem französischen und englischen Rechte nur erforderlich, dass der Thäter sich bewusst war, die Urkunde in ihrer Bedeutung als Urkunde zu verletzen; dass seine Absicht darauf gerichtet war, sich oder einem andern einen Vermögensvortheil zu verschaffen oder einem andern Schaden zuzufügen, ist nicht wesentlich, wol aber soll in diesen Fällen nach der Vorschrift des deutschen Gesetzbuchs eine höhere Strafe eintreten. Abweichende Bestimmungen aber treffen die genannten Gesetzgebungen über die Vollendung. Während nämlich sowol nach dem englischen wie nach dem französischen Recht die Urkundenfälschung vollendet sein soll schon mit der Fälschung als solcher, wird vom deutschen Gesetze (abweichend von der Münzfälschung) die Vollendung erst in das Gebrauchmachen von der gefälschten Urkunde gesetzt, offenbar indem man annimmt, dass hier in der fälschenden Handlung der rechtswidrige Wille noch nicht mit der erforderlichen Bestimmtheit hervortritt. Andererseits ist in allen diesen Gesetzgebungen natürlich auch das Gebrauchmachen als solches unter Strafe gestellt, sei es, dass dasselbe von demjenigen, der die Urkunde herstellte, beziehungsweise fälschte (vielleicht in nicht rechtswidriger Absicht), oder von einem andern verübt wurde.

Die Strafe der Urkundenfälschung ist nach dem deutschen Gesetze in allen Fällen nur zeitliche, nicht etwa lebenslängliche Freiheitsstrafe, welche letztere das englische Recht auch hier in einer grossen Zahl von Fällen zu verhängen für nöthig erachtet. Es soll die einfache Urkundenfälschung nach dem deutschen Gesetz sogar nur mit Gefängniss und nur die vorhin erwähn-

ten schwerern Fälle (und auch diese nur der Regel nach) mit Zuchthausstrafe bestraft werden; die höchste Strafe der Urkundenfälschung ist nach dem deutschen Gesetz zehn Jahre Zuchthaus.

Eine ausdrückliche Bestimmung ist im deutschen Strafgesetzbuch noch für den Fall enthalten, wenn jemand einem mit der Unterschrift eines andern versehenen Papiere ohne dessen Willen oder dessen Anordnung zuwider durch Ausfüllung desselben einen urkundlichen Inhalt gibt, ein Fall, der nicht unter allen Umständen als Urkundenfälschung strafbar sein würde und den das französische Gesetz in dem von *abus de confiance* handelnden Abschnitt behandelt.

Von der Urkundenfälschung verschieden ist ferner der Fall, den man nach dem Vorgange des französischen Strafrechts wol als intellectuelle Urkundenfälschung bezeichnet, der Fall nämlich, wenn jemand auf irgendeine Weise bewirkt, dass rechtlich erhebliche Thatsachen in öffentlichen Eintragungen als geschehen beurkundet werden, während sie überhaupt nicht oder in anderer Weise geschehen sind. Es soll hier nach dem deutschen Gesetz Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten oder auch blosse Geldstrafe, war aber die Absicht des Thäters darauf gerichtet, sich oder einem andern einen Vermögensvortheil zu verschaffen, oder einem andern Schaden zuzufügen, der Regel nach Zuchthausstrafe und zwar bis zu zehn Jahren eintreten. Auch hier ist das Gebrauchmachen von der falschen Eintragung unter eine selbstständige Strafbestimmung gestellt. Ueber die Strafbarkeit des Beamten, der eine falsche Eintragung vornimmt, siehe unten bei den Amtsvergehungen, bei welchen auch das deutsche Gesetzbuch mit Recht diesen Fall behandelt, wogegen das französische Recht ihn mit den Fälschungen zusammenstellt, und auch das englische Recht ihn (oder doch bestimmte Unterarten desselben) in der Forgeryacte behandelt.

Ausser der Urkundenfälschung ist ferner auch strafbar die Beschädigung oder Vernichtung einer fremden

Urkunde, sowie die Unterdrückung einer solchen, nach dem deutschen Gesetz, sofern dieselbe in der Absicht der Benachtheiligung eines andern verübt wird, ein Fall, mit welchem das deutsche Gesetzbuch den Fall der sogenannten Grenzfälschung, sowie den Fall der Fälschung eines zur Bezeichnung eines Wasserstandes bestimmten Merkmals verbindet.

Es ist ferner ähnlich wie im französischen so auch im deutschen Strafgesetzbuch unter besondere Strafe gestellt die Fälschung von Stempelpapier und Freimarken, nebst der rechtswidrigen Verwendung schon gebrauchter Gegenstände dieser Art, sowie unrichtige Ausstellung und Benutzung gewisser Atteste.

Es gehört ferner in diesen Zusammenhang auch die Fälschung von Waarenbezeichnungen, sowie die Führung von falschem Mass und Gewicht, welche das deutsche Recht theils im Strafgesetzbuch selbst, theils in besondern Gesetzen behandelt. Vergleiche in ersterer Beziehung das deutsche Gesetz über den sogenannten Markenschutz vom Jahr 1874, wonach derjenige, welcher Waaren oder deren Verpackung wissentlich mit einem nach Massgabe dieses Gesetzes zu schützenden (d. h. in die amtlichen Listen eingetragenen) Waarenzeichen oder mit dem Namen oder der Firma eines inländischen Producenten oder Handelstreibenden widerrechtlich bezeichnet oder wissentlich von einer derartig bezeichneten Waare Gebrauch macht, mit Geldstrafe oder mit Gefängniss bis zu sechs Monaten bestraft wird. Den inländischen Producenten und Handelstreibenden sind dabei die ausländischen gleichgestellt, sofern in deren Heimatsstaat dem Deutschen Reiche nach veröffentlichten Staatsverträgen oder nach den dort bestehenden Gesetzen in dieser Beziehung die Gegenseitigkeit verbürgt ist, wie denn insbesondere derartige vertragsmässige Bestimmungen in sämtlichen Handelsverträgen der neuern Zeit vorkommen.

Die letzte Klasse unter den Vergehungen gegen die öffentliche Sicherheit wird endlich durch diejenigen Handlungen gebildet, welche eine Verletzung des öffentlichen Friedens enthalten, und wohin das deutsche Strafrecht theils den sogenannten Landfriedensbruch, theils den sogenannten Landzwang, theils eine Anzahl geringerer Vergehungen zählt, welche möglicherweise einen politischen Charakter tragen, ohne aber darum als Vergehungen gegen den Staat bezeichnet werden zu können.

Was nun zunächst den sogenannten Landfriedensbruch betrifft, so ist der Begriff desselben, nachdem er im frühern deutschen Rechte ausserordentlich geschwankt hatte, dahin bestimmt, dass Landfriedensbruch begeht, wer sich an der öffentlichen Zusammenrottung einer Menge betheiligt, die mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewaltthätigkeiten begeht. Es ist also nicht nöthig, was im ältern deutschen Rechte überwiegend gefordert wurde, dass der, beziehungsweise die Thäter mit Waffen versehen waren, es ist aber andererseits die Verübung seitens einer grössern Zahl von Personen als wesentlich hingestellt worden. Es ist ferner der Begriff des Landfriedensbruchs genau abgegrenzt von dem Begriffe des Aufruhrs, der seinerseits vorliegt, wenn seitens einer zusammengerotteten Menge Gewalt gegen die Organe der Staatsgewalt geübt wird; wie leicht beide ineinander übergehen, ist einleuchtend, doch müssen beide Begriffe gerade darum bestimmt voneinander getrennt werden. Keinen besondern Begriff dieser Art kennt das französische Recht, welches (ebenso, wie, ihm folgend, das bisherige preussische Strafrecht) sich begnügt, die seitens einer Menge verübte Sachbeschädigung als schwere Art der Sachbeschädigung zu strafen (übrigens den Begriff des Aufruhrs so weit fasst, dass gewisse schwerere Fälle des Landfriedensbruchs, insbesondere die Verwüstung einer ganzen Ortschaft, als Aufruhr bestraft werden können). Anders das englische Recht, welches einerseits ebenfalls die seitens

einer Menge verübten Zerstörungen unter den Eigenthumsvergehen erwähnt, andererseits aber den Begriff des *riot* kennt, wenn nämlich drei oder mehrere Personen rechtswidrige Gewaltthätigkeiten gegen fremde Sachen oder Personen begehen. — Die Zahl der Personen, welche nach deutschem Strafrecht verlangt wird, ist dem richterlichen Ermessen überlassen, wogegen einige frühere Gesetze ebenfalls eine bestimmte Zahl, einige zehn, andere drei Personen verlangt hatten. Strafbar ist, wer sich an der Zusammenrottung theiligt, ohne dass er selbst Gewaltthätigkeiten verübt zu haben braucht, wobei aber die Bestimmung des französischen Rechts nicht aufgenommen ist, dass nur derjenige straflos sein soll, welcher nachweist, dass er ohne sein Verschulden hineingezogen wurde, nach deutschem Gesetze vielmehr in dieser Beziehung nur das pflichtmässige Ermessen des Richters entscheidet. Die Strafe des Landfriedensbruchs ist an sich nur Gefängniss; doch sollen die sogenannten Rädelsführer (das französische Gesetzbuch spricht von *chefs, instigateurs* und *provocateurs*) der Regel nach mit Zuchthausstrafe bestraft werden.

Die zweite hier zu erwähnende Vergehung ist die Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens, die mit einem dem ältern deutschen Rechte entstammenden Ausdruck auch wol als Landzwang bezeichnet wird, obwol auch dieser Begriff im frühern Rechte ein sehr schwankender war und jedenfalls nur theilweise mit dem jetzigen Thatbestande zusammenfiel. Hat jemand durch Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens (der häufigste Fall wird Bedrohung mit Brandstiftung sein) den öffentlichen Frieden gestört, so soll dies schwerer bestraft werden, als die Bedrohung jemandes mit sonstigen Verbrechen, wie denn auch das französische und das englische Strafrecht derartige weitergehende Bestimmungen enthalten. Insbesondere kann nach englischem Rechte die Zusendung eines Brandbriefs mit Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren bestraft

werden. Auch hier muss die grössere Strenge des englischen gegenüber dem deutschen Strafrechte auffallen, welches letztere sich mit einer Freiheitsstrafe von höchstens einem Jahre begnügt.

Die sonstigen Vergehungen, welche eine Verletzung des öffentlichen Friedens enthalten und nach dem deutschen Rechte bestraft werden, können hier nur in Kürze erwähnt werden. Es gehört dahin die unbefugte Ansammlung von Streitkräften (Bildung bewaffneter Haufen und Betheiligung an denselben), die, wenn in hochverrätherischer Absicht verübt, viel schwerer bestraft wird (vgl. das deutsche Strafgesetzbuch, §. 84), die aber auch ohne Feststellung einer solchen Absicht mit Gefängniss bis zu zwei Jahren bestraft werden soll. Es gehören dahin ferner zwei Vergehungen, welche in den politischen Kämpfen der Gegenwart eine grosse Rolle spielen und deren Bestrafung vielfach angefochten wurde, neuerdings aber immer allgemeiner als gerechtfertigt und angemessen erkannt wird. Es ist dies zunächst die sogenannte Anreizung zum Klassenkampf, bei der es sich nicht um die Aufforderung zu bestimmten gewaltthätigen Handlungen, sondern um eine den öffentlichen Frieden gefährdende Anreizung handelt, und zwar um die Anreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten gegeneinander, eine Bestimmung, welche aus einer Anzahl älterer französischer Gesetze zunächst in die preussische Gesetzgebung und aus dieser, in verbesserter Fassung, in das deutsche Gesetzbuch überging. Es ist dies ferner der sogenannte Kanzelmisbrauch, ein Thatbestand, der dem deutschen Strafgesetzbuch ursprünglich fehlte, demselben aber durch ein besonderes Reichsgesetz (schon vom Jahre 1871) nachträglich einverleibt und durch die Novelle von 1876 nach einer Richtung hin nicht unbedeutend erweitert worden ist. Es soll nämlich strafbar sein derjenige Geistliche oder sonstige Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufs entweder in einem

zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte vor mehreren oder öffentlich vor einer Menschenmenge Angelegenheiten des Staats in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstand einer Verkündigung oder Erörterung macht. Es soll ebenso auch derjenige Geistliche oder sonstige Religionsdiener gestraft werden, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufs Schriftstücke ausgibt oder verbreitet, in welcher öffentliche Angelegenheiten in der genannten Weise behandelt sind. Es geht dies hinaus über die Bestimmungen unter anderm des französischen Gesetzbuchs, in welchem nur „*critiques, censures ou provocations dirigées contre l'autorité publique*“, welche auf die genannte Weise verübt werden, für strafbar erklärt sind, möchte aber (ganz abgesehen von dem gegenwärtigen Streit zwischen Staat und Kirche) gerechtfertigt sein durch die Nothwendigkeit, das geistliche Amt nicht zu einem politischen Agitationsmittel herabsinken zu lassen.

Haben wir hiernach den Kreis derjenigen Vergehungen umschrieben, welche als Verletzung der öffentlichen Sicherheit erscheinen, so treten wir nun denjenigen Vergehungen näher, welche eine Verletzung der öffentlichen Sittlichkeit enthalten, d. h. eine Verletzung derjenigen Grundsätze, deren Beobachtung das Gemeinwesen nicht um der unmittelbaren Noth des Lebens willen, sondern aus idealern Gründen für nothwendig erachtet. Auch die mehr idealen Güter des Lebens bedürfen, wenn auch vieles gerade auf diesem Gebiete Sache der individuellen Anschauung und der gesellschaftlichen Sitte bleiben wird, in gewissem Masse des strafrechtlichen Schutzes, und zwar um ihrer selbstwillen, keineswegs nur in den Fällen, wenn zugleich die Verletzung einer bestimmten Person vorliegt.

Von Bedeutung ist dies zunächst für die erste Klasse von Vergehungen, welche hier in Betracht kommt, nämlich für diejenigen, welche in einer Verletzung der

Grundsätze bestehen, welche der Staat für nothwendig erachtet zur Aufrechterhaltung einer verständigen Ordnung in den geschlechtlichen Verhältnissen. Auch Nothzucht und geschlechtlicher Misbrauch von Kindern sind nicht bloß strafbar, insofern darin eine schwere Beeinträchtigung der einzelnen Person enthalten ist, vielmehr ist der Kern auch dieser Vergehungen in der darin liegenden Verkehrung der geschlechtlichen Ordnung zu erblicken, und es ist darum richtiger, sie mit dem Incest und einigen andern Vergehungen zusammen in der Kategorie der geschlechtlichen oder Sittlichkeitsvergehungen zu behandeln, als ihnen ihre Stellung anzuweisen bei den Vergehungen gegen die Person. Dem von verschiedenen Seiten ausgesprochenen Verlangen, den Kreis der Sittlichkeitsvergehungen auf diejenigen, welche zugleich eine Verletzung der Person enthalten, zu beschränken, ist unsers Wissens bisjetzt von keiner Gesetzgebung völlig entsprochen worden, wie es ja auch in andern Beziehungen eine offenbare Verkennung der staatlichen Thätigkeit wäre, wollte sie sich auf den Schutz der einzelnen Persönlichkeit beschränken. — Eine Unterabtheilung der geschlechtlichen Vergehungen ergibt sich danach, ob dieselben zugleich eine Verletzung der Ehe (als der rechtlich geordneten Form des Geschlechtsverkehrs) enthalten oder nicht.

Unter den Vergehungen gegen die Ehe aber ist es zunächst die Bigamie, welche unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt, und zwar soll wegen Bigamie nach dem deutschen Gesetz der bestraft werden, der eine neue Ehe eingeht, bevor seine bestehende Ehe rechtlich aufgelöst war, und ebenso derjenige, der wissentlich mit einer schon verheiratheten Person eine Ehe eingeht. Aehnlich das französische Recht und die meisten derjenigen Gesetze, welche überhaupt das Princip der Monogamie ihrer Eheordnung zu Grunde legen, insbesondere auch das englische Recht, welches nur insofern abweicht, als dasselbe sehr bemerkenswertherweise im Falle längerer Abwesenheit eines Ehegatten

(und zwar nach sieben Jahren) dem andern Theile, falls dieser inzwischen nichts von dem Leben des Entfernten erfahren hat, die Eingehung einer neuen Ehe auch ohne vorherige rechtliche Auflösung der erstern Ehe gestattet. Eine Abweichung des deutschen Gesetzes von den übrigen liegt ferner darin, dass dasselbe durch seine Ausdrucksweise („bevor die Ehe aufgelöst, für ungültig oder nichtig erklärt worden ist“) andeutet, dass auch derjenige wegen Bigamie gestraft werden soll, dessen bestehende Ehe der Sache nach nichtig ist, wenn er eine neue Ehe eingeht, bevor jene nichtige Ehe auch rechtlich für nichtig erklärt ist, — eine allzu formelle Auffassung, welche den meisten übrigen Gesetzen fremd ist. In subjectiver Beziehung wird so gut von der deutschen, wie von den meisten übrigen, insbesondere von der englischen und der französischen Gesetzgebung vorsätzliche Verübung erfordert, insbesondere ist also das Wissen des Thäters um das Fortbestehen der erstern Ehe Voraussetzung, wobei aber zu beachten ist, dass auch hier dies Wissen kein sicheres und bestimmtes zu sein braucht. Wie vielmehr auch derjenige einer vorsätzlichen Tödtung schuldig ist, der einem andern in Ungewissheit über dessen Leben den Hals abschneidet, so wird auch derjenige wegen (vorsätzlich begangener) Bigamie strafbar sein, der heirathet, ohne zu wissen, ob seine Ehe getrennt ist. Handelt der Thäter in gutem Glauben, so ist es der richtigen Ansicht nach rechtlich gleichgültig, ob der über den Fortbestand seiner Ehe bei ihm obwaltende Irrthum auf rein thatsächlichen Erwägungen oder etwa auf einer irrigen Auffassung rechtlicher Vorschriften beruhte. Die Strafe der Bigamie ist nach dem deutschen Gesetze Freiheitsstrafe (und zwar der Regel nach Zuchthaus) bis zu fünf, nach dem englischen Gesetz bis zu sieben Jahren, wogegen im französischen Recht (wol nicht ohne Zusammenhang mit der sacramentalen Natur der Ehe nach katholischer Auffassung) die Strafe bis zu zwanzig Jahren aufsteigen kann. Hinsichtlich der Anwendung der allgemeinen

strafrechtlichen Grundsätze auf die Bigamie ist im deutschen Gesetz noch eine besondere Bestimmung über die Verjährung, im englischen eine besondere Bestimmung über den Ort der Verübung getroffen; erstere lautet dahin, dass die Verjährung der Strafverfolgung erst mit demjenigen Tage beginnen solle, an welchem eine der beiden Ehen aufgelöst wurde, letztere dahin, dass die von englischen Unterthanen begangene Bigamie strafbar sein solle, gleichviel an welchem Orte sie begangen wurde, eine Bestimmung, welche auch im deutschen Gesetz durchaus nicht überflüssig wäre, da dasselbe ja für die von Inländern im Auslande begangenen Vergehungen die regelmässige Voraussetzung aufstellt, dass die Handlung auch am Orte der That strafbar sein müsse.

Keineswegs unangefochten in seinem strafrechtlichen Bestehen ist der Ehebruch, d. h. die geschlechtliche Vereinigung eines Ehegatten mit einer dritten Person, die im frühern deutschen Rechte mit den strengsten Strafen bestraft wurde, von der aber in neuerer Zeit mehrfach behauptet wurde, es genüge, sie als Ehescheidungsgrund zu behandeln. Dennoch hat das jetzige deutsche Gesetz die Strafbarkeit des Ehebruchs beibehalten (Gefängniss bis zu sechs Monaten) und dieselbe nur dadurch bedingt (abgesehen von dem hier wie in so manchen andern Fällen erforderlichen Antrag), dass die Ehe vorher wegen des betreffenden Ehebruchs geschieden sein müsse; in der That würde es dem Wesen der Ehe widersprechen, wenn der auf Antrag des andern Theils wegen Ehebruchs bestrafte Ehegatte mit dem erstern die Ehe fortsetzte. Keinen Unterschied macht das deutsche Recht in der Höhe der Strafe zwischen dem Ehebruche des Mannes und demjenigen der Frau, die vielmehr grundsätzlich auf die gleiche Höhe der Strafbarkeit gestellt werden. Anders das französische Recht und die Gesetze der meisten übrigen romanischen Länder, in denen durchweg der Ehebruch der Frau erheblich strenger bestraft wird als der des

Mannes, ja in denen der Ehebruch des Mannes überhaupt nur in gewissen Ausnahmefällen für strafbar erklärt ist, so insbesondere im französischen Recht nur in dem Falle, wenn der Mann eine Concubine in demselben Hause unterhält, welches er mit seiner Ehegattin bewohnt (*dans la maison conjugale*).

Eine dritte Vergehungen in Beziehung auf die Ehe liegt dann vor, wenn jemand bei Eingehung einer Ehe sich dem andern Theil gegenüber einer wesentlichen Verschweigung oder Täuschung schuldig macht, nämlich einer solchen, welche den andern Theil zur Anfechtung der Ehe berechtigt. Es ist dies ein Fall, den es wol gestattet ist als Ehebetrug zu bezeichnen, und den das deutsche Gesetz bis zu fünf Jahren Gefängniss bestraft. — Es können endlich auch die Fälle hierhin gestellt werden (Gesetzbuch §. 179), wenn jemand eine weibliche Person zur geschlechtlichen Hingabe dadurch verleitet, dass er durch täuschende Veranstaltungen sie in den Glauben versetzt, dass sie verheirathet sei, sowie wenn jemand die Ehefrau eines andern in den Irrthum versetzt, sie habe es mit ihrem Ehemanne zu thun, und diesen Irrthum benutzend sie geschlechtlich misbraucht. Die Versuche der französischen Rechtsprechung, welche in ihrem Gesetz keine derartige Bestimmung vorfand, dergleichen Fälle aus dem Gesichtspunkt der Nothzucht zu bestrafen, müssen als einigermaßen bedenklich erscheinen.

Zu den geschlechtlichen Vergehungen, welche unabhängig von ihrer Beziehung zur Ehe als strafbar erscheinen, gehört vor allem die Nothzucht, deren Begriff das jetzige deutsche Gesetz, in wesentlicher Uebereinstimmung mit den meisten übrigen Gesetzen dahin bestimmt, dass Nothzucht verübt, wer eine Person des weiblichen Geschlechts durch Gewalt zur geschlechtlichen Vereinigung zwingt, wobei das Erforderniss des ältern deutschen Rechts, dass es sich um eine geschlechtlich unbescholtene Person handeln müsse, fallen gelassen ist. Dabei ist die Gewalt des Nähern dahin

bestimmt, dass es sich wie beim Raube entweder um Gewalt im engern Sinne oder um Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben handeln müsse. — Ausser dem Verbrechen der Nothzucht, dessen Strafe nach dem deutschen Gesetz bis zu funfzehn Jahren Zuchthaus hinaufsteigt, unterliegen aber einer selbstständigen Strafbestimmung nach dem deutschen Gesetz auch unzüchtige Handlungen, welche jemand (ohne die Absicht der geschlechtlichen Vereinigung) mit Gewalt an einer Person des weiblichen Geschlechts ausübt. Auch in diesem Fall kann die Strafe bis zu zehn Jahren Zuchthaus aufsteigen, das Mindestmass der Strafe soll aber in diesem Falle sechs Monate Gefängniss betragen (zu hoch im Verhältniss zum Mindestmass der Strafe der Nothzucht selbst, das auf ein Jahr Gefängniss bestimmt ist). Anders das französische Recht, das zwar den Begriff der Nothzucht ebenfalls auf die Verübung an Personen des weiblichen Geschlechts beschränkt, die Strafbestimmung gegen gewaltsam verübte unzüchtige Handlungen aber so allgemein fasst, dass danach Object des Verbrechens eine Person des einen oder des andern Geschlechts sein kann (eine Allgemeinheit der Bestimmung, durch welche das frühere preussische Strafgesetzbuch sogar dazu veranlasst wurde, den besondern Begriff der Nothzucht sehr mit Unrecht überhaupt für entbehrlich zu halten). — Der Fall, wenn jemand eine weibliche Person misbraucht, nachdem er sie zu diesem Zwecke in einen willenslosen oder bewusstlosen Zustand versetzt hat, ist nach ausdrücklicher Bestimmung des deutschen Gesetzbuchs zum Thatbestande der Nothzucht selbst zu rechnen; der Fall dagegen, wenn jemand eine von ihm in willenslosem oder bewusstlosem Zustande vorgefundene Person geschlechtlich misbraucht, soll nicht unerheblich geringer gestraft werden. Anders die französische Rechtsprechung, nach welcher beide Fälle unterschiedslos zum *viol* gerechnet werden.

Auf das Alter der gemisbrauchten Person soll es, soweit es sich um Nothzucht und gewaltsame Unzucht

handelt (und wohlgemerkt nur soweit der Thatbestand dieser Vergehungen in Betracht kommt) nach dem deutschen Gesetze nicht ankommen. Selbstverständlich sind aber, ebenso wie in den übrigen Gesetzen, geschlechtliche Handlungen an und mit Personen unter einem gewissen Alter für selbstständig strafbar erklärt. Und zwar ist die wichtigste hier entscheidende Grenze nach dem deutschen Gesetz auf vierzehn Jahre bestimmt worden, indem die Verübung unzüchtiger Handlungen mit Kindern unter diesem Alter mit Zuchthausstrafe bestraft wird. Aehnlich die ausländischen Gesetze, von denen jedoch das englische eine doppelte Grenze (zehn und zwölf Jahr) und das französische Gesetz das dreizehnte Jahr als das entscheidende festsetzt. Auch nach dem deutschen Gesetz ist übrigens insofern eine doppelte Grenze gezogen, als die Verführung junger Mädchen zwischen vierzehn und sechzehn Jahren unter eine geringere Strafe gestellt ist, wenn auch nur unter der Voraussetzung, dass dasselbe geschlechtlich unbescholten war, sich also noch nicht anderweitig geschlechtlich eingelassen hatte, — eine Bestimmung, welche dann das englische Recht auch seinerseits kennt, und zwar in erheblich weitem Umfange, indem dasselbe nämlich die Verführung junger Mädchen unter einundzwanzig Jahren für strafbar erklärt, sofern der Thäter arglistige Kunstgriffe irgendwelcher Art (*false pretences, fals representations or other fraudulent means*) anwandte.

Hinsichtlich des Incestes oder der sogenannten Blutschande hat sich das deutsche Gesetz dafür entschieden, ausser dem Geschlechtsumgang zwischen Ascendenten und Descendenten noch denjenigen zwischen Geschwistern, sowie zwischen Verschwägerten auf- und absteigender Linie (d. h. Stiefältern und Stiefkindern, Schwiegerältern und Schwiegerkindern) zu bestrafen, womit es hinter dem ältern Rechte zurückbleibt, aber nicht unerheblich hinausgeht über das, was andere neuere Gesetze, insbesondere das französische Gesetz bestim-

men, welches sich darauf beschränkt, das Ascendentenverhältniss als einen Erschwerungsgrund der übrigen Unzuchtsvergehen zu behandeln. Nicht strafbar sollen auch nach dem deutschen Gesetz die Descendenten sein, sofern sie noch nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatten. Die Strafe des Incestes ist hinsichtlich der Ascendenten unbedingt Zuchthaus (bis zu fünf Jahren), in den übrigen Fällen Gefängniss.

Sehr schwere Strafen verhängt ferner das deutsche Gesetz gegen diejenigen, welche mit ihren Pflegebefohlenen unzüchtige Handlungen vornehmen, in welcher Beziehung theils Vormünder, Adoptiv- und Pflegeältern, sowie Lehrer und Erzieher (einschliesslich der Lehrerinnen und Erzieherinnen), theils Beamte, sowie Aerzte und sonstige Medicinalpersonen genannt werden, und wobei nur hinsichtlich der erstern Klasse von Personen die Beschränkung gilt, dass es sich um minderjährige Pflegebefohlene handeln müsse. Ein Lehrer ist strafbar, nur wenn er sich mit einer minderjährigen Schülerin einlässt, ein Beamter aber, sofern er sich mit irgendeiner seiner Obhut anvertrauten Person, ein Arzt, sofern er sich mit irgendeiner in der betreffenden Anstalt befindlichen Person gleichviel welchen Alters geschlechtlich zu thun macht.

Nicht strafbar ist nach dem jetzigen deutschen Gesetz, wie nach den meisten andern Gesetzen, der ausser-eheliche Geschlechtsumgang als solcher, den das frühere Recht mehrfach den Versuch gemacht hatte bei Strafe zu verbieten, den aber das moderne Recht den Regeln der Sittlichkeit und des Anstandes überlässt. Strafbar sind aber nach dem deutschen Gesetze (abgesehen von der polizeiwidrigen Ausübung der gewerbsmässigen Unzucht durch Frauenzimmer) gewisse in sich verwerfliche Arten der Befriedigung des Geschlechtstriebes, von denen die Gesetzgebung annimmt, dass sie nicht allein der Sitte und dem Anstand überlassen werden können, sondern, dass es nöthig erscheint, ihr mit den Mitteln des Strafrechts zu begegnen. Es gehört hierhin einmal die

Unzucht, welche Personen männlichen Geschlechts miteinander verüben, und sodann die Unzucht, welche von Menschen mit Thieren begangen wird. Die Strafe ist Gefängniss bis zu fünf Jahren. Erheblich weiter geht das englische Recht, welches noch vor kurzem, ebenso wie das frühere deutsche Recht, diese Fälle sogar mit dem Tode bedroht hatte und auch jetzt noch für dieselben im Höchstmass lebenslängliche Freiheitsstrafe verhängt, wobei noch hinsichtlich des Thatbestandes die Ausdehnung stattfindet, dass es sich im englischen Recht nicht blos um die zwischen Personen männlichen Geschlechts, sondern überhaupt um die mit irgendeiner Person verübte widernatürliche Unzucht handelt. Fast völlig entgegengesetzt das französische Recht, das keinen dieser Fälle als solchen für strafbar erklärt, sich vielmehr mit der Strafbestimmung gegen „*outrage public à la pudeur*“ begnügt, die von einem ganz andern Gesichtspunkte ausgeht.

Dass übrigens auch im deutschen Gesetz die öffentliche Verübung unzüchtiger Handlungen („wer durch eine unzüchtige Handlung öffentlich ein Aergerniss gibt“) bestraft wird, ist selbstverständlich, und zwar kann in diesem Falle nach der neuesten Vorschrift auf Gefängniss bis zu zwei Jahren oder auf Geldstrafe erkannt werden. Die im Gesetzentwurf von 1875 vorgeschlagene Ausdehnung auf unzüchtige Aeusserungen ist im deutschen Reichstage abgelehnt worden. — Ein verwandtes Vergehen ist die Verbreitung unzüchtiger Darstellungen (mag es sich um bildliche oder schriftliche Darstellungen handeln), die im deutschen Gesetz mit Geldstrafe und in schwerern Fällen mit Gefängniss bestraft wird.

Auf alle oder doch auf eine grosse Zahl der genannten geschlechtlichen Vergehungen bezieht sich die sogenannte Kuppelei, d. h. die Beförderung fremder Unzucht, die im französischen Rechte nur in sehr beschränkter Weise und auch im deutschen Gesetz nur unter bestimmten Voraussetzungen bestraft wird, einmal

nämlich dann, wenn der Thäter entweder eigennützig oder gewohnheitsmässig handelte, und sodann, wenn er sich entweder hinterlistiger Kunstgriffe bediente oder wenn es sich um eine seiner besondern Obhut untergebenen Person handelt. Dieser letztere Fall der Kuppelei ist einer der wenigen, in denen nach dem deutschen Gesetz mit der Verurtheilung allemal auch der Verlust der Ehrenrechte ausgesprochen werden soll.

In gewissem Sinne zu den Sittlichkeitsdelicten gehört endlich auch die Entführung, d. h. die Entführung im engern Sinne, wonach darunter nur die Entführung einer weiblichen Person zu geschlechtlichen Zwecken zu verstehen ist, indem auch diese Vergehung einen Verstoss gegen die in geschlechtlichen Dingen seitens des Staats aufrechtzuerhaltende Zucht und Ordnung enthält. Und zwar wird in dieser Beziehung in der deutschen so gut wie in den ausserdeutschen Gesetzgebungen zwischen dem Falle unterschieden, dass die betreffende Person gegen ihren Willen, und dem Falle, dass sie mit ihrem Willen entführt wird. Eine Entführung gegen ihren Willen ist strafbar ohne Rücksicht auf das Alter der Entführten, während eine Entführung mit ihrem Willen nur in Beziehung auf minderjährige Personen gestraft wird, nach dem deutschen Gesetz überdies nur an unverheiratheten Personen, die dadurch der Gewalt ihrer Aeltern oder des Vormundes entzogen werden. Ob die Absicht des Thäters auf Abschluss einer Ehe oder auf aussereheliche geschlechtliche Vereinigung gerichtet war, ist für den Thatbestand gleichgültig, wenn auch für die Strafzumessung von nicht geringer Bedeutung; ebenso ob der Thäter einen derartigen Zweck für sich selbst oder für einen andern verfolgte. Die Strafe der Entführung ist auch nach dem deutschen Gesetz in dem schwerern Falle (Entführung gegen den Willen der Entführten) Zuchthausstrafe, wogegen in den übrigen Fällen nur Gefängnisstrafe (bis zu fünf Jahren) verhängt wird. Anders und auch hier erheblich strenger das englische Recht, wel-

ches auch im letztern Falle *penal servitude*, und zwar bis zu vierzehn Jahren verhängt. Eine besondere Bestimmung für den Fall, dass die Absicht des Thäters darauf gerichtet war, durch das Vermögen oder die Erbensprüche der Entführten sich einen Gewinn zu verschaffen, wie sie im englischen Recht enthalten ist (das in diesem Fall unter anderm auch den Thäter für unfähig erklärt, von der Entführten etwas zu erwerben), ist dem deutschen Gesetz nicht bekannt. Auch nach dem deutschen Gesetz aber ist die Verfolgung der Entführung abhängig von einem darauf gerichteten Antrag und, wenn der Entführer die Entführte geheirathet hat, überdies noch von der fernern Voraussetzung, dass die geschlossene Ehe auf Antrag des Berechtigten (d. h. des Vaters oder Vormundes) für ungültig erklärt wurde.

Eine zweite Klasse von Vergehungen, welche in die allgemeine Kategorie der Verletzungen der öffentlichen Sittlichkeit gehören, sind die Vergehungen gegen die Religion, welche in allen Gesetzgebungen in gewissem Umfange gestraft werden. Und zwar hat sich auch in dieser Beziehung das deutsche Gesetz dafür entschieden, nicht bloß solche Handlungen für strafbar zu erklären, welche die Verletzung einer bestimmten Person oder Gesellschaft enthalten, vielmehr auch gewisse sonstige Handlungen, welche das religiöse Interesse in allgemeinerer Weise verletzen. Es ist demgemäss in dem betreffenden Abschnitt des deutschen Strafgesetzbuchs nicht bloß für strafbar erklärt die Beschimpfung einer im Staate anerkannten Religionsgesellschaft, sowie die Beschimpfung ihrer Einrichtungen und Gebräuche, ferner nicht bloß beschimpfender Unfug, den jemand an einem religiösen Versammlungsorte ausübt, sowie die gewaltsame Hinderung und Störung gottesdienstlicher Handlungen, sondern es ist an die Spitze aller dieser Bestimmungen eine Strafvorschrift gegen öffentliche Gotteslästerung gesetzt, die, vielfach angefochten, den-

noch gerechtfertigt ist als Ausdruck des Werthes, den auch der Staat als solcher auf ein gewisses Mass von religiöser Pietät legt. Die Beschränkungen, welche dem Thatbestand hinzugefügt sind (beschimpfende Aeusserungen, gegebenes Aergerniss), sollen dazu dienen, demselben grössere Bestimmtheit zu verleihen und eine zu grosse Ausdehnung desselben durch das richterliche Ermessen zu verhüten. Dabei ist der Begriff „Gott“ der richtigen Ansicht nach nur im allgemein-religiösen, nicht im Sinne eines einzelnen Bekenntnisses zu nehmen, wogegen das frühere deutsche Recht, ebenso wie unsers Wissens noch das jetzige englische Recht bei ihren bezüglichen Strafbestimmungen den speciell christlichen Dreieinigkeitsbegriff zu Grunde gelegt haben. Anders das französische Recht, welches den besondern Begriff der Gotteslästerung nicht kennt, sich vielmehr mit dem den bestehenden Religionsgesellschaften und den Gegenständen ihrer Verehrung gewährten Schutze begnügt. — Was nun aber insbesondere diesen den Religionsgesellschaften gewährten Schutz betrifft, so ist auch bei ihm im jetzigen deutschen Recht von einer Beschränkung auf bestimmte Bekenntnisse nicht die Rede; es sollen vielmehr Religionsgesellschaften jeder Art geschützt sein, unter der einzigen Voraussetzung, dass sie sogenannte Corporationsrechte innerhalb des Deutschen Reichs erhalten haben. Sogar die letztere Voraussetzung ist fallen gelassen, sofern es sich um Unfug handelt, der an einem zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte verübt wurde. Um so nöthiger ist es auch hier, den Begriff der in Frage kommenden Handlung zu beschränken, was im deutschen Strafgesetzbuch in der Art geschehen ist, dass dasselbe nicht (wie unter anderm das dänische Gesetz) von Verspottung und Verhöhnung, sondern allein von der Beschimpfung bestehender Religionsgesellschaften, sowie von der Verübung von beschimpfendem Unfug an einem Orte der genannten Art redet. — Eine Strafbestimmung gegen ruchloses Fluchen und Schwören,

wie sie das ältere deutsche Recht gekannt hatte und wie sie auch im jetzigen englischen Rechte besteht, ist dem heutigen deutschen Strafrechte unbekannt und unsers Wissens auch nicht in den landesrechtlichen Strafgesetzen enthalten. — Wohl aber ist auch im deutschen Strafgesetzbuch eine Strafbestimmung gegen die Sonntagsentheiligung (unter den sogenannten Uebertretungen) enthalten, nicht in der Art, dass, wie in England, sofort vom Strafgesetz selbst die einzelnen Arten der Sonntagsentheiligung aufgezählt und unter verschiedene Strafdrohungen gestellt würden, sondern in der Art, dass sich das Strafgesetz begnügt, die Uebertretung der gegen die Störung der Feier der Sonn- und Festtage erlassenen polizeilichen Anordnungen mit einer allgemeinen Strafe (Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder Freiheitsstrafe bis zu vierzehn Tagen) zu bedrohen. — Einen gewissen religiösen Charakter trägt endlich auch die rechtswidrige Wegnahme einer Leiche (oder einzelner Theile einer solchen), sowie die Grabverletzung (*sepulcri violatio*), welche vom deutschen Strafgesetzbuch theils in dem Abschnitt von den Uebertretungen, theils in dem von den Religionsvergehen handelnden Abschnitt behandelt werden. Dabei sind als Arten der Grabesverletzung unterschieden einmal die materielle Zerstörung oder Beschädigung des Grabes selbst (wohin, unsers Erachtens sehr mit Unrecht, das unbefugte Abreißen der auf das Grab gepflanzten Blumen von den Gerichten meistentheils nicht gerechnet wird), und sodann die Verübung beschimpfenden Unfugs an einem Grabe. — Es kommen schliesslich im Zusammenhange mit den Religionsvergehen noch diejenigen Rechtsfolgen in Betracht, welche die deutsche Gesetzgebung in einem besondern Gesetz (von 1874) mit der unbefugten Ausübung eines geistlichen Amtes verbindet und die theils in gewissen Aufenthaltsbeschränkungen, theils in der Verweisung aus dem Gebiete des Reichs, theils sogar in der Entziehung des Staatsbürgerrechts bestehen, wobei aber zu bemerken ist, dass die Möglichkeit dieser

Rechtsfolgen nur an die Voraussetzung einer vorangegangenen gerichtlichen Absetzung des Geistlichen geknüpft ist, ohne dass ein Strafverfahren stattzufinden brauchte. Es tragen dieselben also ebenso wie die in einem Reichsgesetz von 1872 gegen die Jesuiten für zulässig erklärten Massregeln nur mittelbar (hinsichtlich ihrer Wirkungen), nicht auch formell einen strafrechtlichen Charakter. Anders hinsichtlich der Jesuiten das englische Recht, das wenigstens früher jeden nach England kommenden Jesuiten eben deswegen eines *misdemeanour* und mithin eines gerichtlich verfolgbaren Vergehens für schuldig erklärte.

Besondere Bestimmungen über den sogenannten religiösen Betrug enthält das deutsche Gesetz nicht, die Fälle, wenn durch vorgebliches Zaubern, Wahrsagen u. dgl. jemand an seinem Vermögen beschädigt wurde, den allgemeinen Grundsätzen über den Betrug überlassend. Ebenso hat die sogenannte Simonie (Verleihung, beziehungsweise Erlangung eines geistlichen Vortheils, insbesondere eines geistlichen Amtes gegen weltliche Vortheile) im deutschen Rechte aufgehört eine besondere Vergehung zu sein; sie wird mithin nur insofern noch bestraft werden können, als bei der Uebertragung des geistlichen Amtes nach den bestehenden Gesetzen die Staatsbehörden mitwirken und der Begriff der Bestechung zutrifft.

Zu den Sittlichkeitsvergehungen im weitern Sinne gehört schliesslich noch eine Anzahl solcher Handlungen, die das Recht um deswillen bei Strafe verbietet, weil sie der Ausdruck einer Rohheit oder Herabgekommenheit sind, gegen die der Staat auch seinerseits aufzutreten sich genöthigt sieht. Es gehört hierhin unter anderm die Thierquälerei, die nach dem deutschen Gesetz mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Freiheitsstrafe (Haft) bis zu sechs Wochen bestraft wird, wenn auch nur unter der Voraussetzung, dass eine boshafte Quälerei oder eine rohe Mishandlung vorliegt, sowie dass die That öffentlich oder in Aergerniss erregender

Weise verübt wurde. Es gehört hierhin ferner die Landstreicherei und das Betteln, in welcher letztern Beziehung das deutsche Gesetz nicht nur denjenigen für strafbar erklärt, der selbst bettelt (nur unmittelbare Lebensbedrängniss würde hier wie überhaupt die Schuld ausschliessen), und nicht nur denjenigen, der Kinder zum Betteln anweist, sondern auch denjenigen, welcher Personen, die seiner Gewalt und Aufsicht untergeben sind und zu seiner Hausgenossenschaft gehören, vom Betteln abzuhalten unterlässt. Es gehört hierhin endlich auch der Fall, wenn jemand durch eigene Verschuldung (das Gesetz nennt Spiel, Trunk und Müssiggang) ökonomisch derart herabsinkt, dass er der öffentlichen Fürsorge zur Last fällt. Vergleiche mit den hierauf bezüglichen Bestimmungen des deutschen Gesetzes das, was unter anderm das französische Gesetzbuch in den sehr ausführlichen Vorschriften über *vagabondage* und *mendicité* (Art. 269 fg.) festsetzt.

VIERTES KAPITEL.

Vergehungen gegen den Staat.

Die letzte grössere Gruppe unter den Vergehungen überhaupt bilden diejenigen gegen den Staat, d. h. gegen die rechtliche Organisation der bürgerlichen Gesellschaft, wobei wiederum verschiedene Klassen zu unterscheiden sind. Und zwar werden, wie unter den Vergehungen gegen die Person diejenigen gegen das Leben, so unter den Vergehungen gegen den Staat diejenigen vorantreten, welche den Staat als Gesamt-

heit, sowie (im monarchischen Staat) den Träger der Staatsgewalt als solchen verletzen.

In dieser Beziehung sind es nun die Begriffe des Hochverrathes, des Landesverrathes und der Majestätsbeleidigung, welche nach deutschem Rechte in Betracht kommen. Von der römisch-rechtlichen Doctrin früher zusammengefasst zu dem allgemeinen, aber sehr unbestimmten Begriff des *crimen majestatis*, haben sich jene drei Begriffe in der neuern deutschen Gesetzgebung (wenn auch in einzelnen der bisherigen Landesgesetze mit etwas andern Namen) immer bestimmter entwickelt und können wol, trotz mancher Anfechtungen, die sie vom Standpunkt der Politik und hier und da selbst vom Standpunkt der Logik erlitten haben, als voraussichtlich feststehende strafrechtliche Begriffe betrachtet werden.

Dabei darf man aber weder beim Hochverrath, noch beim Landesverrath ausschliesslich an Verrath oder Treulosigkeit und bei der Majestätsbeleidigung nicht blos an Beleidigung denken. Auch hier vielmehr ist, wie in andern Fällen, der Begriff ein weiterer als seine Bezeichnung, indem sowol Hochverrath als Landesverrath sehr wohl durch offene Gewalt verübt werden können und zur Majestätsbeleidigung nicht nothwendig eine Ehrenkränkung vorausgesetzt wird. Dabei ist ferner beim deutschen Begriff des Landesverraths nicht etwa nur an ein gegen den einzelnen deutschen Staat (Land im Gegensatz zum Reich) gerichtetes Verbrechen zu denken; vielmehr kann auch der Landesverrath ebenso wol gegen das Reich, wie gegen den Einzelstaat verübt werden. Am besten thut man, von der unmittelbaren Wortbedeutung dieser rein geschichtlich herzuleitenden Ausdrücke ganz abzusehen, indem unter Hochverrath eine Verletzung des Staats in seinem innern Bestande, unter dem Landesverrath eine Verletzung des Staats in seiner äussern Sicherheit und unter Majestätsbeleidigung eine rechtswidrige Verletzung

des Staatsoberhauptes (sofern sie nicht Hochverrath ist) zu verstehen ist.

Was nun zunächst den Hochverrath angeht, so ist derselbe keineswegs vom Gesetze selbst in jener begrifflichen Allgemeinheit hingestellt, vielmehr sind es drei verschiedene Arten von Unternehmen, in welchen das Gesetz einen Hochverrath erblickt: erstens ein Unternehmen gegen das Staatsoberhaupt, sofern dasselbe darauf gerichtet ist, das Staatsoberhaupt als solches zu beseitigen (das Gesetz sagt: zu tödten, gefangen zu nehmen, in Feindes Gewalt zu liefern oder zur Regierung unfähig zu machen); zweitens ein Unternehmen gegen die Staatsverfassung, sofern dasselbe darauf gerichtet ist, die Staatsverfassung gewaltsam zu ändern; und drittens ein Unternehmen gegen das Staatsgebiet, sofern dasselbe darauf gerichtet ist, das Staatsgebiet ganz oder theilweise einem andern Staate einzuverleiben oder einen Theil desselben vom Ganzen loszureißen.

Dabei ist die Gleichstellung der Person des Staatsoberhauptes mit der Verfassung und dem Gebiete des Staats durch die Anschauung des monarchischen Princips veranlasst, wonach das Staatsoberhaupt als Träger der Staatsgewalt, ein Angriff auf ihn also als ein Angriff auf den Staat selbst betrachtet wird. Aehnlich das englische Recht, in welchem ebenfalls, neben sonstigen staatsgefährlichen Handlungen, in erster Linie eine Reihe von Handlungen gegen das Staatsoberhaupt (darunter auch Entehrung der Frau oder Tochter des Staatsoberhauptes, sowie der Frau des Thronfolgers) als Fälle des Hochverraths (*high treason*) hingestellt werden; ähnlich auch das französische Recht, in welchem ebenfalls (nämlich im *Code pénal*, nach dessen im Jahre 1853 festgestellter, durch den Sturz des Kaiserreichs hinfällig gewordener Fassung) eine Anzahl von Handlungen gegen das Staatsoberhaupt und seine Familie als Hauptfälle der „gegen die innere Sicherheit des Staats“ gerichteten Verbrechen aufgezählt werden. Auffallend dagegen ist, dass es sowol im englischen,

wie im französischen Recht an einem dem deutschen „Hochverrath gegen die Verfassung“ entsprechenden Begriffe fehlt, indem wol die Erregung eines Bürgerkriegs, ferner Angriffe auf die Thronfolge, Angriffe auf die gesetzgebende Versammlung, in England auch Angriffe auf den höchsten Gerichtshof für strafbar erklärt werden, nicht aber das auf Umsturz der Verfassung gerichtete Unternehmen als solches. Es mag dies für England aus der mehr concret gestaltenden Natur des dortigen Strafrechts, dem die „Verfassung“ kein genügend bestimmtes Object des Angriffs zu sein schien, für Frankreich aber aus der mangelhaften und schwankenden politischen Entwicklung des Landes sich erklären, die es verhinderte, diesen Begriff deutlicher hervortreten zu lassen. Was aber insbesondere wiederum Deutschland angeht, so wird jene dreifache Richtung des Hochverraths durch die eigenthümlichen staatsrechtlichen Verhältnisse Deutschlands insofern besonders gestaltet, als es sich in allen drei Beziehungen sowol um die Verhältnisse der einzelnen Staaten, als um diejenigen des Reichs handelt. Neben dem Kaiser kommen die Landesherren der einzelnen deutschen Staaten, neben der Reichsverfassung die einzelnen Landesverfassungen, neben dem Reichs- oder (wie das Gesetz sagt), Bundesgebiet die Gebiete der einzelnen Staaten in Betracht, und zwar ist, was das Staatsgebiet angeht, nicht bloß dasjenige Unternehmen für strafbar erklärt, welches darauf abzielt, das Bundesgebiet ganz oder theilweise einem fremden Staate einzuverleiben oder einen Theil desselben vom Ganzen loszureißen, sondern auch dasjenige Unternehmen, welches zum Zwecke hat, das Gebiet eines Bundesstaats ganz oder theilweise einem andern Bundesstaate einzuverleiben oder einen Theil desselben vom Ganzen loszureißen; auch in den letztern Fällen wird die staatsrechtliche Gestaltung des Deutschen Reichs selber betroffen. — Hinsichtlich der Strafe gilt dabei noch der wesentliche Unterschied, dass, während in der englischen Gesetzgebung die Fälle

des *high treason* noch regelmässig mit Todesstrafe bedroht sind, nach deutschem Recht die Todesstrafe (ausser bei vollendetem Morde des Staatsoberhauptes) nur noch bei demjenigen Mordversuche eintreten soll, welcher entweder gegen den Kaiser selbst oder gegen den eigenen Landesherrn des Thäters oder endlich gegen den Landesherrn desjenigen Bundesstaats, in welchem der Thäter sich gerade aufhält (den Landesherrn des sogenannten Aufenthaltsstaats) verübt wurde; alle übrigen Fälle des Hochverraths sollen mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe (Zuchthausstrafe oder Festungsstrafe), bei Feststellung mildernder Umstände mit zeitlicher Festungshaft (nicht unter fünf Jahren) bestraft werden. — Subject des Hochverraths kann nach neuerm Recht, und zwar nicht blos nach dem deutschen, sondern ebenso auch nach den meisten ausserdeutschen Gesetzen, keineswegs nur ein inländischer Staatsangehöriger, sondern auch ein Ausländer sein, indem das neuere Recht mit der von feudalen Anschauungen ausgehenden ältern Auffassung gebrochen hat, dass es sich hier um die Bestrafung eines Treubruchs handle, während doch nur ein Angriff auf die Existenz des Staats in Frage steht, deren Anerkennung der Staat berechtigt ist von einem jeden zu verlangen. — Eine besondere Bestimmung ist im deutschen Gesetze über die Vollendung des Hochverraths getroffen, nämlich dahin, dass als Unternehmen, durch welches das Verbrechen des Hochverraths vollendet wird, jede Handlung angesehen werden solle, durch welche das Vorhaben unmittelbar zur Ausführung gebracht werden sollte. Es ist danach nicht nöthig, dass der Verbrecher seinen Zweck erreicht habe; andererseits wird aber nicht ein jeder Anfang der Ausführung als genügend betrachtet werden können; vielmehr wird der Ausdruck „Handlung, durch welche das Vorhaben unmittelbar zur Ausführung gebracht werden sollte“ nur von solchen Handlungen zu verstehen sein, durch welche der Thäter den Zweck z. B. der Ge-

fangennahme des Staatsoberhauptes, des Umsturzes der Verfassung unmittelbar zu erreichen glaubte. Es ist danach ein von dem vollendeten Hochverrath zu unterscheidender Versuch des Hochverraths immerhin noch denkbar. Ausserdem aber sind beim Hochverrath, wie schon früher erörtert wurde, auch Vorbereitungshandlungen für strafbar erklärt, und zwar nicht nur (was auch bei andern Vergehungen vorkommt) bestimmte einzelne Vorbereitungshandlungen (Einlassung mit einer fremden Regierung, Misbrauch anvertrauter Macht, Anwerben und Einüben von Mannschaft, ferner die öffentliche Aufforderung zum Hochverrath und das Complot), sondern sogar Vorbereitungshandlungen im allgemeinen, die nach dem deutschen Gesetze mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden sollen. — Eine so weit getriebene Specialisirung der Hochverrathshandlungen, wie sie das französische Gesetzbuch (ohne strenge Festhaltung des Begriffs des Hochverraths) aufstellt, indem es unter dem Titel „*crimes tendant à troubler l'état par la guerre civile, l'illégal emploi de la force armée, la dévastation et le pillage publics*“ eine grosse Zahl von Fälle für strafbar erklärt (darunter das Ausziehen mit bewaffneter Bande, um Staatseigenthum oder Ortschaften zu verwüsten, Anmassung des Befehls über Truppen u. dgl.), ist dem deutschen Gesetze fremd. Ebenso die abscheuliche Bestimmung des französischen Gesetzes, dass dasjenige Mitglied einer solchen Unternehmung, welches noch rechtzeitig der Regierung oder der Behörde Mittheilung macht oder sogar noch nach Beginn der Verfolgung die Verhaftung der Thäter oder Theilnehmer bewirkt, frei von Strafe sein solle.

Ebenso ist auch der Landesverrath vom deutschen Gesetze nicht als solcher (in begrifflicher Allgemeinheit) für strafbar erklärt, vielmehr ist es eine Reihe von einzelnen Handlungen, welche in dieser Beziehung vom Strafgesetze genannt werden und denen gemeinsam ist, dass sie eine Verletzung des Staats in

seiner Sicherheit nach aussen hin (fremden Mächten gegenüber) enthalten. Dieselben ordnen sich aber wiederum in zwei Gruppen, von denen die eine wol als militärischer, die andere als diplomatischer Landesverrath bezeichnet wird; nicht als wenn die Handlungen der erstern Art nur von Personen des Soldatenstandes und die der letztern Art nur von Diplomaten begangen werden könnten, sondern deswegen, weil den erstern eine Beziehung auf den kriegerischen Zusammenstoss, den letztern eine Beziehung auf den sonstigen Verkehr der Staaten untereinander beiwohnt. Und zwar werden als Fälle des militärischen Landesverraths im Gesetzbuch genannt: 1) wenn ein Deutscher sich mit einer ausländischen Regierung einlässt, um dieselbe zu einem Kriege gegen das Deutsche Reich zu veranlassen; 2) wenn ein Deutscher während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Kriegs in der feindlichen Kriegsmacht Dienste nimmt oder die Waffen gegen das Deutsche Reich oder dessen Bundesgenossen trägt, beziehungsweise, wenn ein Deutscher, welcher schon früher im fremden Kriegsdienst stand, nach Ausbruch des Kriegs in der feindlichen Kriegsmacht verbleibt; 3) wenn ein Deutscher während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Kriegs einer feindlichen Macht Vorschub leistet oder den diesseitigen Truppen Nachtheil zufügt, in welcher Beziehung das Gesetz eine Reihe besonders schwerer Fälle (Verrath von Festungen oder Truppentheilen, Spionage u. dgl.) als solche hervorhebt, welche der Regel nach mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe und, wenn sie auf dem Kriegsschauplatz verübt wurden, mit dem Tode bestraft werden sollen. Die gleichen Strafen, wie gegen Inländer, sollen auch gegen Ausländer zur Anwendung kommen, welche dergleichen Handlungen innerhalb des Gebietes des Deutschen Reichs verüben, jedoch nur, sofern sie sich hier zugleich auch unter dem Schutze des Deutschen Reichs oder eines deutschen Einzelstaats befinden; im übrigen soll gegen Ausländer wegen der-

gleichen Handlungen nach dem Kriebsrecht verfahren werden. Fälle des sogenannten diplomatischen Landesverraths sind: 1) der Verrath von Staatsgeheimnissen, in welcher Beziehung das deutsche Gesetz neben Geheimnissen im engern Sinne noch Festungspläne, sowie solche Urkunden, Actenstücke und Nachrichten nennt, von denen der Thäter weiss, dass ihre Geheimhaltung einer andern Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reichs oder eines deutschen Einzelstaats erforderlich ist; 2) die Schädigung des Staats in den gegenüber einem fremden Staate ihm zustehenden Beweismitteln, wenn nämlich jemand mit dem Bewusstsein der Gefährdung des Deutschen Reichs oder eines Einzelstaats derartige Urkunden oder sonstige Beweismittel vernichtet, verfälscht oder unterdrückt; 3) der Verrath von Staatsgeschäften, wenn nämlich jemand ein ihm von seiten des Deutschen Reichs oder von einem deutschen Einzelstaat aufgetragenes mit einer andern Regierung abzuschliessendes Staatsgeschäft zum Nachtheil des Reichs beziehungsweise des Einzelstaats führt. — Subject aller dieser Handlungen kann ebenfalls nicht nur ein Inländer, sondern auch ein Ausländer sein, und zwar hier ohne jede Beschränkung.

Vermögenseinziehung ist dem deutschen Strafgesetz so gut in diesen, wie in andern Fällen unbekannt; ebenso dem geltenden französischen Recht, wogegen im englischen Recht die Confiscation des Vermögens als Strafe der *high treason* fortbesteht. Doch soll auch nach dem deutschen Strafgesetz in den Fällen des Hochverraths, sowie in denjenigen des Landesverraths eine Beschlagnahme des Vermögens während des Laufes des Strafverfahrens angeordnet werden, welche ihr Ende findet mit der Rechtskraft des Urtheils.

Im wesentlichen übereinstimmend mit dem deutschen Gesetz sind die Fälle des Landesverraths im französischen Rechte geordnet, dessen Bestimmungen theilweise dem deutschen Gesetz zum Vorbild gedient haben, nur dass das letztere die verschiedenen Fälle theils voll-

ständiger fasst, theils besser ordnet. Im englischen Recht wird die Unterstützung des Feindes mit zum *high treason* gerechnet.

Die dritte hierhin gehörige Vergehung nach deutschem Gesetz ist die Majestätsbeleidigung, d. h. eine solche Verletzung der Person des Staatsoberhauptes, welche nicht als Angriff auf deren Herrscherstellung selbst und mithin nicht als Hochverrath angesehen wird, dennoch aber um der staatsrechtlich hervorragenden Persönlichkeit des Verletzten willen nicht den gewöhnlichen, sondern erheblich weitergehenden Strafbestimmungen unterliegen soll. Dabei werden im deutschen Gesetz Thätlichkeiten (welche rechtswidrig sein müssen, aber nicht unter allen Umständen beleidigend zu sein brauchen) und Beleidigungen unterschieden und erstere unter Umständen mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe, die letztern mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft, wobei die staatsrechtlichen Verhältnisse Deutschlands auch hier zu nähern Unterscheidungen führen, je nachdem die Handlung gegen den Kaiser, gegen den eigenen Landesherrn des Thäters und gegen den Landesherrn des Aufenthaltsstaats auf der einen Seite oder gegen einen der übrigen Landesherrn verübt wurde. Das Erforderniss eines Antrags, das für die Verfolgung aller dieser Fälle im frühern Rechte aufgestellt war, ist im heutigen Rechte (gewiss sehr richtiger Weise, da es sich um Fälle von erheblicher öffentlicher Bedeutung handelt) gestrichen und nur wenn es sich um die verhältnissmässig geringern Fälle (einfache Beleidigung eines fremden Landesherrn) handelt, hat auch das jetzige Recht vorgezogen, dass die Verfolgung nur mit Ermächtigung des Beleidigten eintreten solle. Was des Nähern als Beleidigung für das Staatsoberhaupt angesehen werden solle, ist durchaus Sache eines verständigen richterlichen Ermessens, wobei aber in Betracht kommt, dass die Beleidigung keineswegs irgendeine Beziehung zu der Regierungsthätigkeit des Staatsoberhauptes gehabt haben müsse. Es genügt, dass der

Thäter das Staatsoberhaupt als solches gekannt hat und sich nun eine Aeusserung oder Handlungsweise erlaubte, die mit Rücksicht auf die hervorragende Stellung des Staatsoberhauptes als nicht bloß unpassend, sondern ehrenkränkend betrachtet werden muss. — Mit der Majestätsbeleidigung zusammen wird im deutschen Gesetz behandelt die Beleidigung von Mitgliedern eines landesherrlichen Hauses, wobei wiederum zwischen dem landesherrlichen Hause des eigenen Staats (sowie des Aufenthaltsstaats) und eines sonstigen Staats unterschieden wird. Auch die Beleidigung dieser Personen soll nicht als eine Privatbeleidigung angesehen werden, um der staatsrechtlichen Bedeutung des landesherrlichen Hauses willen, aus welchem das Staatsoberhaupt hervorgeht.

Nicht aber nur der eigene Staat ist es, den unsere Gesetzgebung durch Strafbestimmungen zu schützen sucht, vielmehr sind von ihr in gewissem Umfange auch Angriffe auf fremde Staaten verboten, und zwar wol nicht nur aus dem Gesichtspunkte, den ältere Gesetzgebungen als den allein massgebenden hervorhoben und den noch das jetzige französische Recht ausschliesslich betont, dass nämlich in solchen Handlungen eine Gefährdung der völkerrechtlichen Beziehungen des eigenen Staats gefunden werden kann, sondern gewiss auch um deswillen, weil ebenso wie die einzelnen Individuen, so auch die fremden Staaten und zwar in ganz hervorragendem Grade Rechtssubjecte sind, denen unsere Gesetzgebung die Ertheilung eines Rechtsschutzes schuldet. Dabei sind in der deutschen Gesetzgebung für strafbar erklärt Handlungen, die gegen den hiesigen Staat verübt Hochverrath sein würden, und zwar sollen solche Handlungen mit Festungshaft bis zu zehn Jahren bestraft werden. Handlungen gegen das Leben eines fremden Staatsoberhauptes sollen nach der nunmehr unzweifelhaften Fassung des Gesetzes den gewöhnlichen Bestimmungen über die verschiedenen Arten rechtswidriger Tödtung unterliegen. Auf die Beleidigung eines

solchen, sowie auf die Beleidigung fremder Gesandten und schliesslich noch auf die Verletzung fremder Staatshoheitszeichen sind besondere Strafen gesetzt.

Gehen wir nun über zu denjenigen Vergehungen, welche eine Verletzung des Staats in seinen Bestandtheilen, beziehungsweise nach den einzelnen Seiten seiner Thätigkeit enthalten, so treten uns in dieser Beziehung zunächst diejenigen Vergehungen entgegen, welche gegen die einzelnen Organe des Staats gerichtet sind, in welcher Beziehung vor allem das Staatsoberhaupt selbst in Betracht kommen würde, wenn nicht nach monarchischer Auffassung dasselbe als Träger der Staatsgewalt selbst aufgefasst und die gegen dasselbe begangenen Vergehungen deshalb als Verletzungen des Staats als solchen erschienen. Das zuerst zu nennende Object dieser Vergehungen ist mithin die sogenannte gesetzgebende Versammlung, d. h. eine solche Versammlung, welche je nach der Verfassung des Staats entweder allein oder in Gemeinschaft mit einer andern Versammlung, beziehungsweise mit dem Staatsoberhaupt die Gesetzgebung ausübt, in welcher Beziehung nach den jetzigen staatsrechtlichen Verhältnissen Deutschlands einerseits der sogenannte Bundesrath und der deutsche Reichstag, andererseits die in den einzelnen deutschen Staaten bestehenden Landesvertretungen in Betracht kommen. Wer es unternimmt, eine dieser Versammlungen auseinander zu sprengen, zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zu nöthigen oder Mitglieder aus ihr gewaltsam zu entfernen, soll mit Freiheitsstrafe, der Regel nach nicht unter fünf Jahren, bestraft werden. Geringere Strafe trifft denjenigen, der ein einzelnes Mitglied einer solchen Versammlung gewaltsam verhindert, sich an den Ort der Versammlung zu begeben oder seine Stimme abzugeben. Aehnlich das französische Gesetz, nur dass dieses die genannten Handlungen dem viel allgemeineren Begriff der Verhinderung an der Ausübung politischer Rechte unterordnet. Anders dagegen das englische Recht, welches

gewisse Angriffe auf die beiden Häuser des Parlamentes, wie schon oben erwähnt wurde, als Hochverrath bestraft. — Als ferneres Object dieser Vergehungen aber erscheint auch der einzelne Staatsbürger, sofern dieser thätig wird bei der Ausübung politischer Rechte, und zwar soll nach dem deutschen Gesetz ähnlich wie nach dem französischen (dem die betreffenden Bestimmungen des preussischen Strafgesetzbuchs nachgebildet wurden), in dieser Beziehung bestraft werden: 1) die Verhinderung eines Wahlberechtigten an der Ausübung seiner Befugniss, 2) die Wahlfälschung und 3) die Wahlbestechung. Dabei wird hinsichtlich der Wahlfälschung sowol derjenige für strafbar erklärt, der bei der Sammlung von Wahl- oder Stimmzetteln, beziehungsweise bei der Beurkundung derselben ein unrichtiges Ergebniss der Wahlhandlung herbeiführt, als derjenige, welcher nachträglich dieses Ergebniss rechtswidrig verändert; es wird ferner hinsichtlich der Wahlbestechung sowol die active als die passive Bestechung unter Strafe gestellt, und zwar im Sinne des Gesetzes gewiss nicht nur der Fall, dass jemand einen andern verpflichtet, in einem bestimmten Sinne zu wählen, sondern auch der Fall, dass er ihn gegen Vorthelle zur Nichtausübung seines Wahlrechts zu bestimmen sucht. Für England sind die betreffenden in neuerer Zeit verschärften Bestimmungen in einem besondern Gesetz „*offenses relating to the election of members of Parliament*“ enthalten.

Eine andere Klasse von Organen des Staats und diejenige, auf welche dieser Begriff in einer besondern Weise zur Anwendung kommt, sind die Beamten, wobei vom allgemeinen Standpunkt aus und ebenso im Sinne des Reichsgesetzes als Beamter ein jeder zu bezeichnen ist, der Geschäfte der Staatsgewalt (und zwar solche, deren Ausübung nicht schon zu den Befugnissen oder Verpflichtungen des allgemeinen Staatsbürgerrechts gehört) im Auftrage der Staatsgewalt ausübt. Bei dieser ihrer Thätigkeit müssen die betreffenden Personen geschützt sein, und zwar sowol gegen Gewalt, welche

von irgendeiner Seite gegen sie verübt wird, als gegen den gewaltsamen Widerstand, der sich ihnen entgegensetzt. Dem entsprechend sind denn in fast allen neuern Gesetzen besondere Strafbestimmungen gegen eine derartige Gewaltübung gegeben, und nur das englische Recht scheint sich mit den gewöhnlichen Bestimmungen über Körperverletzungen, Nöthigung u. s. w. zu begnügen, auch wenn diese Handlungen gegen Beamte verübt werden; umgekehrt wird im französischen Recht die gegen einen einzelnen Beamten geübte rechtswidrige Widersetzung sogar als *rebellion* bezeichnet. Dabei ist im jetzigen deutschen Strafgesetz gegenüber frühern Gesetzgebungen der grosse Fortschritt enthalten, dass nunmehr ausdrücklich nur der gegen die rechtmässige Amtsausübung geübte Widerstand für strafbar erklärt ist, eine Voraussetzung, die nicht so zu verstehen ist, als müsse die betreffende Amtshandlung in jeder Hinsicht auch sachlich gerechtfertigt gewesen sein, die aber sehr richtiger Weise den Widerstand gegen solche Handlungen straflos lässt, zu denen für den betreffenden Beamten unter den obwaltenden Umständen gar kein vernünftiger Anlass vorlag. Der Gewaltübung selbst ist die Bedrohung mit Gewalt gleichgestellt. Hinsichtlich der Strafe ist durch die Novelle von 1876 bestimmt worden, dass das regelmässige Mindestmass derselben in vierzehn Tagen Gefängniss bestehen soll. Dieselben Strafen sollen eintreten, wenn die Handlung gegen eine Privatperson verübt wurde, welche zur Unterstützung des Beamten herangezogen wurde, beziehungsweise gegen ein Mitglied der bewaffneten Macht oder einer Gemeinde-, Schutz- oder Bürgerwehr, die sich in Ausübung ihres Dienstes befanden. Eine nicht unerheblich höhere Strafe trifft denjenigen, der einen Beamten zur Vornahme einer Amtshandlung nöthigt, wobei als Mittel der Nöthigung im Gesetz Gewalt oder Drohung (ohne Beschränkung auf Drohungen einer bestimmten Art) genannt sind. Besondere Bestimmungen sind im deutschen Gesetze noch zum Schutze der Forst-

und Jagdbeamten, wie auch der forst- und jagdberechtigten Personen selbst erlassen, sofern dieselben, wie auch hier hinzugefügt ist, sich in der rechtmässigen Ausübung ihres Amtes oder ihrer Befugnisse befinden.

Einer grossen Steigerung in der Strafbarkeit ist die Widersetzung gegen die Staatsgewalt fähig, wenn dieselbe nicht von einer einzelnen Person, sondern von einer grössern Zahl von Personen verübt wird. Während aber das französische Recht hier eine ebenso äusserliche, wie complicirte Unterscheidung vornimmt, je nachdem es sich um eine oder zwei Personen oder um drei bis zwanzig Personen oder endlich um mehr als zwanzig Personen handelt, ferner je nachdem diese Personen (oder wenigstens einzelne von ihnen) bewaffnet waren, begnügt sich das deutsche Gesetz mit der einfachen Bestimmung, dass eine öffentliche Zusammenrottung, bei welcher mit vereinten Kräften eine der oben erwähnten Gewaltthatigkeiten gegen Beamte geübt wurde, als Aufruhr bestraft werden solle. Es ist also hier, wie bei dem früher erwähnten Landfriedensbruch, nicht eine Mehrzahl von Personen genügend, vielmehr muss es eine Menge von Personen sein, ohne dass die Grenze durch das Gesetz selbst näher festgestellt wäre. Strafbar ist auch hier, wie beim Landfriedensbruch, jeder, der sich in der Absicht, den Zweck der Zusammenrottung wenigstens mittelbar zu unterstützen, an derselben betheiligt. Die Strafe des Aufruhrs soll für die gewöhnlichen Theilnehmer Gefängniss, für die sogenannten Rädelsführer, sowie für diejenigen, welche selbst Gewaltthatigkeiten verübten, der Regel nach in Zuchthaus bestehen. Aehnlich das französische Recht, welches aber keinen derartigen Unterschied zwischen der blossen Betheiligung und der Gewaltübung aufstellt, und für welches ferner in Betracht kommt, dass eine Anzahl von Fällen, welche das deutsche Gesetz zum Aufruhr, ja zum blossen Landfriedensbruch zählt (Plünderung einer ganzen Ortschaft) im französischen Recht dem sehr unbestimmten Begriff

der *sédition* unterstellt ist, die das französische Gesetzbuch unter den Vergehungen „*contre la sûreté intérieure de l'état*“ erwähnt. Noch viel weniger genau ist in dieser Beziehung das englische Recht entwickelt, welches sich mit den Begriffen „*rout*“ und „*riot*“ begnügt, die eine grosse Unbestimmtheit zeigen und ausser den Fällen des Aufruhrs und des Landfriedensbruchs auch noch andere, geringere Fälle blossen Tumultuirens umfassen, und zwar ohne dass dabei an dem Vorhandensein einer Menge festgehalten würde. Dieselben fallen also auch nicht mit dem deutschen Begriffe des Auflaufs zusammen, der darin besteht, dass eine auf öffentlichem Platze versammelte Menschenmenge (was auch immer der Zweck ihres Zusammenkommens gewesen sein möge) nicht auseinander geht, sobald von dem zuständigen Organe der Staatsgewalt eine hierauf gerichtete, und zwar dreimalige Aufforderung an die Menge ergangen ist; bestraft wird, wer sich nach der dritten Aufforderung nicht entfernt.

Beleidigungen, welche einem Beamten, beziehungsweise einer Behörde zugefügt werden, unterliegen nach dem deutschen Gesetz nur insofern einer besondern Behandlung, als, falls es sich um eine Beleidigung handelt, die dem Beamten während der Ausübung seines Berufs oder in Beziehung auf denselben zugefügt wurde, ausser dem unmittelbar Betheiligten auch dem amtlichen Vorgesetzten desselben die Befugniss, den Strafantrag zu stellen, zustehen soll; eine höhere Strafe ist für solche Fälle nicht bestimmt. Anders das französische Gesetz, nach welchem die einfache Beleidigung der Regel nach sehr gering, die einem Beamten zugefügte Beleidigung dagegen mit Freiheitsstrafe bis zu zwei und unter Umständen selbst bis zu fünf Jahren gestraft wird.

Als Vergehungen gegen die Integrität der Organe der Staatsgewalt erscheint ferner die Bestechung, die in den meisten Gesetzen in der Hauptsache ziemlich übereinstimmend, jedoch insofern verschieden behandelt wird,

als nach den einen, wie insbesondere nach der deutschen Gesetzgebung, die passive Bestechung (das Sichbestechenlassen seitens eines Beamten) durchschnittlich viel schwerer bestraft wird, wogegen andere, wie das französische Gesetz, die active und die passive Bestechung in der Höhe der Strafe einander gleichstellen. Uebrigens wird als active Bestechung (die allein hierhin gehört) nach den meisten Gesetzen (und so auch nach dem deutschen) nur der Fall gestraft, wenn der Beamte zu einer pflichtwidrigen Handlung (oder Unterlassung) bestimmt werden sollte, wogegen im Falle der blossen widerrechtlichen Geschenkkannahme nur der Beamte, nicht auch der Geber oder Anbietende bestraft wird.

Zu den Vergehungen gegen die Organe der Staatsgewalt gehört schliesslich noch die Anmassung amtlicher Befugnisse, die im französischen Gesetzbuch sehr richtig unter den Vergehungen „*envers l'autorité publique*“ erscheint, im deutschen dagegen mit vielen andern Vergehungen in dem sehr unbestimmten Abschnitt von den „Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung“ erwähnt wird. Die im französischen Gesetz damit zusammengestellte Anmassung amtlicher Abzeichen (insbesondere das unbefugte Tragen einer Uniform) wird im deutschen Gesetzbuch unter den blossen Uebertretungen behandelt.

Unter den Verletzungen der Autorität des Staats oder, wie man sagen kann, den Verletzungen des Staats in seinem Anspruch auf Geltung bei allen Betheiligten ist zunächst zu erwähnen die an andere gerichtete Aufforderung, dem Willen des Staats entgegenzuhandeln, in welcher Beziehung das deutsche Gesetz die Aufforderung zum Ungehorsam und die Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen unterscheidet, in beiden Fällen aber das Erforderniss öffentlicher Verübung aufstellt. (Ueber die Bestrafung der Anstiftung siehe oben). — Strafbar ist sodann nach dem deutschen Gesetze der Fall, wenn jemand (Gesetzbuch §. 131) er-

dictete oder entstellte Thatsachen, wissend, dass sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, ein Fall, den man als Verleumdung des Staatswillens bezeichnen kann. Derselbe, abgesehen von einer nicht unerheblichen Aenderung seiner Fassung, dem preussischen Strafgesetzbuch entlehnt, welches seinerseits sich auf Bestimmungen des französischen Rechts stützte, würde an sich offenbar einer Ergänzung bedürfen durch eine der Beleidigung analoge Bestimmung, durch welche die Schmähung von Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit für strafbar erklärt würde. Doch ist eine derartige Ergänzung, vorgeschlagen durch den Entwurf der Novelle von 1876, nach lebhaftem Widerstreben der öffentlichen Meinung, vom deutschen Reichstage als im Interesse der persönlichen Freiheit zu bedenklich abgelehnt worden. Und dennoch wäre dieselbe, ganz abgesehen von jenen französischen Bestimmungen, nicht ohne Vorgang selbst in der englischen Gesetzgebung, in welcher sich ältere Bestimmungen finden, die auch heutzutage wenigstens nicht formell abgeschafft sind, wonach in sehr grosser Allgemeinheit sogar die Erregung von Hass und Verachtung gegen die Regierung für strafbar erklärt wird. — Es gehören hierhin ferner die Beschädigung und Beseitigung von Gegenständen, die sich in amtlicher Aufbewahrung befinden, die Entziehung amtlich in Beschlag genommener Gegenstände aus der Beschlagnahme, die Verletzung einer amtlich vorgenommenen Versiegelung, sowie die Verletzung von amtlichen Bekanntmachungen und Hoheitszeichen des Staats, Fälle, die das deutsche Strafgesetzbuch ebenfalls in jenem Abschnitt von den Verletzungen der öffentlichen Ordnung behandelt, und welche theilweise den Vorschriften des französischen Strafgesetzbuchs entsprechen, dessen Bestimmungen auch hier von Einfluss waren auf die preussische und mittelbar auf die deutsche Gesetzgebung.

Nur kurz können wir hier diejenigen Vergehungen gegen den Staat berühren, die in einer Verletzung besonderer Zweige der Staatsgewalt bestehen, und unter denen hauptsächlich die Vergehungen gegen die Rechtspflege und diejenigen in Beziehung auf den Wehrdienst in Betracht kommen.

Unter den erstern tritt uns zunächst (abgesehen von der Begünstigung strafbarer Handlungen, die wir schon oben in Verbindung mit der Theilnahme behandelten) die Nichtanzeige von Verbrechen entgegen, welche das deutsche Gesetzbuch in gewissem Umfange bestraft, in Beziehung nämlich auf gewisse schwere Verbrechen (darunter Hochverrath, Mord, Raub, Brandstiftung), sofern jemand von ihrer bevorstehenden Verübung glaubhafte Kenntniss erhalten hat. Aehnlich das französische Strafgesetzbuch, nur dass dieses die Verpflichtung zur Anzeige auf sämtliche zu der Klasse der „*crimes*“ gehörenden strafbaren Handlungen ausdehnt; doch ist diese ganze Strafvorschrift des französischen Gesetzbuchs durch ein Gesetz vom Jahre 1832 ausser Wirksamkeit gesetzt worden und mithin die Nichtanzeige bevorstehender Verbrechen im französischen Strafrecht überhaupt nicht strafbar. Ebenso wenig die Nichtanzeige begangener Verbrechen, die auch nach dem deutschen Strafgesetzbuch in keinem Falle gestraft wird. — Eine zweite hierhin gehörige Vergehung ist die Befreiung von solchen, denen aus irgendeinem Grunde im Namen des Staats ihre Freiheit entzogen ist, in welcher Beziehung sowol die Selbstbefreiung, als die seitens eines andern bewirkte Befreiung in Betracht kommt. Was nun zunächst die Selbstbefreiung betrifft, so ist sowol nach dem französischen wie nach dem deutschen Gesetzbuch nicht schon die Selbstbefreiung an sich strafbar, vielmehr nur, wenn noch ein anderes Moment hinzukommt. Dieses Moment ist nach dem französischen Gesetz, dass der Gefangene zum Zwecke einer Entweichung Gewalt gegen Personen oder Sachen übt, und nach dem deutschen Gesetz fer-

ner, dass eine sogenannte Meuterei unter einer Mehrzahl von Gefangenen stattfindet. Das Entweichen als solches soll sowol nach dem französischen wie nach dem deutschen Gesetz nur die Veranlassung zu disciplinärer Ahndung bieten. Anders nach dem englischen Recht, in welchem der entweichende Gefangene mit Geld- und Gefängnisstrafe bedroht wird.

Als Vergehung in Beziehung auf den Wehrdienst hat nach dem deutschen wie auch nach den übrigen Gesetzen, welche ihrer Heereseinrichtung das System der allgemeinen Wehrpflicht zu Grunde legen, eine hervorragende Bedeutung der Fall, wenn sich jemand der Erfüllung dieser Wehrpflicht rechtswidrig zu entziehen sucht, sei es durch widerrechtliche Entfernung oder durch widerrechtliches Verweilen im Ausland, sei es indem er sich wirklich oder scheinbar zum Wehrdienst untauglich macht, beziehungsweise durch andere untauglich machen lässt, in welchem letztern Falle demjenigen, der die Handlung ausführt, dieselbe Strafe gedroht ist. Strafbar ist ausserdem die Verleitung zum militärischen Ungehorsam, sowie die Verleitung zur Desertion nebst der Beförderung einer solchen (Gesetzbuch §. 112, §. 141), und endlich ist allgemein für strafbar erklärt (Gesetzbuch §. 141) das Anwerben eines Inländers (eines Deutschen) zu auswärtigem Wehrdienst, einschliesslich des Falles, wenn jemand einen Inländer den betreffenden Werbern zuführt.

Die sonstigen Verletzungen oder Gefährdungen des Staats in seinen besondern Interessen tragen fast sämmtlich nur den Charakter des mehr polizeilichen Unrechts, indem sie nicht in einer Verletzung selbstverständlicher Grundlagen des Gemeinwesens, sondern in einer Verletzung besonderer Anordnungen der Staatsgewalt bestehen. Eine Ausnahme macht die Theilnahme an gewissen Verbindungen, welche das deutsche Strafgesetzbuch in den §§. 128 und 129 für strafbar erklärt; es gehört hierhin die Theilnahme einmal an solchen Verbindungen, zu deren Zwecken oder Beschäftigungen

es gehört, der Vollziehung der Gesetze oder den Massregeln der Verwaltung durch ungesetzliche Mittel entgegenzutreten, sodann die Theilnahme an grundsätzlich geheimgehaltenen Verbindungen und endlich die Theilnahme an solchen Verbindungen, in welchen entweder gegen unbekannte Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird. Was insbesondere die letztere Bestimmung betrifft, so konnte es sich fragen, ob nicht schon nach ihr die Theilnahme am Jesuitenorden als strafbar zu behandeln gewesen wäre. Ausserordentlich gewechselt hat hinsichtlich der strafbaren Mitgliedschaft an Vereinen das französische Recht; für das englische Recht vergleiche den schon früher erwähnten Begriff der *conspiracy*, wonach allerdings davon nicht die Rede ist, dass geheime Verbindungen als solche als strafbar behandelt würden, wonach aber ebenfalls Verbindungen gestraft werden können, welche gesetzwidrige Zwecke oder welche gesetzmässige Zwecke mit gesetzwidrigen Mitteln verfolgen.

Eine letzte Abtheilung der Vergehungen gegen den Staat bilden diejenigen Handlungen, welche von Personen, die sich im öffentlichen Dienste befinden, begangen werden und eine Verletzung ihrer Dienstpflichten enthalten. Dabei ist zu beachten, dass nicht eine jede Verletzung der Dienstpflicht strafrechtlich in Betracht kommt, sondern nur diejenige, welche zugleich die allgemeine Rechtsordnung berührt. Alle übrigen Dienstverletzungen ziehen nur sogenannte disciplinare Rügen nach sich, die unter Umständen den Criminalstrafen äusserlich gleichen und demgemäss auch wol Disciplinarstrafen genannt werden, dennoch aber sich ihrer innern Bedeutung nach von den eigentlichen Strafen wesentlich unterscheiden und deswegen auch nicht von den Gerichten, sondern von den betreffenden Vorgesetzten oder einem besondern sogenannten Disciplinarhofe verhängt werden. Die Grenze zwischen den blossen

Disciplinarvergehen einerseits und den strafrechtlichen Vergehungen im öffentlichen Dienste andererseits ist der Natur der Sache nach schwankend, indem es von einer ziemlich unsichern Erwägung abhängt, ob durch eine bestimmte Handlungsweise nur das Interesse des Dienstes oder auch die allgemeine Rechtsordnung verletzt wird. Dabei stellt sich die naturgemässe Erscheinung ein, dass in denjenigen Gesetzgebungen, welche ein im einzelnen geregeltes Disciplinarrecht kennen, der Kreis der strafrechtlichen Dienstvergehungen enger, in denjenigen Gesetzgebungen aber, bei welchen dies nicht der Fall ist, derselbe weitergesteckt ist, indem die letztern sonst in vielen Fällen auf eine angemessene Ahndung verzichten oder dieselbe einem durchaus regellosen Verfahren überlassen müssten. Zu der ersten Klasse gehört die Gesetzgebung des Deutschen Reichs und ebenso die französische Gesetzgebung, zu der zweiten England, sowie die Gesetzgebung mehrerer der deutschen Einzelstaaten, die aber jetzt damit vorgehen, die Rechtsverhältnisse ihrer Beamten nach dem Muster des Reichsbeamtengesetzes zu gestalten. Demgemäss finden wir im deutschen Gesetzbuch nicht bedroht die Dienstvernachlässigung als solche, die nach englischem Recht gerichtlich mit Geld und Gefängniss bestraft werden kann; wir finden daselbst nicht bedroht die Verletzung der Amtsverschwiegenheit und ähnliche Fälle, womit nicht gesagt ist, dass dieselben überhaupt nicht gestraft werden sollten, sondern nur, dass ihre Ahndung dem Disciplinarverfahren überlassen bleibt. — Als Subjecte der hierhin gehörigen Vergehungen kommen übrigens nicht in jeder Hinsicht nur Beamte in Betracht, sondern es sind neben den Amtsvergehungen auch noch eine Reihe von solchen Vergehungen genannt, welche sich Geschworene, Schöffen und andere Personen, welche nur vorübergehend zu öffentlichen Functionen herangezogen werden, in Beziehung auf die ihnen obliegende Verpflichtung zu Schulden kommen lassen. Auch gewisse Vergehungen der Rechtsanwälte (welche nach

einer ausdrücklichen Bestimmung des deutschen Strafgesetzbuchs nicht zu den Beamten zu zählen sind) werden neben den eigentlichen Amtsvergehungen genannt. — Dabei kann man zwischen allgemeinen und besondern Dienstvergehungen unterscheiden, je nachdem dieselben von einer jeden im öffentlichen Dienste stehenden Person oder nur von gewissen Arten solcher Personen begangen werden können. Zu den erstern gehört nach dem deutschen Gesetzbuch schon die widerrechtliche Annahme von Geschenken, indem ein Beamter, welcher für eine in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlung (das französische Gesetz sagt „*pour un acte de sa fonction ou de son emploi même juste, mais non sujet de salaire*“) Geschenke oder andere Vortheile annimmt, fordert oder sich versprechen lässt, mit Geldstrafe und selbst mit Gefängniss bestraft werden soll. Es gehört dahin ferner die eigentliche Bestechung (nach ihrer passiven Seite), indem ein Beamter, der für eine Handlung, die eine Verletzung seiner Amts- oder Dienstpflicht enthält, Vortheile annimmt oder sich versprechen lässt, der Regel nach mit Zuchthausstrafe bestraft werden soll; ist es ein Richter, Geschworener oder Schöffe, der sich hat bestechen lassen, so kann derselbe nach dem deutschen Strafgesetz bis zu funfzehn Jahren Zuchthaus bestraft werden. Es gehört hierhin ferner die Amtsunterschlagung, insbesondere wenn sie mit unrichtiger Führung, Verfälschung oder Unterdrückung amtlicher Nachweise verbunden ist, die Uebervortheilung bei der Erhebung von Steuern, Gebühren und Abgaben, die falsche Beurkundung rechtlicher erheblicher That-sachen, und endlich der Misbrauch der Amtsgewalt zur Benachtheiligung von Personen, in welcher Beziehung das deutsche Gesetz, hierhin abweichend von ältern Gesetzen und abweichend vom englischen Recht, nicht jenen Misbrauch im allgemeinen für strafbar erklärt, sondern die verschiedenen Fälle unterscheidet: widerrechtliche Nöthigung, widerrechtliche Freiheitsentziehung

und Hausfriedensbruch, Fälle, in welchen theilweise die Strafe bis zu fünf Jahren Gefängniss hinaufsteigt. Ein Amtsvorgesetzter, welcher seinen Untergebenen zu einer strafbaren Handlung im Amte vorsätzlich verleitet oder zu verleiten unternimmt oder welcher auch nur eine solche strafbare Handlung seines Untergebenen wissentlich geschehen lässt, soll nach dem deutschen Gesetz auch seinerseits mit der auf die strafbare Handlung selbst gesetzten Strafe bestraft werden; dieselbe Bestimmung soll auf denjenigen Beamten Anwendung finden, der, ohne Vorgesetzter zu sein, zur Aufsicht oder Controle über einen andern Beamten bestimmt ist. — Von den besondern Dienstvergehungen sind zunächst die auf die Rechtspflege bezüglichen zu erwähnen, in welcher Beziehung im deutschen Gesetz ausser einer Reihe von Vergehungen mit besonderer Beziehung auf den Strafprocess, hauptsächlich die sogenannte Rechtsbeugung und die sogenannte Prävarication der Rechtsanwälte genannt sind. Wegen Rechtsbeugung strafbar ist derjenige, der als Beamter oder Schiedsrichter bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache vorsätzlich zu Gunsten oder zum Nachtheil einer Partei das Recht anwendet oder dessen Anwendung unterlässt. Vergleiche die weitergehende Bestimmung des französischen Rechts: *tout juge ou administrateur qui se sera décidé par faveur pour une partie ou par inimitié contre elle* (Art. 183). Der Prävarication (ohne dass das Gesetz selbst diesen Namen braucht) ist schuldig derjenige Rechtsbeistand, welcher bei den ihm in seiner Eigenschaft als solcher anvertrauten Angelegenheiten wissentlich das Interesse seiner Partei verletzt, in welcher Beziehung das Gesetz aber nur den Fall nennt, dass der Rechtsbeistand pflichtwidrig beiden Parteien dient, wobei der Fall, dass dies im Einverständniss mit der Gegenpartei geschieht, besonders bedroht ist. — Die Aufzählung der übrigen besondern Dienstvergehungen würde zu weit führen; erwähnt sei nur noch, dass im deutschen Strafgesetzbuch selbst nur noch ge-

wisse besondere Vergehungen der zur Mitwirkung bei einer Eheschliessung berufenen Personen, sowie gewisse Dienstvergehungen der Post- und Telegraphenbeamten genannt sind, wogegen die sonstigen besondern Dienstvergehungen den neben dem Reichsstrafgesetzbuch bestehenden besondern Gesetzen, theils des Reichs, theils der einzelnen deutschen Staaten überlassen sind. Insbesondere ist dies auch mit den Dienstvergehungen der Militärpersonen der Fall, welche den Gegenstand eines besondern deutschen Militärstrafgesetzbuchs (vom Jahre 1872) bilden. Neu aufgenommen ist in das Reichsstrafgesetzbuch selbst, und zwar durch die Novelle von 1876, eine (durch den Fall Arnim veranlasste) Strafbestimmung gegen „Beamte im Dienste des auswärtigen Amtes des Deutschen Reichs“, welche sich einer Verletzung des Amtsgeheimnisses oder eines dienstlichen Ungehorsams schuldig machen.

In allen diesen Beziehungen sind die Vorschriften der deutschen Gesetzgebung ziemlich streng. Sollen wir aber zum Schluss, im Rückblick auf das gesammte deutsche Strafrecht, eine Gesamtansicht über dasselbe aussprechen, so scheint uns so viel gewiss, dass dasselbe in mancher Beziehung noch schwankt zwischen zu harten und zu milden Strafvorschriften, sowie zwischen zu allgemein und zu speciell gehaltenen Bestimmungen, dass dasselbe noch manche Lücke aufweist, welche durch den Erlass neuer Strafvorschriften ausgefüllt werden muss, dass dasselbe manches in dieser Beziehung noch wird lernen können auch von der ausländischen Gesetzgebung, dass dasselbe aber, wie ohne Ruhmredigkeit gesagt werden kann, durchschnittlich genommen den meisten modernen Gesetzen überlegen ist hinsichtlich der Gerechtigkeit und Zweckmässigkeit seiner Vorschriften und auf jeden Fall eine nicht unverdienstliche Stellung in der allgemeinen Entwicklung des Strafrechts einnimmt.

A n h a n g.

Von grosser Bedeutung für die Verwirklichung des Strafrechts ist die Frage, ob und in welchem Umfange die Bestrafung des Thäters auch dann erzielt werden kann, wenn es demselben gelungen ist, in das Gebiet eines andern Staats zu entkommen. Soll in einem solchen Fall die Rechtspflege nicht still stehen, so ist nur ein Doppeltes möglich: entweder es entschliesst sich der Zufluchtsstaat seinerseits zur Bestrafung oder er schreitet zur Auslieferung. Da nun ersteres sich in den meisten Fällen schon um deswillen verbietet, weil der Staat dem betreffenden Straffalle in persönlicher und sachlicher Hinsicht fern steht, so bleibt nur die Auslieferung übrig, sei es an denjenigen Staat, auf dessen Gebiet die That verübt wurde, sei es an den Heimatsstaat des Schuldigen, sofern dieser sich der Verfolgung annimmt.

Und so finden wir denn auch die Pflicht zur Auslieferung von Verbrechern, wenn auch nicht ohne Beschränkungen, theils theoretisch anerkannt, theils durch ausdrückliche seitens der neuern Staaten untereinander abgeschlossene Verträge bestätigt. In diesen Verträgen, wie solche theilweise schon im vorigen Jahrhundert, hauptsächlich aber in den letzten Jahrzehnten (von be-

sonderer Bedeutung war in dieser Beziehung das Vorgehen Frankreichs) abgeschlossen wurden*, werden nun

1) überall zunächst diejenigen Vergehungen angeführt, auf Grund deren gegenseitig die Auslieferung soll verlangt werden können, ein Verzeichniss, welches in den neuern und neuesten Verträgen eine erhebliche Vergrösserung gegen früher erlangt hat. Nicht aufgenommen sind unter diese Vergehungen aber fast überall (eine Ausnahme machten unter anderm die frühern Vereinbarungen zwischen Preussen und Russland) die sogenannten politischen Vergehungen, wobei aber der Umfang der letztern in sehr verschiedener Weise bestimmt wird, theils nur in der Art, dass die Vergehungen gegen den Staat nicht in der Liste der Auslieferungsdelicte erscheinen, theils in der Art, dass alle diejenigen Vergehungen ausgenommen werden, welche im einzelnen Fall einen politischen Charakter an sich tragen, worunter wol solche verstanden sind, welche auf einem politischen Beweggrunde beruhen. Doch findet sich hierbei die Besonderheit, dass in einigen Verträgen gewisse Vergehungen wiederum von dieser Ausnahme ausgenommen werden und hinsichtlich ihrer (wie insbesondere hinsichtlich der Angriffe auf das Leben des Staatsoberhauptes) eine unbedingte Auslieferungspflicht anerkannt wird. Andererseits ist mehrfach (so in den französischen und belgischen Verträgen) die Auslieferungspflicht nicht bloß für die politischen Vergehungen selbst, sondern auch für diejenigen sonstigen Vergehen ausgeschlossen, welche mit einem politischen

* Seitens des Deutschen Reichs sind in den letzten Jahren Verträge dieser Art abgeschlossen mit Italien (1871), mit England (1872), mit der Schweiz und mit Belgien (1874), mit Luxemburg (1876). Mit Frankreich bestehen noch Verträge Preussens und der übrigen einzelnen Staaten. Zwischen Frankreich und Belgien gilt ein Vertrag von 1869, wogegen der englisch-amerikanische Auslieferungsvertrag von 1842 infolge eines noch zu erwähnenden Streites gekündigt worden ist, sodass vorläufig die Auslieferung auf dem freien Willen dieser Staaten beruht.

Vergehen „im Zusammenhange stehen“, ohne dass immer klar wäre, in welchem Sinne dies gemeint ist. — Der Grund für die Nichtauslieferung politischer Verbrecher ist aber augenscheinlich der, dass hinsichtlich ihrer keine genügende Sicherheit besteht, dass in die Strafverfolgung sich nicht eine politische Verfolgung einmischt.

2) Eine zweite Ausnahme, welche in diesen Verträgen allgemein festgesetzt zu werden pflegt, ist sodann die, dass die vertragschliessenden Staaten sich nicht zur Auslieferung ihrer eigenen Unterthanen verpflichten. Es steht dies im Zusammenhang mit den Bestimmungen, welche in den meisten modernen Gesetzgebungen über den räumlichen Wirkungskreis des Strafgesetzes gelten, wonach diese Gesetze den inländischen Staatsangehörigen auch wegen im Auslande begangener Handlungen den heimischen Strafgesetzen unterwerfen. Nicht ausgeschlossen war die Auslieferung eigener Unterthanen lange Zeit in denjenigen Verträgen, welche England mit dem Auslande abschloss, bis dann in die neuesten englischen Verträge (z. B. mit dem Deutschen Reich 1872) jene Clausel ebenfalls Aufnahme gefunden hat, wonach nun freilich die englische Gesetzgebung sich verpflichtet fühlen sollte, in grösserm Umfange, als bisher geschehen ist, sich um die im Auslande begangenen Vergehungen ihrer eigenen Unterthanen zu bekümmern. — Ausgeliefert werden also nur fremde Staatsangehörige, und zwar die Unterthanen sei es des die Auslieferung verlangenden, sei es eines dritten Staats, für welchen letztern Fall in mehreren Verträgen bestimmt ist, dass vor der Auslieferung dieser dritte Staat benachrichtigt werden soll und, dass, wenn er den Auszuliefernden seinerseits beansprucht, es im Ermessen des Zufluchtsstaats stehen soll, welchem der beiden betheiligten Staaten er den Angeschuldigten überliefern will.

3) Es werden in jenen Verträgen sodann die Voraussetzungen bestimmt, unter denen es zur Aus-

lieferung kommen soll, indem begreiflicherweise kein Staat das blosse Verlangen der fremden Regierung für genügend erachtet, um sich zur Auslieferung zu verpflichten. In dieser Beziehung wird nun aber in den meisten neuern Verträgen keineswegs ein gerichtliches Endurtheil oder auch nur eine formell erhobene Anklage (Eröffnung des Hauptverfahrens, Verweisung zur Hauptverhandlung) erfordert, vielmehr soll nach den meisten neuern Verträgen ein gerichtlicher Haftbefehl genügen, wobei aber in einzelnen Verträgen (so in den von England, sowie von den Vereinigten Staaten von Nordamerika abgeschlossenen) hinzugefügt wird, dass den Behörden des Zufluchtsstaats auch Beweismittel vorgelegt werden sollen, und zwar solche, welche auch nach ihrer Ansicht die Verweisung des Angeschuldigten vor das erkennende Gericht rechtfertigen würden.

4) Eine fernere Bestimmung, die sich in den meisten jener Verträge (wenn auch, wie ein neuerer Streit zwischen England und Nordamerika gelehrt hat, keineswegs in allen) findet, ist die, dass der Ausgelieferte nur wegen derjenigen Vergehung, wegen deren die Auslieferung erfolgte, bestraft werden darf, wogegen eine Aburtheilung unzulässig sein soll wegen irgendeiner andern vor der Auslieferung begangenen Vergehung, — eine Beschränkung, welche übrigens in mehreren Verträgen dahin ermässigt ist, dass die Aburtheilung nur wegen einer andern politischen oder, wie mehrere hinzufügen, wegen einer andern nicht zu den Auslieferungsdelikten gehörigen Vergehung unstatthaft sein solle. Es ist ferner in einzelnen Verträgen (so in dem unten mitgetheilten des Deutschen Reichs mit der Schweiz) die Dauer dieser Beschränkung auf eine bestimmte Zahl von Jahren beschränkt worden. Der Zweck dieser Beschränkung selbst ist aber augenscheinlich der, dass die Auslieferung nicht als Mittel einer anderweiten Verfolgung gemisbraucht werden solle; doch wird nicht behauptet werden können (wie in dem oben erwähnten Streite seitens Englands behauptet

wurde), dass dieselbe auch ohne vertragsmässige Festsetzung als selbstverständlich angenommen werden könne.

5) Schliessliche Bestimmungen sind in den Auslieferungsverträgen noch über die Kosten des Auslieferungsverfahrens, sowie mehrfach auch über sonstige der ausländischen Rechtspflege zu gewährende Unterstützungen (durch Zeugnissablegung oder Herausgabe von Urkunden) enthalten.

Als Beispiel eines von seiten des Deutschen Reichs in den letzten Jahren abgeschlossenen Auslieferungsvertrags und zugleich als Beispiel eines modernen Auslieferungsvertrags überhaupt sei hier zum Schluss der deutsch-schweizerische Vertrag von 1874 mitgetheilt, der in mancher Hinsicht als einer der am meisten ausgebildeten bezeichnet werden kann.

Vertrag zwischen Deutschland und der Schweiz wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher.

Vom 24. Januar 1874.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser einerseits und der Schweizerische Bundesrath andererseits sind übereingekommen, einen Vertrag wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher abzuschliessen und haben zu diesem Zwecke mit Vollmacht versehen und zwar:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser:

den Herrn Hermann Carl Wilke, Allerhöchst-
ihren Geheimen Legationsrath;

der Schweizerische Bundesrath:

den Herrn eidgenössischen Oberst Bernhard
Hammer, seinen ausserordentlichen Gesandten
und bevollmächtigten Minister beim Deutschen
Reich,

welche nach Mittheilung ihrer in guter und gehöriger
Form befundenen Vollmachten über nachstehende Ar-
tikel übereingekommen sind:

Artikel 1.

Die hohen vertragenden Theile verpflichten sich durch gegenwärtigen Vertrag, sich einander in allen nach den Bestimmungen desselben zulässigen Fällen diejenigen Personen auszuliefern, welche von den Behörden eines der vertragenden Theile wegen einer der nachstehend aufgezählten Handlungen, sei es als Urheber, Thäter oder Theilnehmer, verurtheilt oder in Anklagestand versetzt oder zur gerichtlichen Untersuchung gezogen sind und im Gebiete des andern Theils sich aufhalten, nämlich:

- 1) wegen Todtschlags und Mordes, einschliesslich des Kindermordes;
- 2) wegen vorsätzlicher Abtreibung der Leibesfrucht;
- 3) wegen Aussetzung oder vorsätzlicher Verlassung eines Kindes;
- 4) wegen Raubes, Unterdrückung, Verwechselung oder Unterschlebung eines Kindes;
- 5) wegen Entführung einer minderjährigen Person;
- 6) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Beraubung der persönlichen Freiheit eines Menschen, sei es, dass sich eine Privatperson oder ein öffentlicher Beamter derselben schuldig macht;
- 7) wegen mehrfacher Ehe;
- 8) wegen Nothzucht;
- 9) wegen Kuppelei mit minderjährigen Personen des einen oder andern Geschlechts in denjenigen Fällen, in welchen dieselbe durch die Landesgesetzgebung der vertragenden Theile mit Strafe bedroht ist;
- 10) wegen vorsätzlicher Mishandlung oder Verletzung eines Menschen, welche eine unheilbare oder voraussichtlich unheilbare Krankheit oder Entstellung oder den Verlust des unbeschränkten Gebrauchs eines Organs, oder, ohne den Vorsatz zu tödten, — den Tod zur Folge gehabt hat;
- 11) wegen Diebstahls, Raubes und Erpressung;

- 12) wegen Unterschlagung in denjenigen Fällen, in welchen dieselbe von der Landesgesetzgebung der vertragenden Theile mit Strafe bedroht ist;
- 13) wegen Betrugs, betrüglichen Bankerotts und betrüglicher Benachtheiligung einer Concurssmasse in denjenigen Fällen, in welchen diese Handlungen nach der Gesetzgebung der vertragenden Theile als Verbrechen oder Vergehen strafbar sind;
- 14) wegen Meineides;
- 15) wegen falschen Zeugnisses und wegen falschen Gutachtens eines Sachverständigen oder Dolmetschers;
- 16) wegen Verleitung eines Zeugen zu falschem Zeugnis und wegen Verleitung eines Sachverständigen oder Dolmetschers zum falschen Gutachten;
- 17) wegen Fälschung von Urkunden oder telegraphischen Depeschen, sowie wegen wissentlichen Gebrauchs falscher oder gefälschter Urkunden und telegraphischer Depeschen, vorausgesetzt, dass die Absicht zu betrügen oder zu schaden obgewaltet hat;
- 18) wegen Falschmünzerei, insbesondere wegen Nachmachens und Veränderns von Metall- und Papiergeld und wegen wissentlichen Ausgebens und Inumlaufsetzens von nachgemachtem oder verändertem Metall- und Papiergelde;
- 19) wegen Nachmachens und Verfälschens von Bankbillets und andern vom Staate oder unter Autorität des Staats von Corporationen, Gesellschaften oder Privatpersonen ausgegebenen Schuldverschreibungen und sonstigen Werthpapieren, sowie wegen wissentlichen Ausgebens und Inumlaufsetzens solcher nachgemachten oder gefälschten Bankbillets, Schuldverschreibungen und anderer Werthpapiere;
- 20) wegen vorsätzlicher Brandstiftung;

- 21) wegen Unterschlagung und Erpressung seitens öffentlicher Beamten;
- 22) wegen Bestechung öffentlicher Beamten zum Zwecke einer Verletzung ihrer Amtspflicht;
- 23) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger gänzlicher oder theilweiser Zerstörung von Eisenbahnen, Dampfmaschinen oder Telegraphenanstalten; wegen vorsätzlicher Störung eines Eisenbahnzuges auf der Fahrbahn durch Aufstellen, Hinlegen oder Hinwerfen von Gegenständen, durch Verrückung von Schienen oder ihrer Unterlagen, durch Wegnahme von Weichen oder Bolzen oder durch Bereitung von Hindernissen anderer Art, welche dazu geeignet sind, den Zug aufzuhalten oder aus den Schienen zu bringen.

Die Auslieferung kann auch wegen Versuchs einer der von 1—23 aufgeführten strafbaren Handlungen stattfinden, wenn der Versuch derselben nach der Landesgesetzgebung der vertragenden Theile mit Strafe bedroht ist.

Artikel 2.

Jedoch soll von seiten der Regierungen des Deutschen Reichs kein Deutscher an die schweizerische Regierung und von seiten dieser kein Schweizer an eine der deutschen Regierungen ausgeliefert werden.

Wenn nach den Gesetzen desjenigen Staats, welchem der Beschuldigte angehört, Anlass vorhanden sein sollte, ihn wegen der in Frage stehenden Handlung zu verfolgen, so soll der andere Staat die Erhebungen und Schriftstücke, die zur Feststellung des Thatbestandes dienenden Gegenstände und jede andere für das Strafverfahren erforderliche Urkunde oder Aufklärung mittheilen.

Ist die reclamirte Person weder ein Deutscher, noch ein Schweizer, so kann der Staat, an welchen der Auslieferungsantrag gerichtet wird, von dem gestellten An-

trage diejenige Regierung, welcher der Verfolgte angehört, in Kenntniss setzen, und wenn diese Regierung ihrerseits den Angeschuldigten beansprucht, um ihn vor ihre Gerichte zu stellen, so kann diejenige Regierung, an welche der Auslieferungsantrag gerichtet ist, den Angeschuldigten nach ihrer Wahl der einen oder der andern Regierung ausliefern.

Artikel 3.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn die von einer deutschen Regierung reclamirte Person in der Schweiz oder die von der schweizerischen Regierung reclamirte Person in einem der deutschen Staaten wegen derselben strafbaren Handlung, wegen deren die Auslieferung beantragt wird, in Untersuchung gewesen und ausser Verfolgung gesetzt worden ist, oder sich noch in Untersuchung befindet, oder bereits bestraft worden ist.

Wenn die seitens einer deutschen Regierung reclamirte Person in der Schweiz oder die seitens der schweizerischen Regierung reclamirte Person in einem der deutschen Staaten wegen einer andern strafbaren Handlung in Untersuchung ist, so soll ihre Auslieferung bis zur Beendigung dieser Untersuchung und vollendeter Vollstreckung der etwa gegen sie erkannten Strafe aufgeschoben werden.

Artikel 4.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn die strafbare Handlung, wegen deren die Auslieferung verlangt wird, einen politischen Charakter an sich trägt, oder wenn die auszuliefernde Person beweisen kann, dass der Antrag auf ihre Auslieferung in Wirklichkeit mit der Absicht gestellt worden, sie wegen eines Verbrechens oder Vergehens politischer Natur zu verfolgen oder zu bestrafen.

Die Person, welche wegen eines der im Art. 1 aufgeführten gemeinen Verbrechens oder Vergehens ausgeliefert worden ist, darf demgemäss in demjenigen Staate, an welchen die Auslieferung gewährt ist, in keinem Falle wegen eines von ihr vor der Auslieferung verübten politischen Verbrechens oder Vergehens, noch wegen einer Handlung, die mit einem solchen politischen Verbrechen oder Vergehen im Zusammenhange steht, zur Untersuchung gezogen oder bestraft oder für solche an einen dritten Staat ausgeliefert werden.

Ebenso wenig kann eine solche Person wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches in dem gegenwärtigen Vertrage nicht vorgesehen ist, zur Untersuchung gezogen oder bestraft werden; es sei denn, dass dieselbe, nachdem sie wegen des Verbrechens, welches zur Auslieferung Anlass gegeben hat, bestraft oder freigesprochen ist, versäumt habe, vor Ablauf einer Frist von drei Monaten das Land zu verlassen oder dass sie aufs neue dorthin komme.'

Artikel 5.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn seit der begangenen strafbaren Handlung oder der letzten gerichtlichen Handlung im Strafverfahren oder der erfolgten Verurtheilung nach den Gesetzen desjenigen Landes, in welchem der Verfolgte zur Zeit, wo die Auslieferung beantragt wird, sich aufhält, Verjährung der strafgerichtlichen Verfolgung oder der erkannten Strafe eingetreten ist.

Artikel 6.

Eine an sich begründete Auslieferung soll auch dann zugestanden werden, wenn der Angeschuldigte dadurch verhindert wird, übernommene Verbindlichkeiten gegen Privatpersonen zu erfüllen, und es bleibt dem dadurch beeinträchtigten Theile überlassen, seine Rechte vor der zuständigen Behörde geltend zu machen.

Artikel 7.

Die Auslieferung soll bewilligt werden auf den im diplomatischen Wege gestellten Antrag und nach Beibringung eines Strafurtheils oder eines Beschlusses über Versetzung in den Anklagestand, eines Haftbefehls oder eines andern Actes, welcher die gleiche Wirkung hat und ebenfalls die Art und Schwere der verfolgten That, sowie die auf dieselbe anwendbare strafgesetzliche Bestimmung angibt. Diese Actenstücke sollen im Original oder in beglaubigter Ausfertigung eines Gerichtshofes oder einer andern zuständigen Behörde des die Auslieferung beantragenden Landes mitgetheilt werden. Gleichzeitig sollen, sofern dies möglich ist, das Signalement der reclamirten Person und alle andern zur Feststellung ihrer Identität geeigneten Angaben beigebracht werden.

Artikel 8.

In dringenden Fällen und insbesondere, wenn Gefahr der Flucht vorhanden ist, kann jeder der vertragenden Staaten unter Berufung auf das Vorhandensein eines Strafurtheils, eines Beschlusses auf Versetzung in den Anklagestand oder eines Haftbefehls, in kürzester Weise, selbst auf telegraphischem Wege, die vorläufige Festnahme des Verurtheilten oder Angeschuldigten beantragen und erwirken, unter der Bedingung, dass das Dokument, auf dessen Vorhandensein man sich berufen hat, binnen einer Frist von zwanzig Tagen nach der Festnahme beigebracht wird. Unter der gleichen Voraussetzung und unter derselben Bedingung soll der Verfolgte in dringenden Fällen auf directes Verlangen der zuständigen Behörde einstweilen in Verhaft genommen werden.

Artikel 9.

Die entwendeten oder im Besitze des Verurtheilten oder Angeschuldigten vorgefundenen Gegenstände, die

Geräthschaften und Werkzeuge, deren er sich zur Verübung seines Verbrechens oder Vergehens bedient hat, sowie alle andern Beweisstücke sollen gleichzeitig mit der Auslieferung der verhafteten Person ausgefolgt werden. Dies soll selbst dann geschehen, wenn die Auslieferung, nachdem sie zugestanden worden ist, infolge des Todes oder der Flucht des Schuldigen nicht sollte stattfinden können. — Diese Ausfolgung wird sich auch auf alle Gegenstände der gedachten Art erstrecken, welche von dem Angeschuldigten in dem Lande, in welches er sich geflüchtet hat, versteckt oder hinterlegt worden sind, und die daselbst später aufgefunden werden. Jedoch werden die Rechte dritter Personen an den erwähnten Gegenständen vorbehalten, und es sollen ihnen dieselben nach Schluss des gerichtlichen Verfahrens kostenfrei wieder ausgehändigt werden.

Artikel 10.

Liefert eine dritte Regierung jemand aus, so gestatten die vertragenden Theile die Durchführung des Auszuliefernden durch ihr Landesgebiet, oder den Transport des Auszuliefernden auf ihren Fahrzeugen und Dienstschiffen, sofern die betreffende Person nicht dem um die Gewährung der Durchführung angegangenen Staate angehört. In diesem Falle bedarf es nur eines einfachen Antrags auf diplomatischem Wege seitens derjenigen Regierung, welche die Auslieferung verlangt hat, und der Beibringung der nöthigen Beweisstücke dafür, dass es sich nicht um ein politisches oder rein militärisches Vergehen handelt.

Die Durchführung findet auf dem kürzesten Wege unter der Begleitung von Agenten des requirirten Landes und auf Kosten der reclamirenden Regierung statt.

Artikel 11.

Die vertragenden Theile verzichten auf die Erstattung derjenigen Kosten, welche ihnen aus der Festnahme

und dem Unterhalte des Auszuliefernden oder aus dessen Transporte bis zur Grenze des requirirten Theils erwachsen. Sie wollen vielmehr diese Kosten gegenseitig selbst tragen.

Artikel 12.

Wenn im Laufe eines nichtpolitischen Strafverfahrens einer der vertragenden Theile die Vernehmung von Zeugen oder irgendeine andere Untersuchungshandlung in dem Gebiete des andern Theils für nothwendig erachten sollte, so wird zu diesem Zwecke ein Ersuchsschreiben auf diplomatischem Wege oder direct von der zuständigen Behörde des einen Landes an die zuständige Behörde des andern Landes übersandt, und es soll demselben nach Massgabe der Gesetzgebung des Landes, wo der Zeuge vernommen oder der Act vorgenommen werden soll, stattgegeben werden; die Ausführung des Antrags kann verweigert werden, wenn das Verfahren gegen einen von der requirirenden Behörde noch nicht verhafteten Angehörigen des requirirten Landes gerichtet ist, oder wenn die Untersuchung eine Handlung zum Gegenstande hat, welche nach den Gesetzen des Staats, an welchen das Ersuchsschreiben gerichtet ist, nicht gerichtlich strafbar ist.

Die beteiligten Regierungen entsagen jedem Ansprüche auf Erstattung der aus der Ausführung der Requisition entstandenen Kosten, soweit es sich nicht um strafgerichtliche, commerzielle oder medicinische Gutachten Sachverständiger handelt.

Artikel 13.

Wenn in einer nichtpolitischen Untersuchungssache das persönliche Erscheinen eines in dem andern Lande wohnhaften Zeugen nothwendig oder wünschenswerth ist, so wird seine Regierung ihn auffordern, der an ihn ergehenden Ladung Folge zu leisten. Leistet er

Folge, so werden ihm die Kosten der Reise und des Aufenthalts nach seiner Wahl entweder nach den Tarifsätzen und Reglements des Landes, wo die Vernehmung stattfinden soll, oder nach denjenigen des requirirten Staats bewilligt werden; auch kann dem Zeugen auf seinen Antrag durch die Behörden seines Wohnortes der Gesamtbetrag oder ein Theil der Reisekosten vorgeschossen werden; diese Kosten werden demnächst von der dabei interessirten Regierung zurückerstattet.

In keinem Falle darf ein Zeuge, welcher infolge der in dem einen Lande an ihn ergangenen Vorladung freiwillig vor den Richtern des andern Landes erscheint, daselbst wegen früherer strafbarer Handlungen oder Verurtheilungen oder unter dem Vorwande der Mitschuld an den Handlungen, welche den Gegenstand der Untersuchung bilden, worin er als Zeuge erscheinen soll, zur Untersuchung gezogen oder in Haft genommen, oder für civilrechtliche Ansprüche irgendwie belästigt werden. Hierbei kommt es auf die Staatsangehörigkeit des Zeugen nicht an.

Artikel 14.

Wenn es bei einer Untersuchung, welche in einem der vertragenden Staaten geführt wird, nothwendig werden sollte, den Angeschuldigten mit in dem andern Lande verhafteten Schuldigen zu confrontiren, oder Beweisstücke, oder gerichtliche Urkunden, welche letzterm Staate gehören, vorzulegen, so soll ein Gesuch dieser Art auf diplomatischem Wege oder im directen Verkehr unter den zuständigen Behörden der vertragenden Theile gestellt werden und es soll demselben, sofern nicht etwa aussergewöhnliche Bedenken dagegen obwalten, stets entsprochen werden, unter der Bedingung jedoch, dass sobald als möglich die Verhafteten zurückgeliefert und die obigen Beweisstücke und Urkunden zurückgesandt werden.

Die Kosten des Transports der oben erwähnten Personen und Gegenstände von einem Staate zum andern werden von derjenigen Regierung getragen, welche den bezüglichen Antrag gestellt hat.

Artikel 15.

Die vertragenden Regierungen verpflichten sich, einander wechselseitig die Verurtheilungen wegen Verbrechen und Vergehen jeder Art mitzutheilen, welche von den Gerichtshöfen des einen Landes gegen Angehörige des andern ausgesprochen werden. Diese Mittheilung wird auf diplomatischem Wege erfolgen durch vollständige oder auszugsweise Uebersendung des ergangenen und rechtskräftig gewordenen Urtheils an die Regierung desjenigen Landes, welchem der Verurtheilte angehört. Jeder der vertragenden Regierungen wird zu diesem Zwecke an die zuständigen Behörden die entsprechenden Anweisungen erlassen.

Artikel 16.

Der gegenwärtige Vertrag ist auf zehn Jahre abgeschlossen.

Von dem Zeitpunkte seiner Geltung ab verlieren die früher zwischen den einzelnen Staaten des Deutschen Reichs und der Schweiz abgeschlossenen Verträge über die Auslieferung von Verbrechern ihre Gültigkeit.

Wenn von keinem der vertragenden Theile sechs Monate vor dem Ablauf der zehnjährigen Frist die Absicht, diesen Vertrag ausser Kraft zu setzen, angezeigt wird, so soll derselbe für zehn weitere Jahre in Geltung bleiben, und so ferner von zehn zu zehn Jahren.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten unter Vorbehalt der Genehmigung der gesetz-

gebenden Körperschaften der vertragenden Theile diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Berlin, den 24. Januar 1874.

Wilke.
(L. S.)

Hammer.
Oberst.
(L. S.)

Der vorstehende Vertrag ist ratificirt worden und die Auswechselung der Ratifications-Urkunden hat zu Berlin am 6. Juli 1874 stattgefunden.

Protokoll.

Berlin, den 6. Juli 1874.

Bei Gelegenheit des Austausches der Ratificationen des am 24. Januar d. J. abgeschlossenen Auslieferungsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz haben die Unterzeichneten, namens der hohen vertragenden Theile, sich mit Bezug auf die Ausführung des Art. VII dieses Vertrags darüber einverstanden erklärt, dass in Auslieferungsangelegenheiten, welche schleuniger Erledigung bedürfen, ein directer Verkehr zwischen den Regierungen der an die Schweiz angrenzenden deutschen Bundesstaaten und dem Schweizerischen Bundesrath, sowie umgekehrt zwischen dem Schweizerischen Bundesrath und den Regierungen der erwähnten Bundesstaaten stattfinden darf.

Demgemäss ist das gegenwärtige Protokoll in doppelter Ausfertigung unterzeichnet und ausgetauscht worden.

von Bülow.

Hammer.
Oberst.



Register.

Abbildungen 83.
Abgeordnete 11.
Abirrung 29.
Abschreckung 4.
Absicht 26.
Absorption 109.
Abtreibung 140.
Abus de confiance 195.
Accessories before the act 46.
Accessories after the act 49.
Actien 216.
Aergerniss 241.
Affray 144.
Amtsabzeichen 262.
Amtsanmassung 262.
Amtsvergehungen 9.
Amtsverschwiegenheit 266.
Angehörige 49. 61. 92.
Anschuldigung 162.
Ansteckende Krankheit 213.
Anstiftung 43.
Antragserforderniss 85.
Anwerben 265.
Arbeiter, Contractbruch 199.
Arbeitshaus 81.
Aufbewahrung, amtliche 263.
Aufenthaltsbeschränkung 80.
Aufenthaltsstaat 251. 255. 256.
Aufforderung 44. 262.
Auflauf 261.

Aufbruch 260.
Ausland, Ausländer 8.
Auslieferung 271.
Aussetzung 142.
Auswanderung 167.
Auswärtiges Amt 270.

Bande 50.
Bankerott 201.
Banknoten 216.
Bauten 214.
Beamte 258. 267.
Bedrohung 165. 231.
Befreiung 234.
Begnadigung 119.
Begünstigung 48.
Beihilfe 47.
Bekanntmachung 161. 263.
Beleidigung 153. 156.
Benutzung 191.
Bergrecht 174. 191.
Beschlagnahme 79. 263.
Besserung 4.
Besserungsanstalt 16.
Bestechung 261. 268.
Betrug 193. 246.
Betrunkenheit 19.
Betteln 247.
Beurkundung 268.

- Bewusstlosigkeit 19. 21.
 Bigamie 234.
 Blutschande 239.
 Brandstiftung 207.
 Basse 74.
 Burglary. 163.
- C**arolina 1.
 Causalzusammenhang 31.
 Commissivdelicte 30.
 Compensation 139.
 Complices 43. 46. 49.
 Complot 50.
 Concurrenz 107.
 Conspiracy 266.
 Contraventions 12.
 Crimes 12.
 Cumulation 108.
- D**arstellungen 241.
 Délits 12.
 Démence 22.
 Deportation 66. 67.
 Desertion 265.
 Détention 67.
 Diebstahl 173.
 Dienstbote, Contractbruch 198.
 Dienstpflicht 266.
 Discernement 18.
 Disciplinarstrafe 266.
 Drohbrieife. 165.
 Drohung 60.
 Duell 144.
- E**hebetrug 237.
 Ehebruch 236.
 Eheschliessung 270.
 Ehre 153.
 Ehrenrechte 77.
 Ehrenzeichen 77.
 Eidesbruch 221. 224.
 Eidesformel 222.
- Eisenbahn 211.
 Einbruch 181.
 Einschleichen 184.
 Einsicht 17.
 Einsteigen 182.
 Einwilligung 130.
 Einzelhaft 70.
 Einziehung 82.
 Emprisonnement 67.
 Entführung 152. 242.
 Enthauptung 64.
 Entlassung 4. 72.
 Entstellung 136.
 Entweichung 264.
 Erbieten 44.
 Ermächtigung 85. 93.
 Erpressung 197.
 Erziehungsanstalt 16.
 Escroquerie 195.
 Esswaaren 213.
 Exemplare 83.
 Explodirende Stoffe 209.
 Exterritoriale 11.
- F**ahrlässigkeit 26. 29.
 Fahrwasser 211.
 Felonies 13.
 Festungshaft 68.
 Fieber 19.
 Fischerei 191.
 Forgery 225.
 Formen 83.
 Forstbeamte 259.
 Forstberechtigte 260.
 Fortdauer 104.
 Fortsetzung 104.
 Freiheit 149.
 Freiheitsberaubung 151.
 Freiheitsstrafe 65.
 Funddiebstahl 190.
 Furcht 21.
- G**efangenhalten 151.
 Gefängnisstrafe 67.
 Geheimnisse 166.

Gehülfe 47.
 Geisteskrankheit 21. 136.
 Geistliches Amt 245.
 Geld 215.
 Geldbusse 74. 135.
 Geldstrafe 74.
 Gemeingefahr 206.
 Gemeinschaftshaft 70.
 Gemüthsaufregung 21.
 Genussmittel 186.
 Gesamtstrafe 112.
 Gesandte 11.
 Geschäftsmässigkeit 106.
 Geschenkannahme 262.
 Geschlechtliche Vergehen 234.
 Geschworne 267.
 Gesellschaft 14.
 Gesinde 186.
 Gesundheitsbeschädigung
 134.
 Getränke 213.
 Gewerbebetrieb 80.
 Gewerbsmässigkeit 106.
 Gewohnheitsmässigkeit 106.
 Gift 143.
 Gräberverletzung 245.
 Gotteslästerung 243.
 Grenzfälschung 229.

Haft 67.

Hallucination 25.
 Hard labour 67.
 Hausfrieden 163.
 Haussuchung 80.
 Hehlerei 49. 204.
 Heimatsstaat 271.
 Herkommen 4.
 High treason 249.
 Hinrichtung 64.
 Hochverrath 248. 9. 50.
 Hoheitszeichen. 263.

Jagdbeamte 260.
 Jagdberechtigte 260.
 Jagdrecht 174. 191.

Jesuiten 245.
 Incest 239.
 Infanticide 132.
 Inhaberpapiere 216.
 Inland, Inländer 7.
 Intellectuelle Urkundenfälschung 228.
 Irresein, moralisches 25.
 Irresein, partielles 25.
 Irrthum im Object 29.
 Jugendliches Alter 16. 73. 97.
 Juristische Person 14. 154.

Kaufleute 201.
 Kanzelmisbrauch 232.
 Kinder 16.
 Kindesmord 131.
 Kinderunterschiebung 161.
 Klassenkampf 232.
 Körperverletzung 134.
 Kriegsschiffe 11.
 Kuppelei 24.

Lähmung 136.
 Landesgesetzgebung 2.
 Landesherr, Begnadigung 120.
 Landesverrath 248. 252. 9.
 Landesvertretung 257.
 Landesverweisung 65.
 Landfriedensbruch 230.
 Landstreicherei 247.
 Landzwang 231.
 Lebensgefahr 59.
 Lehrling, Diebstahl 186.
 Leichenentwendung 245.
 Libelgesetzgebung 158.

Majestätsbeleidigung 248. 255.
 Malice aforethought 127.
 Manslaughter 128.
 Markenschutz 229.
 Mayhem 138.
 Meineid 221.
 Melancholie 23.

Mendacité 247.
 Menschenraub 151. 153.
 Meuterei 265.
 Mildernde Umstände 96.
 Militärpersonen 270.
 Minderjährige 152. 204.
 Mineralien 174. 191.
 Minister, Begnadigung 122.
 Misdemeanors 13.
 Misbrauch der Amtsgewalt 268.
 Mishandlung 134.
 Mittel der Verübung 36.
 Mitthäterschaft 41.
 Moralisches Irresein 25.
 Mord 124.
 Münzfälschung 9. 35. 214.
 Mundraub 186.
 Munition 193.
 Murder 127.

Nachdruck 167.
 Nachlass, Geldstrafe 76.
 Nachschlüssel 182.
 Nachtragsstrafe 111.
 Nahrungsmittel 186.
 Nebenstrafe 77.
 Nichtanzeige 264.
 Nöthigung 150. 259.
 Nothstand 58.
 Nothwehr 52.
 Nothzucht 237.

Objecte 36.
 Objective Seite der Handlung 30.
 Oeffentlicher Friede 230.
 Oeffentliche Sicherheit 206.
 Oeffentliche Sittlichkeit 233.
 Oeffentliches Wohl 206.
 Oeffentliche Beleidigung 161.
 Orden 77.
 Ort der That 9.

Papiergeld 215.
 Partirerei 205.

Penal servitude 67.
 Person, juristische 14. 154.
 Personenstand 161.
 Persönliche Umstände 50.
 Platten 83.
 Politische Vergehen 272.
 Polizeiaufsicht 80.
 Postbeamte 270.
 Prävarication 269.
 Presserzeugnisse 83.
 Principals 43.
 Privatklage 161.
 Privatstrafe 154.
 Procuratio abortus 140.
 Psychiatrie 24.

Raub 187.
 Raufhandel 148.
 Rebellion 259.
 Rechtsanwalt 267.
 Rechtsbeugung 269.
 Rechtspflege 264.
 Rechtswidrigkeit 28. 52.
 Reclusion 67.
 Reichstag 257.
 Religion 243.
 Religionsgesellschaft 244.
 Riot 261.
 Rout 261.
 Rückfall 99. 183.
 Rücktritt 39. 46.

Sachbeschädigung 170.
 Schiffahrt 211.
 Schiffsmann 198.
 Schlaf 19.
 Schlägerei 148.
 Schmähung, Staat 263.
 Schöffe 267.
 Schriften 83.
 Sédition 261.
 Selbstmord 133.
 Sepulcri violatio 245.
 Sicherheit 206.

Siechthum 136.
Simonie 246.
Sinnestäuschung 25.
Sittlichkeit 233.
Slander 154.
Sonntagsheiligung 245.
Spiel 247.
Staat 247.
Staatsbürger 258.
Staatseinrichtungen 263.
Staatsgebiet 249.
Staatsoberhaupt 11. 249. 257.
272.
Stimmrecht 77.
Stimmzettel 258.
Strafanrechnung 104.
Strafanwendung 85. 93.
Strafarten 62.
Strafausschliessung 112.
Strafgesetz 4.
Strafumwandlung 103.
Strafvollzug 84.
Strafzumessung 94.
Strafzweck 4.
Subjective Seite der Handlung
30.

Taubstumme 18.
Telegraphen 211. 270.
That 30.
Thätige Reue 118.
Theilnahme 41.
Thierquälerei 246.
Titel 77.
Todesstrafe 62.
Tödlichkeit 32.
Todtschlag 127.
Tödtung 124.
Transportation 66.
Travaux forcés 67.
Treason 13.
Trichinen 213.
Triebe 24.
Trunk 19. 247.

Ueberlegung 28. 124.
Ueberschwemmung 210.
Uebertretung 12.
Uebervortheilung 268.
Ueberweisung (Nebenstrafe)
81.
Unbrauchbarmachung 82.
Unerwachsene 16.
Ungehorsam 265.
Untauglichkeit 36.
Untauglichmachung 265.
Unterlassung 30.
Unterscheidungsvermögen 18.
Unterschlagung 189. 268.
Untreue 199.
Unzucht 240. 238.
Unzüchtige Darstellung 241.
Urkundenfälschung 224.
Urheberrecht 167.
Ursache 31.

Vagabondage 247.
Verbannung 65.
Verbindungen 265.
Verbrechen 12.
Vereine 265.
Verfassung 249.
Verführung 239.
Vergehen 12.
Vergiftung 143.
Verjährung 112.
Verkehrsmittel 211.
Verleumdung 157. 263.
Verletzter 87. 139.
Vermögen 170.
Vermögensbeschlagnahme
254.
Versammlung, gesetzgebende
257.
Versicherung an Eidesstatt
222.
Versiegelung, amtliche 263.
Verstorbene, Beleidigung 156.
Verstümmelung 136. 138.

Versuch 33.
Verweis 76.

Waarenbezeichnung 229.
Waffe 135. 146. 164. 183.
Wahlbestechung 258.
Wahlfälschung 258.
Wahlrecht 77.
Wahlverhinderung 258.
Wahnvorstellungen 25.
Wahrheit 159. 220.
Wasserstandszeichen 229.
Wehrdienst 77. 265.
Werber 265.
Wergeld 26.
Werkzeuge 82. 219.
Werthverringerung 219.

Widerstand 259.
Wille 26.
Wirkungskreis des Strafge-
setzes 5.
Würden 77.

Zinswucher 203.
Zorn 21.
Zuchthaus 67.
Zufluchtsstaat 271.
Zurechnungsfähigkeit 15.
Zusammenrottung 231. 260.
Zusammentreffen 107.
Zwang 60.
Zweikampf 144.
Zwischengesetze 6.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE BIBLIOTHEK.

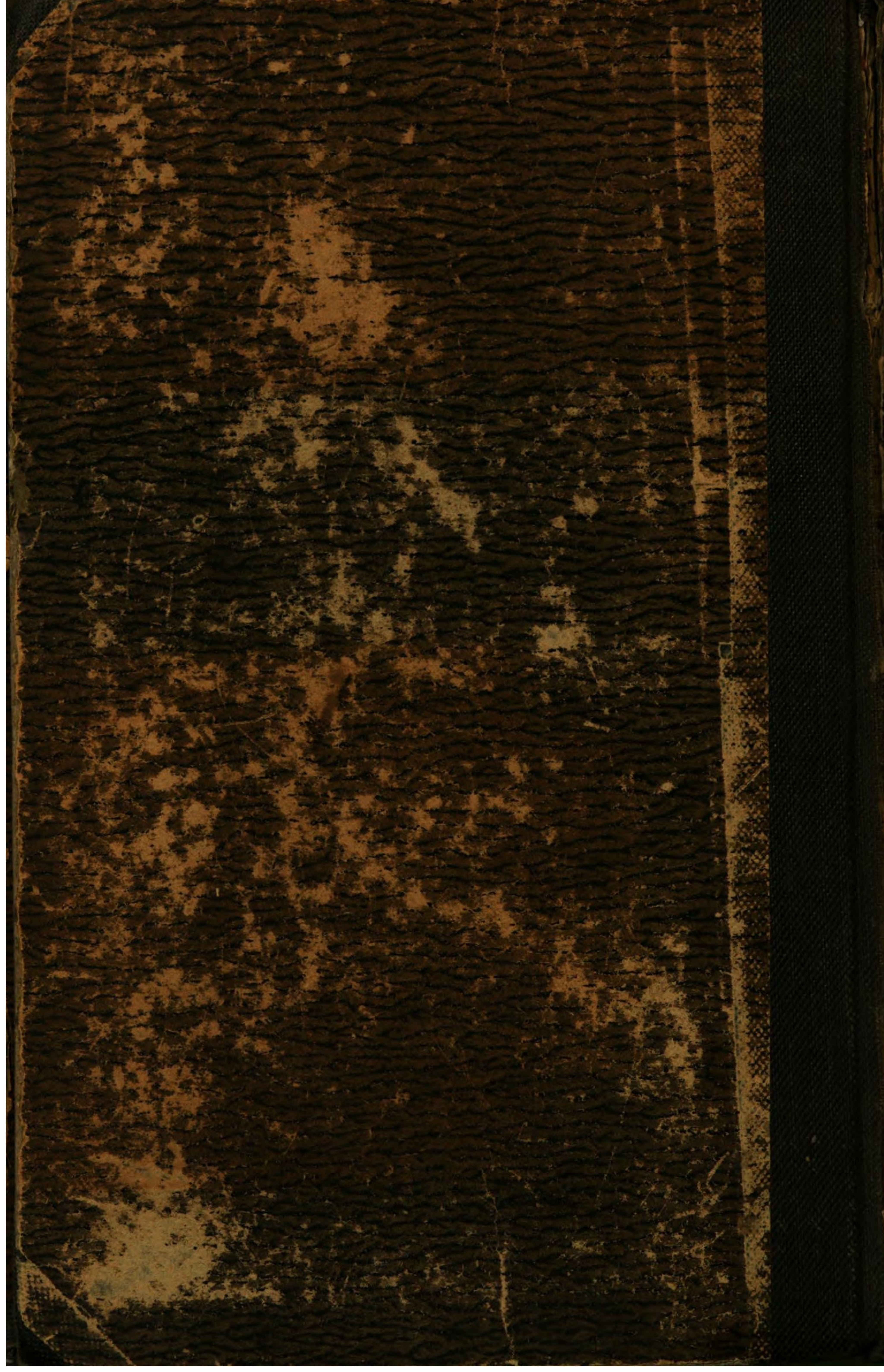
1. **Tyndall, J.** Das Wasser in seinen Formen als Wolken und Flüsse, Eis und Gletscher. Mit 26 Abbildungen. 8. Geh. 4 M. Geb. 5 M.
2. **Schmidt, O.** Descendenzlehre und Darwinismus. Mit 26 Abbildungen. 2. verbesserte Auflage. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
3. **Bain, A.** Geist und Körper. Die Theorien über ihre gegenseitigen Beziehungen. Mit 4 Abbildungen. Geh. 4 M. Geb. 5 M.
4. **Bagehot, W.** Der Ursprung der Nationen. Geh. 4 M. Geb. 5 M.
5. **Vogel, H.** Die chemischen Wirkungen des Lichts und die Photographie in ihrer Anwendung in Kunst, Wissenschaft und Industrie. Mit 96 Abbild. und 6 photogr. Tafeln. Geh. 6 M. Geb. 7 M.
6. 7. **Smith, E.** Die Nahrungsmittel. Zwei Theile. Mit 19 Abbildungen. Jeder Theil geh. 4 M., geb. 5 M.
8. **Lommel, E.** Das Wesen des Lichts. Gemeinfassliche Darstellung der physikalischen Optik in fünfundzwanzig Vorlesungen. Mit 188 Abbildungen und einer farbigen Spectraltafel. Geh. 6 M. Geb. 7 M.
9. **Stewart, B.** Die Erhaltung der Energie, das Grundgesetz der heutigen Naturlehre. Mit 14 Abbild. Geh. 4 M. Geb. 5 M.
10. **Pettigrew, J. B.** Die Ortsbewegung der Thiere. Nebst Bemerkungen über die Luftschiffahrt. Mit 131 Abbildungen. Geh. 4 M. Geb. 5 M.
11. **Maudsley, H.** Die Zurechnungsfähigkeit der Geisteskranken. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
12. **Bernstein, J.** Die fünf Sinne des Menschen. Mit 91 Abbildungen. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
13. **Draper, J. W.** Geschichte der Conflicte zwischen Religion und Wissenschaft. Geh. 6 M. Geb. 7 M.
14. 15. **Spencer, H.** Einleitung in das Studium der Sociologie. Zwei Theile. Jeder Theil geh. 4 M., geb. 5 M.
16. **Cooke, J.** Die Chemie der Gegenwart. Mit 31 Abb. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
17. **Fuchs, K.** Vulkane und Erdbeben. Mit 36 Abbildungen und 1 Karte. Geh. 6 M. Geb. 7 M.
18. **Van Beneden, P. J.** Die Schmarotzer des Thierreichs. Mit 83 Abbildungen. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
19. **Peters, K. F.** Die Donau und ihr Gebiet. Eine geologische Skizze. Mit 71 Abbildungen. Geh. 6 M. Geb. 7 M.
20. **Whitney, W. D.** Leben und Wachsthum der Sprache. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
21. **Jevons, W. S.** Geld und Geldverkehr. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
22. **Dumont, L.** Vergnügen und Schmerz. Zur Lehre von den Gefühlen. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
23. **Schützenberger, P.** Die Gärungserscheinungen. Mit 28 Abbildungen. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
24. **Blaserna, P.** Die Theorie des Schalls in Beziehung zur Musik. Mit 36 Abbildungen. Geh. 4 M. Geb. 5 M.
25. **Berthelot, M.** Die chemische Synthese. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
26. **Luys,** Das Gehirn, sein Bau und seine Verrichtungen. Mit 6 Abbildungen. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
27. **Rosenthal, I.** Allgemeine Physiologie der Muskeln und Nerven. Mit 75 Abbildungen. Geh. 5 M. Geb. 6 M.
28. **Brücke, E.** Bruchstücke aus der Theorie der bildenden Künste. Mit 39 Abbildungen. Geh. 4 M. Geb. 5 M.

Unter der Presse:

Lockyer, J. N. Die Spectralanalyse. Mit Abbildungen.

de Quatrefages. Das Menschengeschlecht, seine Geschichte und seine Charakteristik.

Secchi. Die Sternenwelt. Mit Abbildungen.



Meyer, Hugo

Grundzüge des Strafrechts nach der deutschen Gesetzgebung unter Berü
cksichtigung ausländischer Rechte

Leipzig 1877

Crim. 177 tk

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11356137-1